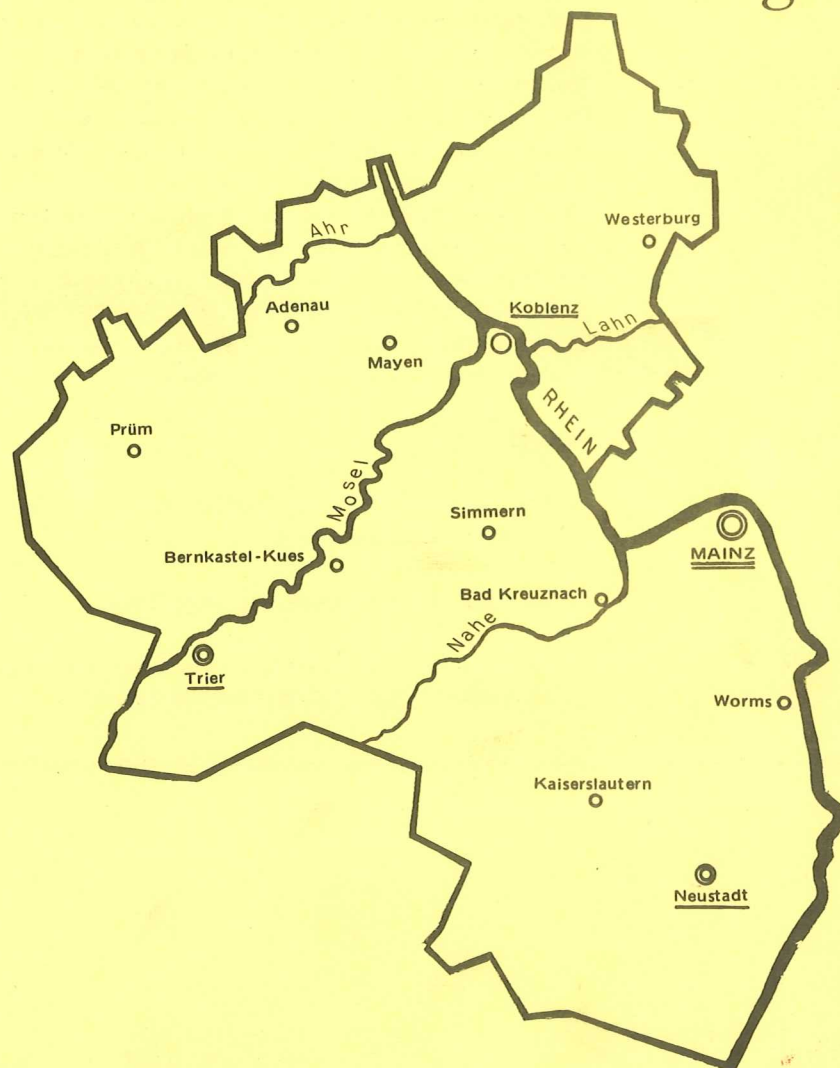


Rheinlandpfalz



Ministerium für
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten

Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung



- Herausgeber:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz - Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Schriftleitung:** Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)
und Amtsrat H. Jens,
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Gestaltung,
Reproduktion
und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4, 6500 Mainz
- Druck:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Ständige Mitarbeiter:** Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rhh.-Pf.)
Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm)
Obervermessungsrat Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Oberregierungsrat Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)
Obervermessungsrat Epping (Kulturamt Westerburg)
Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen)
Ltd. Regierungsdirektor Zillien (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Verwaltungsangestellter Dr. Meier (Kulturamt Kaiserslautern)
Obervermessungsrat Klaus Wagner (Kulturamt Simmern)
Vermessungsdirektor Bossenmaier (KA SIM, Nst. KH)
Vermessungstechnische Angestellte Dorothee Heidenreich
(Luftbild- und Rechenstelle, Mainz)
- Erscheint:** halbjährlich
- Abgabe:** 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Im Blickpunkt	1
H. Mathy: 40 Jahre Rheinland-Pfalz	1
Fachbeiträge	11
K. Borchard: Ganzheitliche Neuordnung des ländlichen Raumes .	11
F.-H. Spaetgens: Verbesserte Förderung von Bodenordnungsverfahren	30
H. Schroeder: Das Kulturannt Kaiserlautern stellt sich vor	33
U. Schmitz: Mehr Demokratie wagen	37
U. Stanjek: Bodendenkmalpflege in Weinbergsflurbereinigungen .	42
H. Durben: Kostengünstige Vermessungsmethode bei vereinfachten Flurbereinigungsverfahren nach § 86 (3) FlurbG	45
H. Heinen: Legitimationsklärung und Bereinigung der Besitz- stände bis zum Planwuschtermin	50
E. Marx: Zusammensetzung des Vorstandes der Teilnehmerge- meinschaft	55
I. Fleck: Naturschutz im Rahmen von Flurbereinigungsver- fahren	60
W. Kraffert: Die Praxis der Beteiligung der Naturschutzverbände bei der Flurbereinigung: Eine Fehlentwicklung . . .	76
K. Reitz: Lebendverpflanzung von Gehölzen	83
G. Müßig: Soziostrukturelle Maßnahmen der EG	90
R. Hauser: Krise der Landwirtschaft - Krise der Flurbereini- gung	94
Leserbriefe	101
Aus der Rechtsprechung	103
H. Staab: Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsrechts Koblenz	103
G. Emig: Aus den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Mainz	109

H. Staab:	Aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung	111
Buchbesprechungen	113
F. Zillien:	Die Umwelt ist uns anvertraut	113
W. Schuy:	Dienst für den ländlichen Raum	114
Literaturübersicht	115
Ehrungen	119
Ministerialrat Dr.-Ing. Rudolf Kersting im Ruhestand	119
Bundesverdienstkreuz für Felix Zillien	120
Josef Becker zum Gedenken	120
Fachprüfungen	121
Personalveränderungen	122
Informationen aus der LKV	124
F.-J. Frischbier:	Dienst für den ländlichen Raum - 100 Jahre Kulturamt Trier -	124
U. Schewe:	Behandlung von Streuobstflächen	125
Tr. Volksfreund:	Gelungenes Turnier der Kulturämter anlässlich des 100 jährigen Bestehens des Kulturamtes Trier . . .	128
A. Lorig:	Im Archiv geblättert	129
G. Emig:	Heimische Laubbäume und Sträucher pflanzen . . .	133
H. Mierenfeld:	Exkursionen der landespflegerischen Sachbearbeiter	133
Kurzinformationen	134

Gezeichnete Beiträge stellen die Ansicht des Verfassers dar, nicht aber unbedingt die der Schriftleitung oder des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Leserbriefe besteht kein Recht des Abdrucks.

IM BLICKPUNKT:

Aus Anlaß des 40-jährigen Geburtstages des Landes Rheinland-Pfalz stellen wir den nachfolgenden Aufsatz in den Blickpunkt des 8. Nachrichtenblattes.
Die Schriftleitung

40 JAHRE RHEINLAND – PFALZ

- Demokratischer Neuaufbau in alter Kulturlandschaft *) -

von Ministerialrat Prof. Dr. Helmut Mathy,
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Universität Mainz

Kaum ein anderes Land in der Bundesrepublik Deutschland schien so lange das Zeichen, ja Stigma einer zufälligen und vorläufigen "Nachkriegs-Konstruktion" zu tragen wie Rheinland-Pfalz, das vor genau vierzig Jahren, zunächst am 30. August 1946, durch eine Verordnung des Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in Deutschland, Pierre Koenig, seinen Anfang nahm, der am 18. Mai 1947, dem Tag der Abstimmung über die Verfassung und der gleichzeitigen Wahl zum ersten Landtag, demokratisch legitimiert wurde. Kaum ein anderes Land wurde dann - wegen seiner vermeintlichen Geburtsschwächen, die freilich auch anderen Neugründungen nach dem zweiten Weltkrieg in gleicher Weise hätten attestiert werden können - als so provisorisch und rückständig zugleich bezeichnet wie Rheinland-Pfalz, in dem von Kritikern und Karikaturisten geprägten und teilweise verächtlich gemeinten Slogan vom "Land der Reben und Rüben".

Heute heißt die Devise aller nunmehr das Land bejahenden politischen Kräfte: in einer mittelständisch geprägten Region, die sich aus ungünstiger Startposition heraus konsolidierte und vom Armenhaus zu einer leistungsfähigen Einheit im Kranz der anderen Bundesländer emporstieg, indem sie die Gunst der Lage innerhalb eines werdenden Europas wirtschaftlich potenzierte und neuerdings bewußt den Anschluß an die modernen Technologien sucht und findet: in dieser ökonomisch fortschrittlichen Atmosphäre auch den Bauern und Winzern eine Zukunft zu verbürgen, zumal nicht zuletzt die Erhaltung einer unverwechselbaren Landschaft untrennbar mit einer lebensfähigen Landwirtschaft sowie einem blühenden Fremdenverkehr verbunden bleiben wird. Noch 1953 konnte Oskar Stübinger, der erste und langjährige Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, ausführen:

*) Vortrag zur Verabschiedung von Herrn Leitenden Regierungsdirektor Ulrich Breh, Leiter des Kulturamtes Bad Kreuznach, am 23. Februar 1987 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Bad Kreuznach

"Allein die Tatsache, daß in Rheinland-Pfalz die Hälfte aller berufstätigen Menschen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt ist, zeigt die überragende Bedeutung der Agrarwirtschaft für dieses Land." Von der Arbeit (des Landvolkes und den Ergebnissen seines fleißigen Strebens hänge das Wohlergehen des Staates und seiner Bevölkerung weitgehend ab.

Aber schon damals tat sich ein weiter Problemhorizont auf, welcher der Agrarwirtschaft vor allem aus der Grenzlage wie aus der Besitzstruktur erwachsen war. Stübinger nochmals: Die ganze Westgrenze von Rheinland-Pfalz sei praktisch "Kriegsschadensgebiet, und weite Teile der Eifel und des Westerwaldes sind seit langem strukturelle Notstandsgebiete." Nur mit einer intensiven Förderung durch den Staat und seine Einrichtungen werde es gelingen, in Zukunft die Existenzgrundlage vieler fleißiger Menschen zu erhalten.

Welch' großer Wandel hat sich in vierzig Jahren vollzogen! Er sei mit einer einzigen Zahl verdeutlicht, die schlagartig den Unterschied oder den tiefgreifenden Abstand zwischen jener Frühzeit des Landes und der heutigen Überflußgesellschaft herausstellt, die eben von keiner anderen Notzeit für das Land einmal abgelöst werden darf, wenn die Weichen in die Zukunft richtig, entschlossen und kontinuierlich gestellt werden. Diese Statistik besagt, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Einheiten in Rheinland-Pfalz von 218.000 im Jahre 1947 auf 55.000 im Jahre 1985, also ungefähr auf ein Viertel, zurückgegangen ist und seit diesem Datum - man denke nur an die allbekannten Probleme im Weinbau der letzten Jahre! - noch weiter im Sinken begriffen sein dürfte.

Allerdings muß sogleich hinzugefügt werden, daß sich die ungeheure Dynamik dieser Entwicklung nicht allenthalben in beliebiger Willkür und ungebremst vollzogen hat, sondern begleitet war von raumplanerischen Konzepten und seit 1968 in einem Landesentwicklungsprogramm konkret gesteuert wurde - ein Instrument, das sich durchaus in der bewußten Ordnung und Orientierung ländlicher Räume bewähren konnte. Ich möchte außerdem an die Verwaltungsreform erinnern, die nicht nur gestrafftere territoriale Strukturen und innerhalb der Behörden einen demokratischeren Geist im Sinn von mehr Bürgernähe gebracht hat, wenn man auch hier und da gegen gewisse Kinderkrankheiten ankämpfen mußte und bei mancher Reißbrettarbeit nicht immer das richtige Gespür und Verständnis für historisch Gewachsenes und die *longue durée* postmaterieller Wertvorstellungen und Mentalitäten besaß.

Die Verwaltungsreform hat aber - nehmt alles nur in allem! - einen stetigen Ausbau jener Maßnahmen gefördert, nach denen Bürokratie und Politik gleichsam sich als Infrastruktur-Instanzen der ländlichen Regionen besser und angemessener in Szene setzten, wenn sie auch täglich in einem ganzen Bündel von Aufgaben selbstkritisch um Reformen und substanzfördernde Modernisierungsansätze zu ringen haben.

Nach diesem allgemeinen Hinweis auf dynamische und zum Teil dramatische Entwicklungen sei in einem ersten Abschnitt des Vortrags der Blick auf die Genesis des Landes und den demokratischen Neuaufbau vor vier Jahrzehnten, in einigen

Impressionen, zurückgelenkt. Da waren die Wunden der Bombennächte, die der von Hitler entfesselte Krieg in weiten Teilen des Landes und zumal in seinen Städten gerissen hatte, noch gleichsam sperrangelweit offen und unvernarbt. Zwar räumten Männer und Frauen - die letzteren bei weitem in der Überzahl - in den gespenstisch anmutenden Trümmerhaufen den Schutt zur Seite. Doch an systematischen Wiederaufbau wurde noch kein Gedanke verschwendet. Er erschien, da man von der Hand in den Mund zu leben gezwungen war, als unkonkrete Utopie, weil Geld und Material, weil schlichtweg alles fehlte in manchen grenznahen Regionen neben den Städten auch kein einziges Dorf von den Kriegsfurien verschont geblieben war.

Der Schwarzhandel trieb in dem Hungerwinter 1946/47 seine üppigen Blüten. Es war die Zeit, da illegale Tauschzentralen entstanden, in denen der Wein zur gängigen Währung wurde; da Hamsterfahrten - teilweise, soweit die Bahnstrecken notdürftig repariert waren, schon in überfüllten Zügen - in den Hunsrück und in die Eifel, aber bisweilen auch in den Süden der Französischen Zone, bis an den Bodensee, unternommen wurden. Nicht selten appellierten Bürgermeister und Orts-pfarrer an die Landwirtschaft treibende Bevölkerung, an Kartoffel- und Obstbau-ern, doch ihr Herz vor den Hungernden nicht zu verschließen, da die offiziellen Lebensmittel-Rationen zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel Kalorien an die in Schlangen Wartenden verteilten.

Ohne weitere Hilfe - so lautete damals der Tenor der Notrufe vieler politisch Verantwortlichen - sei mit völligem Zusammenbruch jeder Lebensmittelversorgung in den großen Städten zu rechnen! Aber die äußere wirtschaftliche Not war noch nicht alles.

Wieviel Leid hatte der Krieg in das Zentrum der Familien gebracht! Witwen standen allein mit den Kindern, viele Mütter trauerten um ihre gefallenen Männer und Söhne - und wie viele Frauen hofften immer noch auf die Heimkehr des vermißt gemeldeten Gatten. Aber im Lauf des Jahres 1947 wurde mehr und mehr deutlich, daß fast alle Vermißten tot waren - gefallen oder in der Gefangenschaft gestorben, verhungert oder bei den schier unmenschlichen Strapazen eines Zwölf oder Vierzehn-Stunden-Tages bei primitivsten sanitären Verhältnissen zusammengebrochen.

In diesen ersten Monaten des Jahres 1947 fragten sich die Menschen auch in unseren Regionen in ernster Gewissensprüfung, ob sie nach all' dem Schrecklichen und Infernalischen, das durch Krieg und Holocaust von Deutschen in der Welt geschehen und das von den meisten als historisch einmalig empfunden und als die Schande schlechthin bezeichnet wurde: ob sie zu einem halbwegs normalen und zivilisierten Leben zurückfinden könnten.

Es waren in dieser Zeit vor allem die Kirchen, deren Wegweisung gefragt und gesucht wurde; und in ihnen gab es auch im Ausland jene Frauen und Männer, die trotz Reichskonkordat und Deutscher Christen den Deutschen zuerst die Hand zur Versöhnung anboten: nicht zuletzt der Papst sowie anglikanische Bischöfe und etliche Pastoren aus Schweden. Im Spätherbst 1947 hat der Militärbischof für die französische Besatzungszone, Monseigneur Picard de la Vacquerie, auf der Kanzel des Domes von Speyer, von der herab einst ein Bernhard von Clairvaux in den Hoch-Zeiten abendländischer Geschichte zum Kampf gegen die Heiden im dritten Kreuzzug und zur Bekehrung der milites Christi sprachgewaltig aufgeru-

fen, den Geist der Völkerversöhnung beschworen und ausgeführt, daß nur durch eine Erneuerung auf christlichem Fundament die Menschen motiviert und jene Kräfte entbunden werden könnten, die einer unfriedlichen Welt, in der nunmehr nach allem, was vorgegangen, den Deutschen Haß und Rachegefühle entgegenschlugen, den Weg zum wahren Frieden ebnen würden. Dies war gewiß auch ein Beitrag zu jenem Optimismus, der bald die "Frauen und Männer der ersten Stunde" beseelte. Atmet auf und packt an! Das war bereits der Tenor eines Appells, den der am 6. Mai 1945 von den Amerikanern zum Oberregierungspräsidenten von Mittelrhein-Saar ernannte Hermann Heimerich, der ehemalige Oberbürgermeister von Mannheim, kurz nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht an die Bevölkerung der Regierungsbezirke Pfalz, Rheinhessen, Saarland, Trier und Koblenz erließ. Darin wurde nach der Feststellung, daß das Land besiegt, verwüstet und besetzt sei, zunächst das Faktum der Befreiung in den Mittelpunkt gestellt:

"Die Naziverbrecher haben sich kläglich davongemacht. Hitler ist tot. Er hat uns in den Krieg getrieben und im Elend zurückgelassen.

Wir haben einen ungeheuren Preis gezahlt und werden noch weiter leiden müssen, aber wir sind von der Tyrannei befreit. Darum atmet auf."

Zu den aktuell-notwendigen Aufgaben war unter dem Motto des Anpackens und der Zuversicht fast beschwörend formuliert: "Jetzt aber müssen wir uns selbst helfen. Es gilt zu erhalten, was uns geblieben (...), zu flicken, was zerrissen und zerbrochen (...), zu beleben, was gelähmt ist. (...) Es gilt, das göttliche Gesetz zu achten und das menschliche Recht wieder herzustellen. (...) Wir brauchen alle, die reine Gesinnung und guten Willen haben." Wer aber hat in einer Zeit, da auch in unseren Regionen wie überall in Deutschland die Menschen in Kellern, Hütten, Bunkern oder verfallenen und zerschossenen Kasernen vegetierten, diesen neuen Ruf sofort mit wachem, offenem Verstand und Herzen vernommen? Noch zwei Jahre später, in einer Bekanntmachung der Militärregierung vom 1. Juni 1947, war z.B. davon die Rede, daß die Brotgetreide-Erzeugung der französischen Zone lediglich ausreiche, um die Bevölkerung ein paar Wochen notdürftig zu versorgen. Wenn die Ration für erwachsene Normalverbraucher auf 200 Gramm pro Tag festgesetzt würde, müsse das Brot einen Anteil von 60 Prozent Maismehl enthalten, so daß man wegen der schlechten Qualität eines solchen Nahrungsmittels lieber den Tagessatz auf 125 Gramm fixiere, dafür jedoch zusätzlich 90 Gramm Maismehl bewillige. So konnte es nicht wundernehmen, daß Peter Altmeier in seiner Antrittsrede vor dem rheinland-pfälzischen Landtag in Koblenz am 9. Juli 1947, nachdem er den ersten Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Boden abgelöst hatte, die Ernährungsproblematik an den Anfang stellte, auf eine Regierungserklärung "alten Stils" bewußt verzichtete und den Abgeordneten den später oft zitierten Satz zurief: "Wie Churchill in schwerster und entscheidender Stunde seinem Volke nichts zu bieten hatte als Blut, Schweiß und Tränen, so vermag auch die jetzt von Ihnen beauftragte Regierung unserem Volke zunächst nichts zu versprechen als die Aussicht auf ein Dasein voller Not, Entbehrung und schwerster Arbeit ...".

Die Fundamente zum demokratischen Aufbau des "rhein-pfälzischen" Landes wurden im Herbst 1946 an zwei Wahl-Sonntagen gelegt: Am 15. September und am 13. Oktober, also vor genau vierzig Jahren, bestimmte die Bevölkerung in den ersten freien und demokratischen Wahlen seit der Hitler-Diktatur die Vertretungskörperschaften für Gemeinden und Kreise, nachdem im Frühjahr 1945, nach der

Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft, von den Offizieren der Amerikaner Bürgermeister und Gemeindevorsteher mit "antifaschistischer Geisteshaltung" eingesetzt worden waren.

Die derart am 13. Oktober konstituierten Kreisversammlungen und Gemeindevertretungen der Städte mit über 7.000 Einwohnern wählten dann in indirekter Form am 17. November 1946 die Mitglieder der Beratenden Landesversammlung, die auf Weisung der Besatzungsmacht eine Verfassung ausarbeiten sollte. Der führende Kopf in dieser Vorbereitungsphase, Adolf Süsterhenn, der spätere Justiz- und Kulturminister, der bereits einen privaten Vorentwurf verfaßt hatte, darf in seiner stark vom Naturrecht herkommenden Denktradition als "Vater der Verfassung" bezeichnet werden, zumal der Ausschuß seinen Entwurf an die Gemischte Kommission leitete, die ihn fast unverändert als amtliches Konzept an die nunmehr gewählte Landesversammlung weitergab. Die Aufnahme von Grund- und Freiheitsrechten als "unantastbar und unveräußerlich", die Hervorhebung des Naturrechts, das den in der NS-Zeit oft erlebten Konflikt zwischen formaler Legalität und sittlicher Legitimität überwinden wollte, das Subsidiaritäts-Prinzip, das den Aufbau der menschlichen Gesellschaft von unten her, von der Familie und ähnlichen "Primärgruppen" ins Werk setzte, und schließlich das Bekenntnis zum Föderalismus (und damit zugleich die Ablehnung jedweden Separatismus): dies waren die Grundlagen der rheinland-pfälzischen Verfassung. Das Volk von Rheinland-Pfalz gab sie sich - wie in ihrem Vorspruch niedergelegt: "im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, dem Urgrund des Rechts und Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaft, von dem Willen beseelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, das Gemeinschaftsleben nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern und ein neues demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen ...".

Peter Altmeier drückte schon in der Beratenden Landesversammlung am 24. April 1947 die Überzeugung aus, "daß die demokratische Lebensform die einzige ist, die es verdient, wirklich menschenwürdig genannt zu werden. Gerade weil wir unser Volk nach den Jahren der Unterdrückung und des Staatszwanges wieder in den Genuß der demokratischen Freiheiten setzen wollen, haben wir so großen Wert darauf gelegt, das Werk dieser Verfassung möglichst beschleunigt zur Vollendung zu bringen." Wenn also auch am Anfang des Landes Rheinland-Pfalz - und in dieser durch den Krieg besonders hart getroffenen Region vielleicht noch mehr als in anderen Teilen des Vaterlandes - die blanke Not stand und in der Verfassungsgebenden Versammlung davon die Rede war, daß man für Gräber keine Verfassung brauche, so bezieht der Rückblick in diese Jahre heute stärker den Gedanken des Neubeginns sowie der Grundlegung eines freiheitlichen und demokratischen Staatswesens, nicht zuletzt auch des Wiederaufbaus unter dem Antrieb sozialer Marktwirtschaft nach der Währungsreform, mit ein. Und vor allem die Aussöhnung mit Frankreich, die schon Wilhelm Boden, der spätere erste gewählte Ministerpräsident, am 5. Dezember 1946 in der "provisorischen" Hauptstadt Koblenz forderte, wenn er Rheinland-Pfalz als altes deutsches Kulturland bezeichnete, dessen Geschichte "umschattet" sei "von den unseligen Konflikten zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn." Von daher betrachte es die Regierung als eine ihr gestellte "historische Aufgabe", Rheinland-Pfalz zu einem Bindeglied und nicht zu einer Schranke gegenüber den westlichen Nachbarn werden zu lassen.

Das neu entstandene "Land aus der Retorte" konnte sich aber auch trotz seiner dem alten Geist französischer Rheinpolitik entsprungenen territorialen Zufälligkeiten auf große Traditionen beziehen. Als europäisches Kernland, das bis heute aus der Vielfalt seiner historisch sehr unterschiedlich geprägten Landschaften und ihrer weltoffenen, durch lange Kriegs- und Leidenszeiten geläuterten und in allen humanitären Werken der Versöhnung und des Ausgleichs besonders engagierten Bevölkerung lebt, verweist es in seinem Wappen mit dem Trierer Kreuz, dem Mainzer Rad und dem Pfälzer Löwen auf die Kurfürstentümer des Alten Reiches und damit auf ein gesamt-rheinisches Bewußtsein vor der Heraufkunft der modernen Welt in der Französischen Revolution. Man kann dieser verkürzt wiedergegebenen historischen Grundschiablone bei der Erörterung der Landesgeschichte auch für deutsche Verhältnisse relativ alte freiheitliche Ansätze und frühdemokratische Legitimations-Fundamente hinzufügen, unter denen zwei Daten besondere Aufmerksamkeit verdienen und in der jüngsten Zeit auch in der historisch-kritischen wie politologischen Forschung starke Beachtung fanden: die Mainzer Republik von 1792/93 und das Hambacher Fest von 1832. Bei beiden Ereignissen spielte bereits das Verhältnis zu Frankreich, das sich inzwischen in einer intensiv gepflegten und gelebten Partnerschaft und Freundschaft des ganzen Landes mit der Region Burgund in ungeahnt fruchtbarer Weise entwickelt hat, eine überragende Rolle - in jenem "Freiheits-Strang" und Freiheitsdrang der ansonsten außerordentlich lang im Bann des Obrigkeitsstaats verharrenden deutschen Geschichte von Mainz über Hambach, die Frankfurter Paulskirche, die Weimarer Verfassung bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das den freiheitlichsten Staat bei uns aus der Taufe hob, dem unser aller kritisch-engagierte Sympathie gilt.

In einem zweiten Teil meiner Ausführungen möchte ich den andeutungsweise skizzierten demokratischen Neuaufbau gleichsam mit der vielgestaltigen Kulisse jener alten Kulturlandschaft in Verbindung setzen, vor der und auf der er sich bewußt oder unbewußt vollzogen hat. Bei Betrachtung der Herausbildung landwirtschaftlicher und landschaftlicher Frühformen könnte man bis auf die Bandkeramiker zurückgehen, die als Träger der ersten auf Ackerbau und Viehzucht gestellten Bauernwirtschaft ab 3.000 vor Christi Geburt in den Lößgebieten Rheinhessens, der unteren Nahe, im Neuwieder Becken, dem Maifeld sowie in den Schwarzerdeböden der Pfalz gesiedelt haben; man könnte von der Weidewirtschaft in vielen Regionen des Landes in der Hügelgräber- und Bronzezeit sprechen, über die Urnenfelder-Zivilisation und die sich vom 6. bis 2. Jahrhundert vor Christus etablierende Hunsrück-Eifel-Kultur abhandeln, welche das rheinische Schiefergebirge mit Siedlungskonzentrationen von der Mittelmosel bis Bingen, aber auch um Hermeskeil und im Gebiet von Daun und Wittlich in Anspruch nahm. Es genügt, im heutigen Zusammenhang auf die von den Kelten getragene Latène-Kultur zu verweisen - und dann natürlich auf die Römer, die bei der Eroberung des gesamten linken Rheinufer ihre hoch entwickelte mittelmeerische Zivilisation mitbrachten und deren Grundbesitzer vermutlich ihre Arbeitskräfte aus alten kelto-germanischen Siedlungen rekrutierten. Freilich taucht hier bereits in frühester Zeit eine Konstante auf, welche die Regionen des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz oft unheilvoll durch fast zweitausend Jahre bestimmen wird: dieser Wohlstand der römischen Provinzen am Rhein hatte Ursache und Fundament in der landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens, die zur Proviant-Lieferung an die Legionen der

Römer gedacht und erforderlich war. Wenn von den römischen Schriftstellern besonders der "ager Trevericus" als sehr ertragreich bezeichnet wird, so galt dies auch für die Siedelgebiete in der Pfalz und im späteren Rheinhessen. Getreideanbau auf den Muschelkalkböden sowie Pferdezücht, Viehhege in den ausgedehnten Wäldern, aber auch Bienenwirtschaft, Obstanbau und schließlich die Kreszenzen des Weinbaus: sie lieferten von nun an durch die kommenden Jahrhunderte die wichtigsten Naturprodukte für einen ausgedehnten Handel und Wandel. Nach dem Ende des Römischen Imperiums und mit der fränkischen Landnahme kam es unter dem Einfluß der Grundherrschaft zu neuen Formen der Agrar-, Besitz- und Arbeitsverfassung in den Fronhofsverbänden - nicht zuletzt unter Ägide der karolingischen Reichsklöster St. Maximin bei Trier, Prüm, aber auch von den auswärtigen geistlichen Zentren Fulda, Lorsch an der Bergstraße und Weißenburg im Elsaß. In mehreren Rodungsschüben, vor allem seit dem 12., dem Bernhardinischen Jahrhundert, als die "weißen" Mönche von Cîteaux ihren kolonisatorischen Impuls durch ganz Mitteleuropa entfalteten, entwickelte sich unsere intensive Weinbau-Kulturlandschaft in den Terrassen an Mosel, Saar und Ahr, aber auch am Mittelrhein und an der Lahn. Doch die Lage des kleinen Bauernstandes nach der Abkehr der Grundherren von der Eigenwirtschaft und dem Rückzug von Kirche, Adel und Patriziat auf den Rentengenuß als Landbesitzer führte zu teilweise unwürdigen Abhängigkeitsverhältnissen, gegen die sich im Bauernkrieg, der vor allem die pfälzischen Regionen von Württemberg und vom Elsaß her erreichte, ein bodenständiges Emanzipationsverlangen artikulierte, das freilich von den Landesherren, nicht zuletzt in der Schlacht und dem Blutbad bei Pfeddersheim im Jahre 1525, rigoros von fürstlicher Gewalt zertreten wurde. Diese Niederlage machte das bürgerlich-bäuerliche Führungselement in unserem Raum in politischen Partizipationsfragen im Grunde bis zur Französischen Revolution mit ihrer antifeudalistischen Sprengkraft mundtot, zumal noch zusätzlich der Dreißigjährige Krieg die Bevölkerungszahl weiter Landstriche buchstäblich dezimiert hatte.

Erst nach dem Wiener Kongreß, der freilich auf politischer Ebene den vorher gerade erst gezimmerten gesamtrheinischen Zusammenhang zerschlug und das linke Rheinufer unter das neoabsolutistische Joch rechtsrheinischer Zentren wie Berlin, München und Darmstadt zwang, kam es allmählich durch den Zollverein, durch die Intensivierung der modernen Verkehrsmittel und neue Planungsinstrumente zu einer gewissen Durchbrechung oder Lockerung der kleinregionalen Isolation in der gesamten Landwirtschaft unseres Raumes, die nunmehr stärker in ein interprovinziales Verbundsystem gestellt wurde. An die Entstehung des landwirtschaftlichen Genossenschaftsgedankens, der in der Person von Friedrich Wilhelm Raiffeisen zentral mit unserem Land, zumal mit dem der "armen Leute" auf dem Westerwald, verbunden ist, soll hier nur erinnert werden, weil sich 1988 sein Todestag zum hundertsten Male jährt.

Der durch furchtbare, uns heute unvorstellbare Mißernten ausgelöste Hungerwinter 1846/47 führte dazu, daß in der preußischen Rheinprovinz und anderswo das Mittagessen für die unbemittelten Klassen der Bevölkerung nur noch aus Zichorienbrühe und allenfalls aus Sauerkraut bestand. Dies war im Grund der Ansatz zur Gründung eines "Brodvereins" durch den Bürgermeister von Weyerbusch, um bei rapidem Anstieg der Preise die erforderlichen Mittel zum Großeinkauf bereitzustellen und in die Lage zu kommen - wie Raiffeisen schreibt - "das Brot 50 Prozent unter dem sonstigen Preis an die ärmeren Einwohner" abzugeben. Außer diesen Initiativen für den Genossenschaftsgedanken hat das nicht selten geschmähte 19. Jahrhundert beachtliche Leistungen auf dem Gebiet der Forstwirtschaft,

die wegen ihrer langfristig kontinuierlichen Planung und in ihrem Denken in vielen Generationen die Bewunderung des in der Moderne immer hektischer werdenden Menschen erregen muß, hervorgebracht. Aber auch auf dem Sektor des landwirtschaftlichen Schulwesens sind erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Die nach wie vor jedoch unbefriedigende Situation in der Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe - so gab es etwa, um nur eine konkrete, typische Zahl zu nennen, im Jahre 1879 in der Gemeinde Hontheim (Kreis Wittlich) bei einem Areal von 771 Hektar an Acker- und Wiesenland nicht weniger als 24.746 Parzellen, davon 24.267 unter der Größe von anderthalb Ar: solche Fakten waren neben den Hungerjahren wichtige Motive für massenhafte Auswanderung und Landflucht; und auch jener Eifelfond von mehreren Millionen, den der preußische Staat zu Beginn unseres Jahrhunderts für Entwässerungen, Aufforstungen sowie Umwandlungen von Ödland in Kulturböden zur Verfügung stellte, bedeutete allenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein und konnte für weite Landstriche des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz das Stigma und Kainsmal von Elends- und Notstandsgebieten nicht hinwegnehmen.

Heute aber kann man dem jungen Land auf altem Kulturboden nicht nur aus engagierter Nähe, sondern gewiß auch aus gemessener Entfernung bescheinigen, daß es mit vierzig Jahren in vielen Bereichen noch attraktiver als vor zwei Jahrzehnten dasteht, als sich mit der Bildung der Europäischen Gemeinschaft die Perspektiven entscheidend zum Positiven veränderten und aus dem einst strukturschwachen Grenzland endgültig eine europäische Zentralregion hervorwuchs. Das hatte entsprechende Folgen für Wirtschaftskraft wie innovatives Klima des Landes, das wegen seiner nunmehr hervorragenden Verkehrsverbindungen, seiner gut ausgebildeten Arbeitskräfte neben den klassischen Industrien auch auf dem modernen Feld der Mikroelektronik seine Chance sucht und für Investoren aus aller Welt attraktiv geworden ist.

Dennoch bleibt es eine Herausforderung an zukünftige Politik und Entwicklung, daß gerade die ländliche Bevölkerung, nachdem sich in einer hochindustrialisierten und technisierten Gesellschaft ihre Aufgaben gewandelt haben und die Produktion der Nahrungsmittel allein bei der engen internationalen Verflechtung nicht mehr ihre Aufgabe sein kann, ein geschärftes und teilweise neues Bewußtsein für die immer noch und immer wieder sozial und kulturell eigenständigen Lebensformen hervorbringen sollte. Und zwar in einem gereinigten Heimatbegriff, der nicht in nostalgische Bahnen abdriftet, sondern in aufgeklärter Sicht die Notwendigkeiten der Zukunft bedenkt und kreativ zu ergreifen versucht. Ich bin überzeugt, daß diese Rekultivierung von Heimatgefühl, je mehr unsere Erfahrungen und praktischen wie geistigen Dimensionen ins Europäische und Globale ausgreifen, an Bedeutung gewinnen und der Drang nach Geborgenheit in den kleinen Einheiten, ja nach Aufgehobensein im Lokalen und Regionalen steigen wird. Und Heimatkunde im modernen Sinn, wie sie wieder allenthalben im Schulunterricht eingeführt werden sollte, müßte dem Kind, dem Schüler "die gesammelten Erfahrungen, die kollektiven Träume und Erinnerungen seiner Umgebung, seines Dorfes oder Stadtviertels weitergeben und ihm deutlich machen, welche geographischen, biologischen, historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren sein und seiner Vorfahren und Nachbarn Leben bestimmt und beeinflußt haben, welchen Zwängen

die Menschen ausgesetzt waren und aus welchen Gründen und wie sie sich dazu verhalten, welche Erträge ihre Mühen gebracht haben und was umsonst war". (Wilfried von Bredow)

Gerade vor diesem Hintergrund erhalten Anstrengungen und Leistungen der Landeskulturverwaltung besonderes Gewicht. Denn Raumordnung und Landesplanung, Dorf- und Gemeinde-Entwicklung sowie Verkehrserschließung im Nahbereich und schließlich der immer wichtiger und drängender gewordene Umwelt- und Naturschutz sind Aufgaben, die schließlich alle eine umfassende Landschaftspflege nicht vernachlässigen dürfen, in der eben ökologische Postulate besser mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang gebracht oder - fast ein geflügeltes Wort! - versöhnt werden müssen, um der Verantwortung für die kommenden Generationen und ihre Ressourcen gerecht zu werden. So kann man trotz aller Klagen in der Öffentlichkeit doch auch als Außenstehender im historischen Rückblick die Feststellung wagen, daß die ökologischen Prinzipien - nicht zuletzt unterstützt durch die neuen Grundlagen der Flurbereinigung - in jüngster Zeit zu einem Umdenken und Umsteuern in der Gestaltung des ländlichen Raumes geführt haben. Auch die Flurbereinigung ist aber im Grunde keine Erfindung der Neuzeit. Ohne auf ihre Ursprünge in England einzugehen, sei immerhin darauf hingewiesen, daß man im deutschen Bereich vor allem seit dem 16. Jahrhundert bereits die wirtschaftlichen Nachteile einer zu starken Besitzzersplitterung für eine intensiv betriebene Landwirtschaft da und dort erkannte und sich auf Ausgleichsmaßnahmen besann. Man erinnert in diesem Zusammenhang gern an die sogenannten Vereinödungen in der Fürstabtei Kempten im Allgäu, bei denen das bäuerliche Anwesen aus einer Ortschaft herausgenommen und in freier Feldflur zu einer arrondierten Hoflage oder Einöde neu und modernisiert angelegt wurde. Diese bayerische Methode hatte im 19. Jahrhundert auch auf die Pfalz, die ja damals dem Wittelsbacher Königreich einverleibt war, ihre Auswirkungen und Einflüsse. Aber - und das kann auch der Laie in den vergangenen Jahren deutlich nachvollziehen: die Flurbereinigung dient nach heutigem gewandeltem Verständnis nicht mehr nur den agrarischen Interessen, sondern hat so etwas wie einen umfassenden gesellschaftspolitischen Auftrag erhalten - in einer integralen Neuordnung, die eben außer Verbesserungen der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft auch auf die Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung abhebt. In diesen wenigen Andeutungen wird notabene auch deutlich, daß die Flurbereinigungsbehörden die bisweilen etwas belächelte Bezeichnung Kulturämter im Sinn der ursprünglichen Wortbedeutung von colere = pflegen, bebauen, gestalten, kultivieren zu Recht und als eine umfassende Verpflichtung tragen!

Schon von daher ist der oft emotional betonte Gegensatz zwischen Ökonomie einerseits und Landschaftspflege andererseits als gewissermaßen zweier feindlicher Brüder nicht zu rechtfertigen. Auch die Etymologie dieser beiden Begriffe macht deutlich, daß Ökonomie beziehungsweise Wirtschaftlichkeit langfristig und letzten Endes nur dann erreicht werden kann, wenn sie ökologisch, das heißt umwelt- und naturgerecht, orientiert bleibt und erzielt wird - mit anderen Worten und gleichsam in die Behördenkompetenz übersetzt: wenn die Kulturämter, die landwirtschaftliche und weinbauliche Praxis sowie ihre Berufsvertretungen, andere Fachdienststellen, aber auch die Naturschutzverbände und nicht zuletzt die Presse und die Medien auf Partnerschaft setzen, auf Dialog und nicht auf Unversöhnlichkeit. Die Auswirkungen von Mobilität und die moderne Technologie haben zweifellos zu einer Standardisierung menschlichen Lebens beigetragen und den Eindruck ver-

stärkt, daß alle Probleme nur noch global zu lösen seien und der einen Welt die Zukunft gehöre. Aber gleichzeitig zu dieser Egalisierungs-Tendenz gibt es allenthalben einen gegenläufigen Trend zu den kleinen und überschaubaren Einheiten oder zum Regionalismus. Denn dieser Traum von der einen Welt wird sich doch auf die vielen lokalen Welten stützen müssen, weil die Qualität unseres Lebens auch von emotionalen, ästhetischen und kulturellen Dimensionen bedingt ist, die ihrerseits aus Begegnungen resultieren, welche jeder in seiner räumlichen, natürlichen und sozialen Umwelt macht. Und es scheint immer mehr einsichtig geworden, daß gerade der Trend zur Uniformität und ein von ihm nicht selten erzeugtes Gefühl der Langeweile Veranlassung sind, für das Besondere jener Orte, Dörfer und Städte, in denen wir wohnen, für ihren überlieferten Lebensstil und die immer wieder neu entdeckten Möglichkeiten, die sie bieten können, sich umso stärker zu interessieren, je größer die Anonymität ist, die uns ansonsten drohend umfängt.

Ich lenke die Aufmerksamkeit noch einmal auf den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurück: Vierzig Jahre Rheinland-Pfalz, aber auch vierzig Jahre ohne Krieg in Deutschland und Europa sind ein wichtiger Grund zur Dankbarkeit auch der heutigen Jugend an ihre Mütter und Väter, an ihre Großmütter und Großväter. Das alles bleibt selbstverständlich ebenso ein Merkposten zur Wachsamkeit, weil auch nach diesem Datum die Kriegsfurien in der Welt nicht besiegt sind und menschenunwürdiges Elend unvorstellbaren Ausmaßes da draußen weiterhin alle Anstrengungen herausfordert, denen sich Rheinland-Pfalz und seine Menschen, nicht zuletzt in der Partnerschaft mit Ruanda, verschrieben haben. Das optimistische Handeln in der ersten Stunde nach dem zweiten Weltkrieg war grundlegend, daß wir als Volk allmählich Würde zurückgewinnen und in die Wertgemeinschaft der freiheitlichen Demokratien aufgenommen werden konnten. Und Demokratie begann damals und beginnt auch heute in unseren Gemeinden und Dörfern, in den Städten - dort, wo Politik von Mensch zu Mensch "gemacht", begriffen wird und am ehesten "transparent" sein kann. In einem zerstörten Land - nehmt alles nur in allem! - entstanden Gemeinwesen, die eine Höhe der materiellen, aber auch der differenzierten geistigen Kultur erreichten, die vor vierzig Jahren unvorstellbar erschien. So bleibt zu wünschen, daß die Erinnerung an diese Zeit, an den Wiederaufbauprozess, nicht nur und in erster Linie Nostalgie-Gefühle weckt, sondern junge Bürger motiviert und anspornt, sich noch stärker in kritischer Sympathie mit ihrer Heimat, ihrem Dorf, ihrer Stadt, ihrem Kreis, unserem Land und der Bundesrepublik Deutschland zu identifizieren und für die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde einzusetzen. Die Zuversicht und der Optimismus in die Offenheit aller Entwicklung und Geschichte degradiert uns nicht zu willenlosen Werkzeugen und läßt uns nicht in unüberwindlichen Schranken und Strukturen befangen sein, sondern tut uns immer wieder neu und gleichsam jeden Tag die Möglichkeiten und Chancen zum Voranschreiten auf. Der tägliche Kampf gegen das Vergessen und Verdrängen wie auch das geschärfte Augenmerk auf stets wuchernde Legenden erweitert und bestärkt unsere Fähigkeit, aufgrund der Erkenntnisse und Erfahrungen der Vergangenheit, andere Menschen und uns selbst besser zu verstehen. Nicht, was wir tun sollen hier und im konkreten Augenblick, können wir aus der Geschichte lernen, sondern - um aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem Welt-Historiker-

kongreß 1985 in Stuttgart zu zitieren: "Wir können aus der Geschichte lernen, was wir bedenken müssen." Ich füge den klassischen Satz von Jakob Burckhardt hinzu, wonach Geschichte nicht klug für den Augenblick und ein andermal macht, sondern uns befähigen soll, weise für immer zu werden, und schließe - vor allem angesichts jener Veränderungen, die wir im ländlichen Bereich in der vergangenen Generation erlebt haben, mit einem Zitat aus Shakespeares "Julius Cäsar".

Es lautet sinngemäß:

"Der Strom der menschlichen Geschichte wechselt ununterbrochen. Nehmen wir aktiv, voller Optimismus und Energie, aber auch im rationalen Bedenken aller Gefahren die Fluten wahr, steuern und beeinflussen sie bewußt in ihrer Richtung, dann führen sie uns hoffentlich hin zum Glück!"

FACHBEITRÄGE

GANZHEITLICHE NEUORDNUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES

- Neue Perspektiven, alte Instrumente? - *)

von Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard,
Direktor des Instituts für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik
der Universität Bonn

Wer einen deutschen Professor um einen Vortrag bittet, kann davon ausgehen, daß dieser die üblichen Einleitungsregeln beherrscht, nämlich seine Zuhörer entweder mit einer aufreizenden These zu schockieren, oder sie mit definitorischen Übungen zu betäuben, sie in die Historie des Problemfeldes einzutauchen oder sie schließlich mit einem klugen Aphorismus oder einem Dichterwort auf sein Thema einzustimmen und so auf seine Seite zu bringen. Die Komplexität des Themas macht die Wahl unter diesen vier Starthilfen so schwer, daß in der Folge die ersten drei zu Hilfe genommen werden. Aphorismus und Dichterwort bleiben dem Schluß des Referats vorbehalten. Nach diesen drei Einleitungen folgt im zweiten Teil des Vortrags die Auseinandersetzung mit ausgewählten neuen Perspektiven für den ländlichen Raum und sodann im dritten Hauptteil die Antwort auf die Frage nach geeigneten, ganzheitlichen Planungstechniken.

*) Vortrag in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Bonn, am 8. Juli 1987

1.1 Die These

Wer über den ländlichen Raum spricht, weiß über die zwiespältigen Auffassungen in der Öffentlichkeit: Ist das jene "kleine, heile Welt", in der die Menschen in Eintracht und Ruhe, in sprichwörtlich gesunder Luft und schöner Landschaft harmonisch miteinander wohnen und arbeiten, oder ist das der Raum, in dem sich negative Bewohnererfahrungen häufen wie etwa Abgeschiedenheit, Rückständigkeit, Überalterung, Bildungs-, Arbeitsplatz- und Einkommensgefälle oder Umweltbelastungen, vor allem solche, die aus den Verdichtungsräumen hierher exportiert werden? Weder die eine noch die andere Sichtweise werden der mittlerweile sehr differenzierten Struktur des ländlichen Raumes gerecht. Diese Feststellung führt zur ersten Einleitungshilfe, der These: "**Den** ländlichen Raum gibt es gar nicht, und deshalb kann auch die auf **den** ländlichen Raum bezogene Politik gar nicht greifen. Der ländliche Raum ist ja nicht jene Restkategorie, die übrigbleibt, wenn Stadt, Stadtumland, Stadtregion, Verdichtungsraum usw. abgegrenzt worden sind. Dafür gibt es - anders als beim ländlichen Raum - genügend Abgrenzungskriterien wie etwa Bevölkerungsdichte, Pendlerverflechtungen oder Zentralität.

Schon gar nicht ist der ländliche Raum einfach identisch mit landwirtschaftlichem Raum. Der größte Teil des ländlichen Raumes unterliegt zwar land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, aber nur eine Minderheit der in diesem Raum lebenden Menschen ist hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig, ja ihr Anteil hat beständig abgenommen und wird dies voraussichtlich auch in Zukunft tun. 1950 waren noch ca. 25 % aller Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, 1990 werden es voraussichtlich nur noch 2,5 bis 3,7 % sein. Prognosen gehen von einem erheblichen Freisetzungspotential aus. So heißt es, daß bei rationellerem Einsatz der bereits heute schon vorhandenen technischen Einrichtungen das Produktionsvolumen auf dem heutigen Niveau gehalten werden könnte, wenn nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Vollarbeitskräfte eingesetzt würde (statt 0,9 Mio also nur noch 0,3 Mio).

Für den ländlichen Raum gibt es also keine problemadäquate Abgrenzung. Die Folgen dieser begrifflichen Unschärfen liegen auf der Hand: Alle Perspektiven und Politiken, die den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit betreffen, müssen unscharf und deshalb am Ende auch unverbindlich bleiben, weil sie in ihrer Allgemeinheit für den ländlichen Raum nicht greifen und auch nicht zu widerlegen sind. Wir haben es vielmehr mit sehr unterschiedlichen Typen von ländlichen Räumen zu tun, für die jeweils unterschiedliche Perspektiven zu entwickeln sind.

1.2 Die Definitionen

Diese unterschiedlichen Typen ländlicher Räume zu definieren, ist notwendige Voraussetzung für das Nachdenken über neue Perspektiven, Ziele und Maßnahmen, über die Instrumente von morgen und ihren Einsatz. Nach einer Differenzierung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung können drei Typen ländlicher Räume unterschieden werden:

- ländliche Räume innerhalb von Regionen mit großen Verdichtungsräumen (die eigentlichen suburbanen Räume)

- ländliche Räume mit leistungsfähigen Oberzentren und vergleichsweise guten wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen (etwa das Münsterland)
- periphere, dünnbesiedelte ländliche Räume abseits der wirtschaftlichen Zentren des Bundesgebietes (beispielsweise Eifel, Westerwald oder Grenzgebiet zur DDR)

Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung bezieht ihre laufende Raumbbeobachtung auf diese Raumtypen. Von den Ergebnissen seien hier nur die aktuellen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung referiert: Die ländlich geprägten suburbanen Räume und zahlreiche der ländlichen Regionen mit günstigen Entwicklungsbedingungen werden noch bis in die 90er Jahre hinein leichte Zuwachsraten haben, während für die Kernstädte, vor allem die großen, nahezu durchgängig Bevölkerungsverluste prognostiziert werden. Demnach wird die Stadt-Umland-Wanderung noch nicht zum Stillstand oder gar zur Umkehrung kommen, wenngleich in einigen Verdichtungsräumen deutliche Anzeichen in diese Richtung zu erkennen sind. Dabei handelt es sich überwiegend um Bevölkerungsgruppen, die unter den Schlagworten "Yuppies" (young urban professional people) und "Dinkies" (double income/no kids) charakterisiert werden. Im allgemeinen wird der Prozeß der Bevölkerungssuburbanisierung das Umland der "prosperierenden" Agglomerationsräume treffen. Die strukturschwachen, peripheren ländlichen Regionen sind dagegen schon seit Jahren durch stärkste Wanderungsverluste an jungen Menschen gekennzeichnet, vor allem wegen der unzureichenden beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten. Diese selektive Wanderungsentwicklung führt nicht nur zu einer erheblichen Verringerung des "Humankapitals" in den Abwanderungsgebieten, sondern auch zu einer dauernden Unterauslastung sozialer Infrastruktureinrichtungen, so daß hier Angebotsrücknahmen die Folgen sind. Damit wiederum verringert sich die Lebensqualität, was tendenziell Abwanderungen begünstigt. Auch die einseitig auf landschaftlich bevorzugte Räume mit ihren vermeintlich gesunden, natürlichen Umweltbedingungen gerichtete Ruhestandwanderung bringt altersstrukturelle Selektivitäts- und regionale Entwicklungsprobleme mit sich. Es ist hier nicht der Raum, die weiteren Ergebnisse der laufenden Raumbbeobachtung zu kommentieren, und sie dürften in diesem Kreis größtenteils bekannt sein. Neu und deshalb erwähnenswert ist jedoch die Feststellung, daß die bisher überwiegend quantitative Betrachtungsweise ergänzt wird durch qualitative Informationen über die subjektiven Einschätzungen von Einwohnern und sozialen Gruppen des ländlichen Raumes (subjektive Indikatoren). Für die Auseinandersetzung mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen von "gleichwertigen Lebensverhältnissen" gesprochen werden kann, liegen hier in Ergänzung der Anfang der 70er Jahre vom Beirat für Raumordnung formulierten quantitativen gesellschaftlichen Indikatoren (im wesentlichen als Ergebnis gesicherter Empirie) wichtige Ansatzpunkte.

Der Europarat, zu dessen am 12.6.87 in Lissabon eröffneten "Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum" auch dieser Vortrag einen Beitrag leisten soll, hat gleichfalls drei Typen ländlicher Räume unterschieden, nämlich

- benachteiligte ländliche Regionen, die von Landflucht, wirtschaftlichem Niedergang und einem Rückgang der Lebensqualität bedroht sind; (vergleichbar etwa mit unseren peripheren, dünnbesiedelten Räumen)
- in rascher Entwicklung befindliche ländliche Regionen, die sich einer unkontrollierten landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung ausgesetzt sehen, mit der eine fortschreitende Zerstörung der Landschaft, des architektonischen Erbes und des Lebensstils einhergehen; (vergleichbar vor allem mit unseren suburbanisierten Räumen)

- besonders gefährdete ländliche Regionen, die durch Verschmutzung oder Tourismus sowie auch durch natürliche Erscheinungen bedroht sind (Erosion, Erdbeben usw.).

Doch nicht allein der ländliche Raum ist heterogen, sondern auch zwischen den ländlichen Siedlungen, den Dörfern, bestehen erhebliche Unterschiede. Rheinland-Pfalz differenziert bekanntlich im Landesentwicklungsprogramm

- Gemeinden mit starker Eigendynamik in den sog. Ordnungsräumen (das sind Verdichtungsräume und ihre Randzonen). 13 % aller Ortsgemeinden liegen in diesen "Aktivräumen", und sie unterliegen einem raschen und tiefgreifenden Funktionswandel;
- Gemeinden außerhalb der Ordnungsräume in den sog. Gestaltungsräumen (das sind Nahbereiche von Mittel- und Unterzentren mit keinen oder nur geringen Strukturschwächen und mit guter Infrastrukturausstattung) oder in strukturschwachen Räumen (diese Gemeinden bilden eine eigene Problemgruppe der Dorferneuerung, da sie meist abseits von Arbeitsplatz- und Versorgungszentren gelegen sind). In Rheinland-Pfalz leben 57 % der Bevölkerung in 87 % der Gemeinden in dieser Kategorie außerhalb der Ordnungsräume.

Baden-Württemberg unterscheidet beispielsweise nach der sozio-ökonomischen Struktur der Dörfer und nach ihrer überwiegenden Funktion. Dabei werden vier Dorftypen differenziert:

1. bäuerliche Dörfer, in denen mindestens 60 % der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig sind
2. Arbeiter-Bauern-Dörfer, in denen sich agrarische und gewerbliche Beschäftigte die Waage halten, wobei die Nebenerwerbslandwirtschaft in der Regel eine große Rolle spielt. In Realteilungsgebieten hat sich dieser Dorftyp schon im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt.
3. Arbeiter-Wohn-Dörfer, die in den industrialisierten Gegenden liegen, in denen nur noch wenige Landwirte Haupterwerbsbetriebe unterhalten und in denen die Pendler überwiegen. Diesen Siedlungstyp erkennt man meist an den umfangreichen Neubaugebieten am Dorfrand.
4. Industrie- oder Stadtdörfer, die eindeutig von sekundären Wirtschaftsbetrieben geprägt sind. Sie liegen meist in den verdichteten Räumen und sind oft verstädtert.

Es ist hier nicht der Raum zu weiteren definitorischen Übungen, obwohl das Thema noch zwei weitere erklärungsbedürftige Begriffe enthält, nämlich "ganzheitlich" und "Neuordnung". Ist "Neuordnung" des ländlichen Raumes lediglich die Neuordnung der Flur, also etwa Flurbereinigung, die ja gesetzlich definiert wird als Maßnahme zur Verbesserung der Produktivität der Landwirtschaft? Oder ist Neuordnung des ländlichen Raumes ganz allgemein die Verbesserung der Agrarstruktur, in die ja die Flurbereinigung ebenso eingebunden ist wie die einzelbetriebliche Förderung und der Ausbau der überbetrieblichen Infrastruktur etwa durch wasserwirtschaftliche oder kulturbautechnische Maßnahmen? Selbstverständlich schließt die Neuordnung des ländlichen Raumes dies und noch viel mehr und

vor allem auch die bauliche Struktur ein, ist also Dorfentwicklung ebenso wie "Erhaltende Dorferneuerung", Modernisierung und Sanierung.

Und was ist schließlich mit "ganzheitlich" gemeint? Naheliegenderweise zunächst wohl eine sachlich alle ländlichen Bereiche umfassende Neuordnung, doch geht es wohl auch um ganzheitliche (sog. kybernetische, systemorientierte oder vernetzte) Planungstechniken. Seit Frédéric Vester die ganze Welt als ein "vernetztes System" dargestellt hat, in dem jedes Glied mit jedem anderen verknüpft ist und nicht nur bloß nebeneinander steht, ist die Forderung nach vernetzten Planungsverfahren nichts Neues mehr. Vester hat für solche Vernetzung - bezogen auf einen Wachstumsprozeß - selbst ein ebenso anschauliches wie amüsantes Beispiel geliefert: Je schneller der Wolf läuft, desto mehr Hasen kann er fangen, je mehr Hasen der Wolf fängt, desto dicker wird er; je dicker er wird, desto langsamer kann er laufen; je langsamer er läuft, desto weniger Hasen kann er fangen; je weniger Hasen er fängt, desto dünner wird er; je dünner der Wolf wird, um so schneller kann er laufen, um so mehr Hasen kann er fangen, um so dicker wird er ... Die Pointe dieses Beispiels für Vernetzung ist, daß es vielfältige Wechselwirkungen gibt, und daß es nicht allein auf die Menge des Wachstums, sondern auf die Vielfalt der Organisationsformen und damit auf die Qualität des Wachstums ankommt. In ähnlicher Sicht ist auch das Dorf ein "vernetztes System", dem nur durch ganzheitliche Planungstechniken entsprochen werden kann. Gerade die Dorferneuerungsplanung, die ja rechtlich unverbindlich sein soll, eignet sich wegen ihres prozeßhaften Charakters in besonderer Weise für ganzheitliche oder vernetzte Planungstechniken, ja sie fordert sie sogar heraus.

1.3 Der historische Rückblick

Bevor näher auf ganzheitliche Planungstechniken eingegangen werden kann, seien noch ein paar Bemerkungen zum Untertitel des Themas, zu den neuen Perspektiven und alten Instrumenten erlaubt. Viele der neuen Perspektiven und der alten Instrumente können hinreichend nur verstanden werden, wenn man einen kurzen Rückblick in die Geschichte, zumindest in die aktuelleren Problemformulierungen des Themas unternimmt. Der enge Zeitrahmen erlaubt lediglich den Rückgriff auf zwei exzellente historische Beispiele, etwa die "Bayerische Bewegung zur Landesverschönerung" von 1821 oder die "Instruktion zur Vollziehung der Güterkonsolidation in Nassau" von 1830.

In München hatten sich 1821 der Landwirtschaftliche und der Polytechnische Verein zu einer "Deputation" zusammengeschlossen, die das Bauwesen und die zweckmäßige Verschönerung des Landes, der Dörfer, Märkte und Städte zum Inhalt ihrer Arbeit machte. Und im Monatsblatt für Bauwesen und Landesverschönerung vom August 1827 schreibt H. v. Nagel: "Daß die Arrondierung der Güter ... ein wirksames Mittel ... zur Beförderung der Landeskultur und Beseitigung der Hindernisse (sei), welche der wahren Verschönerung des Landes entgegenstehen". Die Arrondierung der Güter durch einen Geometer (heute würden wir von Flurbereinigung durch Geodäten sprechen) stand also von Anfang an im Dienste der Landes- und Dorfverschönerung. So geht von hieraus, insbesondere von den imponierenden Zielen von Dr. Gustav Vorherr zur Dorfverschönerungsplanung, eine gerade Linie zum heutigen Bundeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden".

In der genannten "Instruktion für die Vollziehung der Güterkonsolidation in Nassau" von 1830 war den Geometern aufgetragen worden, nicht nur die Gemarkung, also die Flur, sondern auch die Dorflage oder "die Hofraiten mit ihren Gärten und Baumstücken" zu konsolidieren. "Der Geometer (sollte) an Ort und Stelle geeignete Vorschläge zur Regulierung der bestehenden Hofraiten" machen und vor der Ausmessung und Kartierung jeweils das Einverständnis der Beteiligten einholen. Heute, fast 150 Jahre später, gehört es noch längst nicht in allen Bundesländern zur Selbstverständlichkeit, daß Dorferneuerungen immer auch mit Flurbereinigungsverfahren verknüpft werden. In Bayern freilich ist dies seit 1976 gesetzlicher Auftrag, wohl in der zutreffenden Erkenntnis, daß es nur dann zu einer flächendeckenden Bodenordnung kommen kann und daß nicht wichtige Ordnungsaufgaben im Dorf ungelöst bleiben. In vielen Fällen war die Flurbereinigungsbehörde, wie die Erfahrung gezeigt hat, ja nicht nur Bodenordner, sondern auch als erfahrener Koordinierungsträger für die Gemeinden tätig. Deshalb gehen die Bayerischen Dorferneuerungsrichtlinien vom 1. Juni 1986 noch weiter: "Zur Durchführung einer Dorferneuerung ist ein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz einzuleiten. Das Verfahrensgebiet kann ausschließlich auf einzelne Ortschaften oder ausnahmsweise, wenn eine Einbeziehung der gesamten Ortschaft nicht notwendig ist, auf Ortslagen, Einzelgrundstücke oder Einzelobjekte beschränkt werden".

Neue Perspektiven - alte Instrumente? Das klingt so ähnlich wie "Neuer Wein in alten Schläuchen". Tatsächlich sind die Probleme der ländlichen Räume und die zu ihrer Lösung anzuwendenden Instrumente ja keineswegs so neu, daß sich schon allein deshalb eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen heute anböte. Die wirklich brennenden Probleme der ländlichen Räume sind seit über drei Jahrzehnten bekannt. Die sechs wichtigsten seien hier kurz in Erinnerung gerufen:

1. Wir beobachten seit Jahren, wie beispielsweise die **EG-Agrarpolitik** immer tiefer in die Krise gerät bei ihren Bestrebungen, die Überschußproduktion zu begrenzen und das Marktgleichgewicht wieder herzustellen. Darauf wird gleich näher einzugehen sein.
2. Wir haben schmerzlich erfahren, wie tiefgreifend sich in den letzten drei Jahrzehnten die **kulturelle Identität** unserer Dörfer gewandelt hat, wie sie sowohl ihre politische Selbständigkeit als auch die ehemals für das Dorfleben so wichtigen Einrichtungen wie etwa Schule, Kindergarten oder Kirche verloren haben.
3. Wir waren und sind noch immer Zeugen der allzuoft **unkritischen Übertragung städtischer Verhaltensweisen und Wertvorstellungen**, Bebauungsweisen und Baustile auf dörfliche Lebens- und Siedlungsformen, auch der oft zu eilfertigen Anpassung unserer Dörfer an die Bedingungen unserer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.
4. Wir haben seit längerer Zeit zur Kenntnis nehmen müssen, welche tiefgreifenden Auswirkungen der **langfristige Bevölkerungsrückgang und die tendenziell hohe Arbeitslosigkeit** im ländlichen Raum haben, insbesondere hinsichtlich der Versorgung dünnbesiedelter ländlicher Gebiete mit Gütern, Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen. Mit der Abnahme der Nachfrager nach sozialen Infrastruktureinrichtungen sind die Angebote zurückgenommen worden, damit haben sich erhebliche Verringerungen der Lebensqualität eingestellt, die wieder-

um Bevölkerungsabwanderungen begünstigt haben. Diesen unheilvollen "Circulus vitiosus" zu durchbrechen, ist heute dringend geboten.

5. Wir sehen seit Jahrzehnten, daß der **Abstand zwischen armen** (überwiegend ländlich-peripheren) und **reichen** (überwiegend urbanen) **Regionen** immer größer wird und es so zu starken großräumigen und regionalen **Disparitäten** kommt, daß deshalb die Wünsche und Daseinsansprüche der Bewohner, insbesondere der peripheren ländlichen Räume in der ihnen angestammten Wohnregion kaum noch befriedigt werden können und daß damit der Zwang zu "interregionaler Mobilität" immer stärker zunimmt.
6. Wir identifizieren uns heute nach Jahren der Vernachlässigung der Umweltfunktion der ländlichen Regionen mit den **erheblich verschärften Anforderungen des Umweltschutzes**, ja wir beteiligen uns ganz bewußt am Wandel darauf bezogener Wertvorstellungen, die sich ja nicht allein auf ökologische Sachverhalte beschränken (z.B.
 - auf die Beeinträchtigung der Artenvielfalt durch Reduzierung oder Zerstörung der Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen
 - auf die Gefährdung des Grundwassers durch Nitratreintrag
 - auf die Schädigung des Ackerbodens durch Verdichtung und Erosion)
 - sondern wir besinnen uns auch wieder auf die unbestreitbaren Vorzüge der ländlichen Regionen, beispielsweise
 - überschaubare Lebensverhältnisse auf dem Dorf, höhere Wohn- und Freizeitwerte
 - kinderfreundlichere Umwelt
 - niedrigere Lebenshaltungskosten
 - leichtere Eigentumsbildung
 - stärkere selbstverantwortete Gestaltung der Lebensbedingungen und direktere Mitwirkungsmöglichkeit am gemeinschaftlichen Leben.

Diese keinesfalls vollzählige Aufzählung der ja durchaus bekannten Entwicklungen und Probleme (eben des "alten Weins in alten Schläuchen") mag an dieser Stelle genügen. Es kam hier vor allem darauf an, schlaglichtartig einige der Grundprobleme der ländlichen Räume anzudeuten, von denen nun im zweiten Teil dieses Vortrags der Versuch unternommen werden soll, die Frage nach den Perspektiven für morgen zu beantworten, - Perspektiven, die zwar nicht mit den Rezepten von gestern, aber doch mit den Instrumenten von heute, zugleich aber mit ganzheitlichen Planungstechniken gelöst werden sollen, wie im dritten Teil des Vortrags noch zu behandeln ist.

2. Neue Perspektiven für ländliche Räume

Angeichts des engen vorgegebenen Zeitrahmens kann die Betrachtung neuer Perspektiven sich nur auf einige besonders wichtige Schwerpunktbereiche beschränken. Neue Perspektiven zur Neuordnung ländlicher Räume sind offensichtlich vor allem in den folgenden drei Bereichen auszumachen:

1. In der Raumordnungspolitik
2. in der Agrarstruktur- und in der damit verknüpften Umweltschutzpolitik
3. im Bereich der Dorfentwicklung und Dorferneuerung.

Die zur Verfügung stehende Zeit gestattet nur sehr holzschnittartige und partielle Betrachtungen, die für eine intensivere Auseinandersetzung hilfreich sein mögen.

2.1 Raumordnungspolitik

Das Hauptziel der ländlichen Entwicklungspolitik ist nach wie vor, die ländlichen Räume in ihrer Funktionsvielfalt zu erhalten und allen dort lebenden Menschen gleichwertige Lebens-, Arbeits- und Bildungschancen zu sichern. Dies ist der Auftrag unseres Grundgesetzes. Im Rahmen einer Veranstaltung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zur Vorbereitung auf die "Europäische Kampagne für den ländlichen Raum" am 4. und 5.11.1986 auf Schloß Cappenberg hat der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Dr. Jahn, erneut bekräftigt, daß das Ziel der Raumordnungspolitik des Bundes nach wie vor die Erhaltung oder Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Bundesgebietes sei. Die berechtigten Ausgleichsansprüche der Einwohner des ländlichen Raumes seien in den letzten Jahrzehnten allerdings zunehmend konfrontiert worden mit den ebenso berechtigten Forderungen der Einwohner strukturproblematischer, vorwiegend altindustrialisierter Verdichtungsräume mit hoher Arbeitslosigkeit. Hier müsse Raumordnung selbstverständlich für Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für **alle** eintreten. Grundsätzlich abzulehnen sei die passive Sanierung ländlicher Regionen.

Nun wird gerade der Verfassungsgrundsatz der "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" zunehmend von Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Frage gestellt, und für die Lebensqualität und die Vielfalt der Kulturlandschaft in ländlichen Regionen kann das nicht ohne Folgen bleiben. Da allen überzeugenden sozialstaatlichen Argumenten zum Trotz offenbar die Strategie der sogenannten "passiven Sanierung" peripherer ländlicher Räume weiterhin diskutiert wird, erscheint es an dieser Stelle notwendig, diese und auch die mit ihr im Widerstreit liegende Strategie der "aktiven Sanierung" kurz zu skizzieren:

Das Konzept der **"passiven Sanierung"** geht davon aus, daß das Handlungspotential von Bund, Ländern und Gemeinden so begrenzt ist, daß gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebiets unrealistisch erscheinen. Allenfalls in den Verdichtungsräumen ließe sich diese Forderung erfüllen. Wer an gleichwertigen Lebensverhältnissen teilhaben möchte, müsse einen entsprechenden Wohnortwechsel vornehmen. Insofern ist eine Abwanderung aus den ländlichen Räumen als durchaus positives Handeln zu beurteilen, weil dadurch der Strukturwandel beschleunigt wird mit dem Ziel einer sich selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung der Zuwanderungsgemeinden.

Dagegen gibt das Konzept der **"aktiven Sanierung"** jedem Bürger das Recht auf Immobilität. Jeder Bewohner des ländlichen Raumes soll seinen Wohnsitz beibehalten können. Wird die Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen dort nicht erfüllt, so hat der Staat alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, dieser Verpflichtung nachzukommen. In den Programmen von Bund und Ländern dominiert eindeutig der Grundgedanke der aktiven Sanierung, tatsächlich aber ist unser Handeln im ländlichen Raum weitgehend durch Züge der passiven Sanierung gekennzeichnet. Es besteht also offenbar eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem, was wir im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse als Verfassungsauftrag zu erfüllen haben und dem, was wir tatsächlich tun. Insofern besteht hier erheblicher politischer Entwicklungsbedarf!

Auch die "Programmatischen Schwerpunkte der Raumordnung", die das Bundeskabinett 1985 beschlossen hat, gehen von einer unveränderten Gültigkeit des Auftrags zur Schaffung "gleichwertiger Lebensbedingungen" auch in den ländlichen und namentlich in den peripheren Regionen aus. Ohne hier auf Feinheiten eingehen zu können, werden in Wissenschaft und Praxis zwei Wege diskutiert, auf denen man zu einer besseren Realisierung des Raumordnungsziels gelangen könnte:

- die Entwicklung aus der Region heraus: die eigenständigen Kräfte ("endogenen Potentiale") sollen mobilisiert, die vorhandenen Ressourcen besser als bisher ausgeschöpft werden;
- die Planungen und Maßnahmen der staatlichen Fachpolitiken sollen besser an die jeweiligen Bedingungen und Bedürfnisse der ländlichen Räume angepaßt und besser mit- und untereinander koordiniert werden. Dabei besteht die Hoffnung, durch weniger Vorgaben von oben und durch mehr Flexibilität der staatlichen Planung der eigenständigen regionalen Entwicklung besser gerecht zu werden.

Es ist hier nicht der Raum, die Frage zu beantworten, ob auf diesem Wege tatsächlich "gleichwertige Lebensbedingungen" erreichbar sind, zumindest darf die Gefahr eines neuen Pragmatismus nicht übersehen werden. Vor allem die peripheren, dünnbesiedelten Regionen weisen neben unbestreitbaren Vorzügen (etwa ihrer hohen Wohn- und Umweltqualität) so viele hartnäckige Strukturprobleme auf (beispielsweise ihr quantitativ und qualitativ unzureichendes Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen), daß wohl auf eine aktive Politik zur Sicherung und Weiterentwicklung dieser ländlichen Regionen gar nicht verzichtet werden kann, wenn nicht langfristig irreparable Schäden entstehen sollen. Für eine solche aktive Politik kommen im wesentlichen sieben Politikbereiche in Frage, die hier nur stichwortartig aufgezählt werden können:

1. Die regionale Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Stichworte: Arbeitsplatzwachstum aus den regionalen Produktionsressourcen heraus, Ausmerzung von Mängeln in den Produktionsprogrammen, Entwicklung und Nutzung von Wachstumschancen, Förderung von Innovationen usw.

2. Die Energiepolitik

Stichwort: die Energieversorgung im ländlichen Raum ist in hohem Maße von Öl abhängig, doch wächst in letzter Zeit das energiepolitische Bewußtsein ländlicher Gemeinden, die beispielsweise die Nutzung regional vorrätiger erneuerbarer Energien, Umgebungswärme etc. anstreben.

3. Verkehrspolitik

Stichworte: die ländlichen Räume sind zwar durchwegs gut über das Fernstraßensystem angeschlossen, doch bedürfen die innerregionalen Erreichbarkeiten einer nachhaltigen Verbesserung, - damit steht Modernisierung vor Neubau. Vor allem geht es um leistungsfähigere öffentliche Personennahverkehrssysteme, etwa bei Koordination unterschiedlicher Verkehrsträger wie z.B. im Linien-, Schüler- und Werkverkehr.

4. Die Kommunikationspolitik

Stichworte: flächendeckende, einfache und kostengünstige Telekommunikationsnetze, hier liegen Chancen und Gefahren nahe beieinander. Die Hoffnungen, Heimarbeit durch Telekommunikationsverfahren weiter auszubauen, sind bisher nicht erfüllt worden.

5. Die Agrarpolitik

Stichworte: Begrenzung der Überschußproduktion, Wiederherstellung des Marktgleichgewichts durch restriktive Preispolitik, Rücknahme von Einkaufsgarantien, Quotenregelungen, Extensivierungen der Agrarproduktion oder Flächenstillegungen.

6. Die Umweltschutzpolitik

Stichworte: Grundwasser- und Bodenbelastungen, Verdrängung von Biotopen, Ausräumung der Landschaft, Erosionsgefahr, Reduzierung von Artenvielfalt, aber auch neue Chancen durch Flächenextensivierungen oder -stillegungen.

7. Die Siedlungsstrukturpolitik

Stichworte: Dorf- und Siedlungsentwicklung, Dorferhaltung und Dorferneuerung, Ausbau der sozialen Infrastruktur.

2.2. Agrarstruktur- und Umweltschutzpolitik

Nach wie vor sind die ländlichen Räume, vor allem die dünnbesiedelten Regionen, gekennzeichnet durch hohe landwirtschaftliche Erwerbsquoten und durch einen deutlichen Mangel an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten. Vorrangig müssen deshalb in diesen Räumen die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze gesichert und zugleich außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nun läßt es freilich die gegenwärtige und wohl auch in Zukunft nicht günstigere gesamtwirtschaftliche Lage wenig wahrscheinlich erscheinen, daß zur Lösung der Probleme der strukturschwachen Räume die strukturstarken Räume in Zukunft wachsende "Solidaritätsbeiträge" leisten werden. Für die strukturschwachen Räume bedeutet dies, eigene angepaßte regionale Entwicklungsstrategien zu entwickeln, die regionalwirtschaftliche Erfolge und regionales Arbeitsplatzwachstum aus dem Bestand an Betrieben und regionalen Produktionsressourcen heraus erreichen helfen. In solche Entwicklungsstrategien müssen Agrarstrukturpolitik und Umweltschutzpolitik von Anfang an einbezogen werden.

An dieser Stelle sei bei aller gebotenen Kürze mit wenigen Worten auf die künftigen Perspektiven und Optionen der Agrarstruktur- und Umweltschutzpolitik eingegangen. Dabei steht zunächst die Frage im Vordergrund, wie es zur gegenwärtigen Situation gekommen ist, was wiederum nur an drei wichtigen Aspekten erklärt werden soll.

Über Generationen hinweg hatte sich unsere Agrar- und Kulturlandschaft als Ergebnis fortlaufender Anpassung in der Landwirtschaft an veränderte technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entwickelt. Erst mit dem Überhandnehmen intensiver Landbewirtschaftungsformen, insbesondere mit der **starken Erhöhung des Einsatzes ertragssteigernder Betriebsmittel**, haben sich immer schwerwiegendere ökologische Auswirkungen eingestellt. Von 1960 bis 1980 hat z.B. der Einsatz mineralischen Stickstoffdüngers um jährlich 5 % zugenommen, und wenngleich dieser Zuwachs heute deutlich schwächer ist, so beträgt er doch zweieinhalbmal soviel wie 1960. Der Aufwand für Pflanzenschutzmittel ist in diesem Zeitraum sogar um 500 % gestiegen, vor allem für Herbizide. Die problematischen ökologischen Auswirkungen sind insbesondere

- Grundwasserbelastungen durch Nitrateintrag aus mineralischem Stickstoffdünger und tierischen Exkrementen, insbesondere Gülle

- Bodenbelastungen durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln,
- Verdrängung extensiver und naturbelassener Flächen und Biotope
- Ausräumung der Landschaft
- Erhöhung der Erosionsgefahr
- Reduzierung der Artenvielfalt.

Diese problematischen ökologischen Auswirkungen sind tendenziell wohl ubiquitär, treten aber vor allem in solchen Gebieten auf, in denen es zur **zunehmenden betrieblichen Spezialisierung** gekommen ist, also bei größeren Produktionseinheiten, die eine bessere Nutzung von Spezialmaschinen erlauben und bessere Absatzbedingungen haben. Ein typisches Beispiel hierfür ist die - übrigens völlig bodenunabhängige, weil Kraftfutter zugekauft wird - Konzentration der Viehhaltung in den Kreisen Vechta, Oldenburg und Cloppenburg, ein anderes die Intensivierung des Maisanbaus in weiten Gebieten Bayerns und Schwabens.

Zu beiden Entwicklungen kommt ferner der **betriebliche Strukturwandel**, der Zwang zu größeren Betriebsstrukturen, Maschinen und Viehställen oder zur Nutzung von Kostenvorteilen, verbunden mit einer **erheblichen Reduzierung der landwirtschaftlichen Beschäftigten**. Bis in die 70er Jahre hinein haben die landwirtschaftlichen Beschäftigten jährlich um 4 bis 5 % abgenommen, heute bei allgemeinen Beschäftigungsproblemen beträgt der Rückgang noch 1,5 bis 2 % jährlich. Im gleichen Rahmen sind auch die Betriebszahlen zurückgegangen. Hieraus ergibt sich eine erhebliche Hypothek für die EG-Agrarpolitik, weil jede Drosselung des Produktionszuwachses die Familieneinkommen der noch in der Landwirtschaft Beschäftigten reduziert, also negative Struktureffekte für den gesamten ländlichen Raum auslösen könnten. Daraus folgt für die Agrarpolitik: "Nur durch eine Wiederbelebung des landwirtschaftlichen Strukturwandels wird sich unter den absehbaren agrarpolitischen Rahmenbedingungen eine nachhaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommenssituation erreichen lassen. Dabei umfaßt der Strukturwandel auch die Möglichkeit der Aufnahme außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit und Einkommenskombinationen" (Prof. W. Henrichsmeyer, Institut für Agrarpolitik, Marktforschung und Wirtschaftssoziologie der Universität Bonn, Mai 1987).

Schon heute bestehen die Einkommen aller rund 700.000 landwirtschaftlichen Betriebe, von denen nur noch 40 % Vollerwerbsbetriebe sind, durchschnittlich nur noch zur Hälfte aus landwirtschaftlichen Einkünften. Alternativen zu landwirtschaftlichen Tätigkeiten werden gegenwärtig diskutiert

- in der Produktion sog. "Marktnischenprodukte (Bioprodukte)",
- in der Produktion und Weiterverarbeitung sog. nachwachsender Rohstoffe (z.B. Flachs, Öle, Fette, Stärke, Zucker)
- in der "Produktion" und Pflege von Umweltgütern
- im Fremdenverkehr und im Freizeitbereich.

Die Kooperation von Industrie und Landwirtschaft bei der Verwertung nachwachsender Stoffe wird heute gelegentlich euphorisch diskutiert. Dennoch dürften die Erfolgsaussichten gering sein. Zunächst bedingen die Ansprüche der Industrie langwierige Umzüchtungen. Zudem erscheint fraglich, ob die Industrie auf langfristig subventionierte Agrarrohstoffe in erwartetem Umfang zurückgreifen wird, wenn nicht auf lange Zeiträume das Subventionsvolumen gesichert ist. Die Preisdifferenz von Agraralkohol zu herkömmlichem Benzin liegt beispielsweise jetzt bei über

1 DM je Liter, und bei geringeren Mineralölpreisen dürften die Subventionen noch höher werden. Ohne Umrüstung unserer Autos könnten theoretisch maximal 5 % Agraralkohol dem Benzin beigemischt werden. Für die Produktion dieser Beimischung könnten 700.000 ha oder 6 % der heute landwirtschaftlichen Fläche verwendet werden. Ein nachwachsender Rohstoff mit tatsächlich vielen Vorteilen wäre dagegen Holz. Die Bundesrepublik ist nicht nur der größte Exporteur von Holzerzeugnissen, sondern Holz ist nach Öl der zweitwichtigste Importartikel. Hier könnten neue Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum, Verarbeitungs-Arbeitsplätze etc. geschaffen werden. Auf die ökologischen Probleme bei der Produktion "nachwachsender Rohstoffe" kann hier nicht näher eingegangen werden, sie dürfen jedoch nicht vergessen werden.

Die Zuwachsraten der landwirtschaftlichen Produktion liegen gegenwärtig bei 2-3 % pro Jahr, also weit über dem Wachstum der Nachfrage. Alle Perspektiven der EG-Agrarpolitik werden also entscheidend durch diese Überschußprobleme bestimmt. Die derzeitige agrarpolitische Diskussion wird vor allem durch drei Grundoptionen bestimmt:

1. staatlich verordnete Mengenbeschränkungen

Durch Absatzquoten oder Flächenbegrenzungen sollen Überschüsse begrenzt werden, wie dies seit langem bei Zucker und Milch praktiziert wird und vom Deutschen Landwirtschaftsminister für Getreide erwogen wird.

2. Restriktive Agrarpreispolitik

Sie bestimmt gegenwärtig- bei ergänzenden Maßnahmen zur sozialen Absicherung - die Grundrichtung der EG-Kommission außerhalb der Bereiche Milch und Zucker, und der EG-Ministerrat ist ihr mit den Agrarpreisbeschlüssen in den letzten Jahren weitgehend gefolgt.

3. Begrenzung des Betriebsmitteleinsatzes

Durch geringeren Betriebsmitteleinsatz soll auch die Intensität der Bodenbewirtschaftung verringert werden bzw. die landwirtschaftliche Produktion räumlich breiter verteilt werden. Diese Richtung wird vor allem mit ökologischen Erfordernissen (etwa vom Sachverständigenrat für Umweltfragen) propagiert, außerhalb Deutschlands jedoch kaum zur Kenntnis genommen. So wünschenswert unter ökologischen Gesichtspunkten eine Begrenzung der Intensität der agrarischen Produktion auch sein mag, so bedenklich sind doch die staatlichen Eingriffe in die Dispositionsfreiheit der Landwirte. Entweder müßten ertragssteigernde Betriebsmittel staatlich kontingentiert werden oder, wenn die Verringerung der Produktionsintensität durch marktkonforme Mittel erreicht werden soll, erheblich verteuert werden (bei dem heutigen Agrarpreisniveau spricht man von 500 bis 600 %). Um die zusätzlichen Kostenbelastungen zumindest teilweise wieder aufzufangen, wären erhebliche staatliche Einkommens-transfers unumgänglich. Es ist kaum damit zu rechnen, daß sich die EG-Agrarstrukturpolitik auf diesen Weg begeben wird.

Damit verbleibt als Alternative zur Begrenzung des Produktionszuwachses nur noch die Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Größenordnung solcher Stilllegungen soll nun am Beispiel der Getreideproduktion verdeutlicht werden. Bei Fortsetzung aller bisherigen Produktions- und Nachfrageverläufe würden sich in der EG innerhalb eines Jahrzehnts zusätzliche Produktionsüberschüsse von etwa 20 % des derzeitigen Getreide-Produktionsvolu-

mens ergeben. Auf die Fläche bezogen würde dies bedeuten, daß bei unverändert anhaltendem Trend der Hektarerträge im nächsten Jahrzehnt mit Flächenumwidmungen oder Flächenfreisetzungen von zumindest 20 % zu rechnen sein wird, wenn man die schon jetzt bestehenden Getreideüberschüsse nicht noch weiter vergrößern will. Schon jetzt ist von Flächenstillegungen beim derzeitigen Getreideüberschuß von 15 % die Rede. Damit stellt sich immer dringender die Frage einer zukünftigen Nutzung der freiwerdenden Flächen. Sofern sie nicht für die Produktion nachwachsender Rohstoffe oder für forstliche Nutzungen verwendet werden, müssen sie zumindest für Zwecke der Ökologie hergerichtet und unterhalten werden. Es wird später noch darzulegen sein, daß dies auch erheblichen planerischen Aufwand erfordert und daß hier vor allem die Flurbereinigung gefordert wird.

2.3 Dorferneuerung, Dorferhaltung und Dorfentwicklung

Der dritte ausgewählte Schwerpunktbereich neuer Perspektiven für den ländlichen Raum betrifft die eigentliche Dorfentwicklung und Dorferneuerung. Dazu ist in den letzten Jahren viel gesagt worden, und auch die ganz hervorragende Ausstellung des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz "Beiträge zur Entwicklung des ländlichen Raumes" spricht für sich. Es sei deshalb gestattet, in diesem Schwerpunktbereich die neuen Perspektiven ausnahmsweise negativ zu formulieren, also Schlußfolgerungen für die Dorferneuerung aus den wichtigsten baulichen und städtebaulichen Befunden und Basiseinschätzungen. Sie lassen sich ohne Anspruch auf Vollständigkeit in einem dutzend Stichworte etwa so zusammenfassen:

1. Viele alte bäuerliche Anwesen sind nur unzureichend mit den heutigen, oft an städtischen Standards orientierten Wohnansprüchen in Übereinstimmung zu bringen. Geschoßhöhen, Raumzuschnitte und Raumzuordnungen, sanitäre und technische Installationen oder Belichtung, Besonnung und Belüftung können nur selten den Standard von Neubauwohnungen erreichen.
Die Folgen: Neubaugebiete entstehen an den Dorfrändern, während ungepflegte und überaltete Bausubstanz in den Dorfkernen verkommt ("alte Häuser - alte Leute").
2. Viele Neben- und Wirtschaftsgebäude sind funktionslos geworden, stehen leer und verfallen. Für diese oft gestaltprägenden Gebäude lassen sich wegen der großen Grundfläche, der Bauweise und der hohen und oft fensterlosen Räume keine neuen Nutzungen finden.
Die Folgen: wichtige Ortsbildbestimmende Gebäude verfallen zusehends oder werden zweckentfremdet, Beeinträchtigungen des Ortsbildes sind unvermeidbar.
3. Mit der Aussiedlung expandierender landwirtschaftlicher wie auch gewerblicher Betriebe verbleiben in den Ortskernen Flächen, die - erschwert noch durch die schwierigen Grundbesitzverhältnisse - kaum sinnvollen neuen Nutzungen zugeführt werden können.
Die Folgen: Im Ortskern liegen ungepflegte Hofflächen und teilweise nicht erschlossene Wiesen und Gärten, die für zusammenhängende gestalterische Maßnahmen oder Unterhaltungen wenig Chancen lassen.

4. Mit der Auslagerung landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe wächst andererseits die Neigung, die zurückgelassenen Flächen im Ortskern für andere Zwecke wieder zu bebauen. Gerade hierfür fehlt es den Gemeinden sowohl an umfassenden Planungskonzepten als auch an kontinuierlicher Planungsberatung.
Die Folgen: Ungeeignete Neubauten entstehen auf ungeeigneten Flächen, die weder sinnvoll in die Ortsgestaltung eingefügt noch vernünftig erschlossen werden können.
5. In den alten Ortskernen sind die Grundstücke häufig so verwinkelt, daß Zuordnungs- und Belichtungs-/Belüftungsmängel unkorrigierbar sind.
Die Folgen: Die Bewohner ziehen in Neubaugebiete, die verlassenen Gebäude verfallen, wenn keine rechtzeitige und umfassende Bodenordnung in Angriff genommen wird.
6. In vielen Dörfern ist die Qualität des Wohnumfeldes ebenso unzureichend wie die Wohnqualität der Gebäude. Nutzungsmischungen, verwahrloste Gebäude und Anbauten, unzureichende Straßen- und Gehwegpflasterungen, wildes Parken, Verlust ökologischer Werte etc. mindern die Wohnumfeldqualität.
Die Folgen: Das Absinken der Lebensqualität und die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes führen zum Wegzug der Bewohner in Neubaugebiete.
7. Viele Jahre hindurch war auch im Dorf die Verkehrsplanung von einem eher vordergründigen Effizienzdenken geprägt. Den wachsenden Bedürfnissen des Verkehrs sind oft leichtfertig wertvolle Gebäude und Straßenräume, nicht selten sogar alte Dorfgrundrisse geopfert worden.
Die Folgen: Die visuellen Belastungen des Ortsbildes, die Lärmbelastigungen für die Dorfbevölkerung und die Gefahren insbesondere für Alte und Kinder haben zugenommen.
8. Mit dem Anwachsen des Verkehrs hat der öffentliche Raum auch seine für das Dorf unersetzliche Kommunikationsfunktion eingebüßt. Fußgänger und landwirtschaftliche Fahrzeuge finden kaum noch Platz in der Gemeinde.
Die Folgen: Die Nutzungsvielfalt und das Erscheinungsbild des öffentlichen Raumes als wichtigsten Mittelpunkt des Dorflebens sind verarmt, die Verkehrsgefährdungen haben zugenommen.
9. Neue Angebotsformen und Größenordnungen öffentlicher und privater Versorgungseinrichtungen haben - wenn sie überhaupt noch im Dorf verblieben sind - zu völlig anderen Gebäudetypen geführt, die das Ortsbild erheblich belastet haben (z.B. Gesamtschulen, Großraumläden, Feuerwehrhäuser).
Die Folgen: Durch maßstabsstörende Gebäude sind die alten, vertrauten Ortsbilder zerstört worden, oft stehen die Neubauten beziehungslos im gemeindlichen Raum nebeneinander und inzwischen auch wieder leer.
10. Mit der Umstellung landschaftlicher und gewerblicher Produktionen sind wachsende ökologische Belastungen einhergegangen. Auch können Geruchs- und Lärmbelastigungen die Wohnfunktion im alten Ortskern erheblich beeinträchtigen.
Die Folgen: Nutzungen sind zu entflechten, Ausgleichsmaßnahmen des Umweltschutzes sind unverzichtbar, dennoch kommt es zum Wegzug von Bewohnern in Neubaugebiete.

11. Die Schließung des Dorfrands zur Landschaft folgte früher klimatischen Erwägungen, vielleicht auch verteidigungstechnischen. Das Dorf hatte eine schützende und bergende Wirkung gegenüber der freien, offenen Natur. Während in der Stadt der Ausblick in den Park und die offene Landschaft als erwünschter Gegensatz zur gebauten Umwelt galt, war das Dorf für seine Bewohner immer eher ein psychologisches Refugium, und der Kontrast zur Weite und Offenheit der Landschaft fast selbstverständlich. Heute sind durch maßstabs-sprengende Neubauten die Übergänge zur freien Landschaft oft nicht mehr akzentuiert.

Die Folgen: Das Dorf verliert an gestalterischem und vor allem auch an psychologischem Wert.

12. Mit der Abwanderung gerade junger, aktiver Bevölkerungskreise in die Außenbereiche ist eine Überalterung der Bevölkerung in den Dorfkernen einhergegangen, die kaum Möglichkeiten zur Erhaltung wertvoller Bausubstanz oder gar zur Wiederbelebung alter Ortskerne hat.

Die Folgen: Nicht nur Bewohner, sondern auch Zentralität ist fortgezogen (so z.B. Einkaufsmöglichkeiten und Gastronomie), alte Traditionen sind aufgegeben worden, und viele alte Ortskerne haben erhebliche Funktionsverluste zu beklagen.

Ausgehend von diesen Befunden oder "Basiseinschätzungen" lassen sich neue Perspektiven und neue Ziele der Dorferneuerung grob vereinfacht in folgende Forderungen kleiden:

- Erhaltung und Wiederbelebung der Wohnfunktion in Dörfern und Dorfkernen
- Bewahrung und Weiterentwicklung des baulichen Erbes nicht nur von Denkmälern und schutzwürdigen historischen Ensembles, sondern der gesamten ländlichen Siedlungsstruktur, der Siedlungsformen, der Wegenetze und landschaftstypischen Maßstäblichkeit
dazu gehören namentlich Erhaltung und Bewahrung
 - der Parzellenstruktur
 - der Dachlandschaft, ihrer Formen und Proportionen
 - der Baukörperstellungen, -abmessungen und -zuordnungen
 - der Fassaden, ihrer Proportionen, Gliederungen, Öffnungen, Farbgebungen und Materialien
 - der Dachformen, ihrer Neigungen, Farben und Materialien
 - des dörflichen Umfelds als dem erlebbaren Gegensatz von besiedelten Bereichen und umgebender Landschaft, der Hof- und Gartenräume, der Baum-, Wiesen-, Wasserflächen, Einfriedungen, Hecken, Plätze und Wege, des Sakralen und Profanen und der bodenständigen Vegetation
- Reorganisation und Re-Dezentralisation der sozialen Infrastruktureinrichtungen
- Rücknahme egoistischer Ziele einzelner Fachpolitiken, insbesondere des Verkehrs- und des Wasserbaus und bessere Abstimmung durch den Koordinationsträger, etwa die gemeindliche Bauleitplanung oder die Flurbereinigungsbehörde
- Mehr Spielräume und Finanzmittel für eigenverantwortlich zu regelnde Aufgaben der Gemeinde

- Steigerung der Effizienz des Mitteleinsatzes
 - durch flexiblere Anpassung der Fördersysteme an konkrete örtliche Situationen
 - durch bessere Beratung, Unterstützung und Motivation potentieller Akteure,
 - durch mehr, frühzeitige und kontinuierliche Bürger- und Betroffenenbeteiligung.

Es ist hier weder Zeit noch Raum, diese Perspektiven weiter zu kommentieren. Sie sind ebenso vielfältig wie die Instrumente, die zu ihrer Realisierung zur Verfügung stehen, würden sie nur zureichend genug und vor allem ganzheitlich angewendet.

3. Ganzheitliche Planungstechniken

Damit stellt sich die Frage nach den für eine Neuordnung der ländlichen Räume im Sinne der zuvor dargelegten neuen (oder auch nicht mehr ganz so neuen) Perspektiven anzuwendenden Instrumente und ganzheitlichen Planungstechniken. Es hieße gewiß Eulen nach Athen tragen, vor diesem Kreis den Weg zur Dorferneuerung (von der Entwicklung etwa der Zukunftsperspektiven bis zur Erarbeitung des Rahmenplanes mit seinen unterschiedlichen Konzeptebenen und bis hin zur sachlichen und finanziellen Durchführung) auszubreiten. Dies wie auch die vielfältigen öffentlichen Programme und Hilfen für die Dorferneuerung können hier als bekannt vorausgesetzt werden. Damit reduziert sich die Frage nach ganzheitlichen Planungstechniken auf ihren wesentlichen Kern, nämlich auf den kritischen Vergleich der bisher üblichen Arbeitsansätze einerseits nach dem Instrumentarium des Bundesbaugesetzes, also im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung, andererseits nach dem Instrumentarium der ländlichen Neuordnung im Rahmen des Flurbereinigungsgesetzes.

Die Bauleitplanung folgt ausschließlich städtebaulichen Gesichtspunkten, sie kann und darf nicht spezifisch landwirtschaftliche Bodennutzungen regeln. Die Flurbereinigung dagegen ist vornehmlich auf die Förderung der Landwirtschaft, vor allem auf die Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes ausgerichtet. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß das Flurbereinigungsgesetz nicht nur eine solche Neuordnung erlaubt mit dem Ziel, land- und forstwirtschaftliche **Produktionsbedingungen** zu verbessern und die allgemeine Landeskultur zu fördern, sondern auch zur Förderung der Landentwicklung, mithin also zur dauerhaften Verbesserung der **Lebensbedingungen** der hier Wohnenden und Arbeitenden. Damit bietet die Flurbereinigung eine wertvolle Chance zur umfassenden Entwicklung der Dörfer und der sie umgebenden Landschaft.

Dennoch bleibt die grundsätzliche Frage, welche Pläne für eine ganzheitliche Dorferneuerung besser geeignet sind,

- der Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan und der Flächennutzungsplan,
- die Dorfentwicklungs- und Dorferneuerungspläne der Flurbereinigung oder
- beide gemeinsam?

Um allen Zweifeln vorzubeugen, sei an dieser Stelle deutlich herausgestellt: Sofern die Dorferneuerung die Behebung baulicher Mängel oder von Funktionschwächen anstrebt, ist sie zweifelsfrei eine städtebauliche Aufgabe, die - wie jede andere städtebauliche Maßnahme auch - nach den einschlägigen Plänen der

Gemeinde vorzunehmen ist. Die Gemeinde ist der verantwortliche Planungsträger. Dennoch entbindet eine solche Feststellung die Flurbereinigung nicht davon, im Rahmen der Dorferneuerungsplanung tätig zu werden. Ihre vordringliche Aufgabe besteht darin, die spezifisch agrarischen Belange so zu konkretisieren, daß sie die Gemeinde in ihrer Bauleitplanung berücksichtigen und im Abwägungsprozeß anderen Belangen gegenüberstellen kann. Insofern gehört es zu den Aufgaben der Flurbereinigung, falls notwendig eine gemeindliche Planung für die Dorferneuerung überhaupt erst zu veranlassen.

Nach dieser Sicht ist die Flurbereinigung also eher eine sektorale Planung, eben bezogen auf den Sektor der landwirtschaftlichen Bodennutzungsplanung, während sich die umfassende Dorferneuerungsplanung in den gemeindlichen Bauleitplänen manifestiert als städtebauliche Aufgabe. Das schließt freilich nicht aus, daß die Flurbereinigungsverwaltung jeweils im Auftrag der Gemeinde Bebauungspläne erstellen kann, wie sie auch im Auftrag der Gemeinde Baulandumlegungen durchführen wird.

Im übrigen bedarf es von Zeit zu Zeit des Hinweises, daß die Dorferneuerung ein fortlaufender Prozeß ist, der nicht etwa dann endet, wenn auch die Flurbereinigung abgeschlossen worden ist. Sie ist vielmehr eine zukunftsgerichtete Aufgabe, die gerade durch die Flurbereinigung entscheidend mitbestimmt wird. Sie vermag Impulse auf die Dorferneuerung auszulösen, die sich auch dann noch auswirken, wenn die Flurbereinigung längst beendet und in Vergessenheit geraten ist.

Nach alldem könnte der Eindruck entstehen, nur die Bauleitplanung sei jenes ganzheitliche Planungsverfahren, das dem Prozeßcharakter der Dorferneuerung nahe käme, während die Flurbereinigung als sektorales Planungsverfahren nur eine Hilfsfunktion habe. Gerade ein solcher Eindruck wäre nach der in den letzten Jahren sichtbar gewordenen Entwicklung des Arbeitsgebiets Dorferneuerung voreilig, zumindest einseitig und unhaltbar. Denn wenn auch die Bauleitplanung im Flächennutzungsplan räumlich das gesamte Gemeindegebiet umfaßt, so ist sie deshalb doch nicht von vornherein auch inhaltlich umfassend. Schon zu Zeiten der "Landesverschönerung" ging es nämlich um eine interdisziplinäre Aufgabe von Architektur, Agrikultur und Gartenkunst, - und noch weit mehr geht es uns heute nicht nur um den dörflichen Städtebau, sondern auch um eine Verbindung mit Forderungen aus der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft, der Grünordnung und Dorfökologie oder um Freiraumplanung, Umweltvorsorge und Naturschutz. Heute berühren sich viele Disziplinen und Behörden in diesem Aufgabenfeld, und die Erfahrung zeigt deutlich, daß gerade der Flurbereinigung bzw. den Kulturämtern bei dieser nicht nur sektoralen, sondern eben ganzheitlichen Neuordnung eine Mittlerrolle zukommt, die sonst kaum jemand zu übernehmen vermöchte. Dies wird von der Öffentlichkeit oft nur unzureichend gesehen, meist völlig verkannt. Gerade die Flurbereinigung hat nämlich die Chance und das Potential, konsensfähige Kompromisse zwischen bäuerlichen Einzelwünschen, kommunalen Interessen und den gesellschaftlichen Forderungen nach einer gesunden Umwelt und Natur herbeizuführen: "Sie könnte diese schwierige Mittlerrolle zwischen Ökonomie und Ökologie ... (völlig befriedigend erst dann wahrnehmen), wenn tatsächlich neue Wege in einer endlich integrierten Agrar- und Umweltpolitik beschritten werden können. Denn dann könnte der so schädliche Druck zur Nutzungsintensivierung und Ausräumung der Landschaft von der Landwirtschaft genommen werden, - beides Maßnahmen, die sehr oft der Flurbereinigung angelastet werden, obwohl feststeht, daß dieser Intensivierungs- und Ausräumungsdruck infolge unauf-

haltsamen Strukturwandels auch ohne Flurbereinigung entsteht, dann aber ungesteuert abläuft" (Dr. H. Magel am 27.11.86 im Wissenschaftlichen Kolloquium des Deutschen Rats für Landespflege in Bonn).

Es kann selbstverständlich nicht das Ziel einer Flurbereinigung sein, die Probleme der Überschußproduktion nicht noch weiter durch Flurbereinigungsmaßnahmen zu verschärfen. Die Erhaltung möglichst vieler, bodenabhängig produzierender bäuerlicher Betriebe dient gerade diesem Anliegen. Die Flurbereinigung kann diesen Betrieben zu erheblichen Verringerungen von Betriebskosten und Arbeitszeitaufwand verhelfen, was gerade für Nebenerwerbslandwirte bedeutsam ist. In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, die Erwartungen der Landwirte an Flurbereinigungsverfahren zu erkennen, wie sie eine 1986 durchgeführte Umfrage in Bayern zum Ausdruck gebracht hat. Weder war überraschend zu erfahren, daß sie vor allem größere Felder und arbeitsgerechte Grundstücksformen sowie bessere Straßen und Wege von der Flurbereinigung erwarteten, noch war die Erkenntnis neu, daß Naturschutzvorteile in diesem Erwartungsspektrum kaum eine Rolle spielten. Die Vorstellung, durchschnittlich 10 % der Flächen für Naturschutzzwecke "opfern" zu müssen, ja sogar ein "kostenloses Sonderopfer" in Höhe von 3 % für Naturschutzzwecke leisten zu sollen (wie es der Sachverständigenrat für Umweltfragen gefordert hatte), konnte in bäuerlichen Kreisen kaum auf Zustimmung stoßen. Wenn es überhaupt zu einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie kommen kann, dann über den ganzheitlichen Ansatz der Flurbereinigung, präziser über die ganzheitliche Landschaftsplanung im Rahmen der Flurbereinigung. Nur hier können frühzeitig landwirtschaftliche Anliegen mit ökologischen und landschaftspflegerischen Notwendigkeiten in Übereinstimmung gebracht werden. Nur hier ist der Ort, wo querschnittsorientiert, frühzeitig, fair und nachvollziehbar die Ansprüche der Ökonomie und der Ökologie harmonisiert werden können. Gerade hier wird erkennbar, welchen Wandel im Selbstverständnis die Flurbereinigung von einem reinen landwirtschaftlichen Bodenordnungs- zu einem umfassenden Entwicklungsinstrument im ländlichen Raum vollzogen hat.

In Bayern sind nach Mitteilung von H. Magel in den vergangenen drei Jahren von den Flurbereinigungsbehörden 200 Landschaftspläne unter dieser Zielsetzung vergeben und inzwischen größtenteils abgeschlossen worden, in der Regel übrigens unter den wachsamen Augen des Bundes für Naturschutz und - was die Honorierung betrifft - auch der Bayerischen Architektenkammer. Nicht wenige Landschaftsplaner sind heute davon überzeugt, daß die Ziele des Natur-, Arten- und Biotopschutzes am besten im Rahmen der Flurbereinigung realisiert werden können, und es fehlt nicht an Beispielen, wie staatliche Programme zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Tieren und Pflanzen, etwa in Bayern das sog. "Wiesenbrüterprogramm" oder in Rheinland-Pfalz die Programme zum Schutz von Streuobstwiesen oder Ackerwildkräutern oder das Programm zur Extensivierung von Dauergrünland, erst im Zusammenwirken mit der Flurbereinigung realisiert werden können. Vor allem Biotop-Verbundsysteme lassen sich nur durch Maßnahmen der Flurbereinigung umsetzen, wenn sie nicht einseitig zu Lasten der Landwirte gehen sollen.

Die Flurbereinigung (und nur sie) garantiert auch, daß Extensivierungen oder Stilllegungen landwirtschaftlicher Flächen, wie sie im Gefolge der EG-Agrarstrukturpolitik in wachsendem Umfang unvermeidlich werden, zum Vorteil des Naturschutzes und des Naturhaushaltes, zugleich aber auch freiwillig und gegen Ausgleichszahlung an die betroffenen Bauern, dabei niemals zufällig, sondern immer planvoll und vernetzt erfolgen.

Für die EG-Agrarstrukturpolitik der Zukunft wird die Flurbereinigung unverzichtbar bleiben. Weil die Agrarpolitik aber den gesamten ländlichen Raum betrifft, nicht nur die in der Landwirtschaft Tätigen, sondern alle im Dorf lebenden Menschen, ist die Dorferneuerung längst zu einem integralen Instrument langfristiger Strukturentwicklungspolitik für ländliche Regionen geworden. So wie Dorf und Landschaft zusammengehören, sind die Gemeinden auch zu ganzheitlichem Vorgehen verpflichtet, zu einem gemeinsamen Handeln von Flurbereinigung und Dorferneuerung vor allem auf den Gebieten der Dorfökologie und Landschaftsplanung.

Zuletzt aber bleibt Dorferneuerung eine ganzheitliche kommunalpolitische Aufgabe in der ortsplanerischen Verantwortung der Gemeinde. Sie ist also auch in Zukunft die Gemeinschaftsleistung aller Bewohner einer Gemeinde schlechthin, und insofern bleibt sie auf Kooperationsbereitschaft aller, Bürger wie Politiker, Landwirte wie Naturschützer, der Bauleitplanung ebenso wie der Flurbereinigung angewiesen. Die im Thema dieses Vortrags angelegte Frage kann deshalb am Ende so beantwortet werden: Neue Perspektiven für ländliche Räume fordern mehr denn je ganzheitliche Planungen, und offensichtlich reichen dafür unsere alten Instrumente bei zweckmäßiger Anwendung durchaus aus. Die Personalsituation der Flurbereinigung wird den wachsenden Zukunftsaufgaben freilich immer weniger gerecht.

Die Dorferneuerung ist heute ein gesellschaftliches Anliegen, das sich quer durch alle Parteien und Bevölkerungsschichten breiter Konsensfähigkeit erfreut. Das liegt vielleicht an einigen erstaunlichen Erfolgen der letzten Jahre, an mutigen Kommunalpolitikern und Gemeindeverwaltungen, an der Mitwirkungsbereitschaft von Bürgern und Ministerien, aber vor allem auch an tüchtigen Planern, Kollegen in freien Planungsbüros, ebenso wie die in den gemeindlichen Planungsämtern und Kulturämtern. Sie alle haben sich oft mit Begeisterung in jenes Abenteuer gestürzt, das lange Zeit die Dorferneuerung gewesen sein mag. Nach einem Aphorismus des französischen Schriftstellers Vicomte de Chateaubriand kommt "die Begeisterung von der Unwissenheit. Wenn man diese heilt, erlischt jene ganz von selbst". Alle an der Dorferneuerung Beteiligten sind inzwischen "wissender" geworden. Die Dorferneuerung ist für sie kein unsicheres Abenteuer mehr, dennoch ist die Begeisterung geblieben, ja sie erhält durch die Europäische Kampagne für den ländlichen Raum vermutlich weiteren Auftrieb.

Viele Aspekte des Themas konnten im Rahmen dieses Vortrags nur beispielhaft angesprochen werden, manches mußte wegen der notwendigen Kürzung bruchstückhaft bleiben, manches mag unvollständig und vielleicht - was schwerwiegender wäre - unverständlich geblieben sein. Damit fällt nun endlich das Stichwort für das eingangs versprochene Dichterwort. Es stammt von Christian Morgenstern und betrifft ein zwar nicht rheinland-pfälzisches, aber doch böhmisches Dorf:

"Palmström reist mit einem Herrn von Korf,
in ein sogenanntes böhmisches Dorf.
Alles ist ihm unverständlich dort
vom ersten bis zum letzten Wort.
Und selbst von Korf, der nur des Reimes wegen
ihn begleitet, ist um Rat verlegen.
Doch just dieses macht ihn blaß vor Glück.
Tief entzückt kehrt er zurück,
und er schreibt in seine Wochenchronik:
"Wieder ein Erlebnis voll von Honig!"

VERBESSERTE FÖRDERUNG VON BODENORDNUNGSVERFAHREN

- Neue Verwaltungsvorschrift -

von Ministerialrat Dr. Franz-Hubert Spaetgens, Mainz

Die Neuordnung des ländlichen Raumes durch Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz ist weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen der Landesregierung um die Verbesserung der Agrarstruktur in Rheinland-Pfalz. Die zügige Durchführung dieser Verfahren ist ohne eine intensive Unterstützung der Teilnehmer durch die Bereitstellung von Zuwendungen aus dem Bundes- und Landeshaushalt für die Finanzierung der Ausführungskosten nicht möglich. Deshalb erfolgte schon bisher in Rheinland-Pfalz eine sehr weitgehende Förderung dieser Verfahren. Zuletzt war die Förderung in der Verwaltungsvorschrift vom 11. April 1980 (MinBl. 270) geregelt. Mit Verwaltungsvorschrift vom 20. März 1987 des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten (742 - 51.30 a - 66.08) (MinBl. S. 149) über die Förderung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz wurde eine umfassende Neuregelung vorgenommen.

Die Neuregelung bezweckt in erster Linie eine verbesserte Förderung im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren zweifellos verschlechterten Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft einschließlich des Weinbaues in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig wurden die mit der Anwendung der bisherigen Verwaltungsvorschrift gemachten Erfahrungen berücksichtigt und dabei eine Straffung und Kürzung der Bestimmungen vorgenommen. Wie bisher mußten die im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vorgegebenen Fördergrundsätze für die Flurbereinigung beachtet werden, da auch in Zukunft die Finanzierung von Bodenordnungsverfahren in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich aus diesen Mitteln erfolgen muß.

Zu den **wichtigsten Änderungen** ist auf folgendes hinzuweisen:

Bei den **Förderungsvoraussetzungen** wurden die als zuwendungsfähig anerkannten Ausführungskosten z.T. erhöht. Die bisherige Begrenzung der förderungsfähigen Wegebefestigungsmaßnahmen wird aufgehoben und durch einen allgemeinen Hinweis auf die Beschränkung dieser Maßnahmen auf den unbedingt notwendigen Umfang unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortbedingungen und strukturellen Gegebenheiten ersetzt. Dadurch kann in Zukunft besser der jeweiligen Situation in dem Verfahrensgebiet unter Berücksichtigung der strukturellen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Es wird erwartet, daß dadurch generell keine Ausweitung der Wegebefestigung, die nicht vertretbar ist, erfolgt.

Die in ihren Auswirkungen wichtigsten Änderungen betreffen die **Höhe der Förderung**. Hier wird grundsätzlich in Zukunft stärker als bisher auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Teilnehmergeinschaft abgehoben und damit der auch im Rahmenplan 1986 erfolgten Änderung der Nr. 3.6 der Grundsätze für die Förderung der Flurbereinigung, wonach die Eigenleistung der Teilnehmergeinschaft sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Teilnehmergeinschaft richtet, entsprochen.

Bei den **Acker-Grünlandverfahren** beträgt für die zuwendungsfähigen Ausführungskosten bis unter 1.200,-- DM je ha anrechenbarer LN in Zukunft die bare und unbare Mindesteigenleistung 10 v.H. außerhalb und 5 v.H. innerhalb der benachteiligten Gebiete, die nach erheblicher Ausweitung jetzt rd. 60 v.H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes umfassen. Gegenüber einer Mindesteigenleistung von bisher 20 v.H. außerhalb der benachteiligten Gebiete und 10 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten innerhalb der benachteiligten Gebiete bei Ausführungskosten bis unter 800,-- DM je ha anrechenbarer LN ist das eine durchgreifende Verbesserung. Mit der sehr günstigen Förderung der Ausführungskosten bis unter 1.200,-- DM je ha anrechenbarer LN erfordern in jedem Falle die Kosten für die Neuvermessung und -vermarkung und auch weitgehend die Kosten für die landespflegerischen Maßnahmen nur eine sehr geringe Eigenleistung. Damit wird voll berücksichtigt, daß diese Maßnahmen stärker als andere Maßnahmen nicht nur im gemeinschaftlichen, sondern auch wesentlich im öffentlichen Interesse erfolgen. Im übrigen sollen diese sehr niedrigen Eigenleistungen bei niedrigen Ausführungskosten ein Anreiz für die verstärkte Durchführung von kostengünstigen und landschaftsschonenden Verfahren, insbesondere auch bei der Zweitbereinigung, sein.

Für die Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausführungskosten ab 1.200,-- DM je ha anrechenbarer LN beginnt die bare und unbare Eigenleistung in Zukunft bei 16 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten und steigt bei Hektarwerten ab 2.300,-- DM und darüber auf 45 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten. Die verbleibenden Ausführungskosten werden vollständig mit Zuschüssen finanziert, während bisher bestimmte, wenn auch verhältnismäßig kleine Anteile mit öffentlichen Darlehen finanziert wurden.

Neben den methodischen Verbesserungen mit einer erheblichen Vereinfachung kann durch die verbesserte Förderung mit niedrigen baren und unbaren Eigenleistungen und entsprechend höheren Zuschüssen gegenüber der aufgehobenen Vorschrift von etwa um 35 - 45 v.H. gesenkten baren und unbaren Mindesteigenleistungen ausgegangen werden, allerdings in sehr unterschiedlichem Umfange. Damit wird insbesondere den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben in angemessener Weise Rechnung getragen. Die vorgesehene Neuregelung ist ohnehin nur unter großzügiger Auslegung der Nr. 3.6 der Gemeinschaftsaufgabengrundsätze für die Förderung der Flurbereinigung möglich, da diese eine Mindesteigenleistung bei Acker-Grünlandverfahren von 20. v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten vorsehen und nur für Einzelfälle Ausnahmen zugelassen sind. Die Neuregelung führt dazu, daß in großem Umfange Ausnahmeregelungen erfolgen. Das wird unter Berücksichtigung der besonderen strukturellen Schwierigkeiten in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz für vertretbar gehalten.

Bei der **Weinbergsflurbereinigung**, neben der Acker-Grünlandflurbereinigung ein weiterer Schwerpunkt der Bodenordnungsverfahren in Rheinland-Pfalz, wurde in den Seilzuglagen die bare und unbare Mindesteigenleistung von bisher 10 v.H. auf 8 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten gesenkt. Damit wird den gerade in diesen Lagen im Vergleich mit den Direktzuglagen schwierigen arbeitswirtschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen. Weiter werden sowohl in den Seilzug- als auch in den Direktzuglagen die vor dem Einsatz von Zuschüssen aufzunehmenden öffentlichen Darlehen um etwa 40 - 50 v.H. der bisherigen Darlehensanteile gekürzt und verstärkt Zuschüsse eingesetzt. Im übrigen besteht ja weiterhin die Möglichkeit, daß gerade in Weinbergsflurbereinigungsverfahren mehr als bisher

Kapitalmarktdarlehen zur Zwischenfinanzierung aufgenommen werden, was durch die Anerkennung der Zinsen als zuwendungsfähige Ausführungskosten wesentlich erleichtert wird. Bei der Neuregelung der Weinbergsflurbereinigungsfinanzierung ist ebenfalls zu beachten, daß mit der jetzigen Regelung praktisch alle Steillagenverfahren und auch ein Teil der Direktzuglagen mit geringeren Hektarwerten als Ausnahmefälle nach Nr. 3.6 der v.g. Förderungsgrundsätze der Gemeinschaftsaufgabe behandelt werden.

Für die Finanzierung der **Dorfflurbereinigungsverfahren**, also von Bodenordnungsverfahren, die ausschließlich die Ortslage einschließlich der Ortsrandbereiche umfassen, und die gerade in Verbindung mit Dorferneuerungsmaßnahmen von zunehmender Bedeutung sind, wurde eine besondere Regelung neu eingeführt. Hier beträgt die bare und unbare Mindesteigenleistung 20 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten außerhalb und 15 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten innerhalb der benachteiligten Gebiete. Zusätzlich sind vor dem Einsatz von Zuschüssen öffentliche Darlehen in Höhe von 5 v.H. der zuwendungsfähigen Ausführungskosten vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt hier also unabhängig von den Hektarwerten, da diese für die Bemessung der Eigenleistung in der Ortslage kein Kriterium sind. Allerdings ist vorgesehen, daß bei Sonderfällen, z.B. bei besonders hohen oder niedrigen Ausführungskosten/ha, abweichende Regelungen mit niedrigeren oder höheren Eigenleistungen möglich sind. Es wird nach einer gewissen Zeit der praktischen Anwendung dieser Neuregelung überprüft werden, ob und wie zusätzliche Kriterien zu einer stärkeren Differenzierung der Förderung der Dorfflurbereinigungsverfahren zweckmäßig sind.

Bei der Förderung von **Vorarbeiten** können jetzt auch bei projektgebundenen Vorarbeiten Zuschüsse bis zu 100 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten eingesetzt werden.

Unverändert blieb die Förderung von **Waldflurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren**.

Eine bessere Berücksichtigung spezieller Bedingungen in einzelnen Verfahren erlaubt jetzt die neu eingeführte Möglichkeit, wonach die Bewilligungsstellen, die Bezirksregierungen, mit Zustimmung des Ministeriums von den generellen Regelungen für die Festsetzung der Eigenleistung abweichend vorgehen können. Diese Möglichkeiten sind allerdings ausgesprochen restriktiv anzuwenden.

Es wird erwartet, daß mit der vorgesehenen Neuregelung der Förderung von Bodenordnungsverfahren die Einleitung und Durchführung der Verfahren erleichtert wird und damit auch den geänderten Aufgabenstellungen der Maßnahmen besser Rechnung getragen werden kann als bisher. Im übrigen erfolgt die Neuregelung auch in sinngemäßer Anwendung des von der Landesregierung im Jahre 1987 verabschiedeten umfassenden Agrarprogramms für die Jahre 1987 und 1988, wobei die Neuregelung der Förderungsbestimmung für die Bodenordnungsverfahren nicht auf diese Jahre beschränkt ist.

DAS KULTURAMT KAISERSLAUTERN STELLT SICH VOR

von Vermessungsdirektor Heinrich Schroeder, Kaiserslautern

1. Rückblick

Die Gründung des Kulturamtes Kaiserslautern vollzog sich in mehreren Etappen. Die Wiege des Amtes stand und steht in Neustadt a.d.W.. Dort wurde im Jahre 1923 in der damaligen Luitpoldstraße (heute: Konrad-Adenauer-Straße) von München aus ein neues Flurbereinigungsamt errichtet, um die Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes im linksrheinischen Teil Bayerns (der heutigen Pfalz) voranzutreiben.

Nach dem 2. Weltkrieg verstärkte sich in den Westpfälzer Realteilungsgebieten das Interesse an den Rationalisierungseffekten einer Flurbereinigung, so daß sich für das Flurbereinigungsamt Neustadt neben der Rebflurbereinigung am Haardtrand ein neuer zweiter Arbeitsschwerpunkt in der Westpfalz entwickelte. Der Druck der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen wurde immer stärker, so daß sich die inzwischen zuständig gewordene Landesregierung von Rheinland-Pfalz nicht mehr länger dem Ruf nach einer selbständigen organisatorischen Einheit für den Westen der Pfalz verschließen konnte. Sie entschloß sich, zum 01. April 1952 das in Neustadt bestehende Amt in ein Kulturamt I - zuständig für die Vorderpfalz - und in ein Kulturamt II - zuständig für die West- und Nordpfalz - zu teilen. Das war die Geburtsstunde des heutigen Kulturamtes Kaiserslautern.

Durch diese sozusagen durch "Zellteilung" entstandene Verdoppelung der Ämter entstand die paradoxe Situation, daß unter einem Dach zwei selbständige Verwaltungseinheiten existierten - mit regional getrennten Zuständigkeitsbereichen.

Nach der organisatorischen Teilung von Personal, Stühlen, Tischen, Akten und Arbeitsgerät suchte man alsbald auch die räumliche Trennung. Sie wurde gefunden durch die Anmietung von Räumlichkeiten in der Eisenbahnstraße 33 in Kaiserslautern. Mit dem Einzug von 35 Bediensteten am 01.09.1953 dorthin hatte sich das Amt, nunmehr auch offiziell als "Kulturamt Kaiserslautern" benannt, erstmals im Zentrum seines Wirkungsbereiches etabliert.

Doch auch diese Bleibe erwies sich angesichts der ständig steigenden Zahl von Verfahren und Bediensteten als ein Provisorium. Es gelang schließlich, das sogenannte Synagogengrundstück zu erwerben und darauf ein Behördenhaus zu erstellen, das neben dem Kulturamt auch das Katasteramt und das Wasserwirtschaftsamt aufnehmen konnte. Mit dem Umzug in die neuen Räumlichkeiten am 01.09.1956 fand damit das Kulturamt Kaiserslautern seinen heutigen Sitz in der Fischerstraße 12.

2. Zuständigkeiten

Der Bezirk des Kulturamtes Kaiserslautern umfaßte bei der Gründung des Amtes die heutigen Landkreise Kaiserslautern, Pirmasens und Kusel, die heutigen kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, sowie die damaligen

Landkreise Rockenhausen und Kirchheimbolanden. Durch Verfügungen des Landwirtschaftsministeriums wurden die Zuständigkeiten für den Landkreis Kirchheimbolanden zum 01. April 1958 und für den Landkreis Rockenhausen zum 01.01.1976 an das Kulturamt Worms abgetreten.

Der heutige Dienstbezirk umfaßt einschließlich der ehemals selbständigen Stadtteile 258 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 241.786 ha. Davon entfallen rd. 83.545 ha auf landwirtschaftliche Nutzflächen und rd. 100.785 ha auf Waldflächen.

Das Kulturamt erfüllt die ihm übertragenen Aufgaben unter der Dienst- und Fachaufsicht der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz (ab 01. April 1974) als oberer Flurbereinigungsbehörde. Oberste Dienstbehörde ist das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten (Abteilung IV, Landeskultur) in Mainz.

3. Aufgaben und Leistungen

3.1 Bodenordnung

Die wichtigste Aufgabe des Kulturamtes Kaiserslautern ist die Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz. Seit seinem Bestehen konnten 70 Flurbereinigungsverfahren mit rd. 31.200 ha und 78 beschleunigte Zusammenlegungsverfahren mit rd. 28.300 ha abgeschlossen werden.

In Arbeit stehen z.Zt. 20 Flurbereinigungsverfahren mit rd. 10.500 ha sowie 7 Zusammenlegungsverfahren mit rd. 3.500 ha.

3.2 Einzelbetriebliche Förderung

Als Siedlungsbehörde obliegt es dem Kulturamt einzelbetriebliche Fördermaßnahmen durchzuführen. Seit Bestehen des Amtes konnten in folgenden Fällen öffentliche Mittel eingesetzt werden:

1. Nach dem Förderungsprogramm "Grüner Plan" und auf Grund des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Vollaussiedlungen	174
Teilaussiedlungen	17
Betriebszweigaussiedlungen	18
Althofsanierungen	157

2. Nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG)
Förderung heimatvertriebener Landwirte

A) durch Übernahme landwirtschaftlicher Vollerwerbsstellen

a) Neusiedlungen	81
b) Kauf bestehender Betriebe	314

B) durch Übernahme landwirtschaftlicher Nebenerwerbsstellen

a) Neubau	748
b) Kauf	321

3. Nach dem Siedlungsförderungsgesetz (SFG)

Förderung einheimischer Landwirte durch Übernahme landwirtschaftlicher Voll-
erwerbsstellen

Neusiedlungen	32
Anliegersiedlungsverfahren	165

Förderung von Land- und Forstarbeitern mit landwirtschaftlichen Nebenerwerbs-
stellen

Neubau	85
--------	----

3.3 Wirtschaftswegebau außerhalb der Flurbereinigung

Zum 01.01.1975 ist den Kulturämtern die Zuständigkeit für den Wirtschaftswege-
bau außerhalb der Flurbereinigung übertragen worden. In dem zurückliegenden
Zeitraum sind folgende Leistungen erbracht worden:

Kreise	Maßnahmen	Kilometer	Baukosten (in 1000 DM)
Kaiserslautern	17	37,9	3,749
Kusel	49	69,5	6,875
Pirmasens	21	35,0	3,462
Gesamt	87	142,4	14.086

3.4 Agrarstrukturelle Vorplanung

Seit 1977 ist allen Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz eine
agrarstrukturelle Vorplanung vorzuschalten, um eindeutige Aussagen über Not-
wendigkeit, Art und Umfang der beabsichtigten Maßnahme zu erhalten.

Verfahren	Anzahl	Fläche (ha)
abgeschlossene Verfahren	29	11.800
Verfahren in Bearbeitung	8	6.300

3.5 Dorferneuerung

Bereits in dem sogenannten Zukunftsinvestitionsprogramm der Jahre 1977 - 1981
war das Kulturamt Kaiserslautern zuständig für die Betreuung der Dorferneue-
rungsmaßnahmen in den 14 Fördergemeinden.

Mit dem Erlaß der Verwaltungsvorschrift des Landwirtschaftsministeriums zur
Förderung der Dorferneuerung vom 24. Juli 1984 hat sich dieses Tätigkeitsfeld
beträchtlich ausgeweitet, da nunmehr sämtliche ländlich strukturierte Ortsgemein-
den oder Stadtteile auf der Grundlage eines Dorferneuerungskonzeptes in den Ge-
nuß von Fördermittel kommen können. Hierbei hat das Kulturamt im Zusammen-

wirken mit anderen Stellen bei der Beratung der Gemeinden und von Privatpersonen, bei der Abgabe von Stellungnahmen zu Konzepten und Anträgen und bei der fachlichen und finanziellen Begleitung von Dorferneuerungsmaßnahmen wichtige Aufgaben zu erfüllen. Den Umfang der Arbeiten seit 1984 mag nachstehende Übersicht verdeutlichen:

Landkreis/ kreisfr. Stadt	Stellungnahmen zu Anerkennungs- antr.	geförderte öffentl.	Maßnahmen private	Zuschüsse (DM)	
				für öffentl. Maßnahmen	private Maßnahmen
Kaiserslautern	21	9	6	231.500,--	94.800,--
Kusel	26	15	3	1.312.000,--	55.000,--
Pirmasens	30	2	-	54.600,--	----
Stadt K'lautern	3	-	-	----	----
Gesamt	80	26	9	1.598.100,--	149.800,--

4. Personelle Situation und Organisation

Das Kulturamt Kaiserslautern hat derzeit einen Personalbestand von 71 Dienstkräften. Davon entfallen 23 auf Beamte, 33 auf Angestellte, 4 auf auszubildende Nachwuchskräfte und 2 stehen in einem Arbeitsverhältnis.

Die 26 Mitarbeiterinnen und 43 Mitarbeiter sind entsprechend der Geschäftsordnung für die Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 1962 in den folgenden Sachgebieten eingesetzt:

- | | |
|------------------------------|----------------|
| 1. Verwaltung | 21 Bedienstete |
| 2. Planung und Vermessung | 41 Bedienstete |
| 3. Kulturbau und Landespflge | 7 Bedienstete |

5. Ausblick

Wenn auch in den nunmehr 35 Jahren seines Bestehens das Kulturamt Kaiserslautern einen nicht wegzudenkenden Beitrag für die Entwicklung der Westpfalz geleistet hat, so harren noch - um einige wenige Schwerpunkte herauszustellen - weitere Aufgaben der dringenden Erledigung. Von den landwirtschaftlichen Nutzflächen des Amtsbezirkes weisen noch rd. 25.000 ha schwerwiegende agrarstrukturelle Mängel auf und stehen somit zur Erstbereinigung an. Zweitbereinigungen nach vorausgegangenen beschleunigten Zusammenlegungsverfahren und nach älteren Flurbereinigungsverfahren werden immer dringlicher. Hinzu kommen Bodenordnungsmaßnahmen zur Beseitigung oder Milderung von Durchschneidungsschäden infolge von Straßenbaumaßnahmen von überörtlicher Bedeutung. Die Neuordnung von Waldflächen zur erstmaligen Erschließung und zur Arrondierung von Staats-, Gemeinde- und Privatwald ist dringend erforderlich. Entsprechend den gewandelten Zielsetzungen der Agrar- und Umweltpolitik werden Verfahren zur Entflech-

tung von Nutzungsansprüchen mit gleichzeitiger Biotopsicherung erforderlich. Nach wie vor wird die Dorferneuerung mit parallellaufenden Ortslagenflurbereinigungen einen Arbeitsschwerpunkt darstellen.

Das Kulturamt versteht sich als eine Behörde, die mit einer breiten Palette von Fördermöglichkeiten auch in der Zukunft ihren Beitrag zur Stärkung der Region leisten kann und will.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

- Gebot und Verpflichtung zeitgerechter Flurbereinigung -

von Obervermessungsrat Ulrich Schmitz, Mayen

1. Zur Problemstellung

Rechtsbewußter gewordene Grundstückseigentümer - weitgehend durch die kritischen Anmerkungen in den Medien zu Flurbereinigungsverfahren der zurückliegenden Jahre unterstützt - monieren häufig als undemokratisch empfundene Planungs- und Zuteilungsvorgänge in Flurbereinigungen und beklagen ein bürokratisches Dickicht, das einen echten Durchblick häufig nicht oder nicht so rechtzeitig ermöglicht, daß wirkungsvoll von den bestehenden Rechtsbehelfsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden kann.

Diese Kritik wird teilweise von dem Flurbereiniger als unsachlich und polemisch empfunden, da sie weitgehend Sachverhalte anprangert, die der Vergangenheit angehören, wo die gesetzliche und rechtliche Zielsetzung der Flurbereinigung eine andere war und demzufolge auch andere Verfahrensweisen angemessen waren, die der damaligen - vorwiegend auf die ausreichende und mit wirtschaftlichem Aufwand realisierbare Erzeugung landwirtschaftlicher Güter - ausgerichtete Situation in dem ländlichen Bereich entsprachen. Inzwischen hat sich die Flurbereinigung weitgehend den zeitgemäßen Anforderungen in der Weise angeglichen, daß die ökologischen Belange sowohl bei der Planung nach § 41 FlurbG als auch bei der eigentlichen Zuteilungsgestaltung der neuen Grundstücke weitestgehend Berücksichtigung finden; zudem wird immer häufiger auch dem Bürger eine teilweise sehr erheblich über die unmittelbar durch das Flurbereinigungs-gesetz der Behörde zur Pflicht gemachten Beteiligtenaufklärung hinausgehende Information zuteil.

Dennoch verbleibt häufig ein Defizit an Öffentlichkeit und Verständlichkeit für einzelne Flurbereinigungsmaßnahmen zu beklagen, was zu Verdruß und Unmutsbekundungen in der Öffentlichkeit Anlaß gibt und zahlreiche Politiker eine wenig flurbereinigungsfreundliche Haltung einnehmen läßt. Dies zu ändern ist eine notwendige und vornehme Aufgabe der Flurbereinigungsverwaltung und dient dem Erhalt bzw. der Stärkung ihrer häufig gelobten und auch künftig für viele private, kommunale und staatliche Aufgaben unentbehrlichen Hilfeleistungen.

2. Wo es hapert

Ich will mich in diesem Zusammenhang auf solche Konfliktfelder beschränken, die - unabhängig von der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit einzelner Grundstückseigentümer mit der individuellen Zuteilungsgestaltung - von grundsätzlicher Bedeutung und damit von allgemeinem Interesse sein dürften und die zum Teil auch auf Unzulänglichkeiten in den gesetzlichen Grundlagen und auf Mängel in dem verwaltungsrechtlichen Vorgehen der Flurbereinigung hinweisen.

2.1 Zum Enteignungsvorwurf

Ein immer wieder zu hörender Vorwurf - der sich allerdings nicht nur gegen Flurbereinigungsmaßnahmen, sondern auch gegen solche anderer Bodenordnungsverfahren (z.B.: Baulandumlegung u.a.) richtet - ist der, daß die hiermit bewirkten Eingriffe in das Grundeigentum enteignungsähnliche - oder ähnliche - Wirkung entfalten.

So wird vielfach die Tatsache, daß es zulässig ist, Eigentum zu entziehen und an dessen Stelle - quasi zwangsweise - anderes Grundeigentum behördlich zuzuweisen, als enteignender Akt, oder gar als "Kommunistische Machenschaft" empfunden. Die in Rechtssprechung und Lehre bestätigte Theorie der Surrogation, wonach dem Grundstückseigentümer - in vorwiegend oder gar ausschließlich seiner eigenen Interessenlage dienender Weise - das Eigentumsobjekt (Sprich: Grundstück) gewandelt wird, ohne daß er - was für die Enteignung charakteristisch wäre - zeitweise ohne Grundeigentum wäre, ist scheinbar weitgehend unverständlich. Dagegen wird der Eigentumsentzug als solcher und der in der Rechtssprechung der höchsten Gerichte ständig wiederholte Grundsatz, daß es **keinen** Anspruch "auf Zuteilung in bestimmter Lage, auch nicht der des Altbesitzes" gebe, als so schwerwiegend gesehen, daß daneben alle, den "Nicht-Enteignungscharakter" verdeutlichenden oder gar beweisen wollenden Theorien an Plausibilität verlieren; dies sogar dann, wenn im einzelnen Falle - dank der meist erheblichen öffentlichen Mittel, die in die Flurbereinigung fließen - konkrete Verbesserungen deutlich werden.

In dieser Situation scheint mir hilfreich, nicht so sehr auf den Begriffen von "Enteignung" oder "Sozialpflichtigkeit" herumzureiten und schwierige bis unverständliche - auch in der Rechtslehre nicht gänzlich unumstrittene - Hypothesen zu strapazieren, den regelmäßig eintretenden Eigentümergeboten, der aus Bodenordnungen fließt, deutlicher zu betonen und diesen zu veranschaulichen und verständlich zu belegen. Dies müßte bereits in der Anfangsphase einer Flurbereinigung, insbesondere gelegentlich der gesetzlich vorgeschriebenen Aufklärung der voraussichtlich Betroffenen in möglichst eindrucksvoller Form geschehen. Ein Mehr an Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Zeitpunkt kann sicher spätere Unzufriedenheiten oder gar langwierige, verwaltungsaufwendige Rechtsbehelfsverfahren überflüssig machen oder zumindest mindern.

2.2 Zum Demokratieverständnis in der Flurbereinigung

Die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt ist gelegentlich Gegenstand von teilweise polemisch akzentuierten Angriffen gegen die Flurbereinigung. So wird insbeson-

dere der Vorwurf erhoben, vor Einleitung der Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz fehle eine angemessene Mitwirkungsmöglichkeit der Betroffenen. Dabei gehen die Kritiker von der Vorstellung aus, es müsse ggf. durch mehrheitliches Veto ein beabsichtigtes Bodenordnungsverfahren verhindert oder gestoppt werden können; die im Flurbereinigungsgesetz fixierte Formulierung, die Zulässigkeit des Verfahrens sei nur an das "objektive Interesse" der Betroffenen, nicht an deren subjektive Bereitschaft gebunden, biete gegen Behördenwillkür nicht hinreichend Schutz und bevormunde mündige Bürger, ist aus der Sicht der Beteiligten verständlich, wenn man auch als Flurbereiner diese gesetzliche Einschränkung aus der besonderen Situation und Aufgabenstellung der Flurbereinigung heraus als sinnvoll und richtig ansehen wird.

Um den Bemühungen, Verwaltungshandeln möglichst bürgernah zu gestalten, auch in der Flurbereinigung in vollem Umfang zu genügen, bliebe hier dennoch etwas zu tun. Dies könnte z.B. darin bestehen, daß gelegentlich der vorgenannten Aufklärung der Beteiligten vor Einleitung eines Bodenordnungsverfahrens den Argumenten der Flurbereinigungsbefürworter und -gegner ein größeres Gewicht beigemessen wird und in der Begründung des Einleitungsbeschlusses die bei der Abwägung der privaten und öffentlichen Belange vorgenommene Gewichtung der einzelnen Argumente transparenter gemacht wird. Auch wäre es sinnvoll, wenn nicht gar verfassungsrechtlich geboten, die wesentlichen Konsequenzen der Bodenordnungsmaßnahmen - insbesondere hinsichtlich der Kosten, Qualität und Quantität der möglichen und zulässigen Eigentumseingriffe - dazutun und zwar in einer Gegenüberstellung zwischen den einzelnen grundsätzlich denkbaren verschiedenen Verfahrensarten - von der Baulandumlegung über Flurbereinigung nach § 1, § 4, § 86, § 87, § 91 oder § 103 FlurbG. Damit wäre für die Betroffenen der behördliche Entscheidungsprozeß sicherlich besser nachvollziehbar und es bliebe nicht so leicht der Verdacht zurück, ein bestimmtes Verfahren werde lediglich aus Bequemlichkeitsgründen oder zur Sicherung der eigenen Arbeitsauslastung einer Behörde durchgeführt.

2.3 Zur Planungswillkür

Ein besonderer Punkt des soeben angesprochenen Demokratieverständnisses in der Flurbereinigung ist auch die besondere Verfahrensweise, die der Gesetzgeber für die Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG, den sogenannten "Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan", vorgesehen hat.

Die hier nicht ausdrücklich vorgesehene Beteiligung der Bürger und noch mehr die unterbleibende Anhörung der betroffenen Grundstückseigentümer stößt weitgehend auf Unverständnis und läßt gar den Vorwurf aufkommen, hier läge ein eklatanter Verstoß gegen die Verfassung vor.

Zu diesem Punkt hat die höchstrichterliche Rechtsprechung bestätigt, daß aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und Zielsetzung der Flurbereinigung gewichtige Argumente für die getroffene Gesetzesregelung unverkennbar sind, die vor allem in der verwaltungsökonomischen Abwicklung der meist von Flächengröße und Beteiligtenzahl sehr umfangreichen Bodenordnungsverfahren nach FlurbG zu suchen sind; zudem wirke die Gesamtheit der Teilnehmer durch den von ihr gewählten und handelnden Vorstand der Teilnehmergeinschaft insbesondere bei dem Planungsprozeß nach § 41 FlurbG regelmäßig sehr intensiv mit, so daß eine

hinreichende Artikulation der Grundstückseigentümerinteressen gewährleistet sei. Dennoch bleibt die Tatsache unwiderlegt, daß eine unmittelbare Beteiligung der Öffentlichkeit, vor allem auch der betroffenen Grundstückseigentümer selbst, fehlt.

Eine Formulierung, wie die im Rechtsgutachten von Blümel-Ronellenfitsch (Schriftenreihe für Flurbereinigung Heft 63, 1975)

"Für eine solche Lösung spricht auch, daß die Teilnehmergeinschaft besser als die einzelnen Grundeigentümer in der Lage ist, Bedenken gegen den Wege- und Gewässerplan geltend zu machen, weil die Grundeigentümer im Zeitpunkt der Planfeststellung die Folgen noch nicht vollständig überschauen können, die der Wege- und Gewässerplan für sie individuell haben wird. Das bedeutet, daß nur die Teilnehmergeinschaft wirksam gegen die Planfeststellung vorgehen kann. Der Rechtsschutz der einzelnen Grundeigentümer ist somit letztlich bei ihr in besseren Händen",

ist in diesem Zusammenhang sicherlich für die Mehrzahl kein besonders überzeugendes Argument für die Regelung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 41 FlurbG, sondern eher eine Beleidigung für den mündigen Bürger und sollte daher den Flurbereiniger tunlichst davon abhalten, in diesem Gutachten Argumentationshilfen gegen unverständige Kritiker zu suchen, um nicht Gefahr zu laufen, durch das Zitat der obigen Passage des genannten Gutachtens zu peinlichem Schweigen gezwungen zu sein.

Wenn man nicht - aus der Einsicht, daß dieses "reduzierte Bürgerbeteiligungsverfahren" in der Tat verfassungsrechtlich bedenklich sei - eine entsprechende Gesetzesänderung für notwendig ansieht, so ist doch zumindest - im Interesse, eine größtmögliche Akzeptanz der Flurbereinigungsplanung zu erzielen - sinnvoll, eine begleitende Bürgerbeteiligung oder Offenlegung der Planung nach § 41 FlurbG herbeizuführen.

Dies könnte mit dem Ergebnis abschließen, daß sich der Vorstand der Teilnehmergeinschaft mit den im Rahmen der Offenlegung vorgetragenen Anregungen und Bedenken zwar nicht notwendigerweise identifiziert, aber doch intensiv befaßt und in den erforderlichen planerischen Abwägungsprozeß mit einfließen läßt. Ein sicherlich hierdurch entstehendes Mehr an Arbeits- und Zeitaufwand würde sicherlich in der Regel durch eine besser ausgewogene und leichter realisierbare Planung ausgeglichen, von der man erwarten dürfte, daß sie auf wenig Ablehnung stößt und die in geringem Umfang später revidiert oder gar - wegen Unverträglichkeit mit dem nach wie vor dominierenden Grundsatz der wertgleichen Landzuweisung - im Plan nach § 59 ff FlurbG aufgehoben werden muß.

2.4 Zur Überforderung der Beteiligten

Bürgerfreundliche und demokratisch einwandfreie Verfahrensabwicklung verlangt nicht nur nach einer entsprechenden Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß selbst, sondern bedeutet auch, daß das Verwaltungshandeln in allen wesentlichen Verfahrensabschnitten durchschaubar und verständlich dargeboten werden muß, um den Betroffenen damit überhaupt erst in die Lage zu setzen, die für ihn bedeutsamen Konsequenzen zu erkennen und sich ggf. gegen dieselben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen zu können.

Es ist zwar - nach einem entsprechenden Ausspruch des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt - hinreichend bekannt, daß der Durchschnittsbürger selbst maschinell erstellte Gas- und Stromabrechnungen häufig nicht ohne fremde Hilfe lesen kann; bei den in der Flurbereinigung üblichen Computerausdrucken ist jedoch aus solcher Erkenntnis noch keine entscheidende Schlußfolgerung in Richtung auf ein leichteres Verständnis derselben erkennbar.

Nach wie vor werden die Beteiligten mit einem Wust an Papier und maschinell ausgefüllten Formularen überschüttet, der für einen großen Teil der Grundeigentümer zur Resignation führt und zu einer ohnmächtigen Hinnahme des scheinbar nicht Abwendbaren, das sich in einem Besitzstand- oder Abfindungsnachweis so präsentiert.

Ob die vergleichsweise geringe Prozentzahl der Betroffenen, die gegen Flurbereinigungsmaßnahmen die Gerichte anrufen, tatsächlich als einen Beleg für die äußerst gute Akzeptanz der Flurbereinigungsmaßnahmen durch die Bürger verstanden werden kann, oder ob in vielen Fällen nicht eher dies als Zeugnis für das "Nicht-Verstehen" gewertet werden muß, kann hier nicht entschieden werden. Jedenfalls lassen gelegentlich - weit nach Fristablauf - vorgebrachte Beschwerden erkennen, daß die Beteiligten den vorangegangenen Verwaltungsakt in seinen Konsequenzen nicht rechtzeitig durchschaut haben.

Diese Aussage hat insbesondere bezüglich der "Feststellung der Wertermittlungsergebnisse" ihre Richtigkeit.

Die Wertermittlung, als die wichtigste Säule zur späteren Festsetzung einer "wertgleichen Landzuteilung" wird in dem - aus verwaltungsökonomischen Gesichtspunkten zweckmäßigerweise abgeschichteten - Flurbereinigungsverfahren frühzeitig vorgelegt und - nach Beendigung des entsprechenden Rechtsbehelfsverfahrens - frühzeitig unanfechtbar; dies gilt für das gesamte Verfahrensgebiet und für jeden Verfahrensbetroffenen.

Bei der Größe der Flurbereinigungsverfahren, die grundsätzlich ganze Gemarkungen umfassen, ist in der Praxis eine kritische Prüfung der gesamten Wertermittlung zumindest der Mehrzahl der Betroffenen nicht möglich. Erkennbar wird die Bedeutung dieser verfahrensüblichen Grundstücksbewertung in der Regel nämlich erst dann, wenn aufgrund der Altbesitzbewertung nebst dem darauf basierenden Landabzug nach § 47 FlurbG mit dem Plan nach § 59 FlurbG die neuen Grundstücke nebst den dazu gehörenden Abrechnungen vorgelegt werden. Erst dann ist, durch Vergleich alt-neu, für den Beteiligten klar erkennbar, ob und wie sich die Einstufung des Altbesitzes in eine bestimmte Wertklasse bei der Festsetzung des Zuteilungsgrundstücks auswirkt.

Die Mehrheit der Beteiligten dürfte tatsächlich mit der Überprüfung der Richtigkeit der Bewertungsdaten, wie sie ihren Niederschlag im Besitzstandsnachweis finden, überfordert sein. (Hierbei soll in diesem Zusammenhang der weiteren Frage, inwiefern dieser Wertermittlungsfeststellung wegen "äußerst fragwürdiger Außenwirkung" überhaupt "Verwaltungsakt-Charakter" zukommt, gar nicht näher betrachtet werden). Dies alles bedeutet zu deutsch: Bei wohl unbestreitbarem Rechtsschutzbedürfnis gegen die der Abfindung als feste Ausgangsgröße zugrunde gelegte Altbesitzbewertung besteht kein wirksamer Rechtsschutz; daß ein solcher Rechtsschutz jedoch bei jedem rechtserheblichen Verwaltungshandeln für den Betroffenen gegeben sein muß, ist eherer Grundsatz rechtsstaatlichen Handelns.

Was tun?

Meines Erachtens hilft hier nur eins - wenn auch damit die zu Recht geliebte und auch verfahrensbeschleunigende Abschichtung der Flurbereinigung zum Teil aufgegeben werden müßte -: der Wertermittlung darf erst mit der Vorlage des Flurbereinigungsplanes Außenwirksamkeit zuerkannt werden und sie darf erst zu diesem Zeitpunkt Gegenstand eines evtl. Widerspruches sein, während die vorangegangenen Wertermittlungsvorlagen lediglich Einwendungen zu Tage fördern können, denen man selbstverständlich zur Vermeidung einer größeren Anzahl späterer Widersprüche sorgfältig nachgehen sollte.

3. Resümee

Die Flurbereinigung ist ein auch heute noch wichtiges und unentbehrliches Instrument, das nicht nur zur Realisierung rein agrarischer Zielsetzungen, sondern zunehmend für die sonstigen öffentlichen Planungen - insbesondere auch der des Umweltschutzes - Bedeutung hat. Dies um so mehr, als grundsätzlich unzweifelhaft ist, daß diese Verfahren in erster Linie privatnützig sind und damit auch letztlich die besten Voraussetzungen für die notwendige Bürgernähe besitzen.

Dennoch sind in verschiedenen Punkten erhebliche rechtliche und verfahrenstechnische Schwachstellen zu beheben, die einem noch wirksameren Einsatz der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz entgegenstehen und die zu deutlichen Unmutsäußerungen oder gar teilweise zu polemisch überspitzten Radikalforderungen nach gänzlicher Einstellung solcher Verfahren geführt haben.

Kritisches Überdenken der derzeitigen Rechtssituation und ihrer Verwaltungspraxis und das Bemühen um zeitgerechtere, bürgernähere und damit verständlichere Verfahrensweise würden der Flurbereinigungsverwaltung mit Blick auf zukünftige Aufgaben guttun und sollten nicht im Keim als schädliche "Nestbeschmutzung" bei Seite geschoben werden.

In diesem Sinne sollten die obigen Ausführungen zu weiteren Überlegungen Anregung geben.

BODENDENKMALPFLEGE IN WEINBERGSFLURBEREINIGUNGEN

von Obervermessungsrat Ulrich Stanjek, Worms

Hin und wieder wird sie sichtbar - die Geschichte menschlicher Siedlungstätigkeit. Da nur die letzten beiden Jahrtausende schriftliche Überlieferungen hinterlassen haben, kommt der Erforschung von Bodendenkmälern allergrößte Bedeutung für die Rekonstruktion der damaligen Lebensweisen und Umweltverhältnisse zu.

Während sich manche Reste vor- und frühgeschichtlicher Besiedlung durch bestimmte Geländeformationen wie Grabhügel und Befestigungsanlagen noch erkennen lassen, kommen viele erst ans Tageslicht, wenn Menschen die Landschaft verändern. Dies trifft vor allem auf Weinbergsflurbereinigungen zu, wo bei Planierungsarbeiten Eingriffe in den Boden unerlässlich sind. Bei entsprechender Ortskenntnis ist eine Bewahrung trotz Verschüttung und Überwucherung möglich (s. Bilder u.)



Vögelsbrunnen aus dem 17. Jahrhundert in Guntersblum vor und nach der Freilegung

Bodendenkmäler sind aber nur zu einem Bruchteil bekannt, ihre Lage wurde früher selten erfaßt und ältere Funde sind oft nicht einmal in eine Gemarkung einzuordnen. Selbst für Bayern, das als erstes Bundesland ein umfassendes Verzeichnis seiner Denkmäler vorgelegt hat, muß der Generalkonservator einräumen: "So sind wir noch immer weit entfernt, das gewaltige unterirdische Archiv der Bodendenkmäler auch nur annähernd zu kennen, soweit es überhaupt erfaßbar ist" (1).

Die wichtigsten Anzeichen sind Bodenfunde. Nimmt man bei ihrer Entdeckung an, es handle sich um Kulturdenkmäler, sind sie anzuzeigen (§§ 16 u. 17 des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes (2)). Für eine gezielte Berücksichtigung müßte allerdings der Fundort bekannt sein, in dem z.B. bei Rodungsarbeiten Scherben, Steingeräte oder Knochen zum Vorschein kamen. In solchen Fällen empfiehlt sich nach der Abräumung der Weinbergsflächen ein Geländebegang mit Denkmalpfleger und ortskundigen Winzern. Auch neuzeitliche Mauern können z.B. alte Steine enthalten, die einem geschulten Auge durch Material, Format o.ä. auffallen.

Als modernes Hilfsmittel stehen dem Geodäten zwar i.d.R. für Weinbergsflurbereinigungen Senkrecht - Luftbilder zur Verfügung, jedoch lassen sich die von Scholar (3) so anschaulich dargestellten Methoden der Luftbildarchäologie in bestocktem Gelände auch bei Schrägaufnahmen kaum anwenden, da Wachstum der Reben nebst Erziehungsanlagen nicht entsprechende Schattenzeichnungen ermöglichen.

Selbst in Ungstein, wo eine Fläche von rund 75000 m² dicht mit Bauten und Gewerbeanlagen bedeckt war (4), ergab ein nachträglicher Vergleich des Grundrisses der Römervilla keinerlei Anzeichen im Luftbild.

Sind ausreichende Anhaltspunkte gegeben, können in festgelegten Flächen Vorsondierungen durchgeführt werden. Entscheidend hierbei sind die Erfahrungen der Denkmalpflege über Siedlungslagen und -formen früherer Zeiten. Die bei den Planierungsarbeiten verfügbaren Baumaschinen werden dann zur systematischen Suche eingesetzt, in Abtragungsgebieten vorsichtig Schicht für Schicht entfernt. Entsprechende Anweisungen an die Fahrzeugführer sind wichtig, da ein ständiges Beobachten der Planierungsarbeiten nur in Ausnahmefällen möglich ist (5).

Man muß sich auch die Größenordnung des Untersuchungsgebietes vor Augen führen: in Guntersblum z.B. war ein vermutetes Gräberfeld auf 40000 qm in die Karte eingetragen worden; die bisher gefundenen Brandplätze und ein Keller erstrecken sich auf nur 600 qm.

Damit zur weiteren Vorgehensweise: Nachdem ein Raupenfahrer Brandplätze angerissen hatte und einige der gefundenen Scherben vom Verfasser als römische terra sigillata vermutet wurden, waren die tel. verständigten Denkmalpfleger bald zur Stelle, bestätigten die Einstufung in die Römerzeit und entschieden, daß gegraben werden sollte. Zwar tauchten nach 3 1/2 Tagen Grabungsarbeit im Vergleich zu anderen röm. Stätten nur bescheidene Funde auf, aber auch sie sind ein Mosaiksteinchen der Siedlungsgeschichte, die nicht nur durch Prachtbauten repräsentiert wird.

Die Fundamente eines röm. Kellers weisen die römische Besiedlung für die Gemarkung Guntersblum zum ersten Mal exakt nach, wobei die ständige Verfügbarkeit von Planiertraupen und der Aufbau einer Messungslinie den Archäologen die Arbeit erleichterte. Bevor die Rodungsarbeiten der Aufbaugemeinschaft erfolgen, wird für weitere Mauerreste die zweite Grabung erledigt sein, so daß sich für den Ablauf der Flurbereinigungsarbeiten keine Zeitverzögerungen ergeben.

Zeitprobleme gab es auch in Ungstein nicht, während im Halbjahres-Verfahren Wachenheim nach dem überraschenden Fund einer Römervilla die Zuteilung der Grundstücke neu durchgeführt werden mußte, um der Gemeinde diese Flächen zur Verfügung stellen zu können. Im Trierer Raum sind Bodenfunde fast alltäglich, meist erfolgt nur eine Kartierung und bei besonderen Funden konnten Grabungen ohne Probleme durchgeführt werden.

Soweit nur Teile von Bodendenkmälern durch die Ausgrabungen während der Flurbereinigungsarbeiten erfaßt werden, lassen sich durch entsprechende Zuteilung oder Eintragung eines Grabungsschutzgebiets (6) künftige Plangrabungen sichern. Ob dann eine ergänzende und verdeutlichende Restaurierung oder gar in Ausnahmefällen ein Rekonstruktionsversuch erfolgt, hängt vor allem von der Finanzierbarkeit ab. Einen erheblichen Beitrag hierzu leisten Teilnehmergemeinschaften durch unentgeltliche Flächenbereitstellung.

Der Ehrfurcht vor der Geschichte sind wir es schuldig, in unseren Flurbereinigungsverfahren auch der Bodendenkmalpflege größtmögliche Beachtung zu widmen.

Literatur und Hinweise:

- (1) Petzet, M. (Hrg.), Denkmäler in Bayern, 7 Bde, München 1986
- (2) Denkmalschutz- und -pflegegesetz - DSchPflG vom 23.3.78 (GVBl. S. 159), geänd. am 7.2.83 (GVBl. S. 17)
- (3) Scollar, Irvin, Archäologie aus der Luft, Düsseldorf 1965
- (4) Broschüre der Arbeitsgemeinschaft, Das römische Weingut "Weilberg" bei Bad Dürkheim - Ungstein
- (5) Die Mitarbeiter der Baufirmen im Trierer Raum sind seit Jahrzehnten auf Bodenfunde eingestellt
- (6) § 22 DSchPflG; Erl. v. 23.3.81, Az.: 743 - 50.00

KOSTENGÜNSTIGE VERMESSUNGSMETHODE BEI VEREINFACHTEN FLURBEREINIGUNGSVERFAHREN NACH § 86 (3) FLURBG

von Obervermessungsrat Harald Durben, Mainz

1. Einleitung

Die umfangreichen Vermessungsarbeiten innerhalb der Bodenordnungsverfahren haben schon immer zur Rationalisierung gezwungen. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre machen die Vermessungskosten immer noch 8,6 % (bei Acker-Grünland-Verfahren 17,1 %) der Ausführungskosten aus.

Im klassischen Flurbereinigungsverfahren wurden wichtige Möglichkeiten, die die technische Revolution im Vermessungswesen bot, genutzt und konsequent eingesetzt. In der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz ist besonders mit der Luftbildmessung ein sehr wirtschaftliches und allen Genauigkeitsforderungen genügendes Verfahren verfügbar, mit dem die Automationskette "Vom Feld zur Karte" geschlossen ist. Ein weiterer entscheidender Rationalisierungsgewinn durch Verbesserung der Neuvermessungstechnik ist heute kaum vorstellbar.

Einsparungsmöglichkeiten wurden aber auch schon sehr frühzeitig im Problemansatz selbst gesucht. So soll, soweit möglich, in den Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG nicht neu gemessen, sondern die Vermessung als Fortführung vorhandener einwandfreier Katastergrundlagen ausgeführt werden. Im Einvernehmen mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz erging bereits 1972 eine Regelung (1), wonach in beschleunigten Zusammenlegungsverfahren nach § 91 FlurbG Teilgebiete zu Blöcken zusammengefaßt und neu eingeteilt werden können. Die neuen Grenzpunkte werden durch Fortführungsvermessungen bestimmt. Seit Jahren werden für die Verfahren nach § 86 (3) FlurbG (vereinfachte Flurbereinigungsverfahren) entsprechende Wege gesucht.

Im Folgenden soll nun anhand der Zweitbereinigungsverfahren Hellertshausen und Hottenbach - ergänzend zu (2) - die vom Kulturamt Bad Kreuznach angewandte Vermessungsmethode dargestellt werden.

2. Katastergrundlage

Die Katastergrundlage stammt aus einem in den Jahren 1929 - 1930 vom Kulturamt Bernkastel-Kues durchgeführten Flurbereinigungsverfahren. Es handelt sich also um einwandfreie Vermessungswerke. Für die damalige Neuvermessung war ein engmaschiges Polygon- und Liniennetz angelegt worden, in das die Grenzpunkte orthogonal eingebunden sind. Die Koordinaten der Polygonpunkte lagen ursprünglich im Soldner-System vor und wurden nach Umformung ins Gauß-Krüger-System vom Katasteramt als T-Koordinaten entsprechend Ziffer 8.3.8 RiKaDa (3) zur Verfügung gestellt. Nach einer Vereinbarung mit dem Katasteramt wurden durch dieses **alle** für die spätere Absteckung und Aufmessung der neuen Grenzpunkte erforderlichen Polygonpunkte rechtzeitig hergestellt, vermarktet und entsprechend der RIPP (4) gesichert. Die Einmessungsrissse wurden dem Kulturamt zur Verfügung gestellt. Das Zahlenwerk stand auf Inselrissen im ungefähren Maßstab von 1:1 000 zur Verfügung. Infolge geringen Grundstücksverkehrs waren nur wenige Fortführungsrissse zu berücksichtigen. Als Flurkarten lagen Inselkarten in den Maßstäben 1:1 000 und 1:2 000 vor. Die aus der Montage dieser Karten gefertigte Übersichtskarte im Maßstab 1:2 000 diente zur Digitalisierung im Alten - und Neuen Bestand und schließlich auch als Zuteilungskarte.

3. Vermessungstechnische Behandlung

Die Grundlage für die nachfolgend beschriebene Vermessungsmethode war eine sehr eingehende Abstimmung mit dem zuständigen Katasteramt, mit dem schließlich das Verfahren bis hin zur Katasterberichtigung schriftlich vereinbart wurde.

● Vergleich zwischen Örtlichkeit und Katasternachweis

Die Übereinstimmung zwischen Katasternachweis und Örtlichkeit wurde mittels Vergleich der Orthophotokarte mit der Übersichtskarte M 1:2 000 okular geprüft. Hierbei zeigte sich eine sehr gute geometrische Übereinstimmung. Die Zusammenkopie von Orthophotokarte und Übersichtskarte des alten Bestandes stellte eine gute Kartengrundlage für die Wertermittlung dar und ein aufwendiger Feldvergleich wurde gespart. Im Verfahren Hellertshausen wurde zusätzlich örtlich die Übereinstimmung der bituminös befestigten Wege mit dem Katasternachweis überprüft. Auch hierbei zeigten sich keine Abweichungen. Diese Überprüfung erlaubte daneben auch eine Aussage zur Güte der vorhandenen Vermarkung.

Da das neue Wege- und Gewässernetz fast ausschließlich durch den Fortfall alter Wege konzipiert wurde (Abb. 1), waren weitere Arbeiten im Außendienst vor der Absteckung der auszubauenden Wege bzw. der neuen Flurstücke nicht erforderlich.

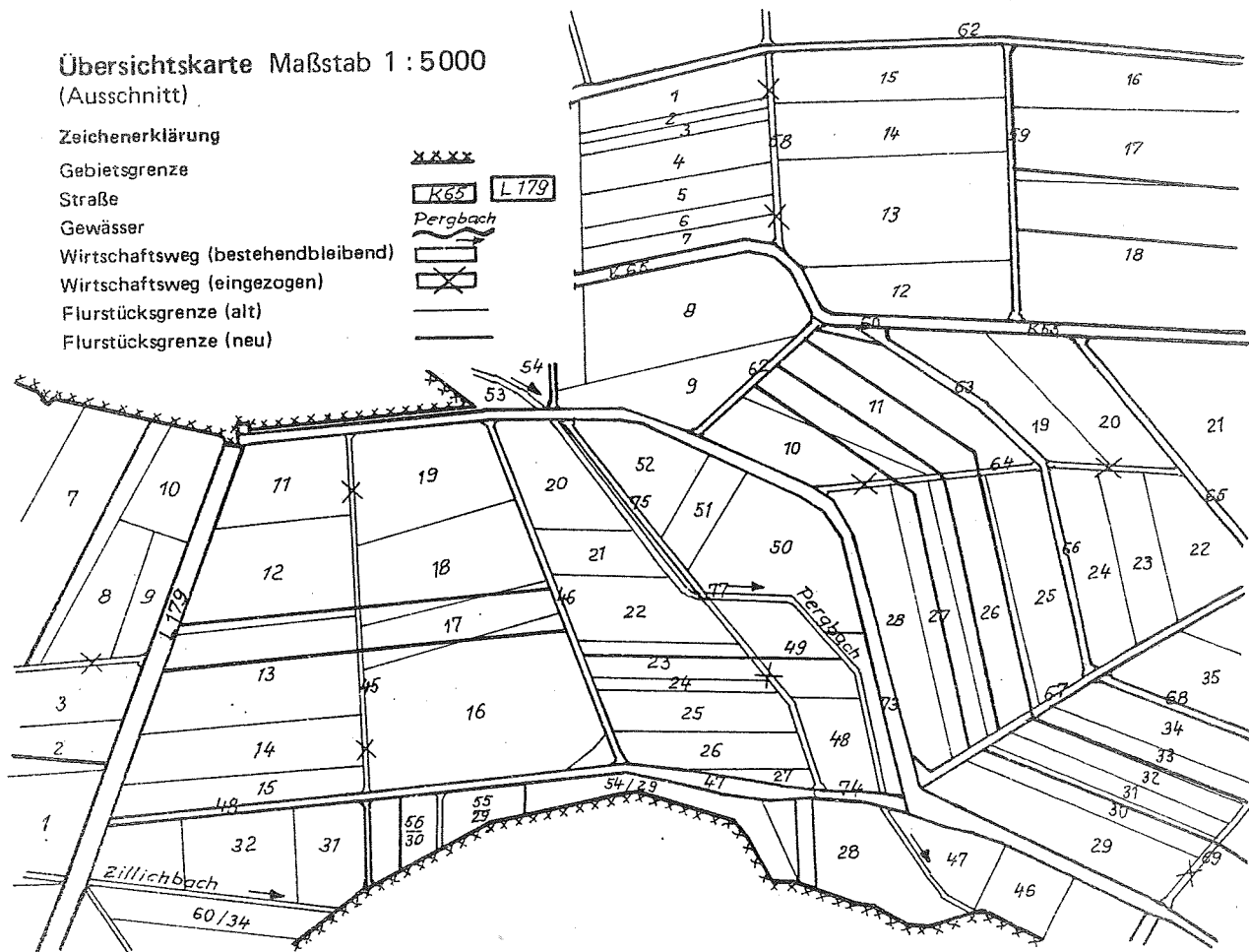


Abb. 1

● Aufbereitung des Zahlenwerkes für die Automation.

Mit den Polygon- und Kleinpunkten als Anschlußpunkte wurden über orthogonale Messungselemente dezentral die Koordinaten der Blockbegrenzungspunkte gerechnet. Für die maschinelle Blockflächenberechnung, die maschinelle Zeichnung der Zuteilungskarten, die Digitalisierung "DIGWN" und die Blockteilerberechnung sowie die maschinelle Zuteilungs- und Breitenberechnung wurde der Erfassungsbeleg 10 zur Speicherung der Flächenpolygone angeschrieben. Damit waren wie im neuvermessenen Verfahren die Voraussetzungen für den weiteren Einsatz der EDV gegeben.

● Grenzherstellung

Das neue Wege- und Gewässernetz wurde nicht generell neu hergestellt und vermarktet. Hergestellt wurden nur die Wege bzw. Wegeteile, die ausgebaut werden sollten. Dabei sind soweit möglich bereits die neuen Flurstücksgrenzen mit abgesteckt und vermarktet worden. Die Verfahrensgrenze wurde nur dort hergestellt, wo es für das Einbringen neuer Flurstücksgrenzen notwendig war.

● Absteckung und Vermarkung der neuen Flurstücksgrenzen

Die Vermessungsarbeiten zur Bildung der neuen Flurstücksgrenzen wurden als Fortführungsmessung im Sinne der Fortführungsanweisung II (5) behandelt. Die Grundlage bildete das **alte** Zahlenwerk. Dabei wurde der Umfang der Grenzfeststellung auf das in Nr. 48 Abs. 3 Buchst. a Fortführungsanweisung II geregelte Ausmaß beschränkt. Daraus folgte, daß bei der Zuteilung ganzer Blöcke keine Grenzfeststellung durchgeführt wurde, und die Blockgrenzen nur dort herzustellen waren, wo es für das Einbringen neuer Flurstücksgrenzen (entsprechend blockweiser Neueinteilung (1)) notwendig wurde. Die neuen Grenzpunkte wurden aufgrund der Absteckungselemente aus der Breitenberechnung - unter Beachtung der Fehlerverteilung - orthogonal abgesteckt, vermarkt und unmittelbar anschließend aufgemessen.

Der Nachweis der Fortführungsvermessung erfolgte durch Roteintragung in den vorhandenen Rissen (Abb. 2). Auf jedem Riß war der Tag der örtlichen Arbeiten zu vermerken. Ferner war jeder Riß von dem mit der Vermessung Beauftragten zu unterschreiben.

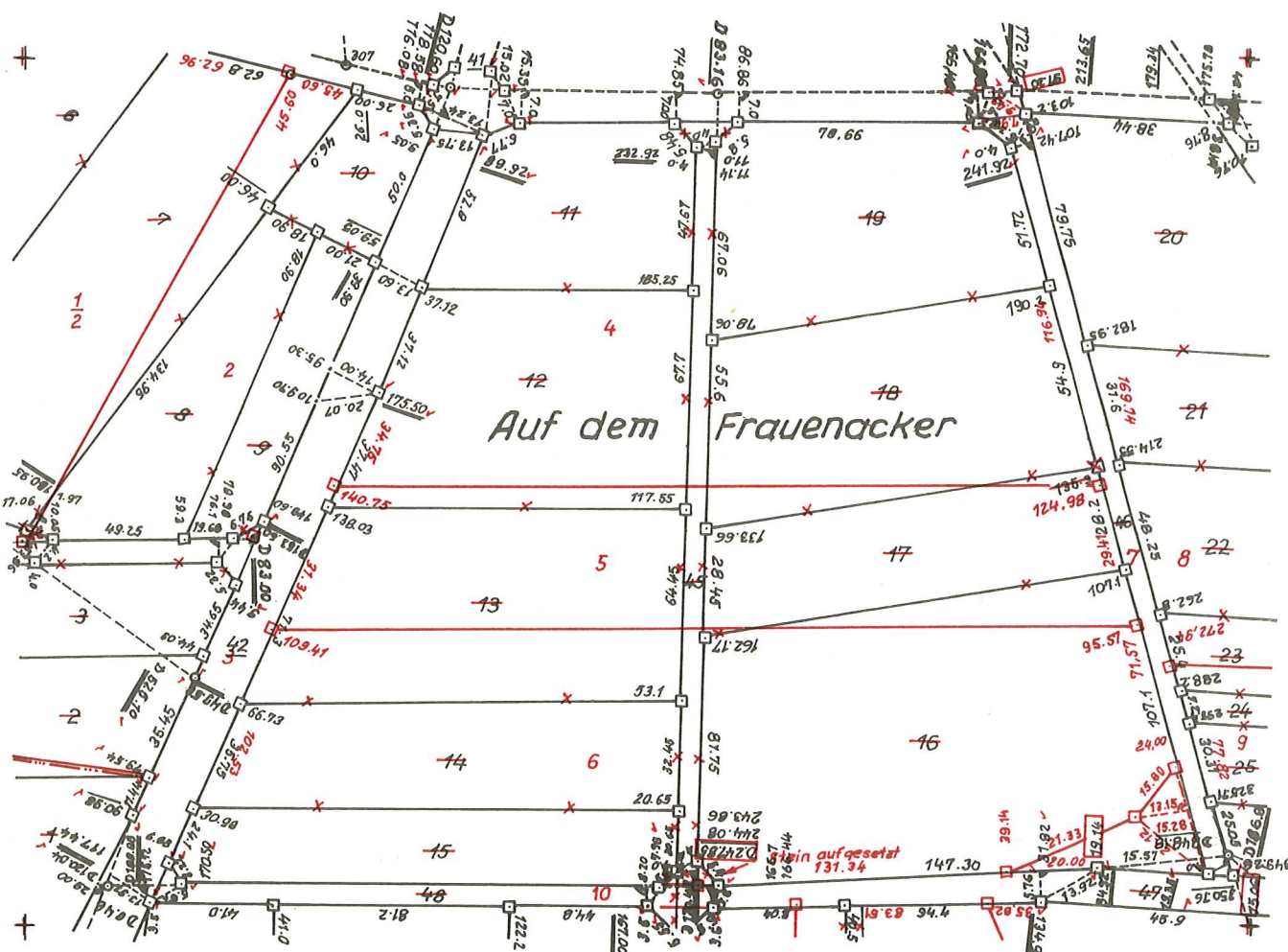


Abb. 2: Inselriß M 1:1 000 (Ausschnitt verkleinert)

Im Flurbereinigungsverfahren Hottenbach wurden - aus zeitgründen - zur vorläufigen Besitzeinweisung die neuen Flurstücke mit einer Genauigkeit von $\pm 0,5$ m verpflockt. Die genaue Absteckung erfolgte unmittelbar nach der Planvorlage.

● Katasterberichtigung

Zur Katasterberichtigung erhält das Katasteramt folgende Unterlagen:

- Fortführungsrisse wie oben beschrieben (Abb. 2)
- Rahmenrisse mit Punktnummern (als Nummernrisse ohne weitere Ausarbeitung)
- Koordinatenverzeichnis (**nicht** amtlich!)
- Übersichtskarte 1:5 000 bzw. 1:2 000 in Hellertshausen mit Darstellung der neuen Fluren und Flurstücke auf der Grundlage der Übersichtskarte des alten Bestandes
- Die Koordinaten der im Flurbereinigungsverfahren berechneten Grenzpunkte werden dem Landesvermessungsamt auf Magnetband zur Verfügung gestellt und als T-Koordinaten im KODAU gespeichert.

Demnach werden keine Rahmenkarten und auch keine Übersichtskarten 1:5 000 zur Berichtigung der topographischen Karten ans Kataster übergeben. Die Flurkarten sollen anhand der Übersichtskarte und der Risse beim Katasteramt fortgeführt werden.

4. Abschließende Wertung

Die vermessungstechnische Behandlung hat sich bewährt. Mit der aufgezeigten Methode kann unter den gegebenen Voraussetzungen sehr schnell und wirtschaftlich gearbeitet werden, ohne einen vorhandenen einwandfreien Katasterbestand zu beeinträchtigen.

Die in den Finanzierungsplänen veranschlagten Kosten von 300,-- bzw. 350,--DM/ha aLN wurden nicht zu einem Drittel benötigt. Zur Verfahrensschnelligkeit soll eine Angabe reichen: In Hellertshausen sind vom Beschluß 6.10.1983 bis zum Besitzübergang im Herbst 1986 nur drei Jahre vergangen. Dieser Zeitvorteil erwächst wesentlich durch die gezeigte vermessungstechnische Behandlung, aber vor allem dadurch, daß der Wege- und Gewässerplan nicht planfestgestellt wurde. Wichtig ist allerdings, daß wie in den Verfahren Hellertshausen und Hottenbach praktiziert, auf dem vorhandenen Katasternachweis basierend, unter Beachtung des alten Liniennetzes und der Nachbarschaft, die neuen Grenzpunkte im Wege der Fortführung orthogonal abgesteckt und aufgemessen werden. Dabei wird die Methode mit schlechterem Katasternachweis und bei größeren Abweichungen vom ursprünglichen Wegenetz aufgrund des höheren Wiederherstellungs- bzw. Fortführungsaufwandes mit Sicherheit sehr schnell unwirtschaftlich, so daß dort eine Neuvermessung erforderlich wird.

5. Literatur:

- (1) Blockweise Neueinteilungen in beschleunigten Zusammenlegungsverfahren, Erl. des MinfLWuU vom 30.08.1972 - 4 24.10 -
- (2) Speckmann, K.: Erfahrungen bei der Bearbeitung der Zweitbereinigung von Hottenbach, Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung 1986 /6. Heft
- (3) Richtlinien für die Bearbeitung von Katastervermessungen unter Berücksichtigung der elektronischen Datenverarbeitung (Automationsrichtlinien - RiKaDa) des MindIufSp vom 18.08.1980 - 648 - 00/0 -
- (4) Richtlinien für den Aufbau und die Erhaltung des Polygonpunktfeldes (RiPP des MindIufSp vom 23.12.1985 - 648 - 04/3 -
- (5) Anweisung für das Verfahren bei den Fortführungsvermessungen in Rheinland-Pfalz (Fortführungsanweisung II - Fortf. Anw. II) des MindI vom 07.12.1962 - 610 - 00/0 -

LEGITIMATIONSKLÄRUNG UND BEREINIGUNG DER BESITZSTÄNDE BIS ZUM PLANWUNSCHTERMIN

von Regierungsangestelltem Helmut Heinen, Trier

Noch vor einigen Jahren, als es auch nach den politischen Zielsetzungen aufgrund der in die Bodenordnung investierten erheblichen öffentlichen Mittel darum ging, jährlich möglichst viele Hektare zum Besitzübergang zu bringen und es u.a. dem Winzer noch darauf ankam, seine Anbaufläche möglichst "für Massenträger" gewinnbringend noch zu erweitern, war die Einleitung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz mit wesentlich weniger Schwierigkeiten und Widerstand von seiten der Verfahrensbeteiligten und Grundstückseigentümer verbunden, als dies heute der Fall ist.

Nicht selten scheitern heute die Bemühungen der Kulturämter nicht zuletzt aufgrund des erheblichen Widerstandes und Einflusses von außen bereits beim ersten Versuch.

Die ständig zunehmende Anzahl von Widersprüchen gegen die Einleitung und Durchführung von Bodenordnungsverfahren bestätigt dies. Bereits vor Einleitung, z.B. bereits zum Zeitpunkt der agrarstrukturellen Voruntersuchungen sind zunehmend Eingaben in bisher nicht gewohnter Vielzahl und Härte zu bearbeiten. Mit den gleichen Petenten/Widerspruchsführern haben es die Kulturämter und die Oberen Flurbereinigungsbehörden dann bei Anordnung des Bodenordnungsverfahrens, d.h., nach Erlaß des Einleitungsbeschlusses wieder zu tun.

Uns allen ist die prekäre Lage, in der sich unsere Landwirte und Winzer derzeit befinden, bewußt. Wir kennen die Schwierigkeiten und ich darf mir ersparen, hierauf näher einzugehen.

Wir alle aber wissen auch, daß wir nach wie vor wegen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf dem europäischen Agrarmarkt auf eine funktionierende Landwirtschaft und hierbei auf unsere Landwirte und Winzer angewiesen sind.

Ebenso wissen wir, daß, entgegen der von den Flurbereinigungsgegnern vielfach und überwiegend vertretenen Meinung, sehr wohl auch heute mit der Durchführung von Bodenordnungsverfahren Vorteile und eine Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft und damit eine Verbesserung der Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe, verbunden sind.

Wir alle sind daher heute in besonderem Maße gefordert, dies bei der vielfältigen Aufgabenstellung der Landeskulturverwaltung bewußt zu machen, aufklärend und informativ zu wirken.

Aber auch insgesamt gesehen ist der Bürger heute in seinem Verhalten und in der Beurteilung der allgemeinen Situation, insbesondere bei der Beurteilung seiner eigenen persönlichen Position, kritischer und selbstbewußter geworden.

Auch dies findet sich zunehmend bestätigt. Nicht selten wird von den Flurbereinigungsgegnern der Vorhalt gemacht, die Einleitung und Durchführung von Bodenordnungsverfahren - gegen den Willen der Betroffenen - verstoße gegen das Grundgesetz und gegen den hierin garantierten Schutz des Eigentums.

Zugegeben ist, was mich persönlich in der Vergangenheit schon immer gestört hat, daß die den Kulturämtern gesetzlich vorgegebene Arbeits- bzw. Vorgehensweise möglicherweise nicht exakt das ist, was man heute unter "bürgernah" versteht.

Denn mit der Masse der Verfahrensbeteiligten haben die Kulturämter persönlichen Kontakt erst beim Planwuschtermin.

Muß bei dem Verfahrensbeteiligten hierbei nicht, wie oft zu hören, der Eindruck aufkommen

- hier arbeitet man an uns vorbei,
- hier machen die doch mit unserem Eigentum was sie wollen,
- die kennen mich und meinen Betrieb doch nicht,
- die haben doch keine Vorstellungen von dem, was ich für meinen Betrieb in Verbindung mit der Durchführung eines Bodenordnungsverfahrens verbinde,
- usw., usw.

Wenngleich dem so auch nicht ganz gefolgt werden kann, sind die Argumente gleichwohl nicht gänzlich von der Hand zu weisen.

Nicht selten werden die Verfahrensbeteiligten, insbesondere die auswärts wohnenden, in der Regel als erstes mit dem Beitragsbescheid der Teilnehmergemeinschaft konfrontiert, der oft beanstandet und zurückgegeben wird, weil die zur

Beitragsleistung herangezogene Fläche von den tatsächlichen örtlichen Verhältnissen abweicht.

M.E. ist dieser regelmäßige Zeitpunkt der ersten persönlichen Kontaktaufnahme erst zum Planwunschtermin zu spät, was für die Verfahrensbearbeitung m.E. mit Nachteilen verbunden ist und Verzögerungen in der Verfahrensbearbeitung zur Folge hat.

Es sollte daher so früh wie möglich der Kontakt mit dem einzelnen Verfahrensbeteiligten aufgenommen werden, alleine schon aus dem Grunde, um bei den Verfahrensbeteiligten bzw. Grundstückseigentümern den geschilderten Eindruck und die dargelegten falschen Vorstellungen auszuräumen und eine Vertrauensbasis aufzubauen.

Wenngleich die ersten Feststellungen des Kulturamtes (nach Aufstellung des Teilnehmersnachweises nach dem Liegenschaftskataster und Vergleich des Teilnehmersnachweises mit den Eintragungen im Grundbuch) "augenscheinlich in Ordnung sind", wissen wir von den tatsächlichen Besitzverhältnissen und Rechtsgeschäften außerhalb des Grundbuches nichts. Erst recht wissen wir nichts von den, von den Verfahrensbeteiligten bzw. Grundstückseigentümern langfristig ins Auge gefaßten Absichten und Planungen, insbesondere in Bezug auf eine mögliche Realisierung derselben in Verbindung mit der Durchführung des Bodenordnungsverfahrens.

Dies erst im Planwunschtermin aufzugreifen und beratend hierauf einzuwirken, ist viel zu spät.

Vorstellen möchte ich daher hiermit eine von mir früher und auch bei dem Kulturamt Trier teilweise heute noch geübte Praxis nämlich den
"Legitimations- und Besitzstandsklärungs-Termin".

Es handelt sich hierbei um einen Termin - lange Zeit vor dem Planwunschtermin - zur

- Klärung der Legitimation
- Klärung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse
- Beratung und Auskunftserteilung

Zeitpunkt: Unmittelbar nach Aufstellung des Teilnehmersnachweises nach dem Liegenschaftskataster und Vergleich des TN mit dem Grundbuch, sowie örtlichen Feststellungen bei dem Bürgermeister u.a. zur Ermittlung der ladungsfähigen Anschrift für die Ladung des einzelnen Besitzstandes zu diesem Termin.

Teilnehmer: Verwaltungssachbearbeiter
ausführender vermessungstechnischer Sachbearbeiter
Hilfskraft

Zu diesem Termin lädt das Kulturamt nach Vergabe der Ordnungsnummern (O.Nrn.), also zum frühestmöglichen Zeitpunkt (durch Umlauf) unter Vergabe des Verhandlungszeitpunktes für die Einzelverhandlung sowie unter Beifügung einer Ablichtung des Teilnehmersnachweises ein und informiert im Einladungsschreiben darüber, was z.B. bei Besitzabweichungen durch Rechtsgeschäfte außerhalb des Grundbuches oder Erbgang ff. zu diesem Termin mitzubringen ist.

Vorteile gegenüber der bisher geübten Praxis der oft unvollständigen und unzulänglichen örtlichen Erhebungen sowie sehr umfangreichen häuslichen Arbeit bis zum Planwunschtermin:

- Der einzelne Verfahrensbeteiligte wird anhand der ihm zugestellten Fotokopie des Teilnehmersnachweises, also lange Zeit vor dem Planwunschtermin, bereits in die Lage versetzt, in Verbindung mit dem Beitragsbescheid vergleichen zu können, mit welchen Grundstücken er nach den amtlichen Eintragungen und Unterlagen (Grundbuch und Kataster) am Bodenordnungsverfahren beteiligt ist und wie dieser, ggf. nach den Eintragungen in Abteilung 2 und 3 des Grundbuches, belastet ist.
- In diesem Termin wäre z.B. mit den Beteiligten zu besprechen, was tunlichst bald (**möglichst unter Fristsetzung**) nach Erbgang, Erbauseinandersetzung, Heirat, beabsichtigtem An- und Verkauf, möglicher Löschung von Rechten oder Belastungen, bei herrenlosen Grundstücken, bei Streit über das Eigentum, zu veranlassen ist, um das Grundbuch und damit den Besitzstand auf den neuesten Stand zu bringen und das Grundbuch bis zur Aufstellung des Besitzstandsnachweises für den Planwunschtermin berichtigen zu lassen. Denn nur die Eintragungen im Grundbuch können neben den Ergebnissen des Wertermittlungsverfahrens für die Abfindung im Bodenordnungsverfahren herangezogen werden.
- In diesem Termin wäre u.a. in Erfahrung zu bringen und listenmäßig zu erfassen,
 1. mit welchen Teilnehmern (anderen Verfahrensbeteiligten) eine Wirtschaftseinheit besteht,

Muster für listenmäßige Erfassung

lfd. Nr.	O.Nr.	Name	Miteigent./ Miterbe bei		Pächter von			WE mit			Wünsche Abf. im Anschl./Zus.	Verkauf an		Bem.
			O.Nr.	Anteil	O.Nr.	Fl. Nr.	Fl.St. Nr.	O.Nr.	Fl. Nr.	Fl.St. Nr.	mit O.Nr.	O.Nr.	TG §52	

2. wer Bewirtschafter des Besitzstandes ist und

3. in welchen Fällen Abfindung im Anschluß (Zusammenhang) gewünscht wird.

- Die Aufteilungserklärungen bestehender Anteilsverhältnisse könnten bereits in diesem Termin (unter Vorbehalt) aufgenommen werden.
- Bereits in diesem Termin wäre Gelegenheit gegeben, den Verzicht auf Landabfindung zu erörtern und ggf. in eine Verhandlungsniederschrift aufzunehmen.
- Schließlich wäre mit den Beteiligten in diesem Termin (Einzelverhandlung) zu erörtern, wie aufgrund der aufgezeigten Fälle die Vertretung im Bodenordnungsverfahren **durch - sofortige - Einholung der Vollmachten** der Miteigentümer und Miterben ff. zweckmäßig geregelt werden sollte.

- Welche im Grundbuch in Abteilung 2 und 3 eingetragenen Belastungen - weil sie möglicherweise hinfällig geworden sind - zur Vermeidung von Sonderungen oder von Bruchteilsbelastungen der Landabfindung aber möglicher Ausweisung größerer Bewirtschaftungsflächen, gelöscht werden können.
- Schließlich wäre es in diesem Termin u.a., sofern gewünscht, möglich, die Verfahrensbeteiligten über die einzelnen Investitionsprogramme zu informieren.

Hierdurch würde die sonst übliche, umfassende "häusliche Legitimation", mit umfangreichem und sehr kostenaufwendigen Schriftwechsel, dem die Verfahrensbeteiligten oft fremd und unaufgeschlossen gegenüber stehen, bis auf nur wenige Fälle entbehrlich.

Dies alles würde dem heutigen Erfordernis und Begehren nach mehr "bürgernahem Handeln", stärker als bisher entsprechen.

Nur so kann dem Verfahrensbeteiligten, wie bereits ausgeführt, das Gefühl und der Eindruck vermittelt werden, nicht - wie oft beklagt - "überfahren" zu werden.

Auch würde ihm durch gezielte Beratung und Information damit gleichzeitig Gelegenheit gegeben, seinen Besitzstand längerfristig, mit Bestand für die Zukunft, in Verbindung mit der Bodenordnung zu bereinigen.

Von der Einleitung des Bodenordnungsverfahrens bis zum Planwunschtermin vergehen in der Regel 2 1/2 bis 3 Jahre. Bis zum Planwunschtermin wäre somit ausreichend Gelegenheit, den einzelnen Besitzstand mit Bestand für die Zukunft als Grundlage für den abzugebenden Planwunsch und die Neugestaltung des Verfahrensgebietes vorzubereiten.

Es wäre, was von wesentlicher Bedeutung ist und die Arbeit beim Planwunschtermin vereinfacht, erleichtert und diesen möglicherweise erheblich verkürzt, möglich, die größeren Besitzstände aufgrund der Erkenntnisse und Ergebnisse aus diesem "Legitimations-Termin" in der Flurstücks- bzw. Übersichtskarte bereits farblich darzustellen. Dem planenden technischen Beamten wäre es aufgrund der bereinigten Besitzstände bereits vor dem Planwunschtermin, mehr als bisher möglich, für das Gespräch mit den Beteiligten im Planwunschtermin bereits mögliche Plankonzeptionen zu entwickeln und vorzustellen.

Auch für die Ladung zum Planwunschtermin (zeitliche Zusammenfassung aller zum Besitzstand/Wirtschaftseinheit gehörenden Ordnungsnummern) sind die Erkenntnisse und Ergebnisse aus diesem Termin von ganz wesentlicher Bedeutung.

Diese Vorgehensweise und Praxis würde die Verfahrensbearbeitung wesentlich vereinfachen und straffen, weil u.a.

- der sonst notwendige Veränderungsdienst fast ganz entbehrlich würde,
- Nachträge, wegen der sonst bisher zu spät veranlaßten Bereinigung der Besitzstände, nicht erforderlich, zumindest Änderungen im bisherigen Umfang noch nach dem Planwunschtermin und erst recht nach Planvorlage nicht mehr notwendig werden,

- sich dies schließlich nicht zuletzt ganz wesentlich und positiv bereits bei Erstellung der Beitragslisten für die Vorschubhebung auswirkt.

Von seiten der Verwaltung schließlich wäre, weil die rechtlichen Verhältnisse der Besitzstände rechtzeitig in diesem Vortermine geklärt worden sind, lediglich noch die Teilnahme - wenn überhaupt - einer Schreibkraft am Planwuschtermin erforderlich.

Bei der bisher geübten Praxis werden diese Dinge vielfach erst beim Planwuschtermin in Erfahrung gebracht, was dann zwangsläufig einen umfassenden Änderungsdienst, auch bezüglich der Beitrags- und Ausgleichslisten zur Folge hat, womit immer eine Verzögerung in der Verfahrensbearbeitung verbunden ist und womit oft noch Nachträge zum Flurbereinigungs-/Zusammenlegungsplan erforderlich werden.

Auch die vorgesehene Einführung der ADV in der LKV macht die frühzeitige Datenerfassung erforderlich.

Zu überlegen wäre, ob nicht die Einleitung von Bodenordnungsverfahren früher als bisher, erfolgen sollte.

Es sollte eine landeseinheitliche "bürgernahe Praxis" für die verwaltungsmäßige Verfahrensbearbeitung bis zum Planwuschtermin zum frühestmöglichen Zeitpunkt, z.B. in der dargestellten Form, vorgegeben werden, so, wie z.B. auch der vielerorts praktizierte "Planeröffnungstermin", kurz vor Vorlage des Flurbereinigungsplanes - obwohl hierfür keine gesetzliche Grundlage besteht - wohl als "bürgernah" seine Zweckmäßigkeit bestätigt.

ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES DER TEILNEHMERGEMEINSCHAFT

von Regierungsrat z.A. Erich Marx, Neustadt

1. Einleitende Fragestellung

Kann die Flurbereinigungsbehörde, entgegen dem Willen der Mehrheit der Teilnehmer, verbindlich festsetzen, daß dem Vorstand eine bestimmte Anzahl Mitglieder mit kleinen, mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betrieben anzugehören hat?

2. Rechtscharakter einer derartigen Regelung durch die Flurbereinigungsbehörde

Ein wesentliches Element des Rechtsstaatsbegriffes ist das Prinzip der "Gesetzmäßigkeit der Verwaltung", Art. 20 Abs. III GG. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit weist zwei Komponenten auf: Den "Gesetzesvorrang" und den "Gesetzesvorbehalt". Das Prinzip des Gesetzesvorranges besagt, daß Verwaltungsmaßnahmen nicht gegen Rechtsnormen verstoßen dürfen. Der Vorbehalt des Gesetzes besagt, daß Exekutivakte einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage bedürfen.

Ganz unstreitig gilt nach der Rechtssprechung der Gesetzesvorbehalt dort, wo es sich um belastende Eingriffe (z.B. belastende Verwaltungsakte) in individuelle Rechtspositionen handelt.

Es ist daher zunächst zu klären, wie eine solche Regelung der Zusammensetzung des Vorstandes durch die Flurbereinigungsbehörde rechtlich einzuordnen ist, insbesondere, ob dadurch in Rechte der Teilnehmergeinschaft eingegriffen wird.

2.1 Rechtsstellung und Organisation der Teilnehmergeinschaft

Die rechtliche Stellung der Teilnehmergeinschaft ist gesetzlich geregelt. Nach § 16 FlurbG bilden die Beteiligten des Flurbereinigungsverfahrens i.S. von § 10 Nr. 1 FlurbG die Teilnehmergeinschaft. Sie entsteht mit der öffentlichen Bekanntmachung des Flurbereinigungsbeschlusses und ist kraft Gesetzes eine **Körperschaft des öffentlichen Rechts**.

Die zur Teilnehmergeinschaft gehörenden Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten besitzen einen mitgliedschaftsrechtlichen Status. Er liegt darin begründet, daß die Teilnehmer als Mitglieder befugt sind, die Geschicke der von ihnen gebildeten Körperschaft unmittelbar durch Gebrauch des Stimmrechts in der Teilnehmersammlung und im Wahltermin mitzubestimmen. Die Interessen der Mitglieder stehen trotz des weitgehenden Aufsichtsrechts der Flurbereinigungsbehörde im Vordergrund. Die Tatsache, daß die Teilnehmer nicht über Erwerb und Verlust ihrer Mitgliedschaft entscheiden können - sie werden kraft Gesetzes Mitglieder (Zwangsmitgliedschaft) - wird kompensiert durch das der Teilnehmergeinschaft zustehende **Recht zur Selbstverwaltung**. Die wichtigste Ausprägung dieses Selbstverwaltungsrechts ist das den Teilnehmern eingeräumte Stimmrecht im Wahltermin.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

Als "Körperschaft des öffentlichen Rechts" ist die Teilnehmergeinschaft ein mitgliedschaftlich organisierter rechtsfähiger Verband, welcher staatliche Aufgaben mit hoheitlichen Mitteln unter staatlicher Aufsicht wahrnimmt.

Wesentlich für eine Körperschaft ist, daß die Mitglieder selbst Träger der Organisation und - über die Wahl der Repräsentanten - auch der Willensbildung sind und nicht lediglich Benutzer oder Begünstigte wie bei der Stiftung bzw. Anstalt des öffentlichen Rechts.

2.2 Regelung des Wahlrechts im Flurbereinigungs-gesetz

Das Flurbereinigungs-gesetz enthält keine Regelung über die Zusammensetzung des Vorstandes. Nach § 21 Abs. 1 S. 2 FlurbG ist die Flurbereinigungsbehörde lediglich befugt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes festzulegen.

Abgesehen von der zahlenmäßigen Begrenzung der Vorstandsmitglieder durch die Flurbereinigungsbehörde sieht das Flurbereinigungs-gesetz keine Einschränkung des Wahlrechts der Teilnehmer vor. Folglich braucht der Vorstand nicht aus dem Kreis der Teilnehmer zu stammen. Auch Nebenbeteiligte und sogar unbeteiligte Personen können zu Vorstandsmitgliedern gewählt werden.

Das Flurbereinigungsgesetz räumt den Teilnehmern damit, abgesehen von der zahlenmäßigen Begrenzung, ein uneingeschränktes Wahlrecht ein.

2.3 Rechtliche Einordnung

Unter Zugrundelegung der vorangegangenen Ausführungen ist nun zu prüfen, ob es sich bei der fraglichen Regelung durch die Flurbereinigungsbehörde um einen Verwaltungsakt i.S. des § 35 Abs. 1 S. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz handeln würde.

Sicherlich handelt es sich um eine "hoheitliche Maßnahme einer Behörde auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts". Diese Maßnahme müßte auch zur "Regelung eines Einzelfalles getroffen sein und unmittelbare Rechtswirkung nach außen haben".

2.3.1 Regelung eines Einzelfalles

Eine Regelung, wie sie Gegenstand dieser Untersuchung ist, ist ohnehin nur sinnvoll, wenn sie die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt. Die Regelung der gestaffelten Vertretung im Vorstand würde sich daher immer nur auf den Vorstand einer bestimmten Teilnehmergeinschaft beziehen. Es handelt sich folglich um die Regelung eines Einzelfalles i.S.d. § 35 Abs. 1 S. 1 VwVfG.

2.3.2 Unmittelbare Rechtswirkung nach außen

Anordnungen einer Aufsichtsbehörde gegenüber einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die deren eigenen Wirkungskreis - insbesondere deren Selbstverwaltungsangelegenheiten - betreffen, kommt immer eine unmittelbare Rechtswirkung nach außen zu, da die Körperschaft als Trägerin eigener Rechte betroffen ist, vgl. Kopp, Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, 3. Auflage, § 35 Rd.Nr. 46.

Die Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft ist ohne Frage eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Teilnehmergeinschaft. Anordnungen der Aufsichtsbehörde, die die Wahl des Vorstandes betreffen, kommen daher unmittelbare Rechtswirkung nach außen zu.

Die Regelung der Zusammensetzung des Vorstandes durch die Flurbereinigungsbehörde wäre ein Verwaltungsakt i.S.d. § 35 Abs. 1 S. 1 VwVfG.

Es wäre zudem ein **belastender** Verwaltungsakt, da die nach dem FlurbG den Teilnehmern zustehenden Wahlrechte eingeschränkt würden.

Das FlurbG sieht - abgesehen von der Festsetzung der Mitgliederzahl des Vorstandes durch die Flurbereinigungsbehörde, § 21 Abs. 1 S. 2 FlurbG, keine Einschränkung des Wahlrechts vor. Die Teilnehmer sind völlig frei in ihrer Wahlentscheidung. Durch eine Anordnung der Flurbereinigungsbehörde, daß eine bestimmte Anzahl Landwirte dem Vorstand anzugehören habe, wird das Wahlrecht der Teilnehmer eingeschränkt, da sie nunmehr verpflichtet sind, eine bestimmte Zahl von Vorstandsmitgliedern aus einem bestimmten Kreis zu wählen. Der Kreis der wählbaren Personen würde durch eine solche Regelung eingeschränkt.

2.4 Zwischenergebnis

Eine Anordnung der Flurbereinigungsbehörde dergestalt, daß dem Vorstand eine bestimmte Anzahl Mitglieder mit kleineren, mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betrieben anzugehören hat, wäre ein **belastender Verwaltungsakt**.

Nach dem Prinzip vom "Vorbehalt des Gesetzes" bedarf ein belastender Verwaltungsakt einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage.

3. Rechtsgrundlage für die Regelung der Zusammensetzung des Vorstandes durch die Flurbereinigungsbehörde

3.1 FlurbG

Wie bereits dargelegt, enthält das FlurbG keine Regelung über die Zusammensetzung des Vorstandes. Nach § 21 Abs. 1 S. 2 FlurbG ist die Flurbereinigungsbehörde lediglich befugt, die Zahl der Mitglieder des Vorstandes zu bestimmen.

Das FlurbG räumt der Flurbereinigungsbehörde nur in 2 Ausnahmesituationen die Möglichkeit ein, auf die Zusammensetzung des Vorstandes unmittelbar Einfluß zu nehmen:

3.1.1 § 21 Abs. 4 FlurbG

Nach dieser Vorschrift kann die Flurbereinigungsbehörde nach Anhörung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung Mitglieder des Vorstandes bestellen, soweit die Wahl im Termin nicht zustande kommt und ein neuer Wahltermin keinen Erfolg verspricht.

3.1.2 § 23 Abs. 3 S. 1 i.V.m. § 21 Abs. 4 FlurbG

Die Flurbereinigungsbehörde kann gemäß § 23 Abs. 3 S. 1 FlurbG Mitglieder des Vorstandes oder Stellvertreter, die ungeeignet sind oder ihre Pflichten verletzen, nach Anhörung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung ablehnen oder abberufen.

Kommt daraufhin eine Neuwahl nicht zustande, kann die Flurbereinigungsbehörde gemäß § 21 Abs. 4 FlurbG an Stelle der abgelehnten oder abberufenen neue Vorstandsmitglieder bestellen.

Die Möglichkeiten der Flurbereinigungsbehörde, auf die Zusammensetzung des Vorstandes unmittelbar Einfluß zu nehmen, sind nach dem Flurbereinigungsgesetz auf diese beiden Ausnahmefälle beschränkt.

Das FlurbG überläßt es grundsätzlich den Teilnehmern, darüber zu entscheiden, wer sie im Vorstand vertreten soll. Eine Wahl nach Besitzstandsgruppen sieht das Gesetz nicht vor. Ebenso wenig räumt es den Flurbereinigungsbehörden die Befugnis ein, eine Wahl nach Besitzstandsgruppen verbindlich festzusetzen.

3.2 Landesrecht von Rheinland-Pfalz

Auch das Landesrecht von Rheinland-Pfalz enthält keine Ermächtigungsgrundlage, aufgrund deren die Flurbereinigungsbehörde befugt wäre, eine Wahl nach Besitzstandsgruppen verbindlich vorzuschreiben.

Es fehlt die erforderliche Rechtsgrundlage, aufgrund deren eine Flurbereinigungsbehörde befugt wäre, verbindlich vorzuschreiben, daß dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft eine bestimmte Anzahl Mitglieder mit kleinen, mittleren und größeren Betrieben anzugehören habe.

Ohne die erforderliche Rechtsgrundlage hat die Flurbereinigungsbehörde nach dem derzeit geltenden Recht nur die Möglichkeit, vor den Wahlen entsprechende Empfehlungen an die Teilnehmerversammlung zu geben, um darauf hinzuwirken, daß die Landwirte im Vorstand vertreten sind.

4. Möglichkeit des Landesgesetzgebers, die erforderliche Ermächtigungsgrundlage zu schaffen

Bereits bei den Beratungen zum Flurbereinigungsgesetz hatte die Forderung im Raum gestanden, daß im Vorstand die verschiedenen Besitzgruppen berücksichtigt, d.h., daß die Vertreter aus Teilnehmern mit kleinem, mittlerem und größerem Grundbesitz entnommen werden sollen, vgl. Steuer, Kommentar zum Flurbereinigungsgesetz, 2. Auflage, § 21 Anm. 1.

Wäre eine entsprechende Regelung in das Flurbereinigungsgesetz aufgenommen worden, dann wäre gewährleistet, daß die Landwirte im Vorstand vertreten sind, denn in den meisten Fällen sind es ausschließlich Landwirte, die mittleren und größeren Grundbesitz im Flurbereinigungsgebiet haben.

Der Bundesgesetzgeber hat diese Regelung nicht in das Flurbereinigungsgesetz aufgenommen, da sie für das gesamte Bundesgebiet Geltung gehabt hätte, auch für die Fälle, in denen eine so gestaffelte Vertretung durch die örtlichen Verhältnisse nicht geboten war. Der Verzicht auf eine besondere bundesgesetzliche Regelung bedeutet jedoch nicht, daß die Bedeutung einer solchen Regelung nicht anerkannt und gebilligt wurde. Die Länder können entsprechende gesetzliche Bestimmungen erlassen, vgl. Steuer aaO.

Im § 21 Abs. 7 FlurbG hat der Bundesgesetzgeber die Länder ausdrücklich ermächtigt, "die Bildung und Zusammensetzung des Vorstandes abweichend zu regeln". Hiervon haben das Land Bayern (Art. 4 Abs. 1 AGFlurbG) und Baden-Württemberg (§ 2 AGFlurbG) Gebrauch gemacht.

5. Ergebnis:

Die Teilnehmergeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat das Recht zur Selbstverwaltung. Wichtigste Ausprägung dieses Selbstverwaltungsrechts ist das den Teilnehmern zustehende Stimm- und Wahlrecht. Die verbindliche Festsetzung durch die Flurbereinigungsbehörde dergestalt, daß dem Vorstand eine be-

stimmte Anzahl Mitglieder mit kleinen, mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betrieben anzugehören hat, stellt einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Teilnehmergeinschaft dar.

Als belastender Verwaltungsakt bedarf eine solche Regelung durch die Flurbereinigungsbehörde einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage, die nach derzeit geltendem Recht nicht gegeben ist; die Regelung wäre daher rechtswidrig und auf entsprechenden Widerspruch bzw. Anfechtungsklage eines Teilnehmers aufzuheben.

Gemäß § 21 Abs. 7 FlurbG ist der Landesgesetzgeber jedoch ermächtigt, die erforderliche Rechtsgrundlage zu schaffen.

NATURSCHUTZ IM RAHMEN VON FLURBEREINIGUNGSVERFAHREN

von Kulturamtsvorsteher Dr. Ingo Fleck, Prüm *)

1. Einleitung

Schon das Wort "Flurbereinigung" für sich allein ist für viele Zeitgenossen ein Reizwort, und wenn dies dann noch querverbunden wird mit dem Begriff "Naturschutz" potenziert sich das Reizwort zu einem Reizthema:

"Flurbereinigung" ist heute auf weiten Strecken zu einem Synonym geworden für "zerstören" - "einebnen" - "gleichmachen" - "Leichentuch über die Landschaft ziehen", und zwar im Interesse einer - wieder einmal - "unersättlichen, kapitalistischen Profitgier".

Hierzu eine Begebenheit, die mir vor kurzem auf einer Familienfeier passiert ist: Ein junger Mann - er hatte gerade Abitur - wird mir vorgestellt. Nach einem kurzen Gespräch fragte er mich, was ich beruflich tue. Bereitwilligst gab ich Auskunft, ich sei Flurbereiniger. Darauf der junge Mann: "Ach, da sind Sie ja einer von denjenigen, die alles kaputt machen!"

Sie können sich denken, daß ich im ersten Augenblick in Gefahr war, dem jungen Mann an die Gurgel zu fahren. Durfte ich das? Ich durfte es nicht, angesichts dessen, was heute in Zeitungen, Zeitschriften, Fachzeitschriften, Radio, Fernsehen darüber verbreitet wird, wofür Flurbereinigung angeblich verantwortlich sein soll, was heute noch hierzu in Schulbüchern der gymnasialen Oberstufe steht! Es ist manchmal schon spannend, festzustellen, wie es regelrecht zu einer **Modeerscheinung** geworden ist, in jedem Falle auf der Flurbereinigung herumzuhacken, meist ohne Sachverstand bzw. sachlichen Hintergrund, aber das ist ja das Typische einer Modeerscheinung. Klagen hilft nichts - wir müssen da durch in der Hoffnung, daß Modeerscheinungen meistens sehr kurzlebig sind.

*) Vortrag vor den Naturschutzwarten des Eifelvereins in Prüm, Stadthalle, am 09. Mai 1987

Demgegenüber sehe ich Sinn und Zweck meiner Ausführungen in dem Versuch des Nachweises, daß Naturschutz und Flurbereinigung keine natürlichen Gegensätze, sondern aufeinander angewiesen sind, wenn sie jeweils ihre wahren Ziele erreichen wollen. Nicht eine der beiden Institutionen - Naturschutz oder Flurbereinigung - soll oder darf die Oberhand gewinnen: Aus beiden Quellen müssen die Beiträge fließen, aus deren Mischung eine vernünftige und zukunftsorientierte Verwaltungspraxis alleine wachsen kann.

Dabei will ich unter keinen Umständen Fehler der Flurbereinigung in der Vergangenheit übergehen oder vertuschen. Ich will sie nur in den richtigen historischen Zusammenhang stellen und dadurch ggf. verständlich machen.

2. Zum Thema:

2.1 Was ist Naturschutz?

Es hieße "Eulen nach Athen zu tragen", wollte ich in diesem Kreise eine Begriffsbestimmung über Naturschutz liefern.

Notwendig erscheint mir aber der Hinweis auf die Schwierigkeiten einer objektiven Grenzziehung bei der Frage, was schutzwürdig ist und was nicht. Jeder hält etwas anderes und mit einer anderen Gewichtung für naturschutzwürdig! Soviel Köpfe, soviel Ansichten!

Ein wissenschaftlicher Maßstab für diese Frage existiert offensichtlich noch nicht - auf diese nicht vorhandene, wissenschaftliche "Meßlatte" komme ich weiter unten nochmal zu sprechen. -

Ich schlage vor, wir einigen uns darauf, daß es in jeder Landschaft eine Menge Fauna und Flora gibt, die in unserer schnelllebigen und flächenfressenden Zeit in Gefahr sind, ihre natürlichen und lebensnotwendigen Grundlagen zu verlieren und infolgedessen für immer verloren zu gehen. Wir haben als Mitverantwortliche für die Landschaft die Pflicht, dieser Entwicklung entgegenzutreten und im Rahmen unserer Möglichkeiten alles zu tun, diese unwiederholbaren Naturschätze zu erhalten, zu pflegen und zu schützen.

2.2 Was ist Flurbereinigung?

Bei dieser Frage muß ich sehr viel konkreter werden als bei der Frage, was Naturschutz sei, wenn ich meinem Ziel der Ausführungen näher kommen will.

Aus welchen Anlässen ist Flurbereinigung entstanden?

Jede Flurbereinigung ist ein Kind ihrer Zeit. "Sie ist ein Handlungsinstrument der Exekutive und somit eingebunden in den jeweiligen staatlichen Willen" (Oberholzer, Heft 18, Seite 6).

"Als im 18. Jahrhundert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts die feudalständische Ordnung langsam ihr Ende fand und als durch die Gedanken des Rationalismus,

der Aufklärung wie auch des Liberalismus ein neues Bild der Agrarverfassung sich abzuzeichnen begann, wurde das Land so bewirtschaftet, wie Jahrhunderte zuvor: Der Bauer im Kampf mit der Natur; sein Ziel, fruchtbare Felder und Wiesen der Natur abzurufen, die Erde sich untertan zu machen.

Es waren die Mühe und Arbeit, um das tägliche Brot zu sichern. Die Erträge waren gegenüber heute noch bescheiden, und das Gespenst des **Hungers** ging ständig um. Die Natur war damals eine Größe, welcher der Mensch viel stärker ausgeliefert war, die ihn bedrohte, die er fürchtete. Die wilde Natur zurückzudrängen, das Land nutzbar zu machen und zu erhalten, es zu bebauen, das war Kultur!

Sich an der Natur zu erfreuen, auf die Berge zu steigen oder die Wälder zu durchwandern, das wäre damals eine verrückte Idee gewesen." (Oberholzer, Heft 18, Seite 7).

1773 schreibt ein Pfarrer Mayer aus Hohenlohe:

Hecken, Büsche, Waldungen, Dornen auf den Feldern sind allesamt dem Feldbau in vielen Aussichten sehr schädlich.

Auf dem Plaze, den sie einnehmen, könnte man Getraide oder Gras bauen.

Unter und in ihnen sammeln sich alle schädliche Insekten: Rau-
pen, Schnecken, Mäuse, Maulwürfe, Hasen und dergleichen.

In ihnen nisten die Vögel, und die Sperlinge finden da ihre Freystätte gegen den Geyer, sammeln sich da beständig in Menge, und thun von da aus die schädlichsten Ausfälle auf das Getraide: in offenen Feldern findet man sie niemals, aber in unzählbarer Menge in allen Hecken und Büschen.

Der Schatte ist dem Getraide allemal in seinem bessern Wachstume hinderlich, und den Schatten geben Hecken, Waldungen und Büsche.

Der Schnee sammlet sich da und hat auf Haufen hinter diesen allemal Schuz, und nirgendwo hält er sich länger als da; er ist aber so dem Saamen sehr schädlich, verursacht anhaltende Kälte, der Saame rostet hier aus und verdirbt.

Dieses alles ist Ursache, daß unsre Bauren auf allen ihren Feldern alle und jede Büsche vertreiben, die Hecken ausstocken, oder sie, wo sie um des Anlaufs willen solcher bedürfen, alle Jahre sehr tief abhauen und erniedrigen. Waldungen sind, wie ich schon gesagt habe, wenige, und die nur an Berge, auf den Gränzen, folglich sind wir auch dadurch von manchem schädlichen frey, und unser Amt ist einem schönen Garten nicht ungleich.

Die Anfänge der Flurbereinigung reichen also zurück in die blanke Not und die Sorge um das tägliche Brot.

Den stärksten Wandel brachte die Entwicklung der **Agrartechnik**: Je kleinstrukturierter die Gemarkungen waren, desto lauter wurde der Ruf nach Flurbereinigung. Die Bevölkerung wuchs rapide, die Menschen mußten ernährt werden, und ein Instrument zur rationellen Bewirtschaftung mit Hilfe der sich rasch entwickelnden Landtechnik war und ist die Flurbereinigung, diese wiederum nicht nur durch die Schaffung größerer Grundstücke, sondern auch durch die neuen Wegenetze (Erschließung) und umfangreichen Meliorationen.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung hier in der Eifel im Kreise Daun, wo - im wesentlichen durch eine perverse Realteilung, die aber ihrerseits ihre handfesten Ursachen hatte (fehlende Beschäftigungsalternativen) - bereits um 1870 die ersten Flurbereinigungen stattfanden. Sie waren geboren aus blanker Not: Auf dem total zersplitterten Grundbesitz konnten die Menschen nicht mehr satt werden! Die Alternative zur Flurbereinigung hieß **auswandern**, wie ja auch tatsächlich in einigen Fällen geschehen (Altscheid bei Mehren).

Immer spielte - und dies bis weit nach dem II. Weltkrieg - die Sicherung der Ernährung die **einzige Rolle**, zuletzt als reine Überlebensnotwendigkeit nach dem totalen Zusammenbruch 1945, der (vorläufig) letzten großen Hungersnot!

Diese Feststellungen sind wichtig zum Verständnis der von ihren Anfängen bis vor etwa 25 Jahren rein ökonomisch orientierten Landeskulturarbeit.

Noch 1947 sagte der damalige badische Staatspräsident Wohleb:

"In einem Land mit vorwiegend bäuerlichem und kleinbäuerlichem Besitz kann auf die Dauer nur dem die Nutzung des Bodens belassen bleiben, der nachweisbar das Letzte aus ihm herausholt. Eine Bodenreform wird daher neben der Schaffung gesunder Betriebsverhältnisse und der Gewinnung von Neuland vor allem die Aufgabe haben, die gesamte Landwirtschaft rationell zu gestalten. Hier anschließen müssen sich großzügige Maßnahmen der Landeskultur zur Verbesserung und zur Gewinnung von Kulturland. Noch nicht abgeschlossene Feldbereinigungsverfahren sind so rasch wie möglich zu Ende zu führen und neue für die Erholung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion notwendige Umlegungen in Angriff zu nehmen . . ." (Oberholzer, Heft 18, Seite 9).

Dann kam der **wirtschaftliche Aufschwung**. Selbst in dem Flurbereinigungsgesetz von 1953 war als primäres Ziel der Flurbereinigung noch die Förderung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen **Erzeugung** genannt, wenn auch neben der Förderung der "allgemeinen Landeskultur".

Der gesamtwirtschaftliche Aufschwung - das sogenannte Wirtschaftswunder - lief einseitig nach betriebswirtschaftlich-ökonomischen Prinzipien ab.

Ökologie war noch ein weitgehend unbekanntes Wort - wieso sollte es in der Landwirtschaft schneller als in anderen Wirtschaftszweigen Eingang finden? Wo doch feststeht, daß die Landwirtschaft und damit die Flurbereinigung gnadenlos verflochten ist mit der übrigen Wirtschafts- und Agrarpolitik, ja von dort ihre Vorgaben erhält!

Die Schwerpunkte wurden dabei immer nach den vordringlichsten Bedürfnissen unserer Gesellschaft gesetzt, das war bis in die 60er Jahre die Sicherung der Ernährungsbasis: Die landwirtschaftliche **Produktionssteigerung** stand zweifelsfrei an der Spitze der Flurbereinigungsaufgaben. Die Natur hatte sich dabei unterzuordnen, d.h. sie wurde überhaupt noch nicht als knappes Gut angesehen. Bewirtschaftungshindernde Hecken, Bäume und Böschungen konnten beseitigt werden; darüber bestand damals weitgehend Einigkeit, **auch mit dem amtlichen Naturschutz!** Das wird allzu gerne vergessen, wenn in dieser Periode entstandene Produktionslandschaften als negative Beispiele einer naturfeindlichen Flurbereinigung heute vorgeführt werden!!

Ein stiller Betrachter empfindet eine sogenannte alte Kulturlandschaft mit ihrer Kleinteiligkeit und Naturnähe als beglückend. Nicht so der heutige Landwirt, der aus ihr seinen Lebensunterhalt erwirtschaften muß, und dem man doch nicht moderne Technik verweigern darf, was man der übrigen Wirtschaft als Selbstverständlichkeit zugesteht. Hier tut sich der große Zwiespalt auf für jeden, der sich für den ländlichen Raum mitverantwortlich fühlt! Daß der Landwirt - genau wie alle anderen Berufe - über die Produktionssteigerungen zu einer Maximierung seines Einkommens strebte und strebt, ist legitim und marktwirtschaftlich logisch. Daß er seit etwa 20 Jahren in immer zunehmenden Maße in seinen marktwirtschaftlichen Entscheidungen auf die Natur Rücksicht nehmen muß, das ist ein Spezificum dieses Berufes und muß in irgend einer Weise von der Allgemeinheit honoriert werden. Denn der Begriff der Sozialpflichtigkeit des Eigentums reicht sicher nicht aus zur Begründung der Einschränkungen, der sich die Landwirtschaft in Zukunft zwangsläufig aus ökologischen Gründen unterwerfen muß! -

Die technische und naturwissenschaftliche Entwicklung brachte für die Landwirtschaft in den letzten 4 Jahrzehnten eine ungeahnte Steigerung ihrer Produktion, die in folgenden Zahlen zum Ausdruck kommt:

Getreide, 1961 - 1981 von 28 auf 45 dz/ha
Milch, 1961 - 1981 von 3.300 l auf 4.600 l pro Kuh

1 Landwirt ernährte 1968 noch 26 Personen, 1979 bereits 41!

Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft:	1950	-	25 %
	1960	-	14 %
	1986	-	5 %

Viel weniger Landwirte erzeugen heute auf 5 % weniger Fläche seit 1950 - viel mehr als je zuvor, viel mehr als verbraucht werden kann!

Selbstversorgungsgrad der BRD 1983:	Milch	130 %
	Butter	158 %
	Weizen	109 %

Diese unerwartete und grandiose **Überproduktion** geht zurück auf die Entwicklung innerhalb der europäischen Gemeinschaft und ihr Marktordnungssystem: Finanzschleusen nach außen und Abnahmegarantien im Innern.

Dies mußte zwangsläufig zu einer unübersehbaren Überproduktion bei allen durch Marktordnungen reglementierten Produkten führen, wie kluge Agrarpolitiker bereits bei der Installation des gemeinsamen Marktes vorhergesagt haben (Heinrich Niehaus).

(**Nur beiläufig:** Der Versuch, die Überproduktion durch Mengenbegrenzungen, wie sie jetzt bei der Milch eingeführt wurden, in den Griff zu bekommen, führt nur immer weiter ins bürokratische und planwirtschaftliche Chaos).

Daß wir die bäuerliche Landwirtschaft jedoch, auch aus landeskulturellen Gründen, erhalten wollen, und daß wir ihr deshalb ein mit anderen Berufsgruppen vergleichbares Einkommen sichern müssen, darüber bestehen keine Differenzen. Es ist jetzt nur die Frage, wie die Lösung des Gesamtproblems möglich ist. Eine Lösung könnte sein, daß der Landwirt nicht nur für die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch für die Pflege unserer Kultur- und Erholungslandschaft und für die Sicherung der natürlichen Umweltfaktoren **bezahlt wird** - das sind nämlich wichtige Dienstleistungen für die Gesellschaft.

"Wie der Abbau der Intensiv- und Überproduktion und die stärkere Einbindung der Landwirtschaft in die Aufgaben der Umweltfürsorge, der Naturerhaltung und der Erholung im Detail gelöst werden können, sind Fragen, die noch viel stärker durchdacht und diskutiert werden müßten, damit endlich überzeugende Zukunftslösungen erarbeitet und in die politische Entscheidungsfindung eingebracht werden können. -

Die Lösung der drei Problembereiche

- Abbau der Überproduktion
- Sicherung des Einkommens für eine bäuerliche Landwirtschaft
- Verbesserung des Naturhaushalts

sollte doch auch mit einem zunehmenden Zusammenwachsen der europäischen Völker vereinbar sein." (Oberholzer, Heft 18, Seite 17)

Nachdem die Nahrungsmittelproduktion nun ein Ausmaß erreicht hat, daß einerseits mehr erzeugt wird, als konsumiert werden kann, und andererseits die naturnahen Flächen so zusammengeschrumpft sind, daß die Umwelt immer unnatürlicher, immer gefährdeter wird, so daß viele Tiere und Pflanzen auszusterben drohen, ist eine Gegensteuerung, d.h. eine Neuorientierung der Agrar- und Umweltpolitik, dringend geboten. -

Der Schwerpunkt der staatlichen Förderung lag in der Vergangenheit aus den obengenannten Gründen auf der **ökonomischen** Seite der Landbewirtschaftung, auch im Rahmen der Flurbereinigung. Dies geschah im wesentlichen auf Kosten der Ökologie. Die Flurbereinigungsbehörden versuchen nun schon seit vielen Jahren, auch Landschaftspflege und Naturschutz im Rahmen ihres integralen Gesamtauftrages zu fördern, und es sind dabei schon deutliche Erfolge zu verzeichnen.

"Die Diskussion um die **rechte Gestaltung** des ländlichen Raumes ist deshalb so schwierig, weil dabei ökonomische, ökologische, ästhetische, ja sogar ethische Argumentationen vor- und durcheinandergebracht werden. Dabei werden die einzelnen Positionen sehr oft von Leuten vertreten, die nur einen Ausschnitt aus der

Welt kennen und allzu gerne in eine **Wir fordern** - Mentalität verfallen, ohne dabei Rücksicht zu nehmen auf andere Gesichtspunkte und Bedürfnisse." (Oberholzer, Heft 13, Seite 8)

An dieser Stelle liegt die königliche Aufgabe des Flurbereinigers als Koordinator und integrierende Kraft der im ländlichen Raum wirkenden Strömungen!

Bei der Gestaltung des ländlichen Raumes spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle, und damit auch die Flurbereinigung, wenn folgende 3 Hauptfunktionen erfüllt werden sollen und müssen:

1. Sicherung der Ernährung mit gesunden Lebensmitteln,
2. Gestaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft,
3. Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser und Luft im Bereich der Landeskultur.

Das ist die Marschrichtung für Bodenordnungsverfahren in der Zukunft.

Diese Anforderungen wollen und müssen wir koordinieren, wenn wir den gesteigerten ökologischen Anforderungen gerecht werden wollen. - Die dazu notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen sind vorhanden:

Bei seiner Novellierung im Jahre 1976 wurde die Hauptzweckrichtung des **Flurbereinigungsgesetzes** in § 1 geändert von "der Förderung der land- und forstwirtschaftlichen **Erzeugung** und der allgemeinen Landeskultur" in "Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Forst- und Landwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung kann"

Der Begriff der **Landeskultur** hat dabei gegenüber dem Flurbereinigungsgesetz von 1953 eine inhaltliche Erweiterung erfahren, indem darunter die enge Verbindung zwischen Agrarstrukturverbesserung, Naturschutz und Landschaftspflege unter besonderer Berücksichtigung der ökologischen Ausgleichsfunktion des ländlichen Raumes gesehen wird (BT Drucksache 7/3020 zu Nr. 1).

Schon in dem Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz von Baden-Württemberg vom 14.03.1972 (Ges.Bl.S. 74) war der Begriff **Landeskultur** sehr weit gefaßt worden: Er umfaßt "alle ökonomischen und ökologischen Aspekte, die den Bemühungen um die land- und forstwirtschaftlich genutzte und betreute Landschaft zugrunde liegen" (Heinrichs, 1975).

Innerhalb des Flurbereinigungsgesetzes sichern mehrere Vorschriften die gebührende Beachtung naturschützender und landespflegerischer Gesichtspunkte (§§ 5, 34, 37, 38, 40, 41, 45, 50, 86, 87, 91, 103a, 154). Weiterhin haben obere und oberste Flurbereinigungsbehörde durch zahlreiche Erlasse und Verwaltungsvorschriften sichergestellt, daß innerhalb der Bodenordnungsverfahren Naturschutz und Landespflege ihren Stellenwert erhalten: Diese Vorschriften betreffen überwiegend die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände, Ausmaß der praktischen Maßnahmen in der Gemarkung, Bewertung vorhandener Landschaftselemente usw.. Tausendfach sind die Neufassungen des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12. März 1987 sowie des Landespflegegesetzes vom 27. März 1987. Die dort getroffenen Regelungen haben gegenüber dem bisherigen Rechtszustand eindeutige Verschärfungen zugunsten des Naturschutzes gebracht, insbesondere was die Eingriffsregelung und Ausgleichspflicht anbelangt. Bemerkenswert ist die neue Regelung in § 3, Abs. 5 LPflG, wonach "durch den Flurbereinigungsplan den Gemeinden auch ohne deren Zustimmung für die in Abs. 4 genannten Zwecke die in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz geschaffenen gemeinschaftlichen Anlagen zu Eigentum und Unterhaltung übertragen werden können.

Die Gemeinden sollen sich zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in ihrem Gebiet angemessen an der Pflege der Landschaft beteiligen.

Schließlich hat der Landtag von Rheinland-Pfalz in seinem Beschluß vom 27. Februar 1986 unmißverständlich klargestellt, daß Naturschutz und Landespflege gleichrangige Ziele neben anderen Zielen der Flurbereinigung zu sein haben. -

Die vorhandenen Rechtsgrundlagen reichen aus, um Flurbereinigung, Naturschutz und Landespflege sinnvoll zu koordinieren. Dabei muß die Flurbereinigungsbehörde aber auch den Rechtsanspruch der Verfahrensbeteiligten auf wertgleiche Abfindung (§ 44 FlurbG) erfüllen, will sie nicht in die Sphäre der Enteignung geraten. Die Flurbereinigung muß - das ergibt sich aus alledem - in ihrem Verfahren sehr viele und komplexe Sachverhalte berücksichtigen, die immer nur im Wege des Kompromisses zum Erfolg gebracht werden können.

Die gleichwertige Berücksichtigung von ökonomischen und ökologischen Aspekten in der Flurbereinigung stößt in der Praxis sofort auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Hinsichtlich der ökologischen Erfordernisse bestehen zur Zeit noch erhebliche Unsicherheiten für die Planungspraxis.

Diese Unsicherheiten drücken sich aus einerseits in einem bestimmten Mißtrauen der Vertreter der ökologischen Belange, ob auch tatsächlich ausreichend Biotope in der Flurbereinigung erhalten oder neue geschaffen werden. Andererseits fühlen sich die Anwälte der ökonomischen Belange teilweise durch die Forderungen des Naturschutzes behindert bzw. nicht ausreichend unterstützt.

Nach welchen Kriterien und Maßstäben soll nun die Flurbereinigungsplanung laufen, nachdem feststeht, daß ein Bodenordnungsverfahren sich von einem Instrument zur Steigerung der Erzeugung gewandelt hat zu einer integralen Maßnahme für den ländlichen Raum, zur Pflege von Ökonomie, Ökologie und Umwelt im umfassendsten Sinne?

An dieser Stelle müssen wir leider feststellen, daß uns die **Wissenschaft von der Ökologie** noch so gut wie überhaupt nicht weiter geholfen hat mit exakten Zahlen und Wertigkeiten.

Wir sind außerdem inzwischen zu der Meinung gekommen, daß sich diese Zusammenhänge einer wissenschaftlichen Bewertung in Zahlen wahrscheinlich gänzlich entziehen. Die Flurbereiniger müssen deshalb den Ökologen immer wieder die noch offenen Fragen vorlegen und sie auffordern, den Kenntnisstand im Hinblick auf das Wirkungsgefüge einer naturnahen Kulturlandschaft zu erweitern.

Bislang argumentierte man von Seiten der Ökologie oft mehr mit Wunschvorstellungen als mit klar gesicherten Erkenntnissen, und dementsprechend bunt war auch die Palette der Meinungen.

Was ich meine, ist an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein Gemarkungsteil von 100 ha LN, der für die Existenz der Betriebe in diesem Dorf von entscheidender Bedeutung ist, muß in der Flurbereinigung wegemäßig erschlossen werden. Die einzig vernünftige Wegetrasse verläuft über den Standort einer Gelbbauchunke. Darf dieser Amphibienstandort dem Weg geopfert werden oder nicht? **Wenn nein**, warum nicht?

Eine derartige Entscheidung kann doch nicht auf der Basis von Wunschvorstellungen getroffen werden, sondern sie bedürfte wissenschaftlich exakter Zahlen, z.B. wieviel **"ökologische Punkte"** bringt der Amphibienstandort einerseits im Vergleich mit den **"ökonomischen Punkten"** des Erschließungseffektes des besagten Weges? Wer verleiht die "Punkte" und nach welchem System?

Wir neigen inzwischen zu der Meinung, daß es diese - von uns so heiß ersehnte - **"Meßlatte"** nicht gibt und nicht geben kann, weil die Vergabe von "Punkten" für die einzelne Maßnahme nicht zu objektivieren ist und immer tief mit **subjektiven** Ansichten verstrickt bleibt!

Diese unsere Meinung umschließt auch unsere bisherigen Erfahrungen mit einem noch nicht abgeschlossenen Modellforschungsvorhaben in unserem Kulturamtsbezirk, das genau diesen Fragen nachgehen soll!

Aber wie kommen wir in diesen Fragen weiter? Sie müssen doch irgendwie angepackt werden, wenn vernünftig weitergemacht werden soll!

Wir sehen einen guten Lösungsversuch in der **ökologischen Gesamtbilanz der Restflächen vor und nach der Flurbereinigung**. Unter **"Restflächen"** sind Flächen zu verstehen, die nicht zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen und keinen land- und forstwirtschaftlichen Ertrag abwerfen oder durch keine unmittelbare Nutzung belegt sind, z.B. Wegränder, Gewässerböschungen, Raine, Hecken-, Strauch- und Baumgruppen.

Will man die ökologischen Auswirkungen einer Flurbereinigung erfassen, so müßte dies dadurch gelingen, daß man den tatsächlichen Bestand der obengenannten Restflächen vor und nach der Flurbereinigung zunächst **quantitativ** erfaßt. Das ist zwar ein arbeitsaufwendiges Verfahren, muß aber um der Sache willen getan werden. Wir haben dies in einem großen Verfahren in der Schneifel getan und dabei festgestellt, daß sich bei einer ganz normalen Planung einschließlich landschaftspflegerischem Begleitplan die **Restflächen** erheblich vergrößert haben gegenüber dem alten Zustand (z.B. auch durch die riesenhaften Böschungen der Autobahntrasse!).

Damit ist natürlich noch nichts gesagt über die **Qualität** der alten und neuen Restflächen. Es ist sicher zu beachten, daß die alten Restflächen eine viel bessere ökologische Qualität besitzen als die neu geschaffenen, und daß die einzelnen Arten der Restflächen eine unterschiedliche ökologische Wirksamkeit entfalten. Fest steht aber auch, daß die neu geschaffenen Restflächen durchweg in sich größer und ausgedehnter sind und nach einer angemessenen Anlaufzeit ihre floristischen und faunistischen Funktionen umso besser erfüllen können.

Aus den gleichen Gründen ist natürlich die **Erhaltung** vorhandener ökologisch wertvoller Bestände immer besser als die Neuanlage, aber nicht alles läßt sich immer erhalten.

In der heutigen Diskussion können wir uns nicht um die Frage herumdrücken, ob denn in der wirtschaftspolitischen Gesamtsituation **überhaupt noch eine Flurbereinigung** sinnvoll ist.

Die gegenwärtige Gesamtsituation ist gekennzeichnet durch sowohl eine unbefriedigende ökonomische Seite als auch eine unbefriedigende ökologische Seite.

Die einen sagen: "Ihr Landwirte produziert ja sowieso schon zuviel, was wollt ihr dann noch bessere Bewirtschaftungsmöglichkeiten?"

Die anderen sagen: "Ihr Naturschützer, ihr wollt uns am liebsten gleich enteignen!"

Dem einen geht der Naturschutz in der Flurbereinigung zu weit, dem anderen die Unterstützung der Landwirtschaft, und beide lehnen dann, wenn es hart auf hart kommt, die Flurbereinigung ab, d.h., es bleibt dann alles beim alten. Wäre das der wünschenswerte Weg? M.E. nein.

Dazu ein wichtiger Gedanke: Wir müssen unterscheiden zwischen den Interessen des einzelnen bäuerlichen Betriebes einerseits und den Interessen der allgemeinen Agrarpolitik andererseits.

Der einzelne bäuerliche Betrieb will überleben - und die Gesellschaft ist ebenfalls davon überzeugt, daß es eine Katastrophe wäre, wenn die familienbetriebliche Struktur insbesondere unserer Mittelgebirge verloren ginge. Dies ist aber nur zu erreichen, wenn wir diesen bäuerlichen Familienbetrieben auch die ökonomischen Voraussetzungen zum Überleben schaffen: Die Schaffung von rationell und mit möglichst wenig Arbeitsaufwand zu bewirtschaftenden Flächen ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung.

Dies ist wohl der entscheidende Grund für Flurbereinigung auch in der Zukunft. Den einzelnen Betrieb interessiert die Überschußproblematik so gut wie überhaupt nicht. Er kann - richtigerweise - nicht einsehen, daß in unserer Gesellschaft für einen gut geführten und rationell wirtschaftenden Familienbetrieb keine Existenzberechtigung mehr vorhanden sein soll; er fühlt dabei offenbar intuitiv, daß die überregionalen Überschüsse auf langfristig falsche agrarpolitische Weichenstellungen zurückgehen, und daß die Agrarpolitik infolgedessen auch dafür verantwortlich ist, diese Überlebenschancen zu bieten. Das ist in der Tat das heutige agrarpolitische Dilemma.

Logischerweise fordert der überlebenswillige bäuerliche Familienbetrieb heute in der Flurbereinigung auch weiterhin die Maßnahmen, die seiner betriebswirtschaftlichen Faktorausstattung förderlich sind: Wegebefestigung; Dränagen; Vorfluterausbau. Und wir meinen, diese Maßnahmen können in vielen Fällen - auch vom Gesetz her - gar nicht verweigert werden. Möglichst optimale betriebswirtschaftliche Ausstattung des einzelnen Betriebes ist die eine Sache - Überschüsse in der EG ist die (agrarpolitisch) andere Sache.

Es ist m.E. **unzulässig, beide Dinge in einen Topf zu werfen**. Eine richtige neue Agrarpolitik muß auf diese beiden Gesichtspunkte Rücksicht nehmen! -

Die Flurbereinigung muß bei ihrer Arbeit selbstverständlich darauf achten, eine naturnahe Kulturlandschaft zu erhalten bzw. zu schaffen. Aber wie soll diese im konkreten Falle aussehen? Theoretisch müßte dies aus den übergeordneten Planungen zu entnehmen sein, insbesondere aus den Landschaftsrahmenplänen.

Man ist jedoch immer wieder enttäuscht, wie wenig Konkretes darin enthalten ist; meistens sind es nur die gängigen Schlagworte wie **Erhaltung der natürlichen Ressourcen, Biotopverbund, ökologische Ausgleichsflächen**. Manchmal steht auch nur "Flurdurchgrünung" in dem Plan!?

In diesen Bereichen ist auch die Wissenschaft noch total zersplittert (Spezialisten für Insekten, Amphibien, Gräser, Hecken) und kaum jemand, der die Erkenntnisse aus den Einzelgebieten zu einem großen Ganzen zusammenführt. Das müssen wir Flurbereiniger vorläufig alleine tun, und - wie wir meinen - mit beachtlichem Erfolg. -

Die Frage: "Warum heute überhaupt noch Flurbereinigung", ist auch mit einem eindeutigen "ja" zu beantworten angesichts der neuen Aufgaben.

Es steht heute schon fest, daß im Zuge der sogenannten neuen Agrarpolitik ganz neue Aufgaben - mit ökologischer Tendenz - auf die Landwirtschaft zukommen: Extensive Beweidung von aus der Intensiv-Nutzung ausscheidenden Agrarflächen, Pflege von Hecken und Bäumen, Mähen von Streuwiesen und Trockenbiotopen von Hand, Pflege von Sukzessionsflächen, Anbau von Nutzpflanzen ohne Düngung und chem. Pflanzenschutz zur Erhaltung der bedrohten Unkrautflora usw.

Die ersten Anfänge hierzu liegen bei uns vor! Es wäre nicht abwegig, einen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Aufgabenstellung in diese Richtungen umzufunktionieren und sie dafür **als Dienstleistungsbetriebe zu bezahlen**.

Die erweiterte Aufgabenstellung der Flurbereinigung bei einer solchen Entwicklung kann man voraussehen. Z.B. wie sollen in einer Gemarkung, die sich dafür eignet, umfangreiche Aufforstungen betrieben werden ohne Bodenordnung? Soll wie ein "Schrotschuß auf die Karte" wahllos in der Gemarkung aufgeforstet werden können mit der Folge, daß die verbleibenden landwirtschaftlichen Nutzflächen langfristig zum Tode verurteilt sind? Derartige **neue Nutzungs-verteilungen** (bessere Böden für intensive Wirtschaftsformen, schlechtere für extensive oder für die natürliche Sukzession) erfordern immer wieder bodenordnerische Maßnahmen, wobei die Flurbereinigung sowohl ein Wahrer des öffentlichen Interesses als auch ein Sachwalter des privaten Interesses bleiben muß!!

Die Flurbereinigung hat heute und in Zukunft eine bedeutsame Vermittlerrolle zu übernehmen, nämlich den Konflikt zwischen Landwirtschaft und Ökologie zu entschärfen und mitzuhelfen, diese beiden Seiten wieder miteinander in Einklang zu bringen, d.h., Landwirtschaft und naturnahe Kulturlandschaft wieder zu einer Einheit werden zu lassen!

Dies ist nur möglich, wenn die Flurbereinigung als eine integrale Maßnahme für den ländlichen Raum verstanden und akzeptiert wird.

Die Flurbereinigung als "Technik" im Dienste des Menschen bei der Bewältigung struktureller Probleme! Das kann nichts Böses sein, ebenso wenig wie ein kompliziertes, modernes, chirurgisches Instrument in einer lebensgefährlichen Operation etwas Böses sein kann, auch wenn dabei manchmal etwas Blut fließt!

2.3 Verbindung von Naturschutz und Flurbereinigung in der Praxis

Bis hierhin habe ich versucht, Ihnen im Grundsätzlichen das Verhältnis von Naturschutz und Flurbereinigung darzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund des Wandels der Aufgabenstellung der Flurbereinigung seit ihrer Entstehung bis heute, speziell die Entwicklung in den letzten 3 Jahrzehnten. Gewissermaßen als Beweis

für die vorangegangenen Erörterungen will ich Ihnen abschließend darstellen, in welcher Weise und mit welcher Intensität die Belange des Naturschutzes und der Landespflege im Zuge eines klassischen Flurbereinigungsverfahrens berücksichtigt werden.

In Rheinland-Pfalz ist jedem Bodenordnungsverfahren eine **agrarstrukturelle Vorplanung** nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GemAgrG) vorzuschalten.

Diese Vorplanung hat vorhandene Landschaftsprogramme, Landschaftsrahmenpläne und Landschaftspläne zu berücksichtigen. Den anerkannten Naturschutzverbänden ist Gelegenheit gegeben, ihre Feststellungen und Ansichten bereits in die Vorplanung einzubringen. Die Vorplanung hat Grunddaten für die Sicherung und Gestaltung eines leistungsfähigen Naturhaushaltes aufzuzeigen. Dies schließt Aussagen über ökologische und landschaftsstrukturelle Erfordernisse ein. -

Nach dem Erlaß des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 22.03.1983 - 744 - 65.53/2 - sind die vorhandenen **Landschaftselemente** im Laufe einer Vegetationsperiode örtlich festzustellen, zu kartieren und nach einem bestimmten Schema zu **bewerten**. Das Ergebnis dieser Landschaftsbewertung ist für das weitere Verfahren die entscheidende Arbeitsgrundlage in landespflegerischer Hinsicht.

Die Bewertung der Landschaftselemente erfolgt nach einem komplizierten System, dessen Erläuterung hier sicher zu weit führen würde.

Es beinhaltet 4 Bewertungsstufen, in welche jedes Landschaftselement eingestuft wird. I ist die wertvollste, IV die am wenigsten wertvolle Bewertungsstufe. - Etwa in dem gleichen Verfahrensstadium wie die Bewertung der Landschaftselemente wird die Schätzung oder Wertermittlung der Grundstücke durchgeführt. Sie hat nicht nur den Sinn, den Tauschwert bzw. die landschaftliche Ertragskraft der Grundstücke festzustellen, sondern alle Bestandteile der Landschaft, deren Berücksichtigung einzumünden hat in die Aufstellung der allgemeinen Grundsätze gemäß § 38 FlurbG, zusammen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung und den beteiligten Behörden und Organisationen.

Diese Neugestaltungsgrundsätze enthalten erste Konzepte über

- standortgerechte Flächen- und Bodennutzung
- Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes einschließlich evtl. zu integrierender Dorferneuerungsmaßnahmen.

Der auch für Naturschutz und Landespflege entscheidende Planungsabschnitt in einem Flurbereinigungsverfahren ist die **Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes mit landespflegerischem Begleitplan**, der als planfestgestellter Fachplan gemäß § 8 Abs. 4 BNatSchG die Grundlage aller Ausbaumaßnahmen wird.

Bei der Erarbeitung des Planes sind

- die natürlichen Gegebenheiten,

- die Grundlagen für die Landschaftsplanung in der Flurbereinigung und die der anderen Planungsbereiche wie Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Verkehr usw.,
- die Neugestaltungsgrundsätze sowie
- sonstige örtliche Anforderungen

gegeneinander abzuwägen und im möglichen Umfange zu berücksichtigen. Auch die Zulässigkeit von Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne von § 8 BNatSchG und § 4 LPflG beurteilt sich aus der Abwägung aller bei der Neugestaltung zu beachtenden Belange.

Die Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes ist beherrscht von den sich teilweise widerstrebenden Interessen der Ökonomie, vertreten durch den Teilnehmerverband, und der Ökologie, vertreten durch Natur- und Landschaftspflegebehörde und Naturschutzverbände. Der **vernünftige Ausgleich** ist an dieser Stelle immer zu suchen und war bis jetzt auch immer möglich. Er hat nur den guten Willen von beiden Seiten zur Voraussetzung!

Im Rahmen des grundsätzlichen Gestaltungsauftrages nach § 37 FlurbG hat die Flurbereinigungsbehörde im Interesse von Naturschutz und Landespflege folgende Bereiche planerisch zu berücksichtigen:

● **Landerwerb:**

Die Verwirklichung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landespflege ist meistens abhängig vom Landerwerb. Innerhalb der Flurbereinigung bestehen folgende Möglichkeiten:

- 1) Freier Ankauf durch die Teilnehmergeinschaft gemäß § 52 FlurbG, auch von direkten Öko-Flächen.
- 2) Für gemeinschaftliche und in begrenztem Umfange auch für öffentliche Anlagen bringen die Beteiligten die Flächen über den Wegebeitrag auf (§§ 39, 40, 47 FlurbG).
- 3) Das durch Aufbonitierung gewonnene Land (§ 46 FlurbG) steht ebenfalls für die genannten Zwecke zur Verfügung.
- 4) Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, z.B. im Eigentum einer Körperschaft stehendes Land bedarfsgerecht zuzuweisen bzw. zu transportieren.

● **Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft:**

Naturdenkmale, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Landschaftsbestandteile dürfen nur verändert werden, wenn der Zweck der Flurbereinigung sonst in Gefahr wäre; derartige Eingriffe bedürfen der Zustimmung der Landschaftspflegebehörde.

● **Erhaltung von Beständen:**

Die Erhaltung von Landschaftselementen wie Hecken, Alleen, Hohlwege, Raine, Terrassen usw. hat grundsätzlich Vorrang vor Ersatzanlagen. Besonderer Wert ist auf die Erhaltung von Grünbeständen im Ort und am Ortsrand zu legen. Die Überführung in öffentliches Eigentum und Unterhaltung ist möglichst zu betreiben.

● **Anlage von Grünbeständen:**

Zur Ergänzung der vorhandenen Bestände werden Bodenschutzanlagen geplant mit dem Ziel der biologischen Vernetzung: Baumreihen, Schutzpflanzungen als Längs- und Querriegel, Gruppenpflanzungen, Feldgehölze, Gewässerpflanzungen, Waldränder. Eigentum und Erhaltung: Nunmehr die Gemeinde, § 3 Abs. 5 LPfl.G.

■ Erschließung der Flur:

Ein besonders wichtiger Planungsgesichtspunkt! Die Wegeführung soll einerseits landschaftsgerecht sein und möglichst weitmaschig, mit so wenig Asphalt wie möglich. Andererseits werden an das Wegenetz von den Bewirtschaftern bestimmte betriebswirtschaftliche Minimalforderungen gestellt, die durch das FlurbG (§ 44 Abs. 3 FlurbG) ausdrücklich in den Rang eines Rechtsanspruches an das Verfahren erhoben sind. Große landespflegerische Bedeutung haben dabei die Waldrandwege, die möglichst so zu plazieren sind, daß sie - soweit nicht schon vorhanden - den Aufbau eines Waldsaums zulassen.

■ Regelung des Wasserhaushaltes:

Es ist ein besonders empfindliches Teilgebiet. Heute kann generell gesagt werden, daß wasserbauliche Maßnahmen nur mehr in Frage kommen, wenn sie aus übergeordneten Gründen unvermeidbar sind und dann auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden, z.B. der naturnahe Ausbau von Fließgewässern! Verringerung von Abflußgeschwindigkeiten und Wasserrückhaltung sind übergeordnete Prinzipien!

■ Kleinklimaverbesserung und Bodenschutz:

Erosionen durch Wind und Wasser müssen durch Maßnahmen der Flurbereinigung bekämpft werden: Schutzpflanzungen; Gürtelwege mit Wasserführungen entlang der Höhenlinie; Drehung der Bewirtschaftungsrichtung in die Horizontale; widerstandsfähige Pflanzendecken;

■ Bodenverbesserung:

Es ist inzwischen herrschende Meinung, daß Dränagen nur mehr zur unvermeidbaren Schaffung von wertgleichen Abfindungen, nicht zur Gewinnung von neuem Kulturland, zugelassen werden sollten. Zu dem genannten Zweck sind sie m.E. aber auch unentbehrlich und vom Gesetz gefordert (§ 37 Abs. 1 FlurbG).

■ Abbauf Flächen, Halden, Deponien:

Durch landschaftsgestaltende Maßnahmen in der Flurbereinigung und evtl. Zuweisung an einen geeigneten Eigentümer können derart landschaftsschädigend wirkende Flächen abgemildert werden.

■ Denkmalschutz und Denkmalpflege:

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Denkmäler in die Flurbereinigung planerisch eingebunden und besonders gepflegt werden. Dies trifft auch zu für die Maßnahmen der Dorferneuerung und der Ortsdurchgrünung.

■ Freizeit und Erholung:

Die Forderung von Freizeit und Erholung ist ein bedeutender Teilbereich bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes. Zur Verbesserung der Erholungsfunktion können die notwendigen Flächen bereitgestellt werden. Die Gemeinden müssen allerdings vorher die bauleitplanerischen Voraussetzungen schaffen.

Das im Rahmen der Flurbereinigung unter Berücksichtigung landschaftspflegerischer Gesichtspunkte neu geschaffene Wegenetz dient in der Regel auch der Erholung. Zusätzliche Wander-, Rad- und Reitwege können das Wegenetz ergänzen.

Die Anlage von Rundwanderwegen im örtlichen Bereich sowie die Verbindung überörtlicher Wander- und Radwegenetze sind anzustreben. Freizeiteinrichtungen sind durch Zufahrtswege zu erschließen, Parkplätze sollten möglichst nahe an klassifizierten Straßen angelegt werden. -

Die vorgenannte Aufzählung ist sicher nicht vollständig,

- so wäre z.B. die **Behandlung der Restflächen** im Wege- und Gewässerplan hinsichtlich ihrer Dimensionierung, Anordnung und Ausbildung allein ein abendfüllendes Programm! - die Anforderungen sind unterschiedlich von Verfahren zu Verfahren. Es wird aber deutlich, daß es heute ein im Gesetz verankertes Grundanliegen ist, die Belange von Naturschutz und Landespflege voll in dem Wege- und Gewässerplan zu vertreten.

2.4 Das Prinzip der wertgleichen Abfindung im Flurbereinigungsplan nach § 58 FlurbG

Die Zuteilung der neuen Grundstücke ist für die Beteiligten der entscheidende Punkt im Zuge eines Flurbereinigungsverfahrens. Der Rahmen für die Gestaltung der neuen Grundstücke ist dabei vorher eindeutig festgelegt worden durch den (planfestgestellten) Wege- und Gewässerplan mit landespflegerischem Begleitplan. In diesem Fachplan gemäß § 8 BNatSchG ist bestimmt, in welchem Umfange u.a. auch für Zwecke des Naturschutzes und der Landespflege Flächen in Anspruch genommen werden können und dürfen, soweit sie nicht schon vorher frei erworben werden konnten.

Bekanntlich darf zur Schaffung der gemeinschaftlichen Anlagen gemäß § 39 FlurbG in einem begrenzten Umfang für Anlagen im öffentlichen Interesse gemäß § 40 FlurbG von jedem Verfahrensbeteiligten ein angemessener Landabzug gemäß § 47 FlurbG gefordert werden. Dieser Landabzug und seine Verwendung ist in Literatur, Judikatur und der Praxis einer der empfindlichsten Teilbereiche, weil er doch in gefährlicher Nähe zum Begriff der Enteignung angesiedelt ist. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, haben die Väter und Großväter des Flurbereinigungsgesetzes alle Flurbereinigungsmaßnahmen unter das oberste Prinzip der wertgleichen Abfindung gemäß § 44 FlurbG gestellt.

Das heißt: Jeder Verfahrensbeteiligte hat einen verbrieften Rechtsanspruch, unter Berücksichtigung aller Faktoren, die den Wert der Grundstücke bilden, für seine in das Verfahren eingebrachten Grundstücke eine wertgleiche Abfindung zu erhalten.

Die Frage, was im Einzelfall unter "wertgleich" zu verstehen ist, füllt inzwischen Bände der Judikatur und Literatur, und ich kann darüber unmöglich hier fortfahren, so interessant es ist.

Hier festzuhalten halte ich für wichtig: Das Prinzip der wertgleichen Abfindung wird sehr streng gehandhabt - im wesentlichen, um aus der Gefahrenzone der Enteignung herauszukommen - und dieses Prinzip "bietet keinerlei gesetzlichen Freiraum für ökologische Sonderopfer von Seiten der Landwirtschaft zugunsten von Naturschutz und Landschaftspflege" (Zillien, aaO. Seite 377).

Innerhalb der Flurbereinigung können Naturschutz und Landschaftspflege durch neue flächenwirksame Maßnahmen nur gefördert werden, so lange keine wertgleiche Abfindung eines Beteiligten beeinträchtigt wird.

In Ausführung dieses Prinzipes wird es zukünftig öfters nicht vermeidbar sein, daß Entschädigungen für enteignungsgleiche Tatbestände anfallen, denn ab einer gewissen Grenze - und diese Latte liegt gar nicht so hoch - sind Naturschutz und Landespflege überwiegend eine Angelegenheit des öffentlichen Interesses, und das ist gut so. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Lösung der anstehenden Probleme, insbesondere das Verhältnis von Mensch und Natur, von der er selbst ein Stück ist, immer und zuerst auf freiwilliger Basis gesucht werden muß. -

Das Instrument der Flurbereinigung ist in hohem Maße geeignet, die so dringenden Fragen des Naturschutzes und der Landespflege in den betreffenden Gemarkungen lösen zu helfen. Das dies möglich ist, haben wir schon in vielen Fällen praktisch bewiesen. - Schwierigkeiten entstehen immer nur dann, wenn eine der beteiligten Stellen einen Absolutheitsanspruch erhebt und nicht bereit ist, sich "in die Reihe zu stellen".

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat des russischen Schriftstellers Valentin Grigorjewitsch Rasputin auf dem Ökologie-Symposium in Dortmund im März dieses Jahres, das genau die Intentionen wiedergibt, die ich mit meinem Referat verfolgte:

"Wir sind heute dabei - nicht nur in der Sowjetunion, sondern weltweit - das Haus, in dem wir wohnen, zu plündern. Die junge Generation muß lernen, daß dies so nicht weitergehen kann. Es sind die Grundlagen ihrer Zukunft, die so verspielt werden. Es gibt kein Entweder - Oder. Technische Entwicklung und ökologische Rücksichtnahme schließen sich nicht aus. Wir müssen einen Weg finden, durch den die Technik in den Dienst der Natur gestellt wird."

Albert Schweitzer hat die gesamte Problematik auf einer noch höheren geistigen Ebene in folgendem Satz zusammengefaßt:

"Die Ethik der Liebe zu allen Geschöpfen im einzelnen auszudenken: dies ist die schwere Aufgabe, die unserer Zeit gestellt ist."

3. Literaturverzeichnis

1. Landtag Rheinland-Pfalz,
Drucksache 10/2705 und zu Drucksachen 10/1387/2156 vom 01.10.1986 und vom 18.03.1986
2. Heft 74 der Schriftenreihe "Flurbereinigung" des BELF:
"Berücksichtigung ökologischer Belange in Flurbereinigungsverfahren", 1984, Lw.-Verlag Münster-Hiltrup
3. Sonderheft der Schriftenreihe "Flurbereinigung" des BELF:
"Flurbereinigung - Naturschutz und Landschaftspflege", 1980, Lw.-Verlag Münster-Hiltrup
4. Oberholzer, G., Landespflege in der Flurbereinigung, Hefte 13, 18, 21, Schriftenreihe Universitärer Studiengang Vermessungswesen, Universität der Bundeswehr, München
5. F. Zillien: Flurbereinigung im Wandel der Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutz und Landschaftspflege, Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung, Okt./Nov. 1986, Seite 368

DIE PRAXIS DER BETEILIGUNG DER NATURSCHUTZVERBÄNDE BEI DER FLUR- BEREINIGUNG: EINE FEHLENTWICKLUNG

von Regierungsdirektor Wolfram Kraffert, Worms

1. Als mit dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatschG) in dessen § 29 die Regelung geltendes Recht wurde, daß die anerkannten Umweltvereine ein gewisses Beteiligungsrecht bei bestimmten Verwaltungsvorhaben erhielten, fand damit eine rechtspolitische Idee ihren Durchbruch, die zuvor zu heftigen politischen, ideologischen und rechtlichen Auseinandersetzungen geführt hatte. Ihr liegen nämlich im wesentlichen zwei zumindest verbal leidenschaftlich bestrittene Vorwürfe zu Grunde: Die Politiker seien wegen ihrer vielfachen Interessenverstrickung mit der Wirtschaftslobby weder willens noch in der Lage, dem ständig wachsenden Verbrauch an Bodenschätzen und Landschaft sowie den schnell wachsenden Schadeinwirkungen auf die Natur gegenzusteuern. Der Verwaltung hingegen fehlten entweder die Einwirkungsmöglichkeiten oder es werde unzulänglich von ihnen Gebrauch gemacht. Da nach einem bekannten Wort "die Natur keine Lobby habe", müßten die ihr zu Hilfe eilen, die ihren Schutz als besonderes Anliegen pflegen: die Naturschutzverbände. Dabei geht konkret die Fassung des § 29 BNatschG zurück auf einen Vorschlag des unabhängigen "Arbeitskreises für Umweltrecht", der damit eine Forderung aufgegriffen hatte, die erstmals, soweit ersichtlich, 1967 vom "Deutschen Rat für Landespflge" erhoben worden ist.¹⁾

Nach dieser - ohne entsprechende Aufnahme in das Landespflegegesetz - unmittelbar geltenden Vorschrift ist - z.B. - in einem Flurbereinigungsverfahren (da ein solches in der Regel "mit Eingriffen in Natur und Landschaft i.S. des § 8 BNatschG verbunden ist") den nach § 29 Abs. 2 BNatschG anerkannten Verbänden im Rahmen des in das Flurbereinigungsverfahren eingebetteten Planfeststellungsverfahrens (oder, mangels eines solchen, seines Surrogats; streitig;) "Gelegenheit zur Äußerung sowie zur Einsicht in die einschlägigen Sachverständigengutachten zu geben", soweit nicht Gründe nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 und 2, sowie Abs. 3 VwVfG entgegenstehen.

Diese Beteiligungspflicht besteht unabhängig von der Existenz interpretierender Verwaltungsvorschriften hierzu; ihre Nichtbeachtung macht den Planfeststellungsbeschuß oder - in Ermangelung eines solchen - die entsprechenden Festsetzungen im Flurbereinigungsplan grundsätzlich rechtswidrig.²⁾

Mit dieser Regelung wurde sicher ein längst überfälliger Fortschritt in Richtung Umweltschutz erzielt, obwohl sie auch ein Beispiel dafür ist, wie ein Symptom anstelle der Ursache bekämpft wird: Besser wäre es, wenn alle Politiker, Wirtschaftsführer und schließlich jeder Einzelne so verantwortungsbewußt mit Natur umgingen und ihre Entscheidungen so steuerten, daß Schutzorganisationen nicht

1) P. Werle/ H. Vygen: "Abriß der Entwicklung des Naturschutzrechts in der Bundesrepublik Deutschland", Seite 30

2) OVG Koblenz, Urteil vom 30.10.84, Natur und Recht, 1985, Seite 30 ff

als Korrektiv bei Meinungsbildungen herangezogen werden müßten. (Wie weit wir aber von einem solchen Verantwortungsbewußtsein noch entfernt sind, zeigt sich u.a. daran, daß allein schon ein solch umfassendes Verantwortungsbewußtsein in Gespräch zu bringen gelegentlich als naiv belächelt wird.)

2. Daß die Flurbereinigung eines der Felder sein würde, auf dem sich die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände würde bewähren müssen, lag von vornherein auf der Hand. Sie, die angeblich ein "Leichtentuch über die Landschaft breitet",³⁾ war, zusammen mit den modernen Formen der Landwirtschaft, von Anfang an eines der Hauptziele der Umweltkritiker. Auf Einzelheiten hier einzugehen, ist unnötig: Der Tatbestand ist allseits bekannt. Jedenfalls war von vornherein damit zu rechnen, daß die ursprüngliche Konfliktsituation, die zu der Regelung des § 29 BNatschG geführt hatte, sich in den Aufgabenbereich "Ländliche Bodenordnung" fortsetzen würde. Dabei war und ist kennzeichnend, daß eine Vielzahl überaus heterogener Elemente bei den Flurbereinigungskritikern zusammenkommen, auf deren Bewältigung es sich einzustellen galt:

- Das detaillierte Sachwissen der örtlichen Sektionen der Naturschutzverbände;
- die idealistische Einstellung vieler ihrer Mitglieder (als Positivum) und
- die daraus folgende Neigung, sich über rechtliche Grenzen hinwegzusetzen (als Negativum);
- eine Konkurrenzsituation zwischen den Naturschutzverbänden und den Landespflegebehörden;
- mangelnde Sachkenntnis über die flurbereinigungsrechtliche Seite und fehlende Bereitschaft, hieran etwas zu ändern bei vielen Umweltengagierten;⁴⁾
- eine Tendenz zum Absolutheitsanspruch.

Auch auf der Seite der Flurbereiniger mußte von vornherein mit heterogenen Einstellungen gerechnet werden, die es in den Griff zu bekommen galt:

- Die - nicht zuletzt von Politikern und vom Landesrechnungshof geförderte - Erfahrung, daß die Qualität ihrer Arbeit an der Menge der "umgelegten" Hektare gemessen werde;
- die Berufsauffassung vieler älterer Mitarbeiter, (oft besondere Leistungsträger!), die in einer Zeit geprägt wurde, in der nicht Überproduktion Tagesgespräch war, sondern die Sorge um Ernährungssicherstellung;⁵⁾
- eine Art Übereifer, den neuen Ideen entgegenzukommen,
- das Wissen um den gesetzlichen Auftrag;
- die Solidarität mit den Landwirten;
- ein eigenes Interesse an Naturschutz.

3) -----
So vor einiger Zeit ein rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter bei einer Podiumsdiskussion; (Name und Fraktion tun hier nichts zur Sache.)

4) Daran hat sich bis heute wenig geändert: Siehe z.B. die abwegigen Unterstellungen und schiefen Interpretationen, die der Großen Anfrage der Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag zugrunde liegen = BT-Drucksache 10/6053 vom 24.09.86

5) Vgl. Schmitz: "Gedanken zur Behandlung landespflegerischer Belange in Flurbereinigungsverfahren" in: NLKV Heft 6 (1986), Seite 62 ff

3. Die spätere Entwicklung, die sich auf der Grundlage der beiden vorgenannten Voraussetzungen (Gesetz und die Disposition der damit angesprochenen Partner) ergab, kann nicht zutreffend beurteilt werden, wenn man eines unbeachtet läßt:

Schon frühzeitig wurde erkannt, daß die Rahmenbedingungen der Flurbereinigung sich veränderten und daß neue Schwerpunkte zu den alten bei der Bestimmung der Verfahrensziele hinzukommen würden. Der Wunsch nach Zusammenarbeit mit Vertretern des Naturschutzes nahm Gestalt an.

Er konkretisierte sich für die heutige Entwicklung Mitte der 70er Jahre, als in Rheinland-Pfalz, z.B. durch das Kulturamt Worms, gemeinsame Seminarveranstaltungen für Mitarbeiter der Kulturämter und Mitglieder der Landespflegeorganisationen ins Leben gerufen wurden. Diese Veranstaltungen waren damals von beiden Ansprechpartnern in etwa paritätisch besucht. Sie standen unter der ganz klaren Forderung, daß beide Seiten voneinander lernen sollten, um den Auftrag "Landespflege" mit gemeinsamer Anstrengung und unter gegenseitiger Befruchtung im Rahmen der Flurbereinigung umzusetzen.

Die damaligen Ansätze haben leider nicht dazu geführt, daß die erwünschte Zusammenarbeit sich in der erhofften Weise entwickelte. Die Folgezeit ist eher gekennzeichnet durch eine Vergrößerung der Distanz, jedenfalls soweit die Beobachtungsmöglichkeiten des Verfassers reichen. Bezeichnend: Eine erneute Seminarreihe des Kulturamtes Worms, die unter dem Titel "Flurbereinigungsmaßnahmen - Eingriffe in Natur und Landschaft" mit aufwendigster Vorbereitung und unter Beteiligung namhafter Repräsentanten auch der Umweltorganisationen im Herbst 1985 durchgeführt wurde, war, von der Eröffnungstagung abgesehen, fast nur noch von Bediensteten der Kulturämter besucht und allerdings, überraschend, von einer wachsenden Zahl von Landwirten. Die Bereitschaft, voneinander zu lernen, hat sich also sehr einseitig entwickelt, sehr zum Schaden der Sacharbeit. (Siehe auch Fußnote 4.)

4. Die Beteiligung der nach § 29 BNatschG anerkannten rechtsfähigen Vereine in Verwaltungsverfahren wurde erstmals eindeutig und zusammenfassend präzisiert durch die gemeinsame Verwaltungsvorschrift der Ministerien für Soziales, Gesundheit und Umwelt, für Wirtschaft und Verkehr und für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 6. Dezember 1982 (Min. Bl. 1983 S. 69).

Durch diese auch jetzt noch gültige VV wurde für den Bereich der ländlichen Bodenordnung eine äußerst praktikable Regelung geschaffen, die nicht nur eine sinnvolle Ausdehnung des Beteiligungsminimums nach § 29 BNatschG zum Inhalt hat, sondern die auch den Verbänden Spielraum läßt, das Maß ihres Tätigwerdens selbst - je nach Bedeutung des jeweiligen Falles - zu gestalten. Sie vermeidet unnützen Arbeitsaufwand bei den Verbänden, indem sie als Zeitpunkt der ersten Unterrichtung der Verbände den der unmittelbaren Verfahrenseinleitung festlegt.

⁶⁾ Letzteres dadurch, daß sie bestimmt, den Verbänden sei eine Planskizze zuzu-

⁶⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz: "Krise der Landwirtschaft - Krise der Flurbereinigung" von R. Hauser im selben Heft, S. 94, am Ende.

leiten, verbunden mit einem Hinweis auf Art und Umfang der Maßnahme; ferner seien Gutachten und sonstige bei der verfahrensführenden Behörde vorliegenden Entscheidungshilfen zu bezeichnen. Für die Verfahren nach dem FlurbG heißt dies: Die Entscheidung über die Verfahrensart muß bereits vorliegen, ebenso Gutachten und Entscheidungshilfen. Das heißt im Klartext: Es muß das AVP-Gutachten vorliegen, in dem der maßgebliche Vorschlag über die Notwendigkeit einer Bodenordnung und die geeignete Verfahrensart gemacht wird; ferner das Ergebnis der Anhörung nach § 5 FlurbG. Mit anderen Worten: Gemeint sein kann nur der Zeitpunkt, zu dem die Obere Flurbereinigungsbehörde die Zustimmung zur Durchführung der Aufklärungsversammlung erteilt. Unschädlich wäre es auch, den Zeitraum bis unmittelbar nach Erlass des Einleitungsbeschlusses anzunehmen.

Für die eigentliche Beteiligung der Verbände enthält die VV zwei sehr prägnante und interessante Festlegungen:

- Sie hat zu beginnen "mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens", also im Prinzip mit dem Termin nach § 38 FlurbG. Dies ist durch die inzwischen eingebürgerte Praxis gemäß jeweils den Ziffern 2.1.2 der VV "Zusammenarbeit der Flurbereinigungsbehörden mit den Landespflegebehörden" (vom 22.02.79) und "mit der Wasserwirtschaftsverwaltung" (vom 23.02.78) der "Abstimmungstermin" vor dem Termin nach § 38 FlurbG. Diese Verwaltungsvorschriften sind zwar nicht in das Gültigkeitsverzeichnis aufgenommen, sind aber weiter anzuwenden auf der Grundlage der Selbstbindung der Verwaltung, die erst durch eine ausdrückliche Neuregelung enden würde. Gemäß Ziffer 6 des Einführungslasses zum "Bewertungsrahmen für Landwirtschaftselemente" des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 22. März 1983 sind die anerkannten Verbände zu diesem Abstimmungstermin zu laden.
- Als zweite bemerkenswerte Regelung enthält die VV über die Beteiligung der Verbände in ihrer Ziffer 3.3 die Bestimmung, daß den Verbänden "zur Verfahrensbeschleunigung" eine Äußerungsfrist gesetzt werden soll. Diese muß allerdings (man kann hinzufügen: selbstverständlich) "angemessen" sein.

Diese VV stellt eine klare, völlig ausreichende Präzisierung der Beteiligung der Verbände dar, die auch mit der Gestaltung des Flurbereinigungsverfahrens nach dem FlurbG (Beschleunigungsgrundsatz!) im Einklang steht. Ziffer 3.4 der VV erstreckt ihre Anwendung sinngemäß auch auf die Verfahren nach dem FlurbG, in denen kein Planfeststellungsverfahren stattfindet.

5. Die positive Entwicklung, die die Verbandsbeteiligung nach der VV von 1982 hätte nehmen können, wurde unterbunden und ins Gegenteil des Gewollten verkehrt durch die überflüssige und zudem völlig mißglückte VV des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 29. April 1985 (Min. Bl. 1985, Seite 211).

Aufgrund dieser VV ergibt sich folgende Situation für die Einschaltung der Verbände:

- "Frühzeitig", spätestens innerhalb eines Monats, nachdem das Kulturred den Auftrag zur Durchführung der AVP erhalten hat, sind die Verbände unter Über-

sendung einer Karte des Planungsgebietes "über geplante Vorhaben" zu unterrichten. Sie sollen Gelegenheit erhalten, sich zu landespflegerischen Gesichtspunkten im Untersuchungsgebiet zu äußern. (Ziffer 1.1.1 der VV 1985).

Dabei ist ihnen zur Abgabe ihrer Stellungnahme eine angemessene Frist einzuräumen, die m i n d e s t e n s (!) eine Vegetationsperiode umfassen soll; (Ziffer 1.1.2 der VV 1985).

- Sobald die AVP und die Ergebnisse der Anhörung nach § 5 FlurbG vorliegen, ist den Verbänden mitzuteilen, daß diese Gutachten und Stellungnahmen nunmehr vorliegen; (Ziffer 3.1 der VV 1982).
- Sodann ist den Verbänden der Einleitungsbeschluß zu übersenden und ihnen Gelegenheit zu geben, "sich zu örtlichen Besonderheiten, die für die Erfassung und Bewertung der Landschaftselemente von Belang sein können", (also eindeutig v o r Beginn der Landschaftsbewertung) schriftlich zu äußern; (Ziffer 1.2.1) der VV 1985).
- Das Ergebnis der Landschaftsbewertung ist mit den Verbänden, der unteren Landespflegebehörde und der Wasserwirtschaftsverwaltung sodann in einem gesonderten Termin zu erörtern; (Ziffer 6 des Einführungserlasses zum Landschaftsbewertungsrahmen i.V.m. Ziffer 2.1.2 der ZusammenarbeitsVV von 1978 und 1979).
- Nunmehr sind die Verbände zum Termin nach § 38 FlurbG zu laden, bei dem das Ergebnis der Landschaftsbewertung und landespflegerische Planungsgrundsätze erneut zu erörtern sind; (Ziffer 1.3.1 VV 1985).
- Sobald ein "Plan" i.S. von § 41 Abs. 2 Satz 4 FlurbG vorliegt, (nach den Planfeststellungsrichtlinien vom 11. Mai 1983, dort Ziffer 2.6.2 i.V.m. 2.3.1, kann es sich hierbei nur um den das Ergebnis der Prüfung nach Ziffer 2.6.1 einbeziehenden, zur Prüfung nach 2.6.2 vorgesehenen überarbeiteten Entwurf handeln, der in dieser Entwicklungsphase erstmals als "Plan" bezeichnet wird), ist den Verbänden ein für ihre Belange einschlägiger Auszug zu übersenden mit der Möglichkeit, binnen eines Monats dazu Stellung zu nehmen.
- Sodann sind die Verbände vor Durchführung des Termins nach § 41 FlurbG zu einem gesonderten Erörterungstermin über den Inhalt ihrer Stellungnahmen zu laden.

Diese Regelung ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie aus wohlmeinender, aber übertriebener ⁷⁾ Absicht heraus einer Sache, die gefördert werden soll, geschadet wird.

Die VV 1985 ist weder rechtlich noch sachlich zu halten:

Ist es schon verwirrend, wenn ein und derselbe Vorgang durch zwei nebeneinander geltende VV geregelt wird, so ist es rechtlich bedenklich, wenn beide Regelungen

7) -----
vgl. SCHMITZ, a.a.O.

eine entgegengesetzte Wirkung haben. Während nach der VV 1982 die Mitwirkung der Verbände dem Prinzip der Verfahrensbeschleunigung angepaßt ist, bewirkt die VV 1985 eine immense Verfahrensverschleppung. Während die VV 1982 den Auftrag des Gesetzgebers folgt, die Mitwirkung der Verbände an einer gesetzlichen Aufgabe zu fördern, leistet die VV 1985 deren Verweigerungshaltung Vorschub: Durch die Einräumung einer Erklärungsfrist von mindestens (aber auch mehr als) einer Vegetationsperiode während der AVP-Phase können die Verbände eine Verfahrenseinleitung derart verzögern, daß die von den Interessenten, z.B. einer Aufbaugemeinschaft, gewünschte und geforderte Zeitplanung von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, mit der Folge, daß die Bereitschaft zur Durchführung des Verfahrens sinkt oder schwindet, und mit der weiteren Folge einer negativen Signalwirkung auf andere Gemarkungen. (Die Praxis zeigt, daß genau diese Wirkung eintritt, und gelegentliche Äußerungen von Verbandsvertretern lassen erkennen, daß dies auch gewollt ist). Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die nach Verfahrenseinleitung zu beachtenden vielfachen Ladungs- und Erklärungsfristen und die Politik des Ministeriums, jeden Fristwunsch der Verbände zu erfüllen. (So ist es den Kulturämtern untersagt worden, bei den Verbänden ausstehende Stellungnahmen anzumahnen, selbst wenn diese bereits für einen bestimmten Zeitpunkt zugesagt waren; und selbst Routineanfragen: "und bitten um Mitteilung, wann mit einer Stellungnahme gerechnet werden kann" sollen unterbleiben.)

Die VV 1982 trägt der Tatsache Rechnung, daß die Verbände sich nur auf ehrenamtlich tätige Mitarbeiter stützen können. Sie regelt eine frühzeitige und umfassende Information der Verbände, ohne diese in einen automatischen Zugzwang zu versetzen. Es bleibt den Verbänden freigestellt, sich mehr oder weniger zu engagieren. Anders bei der VV 1985: Durch die ständige Aufforderung zu Stellungnahmen und Terminen werden die Verbände zu einem Arbeitsaufwand gezwungen, der ihren personellen Möglichkeiten nicht entspricht, bei dem sie aber Gefahr laufen, die einmal eingeräumte Position zu verlieren, wenn sie ihm nicht gerecht werden. (Entsprechende Klagen bei den Verbänden sind nicht selten. Zum Teil helfen sie sich, indem sie sich in einzelnen Verfahren bei Terminen oder Stellungnahmen durch einen anderen Verband vertreten lassen. Solche Ausweichmanöver bestätigen die hier vorgetragene Kritik.)

Vergleicht man die verfahrensmäßige Stellung, die nach der VV 1985 die Verbände haben mit der der Träger öffentlicher Belange, so zeigt sich, daß die Verbände ein Mehr an Information erhalten als jene. Der Gesetzgeber macht aber eine deutliche Zäsur zwischen beiden zu Lasten der Verbände!

Insgesamt muß gesagt werden, daß die VV 1985 die rechtliche Basis des FlurbG und des VwVfG verläßt und schon deshalb keinen Bestand haben kann.

Als noch schwererwiegender als ihre rechtlichen Mängel empfindet der Verfasser die psychologische Wirkung dieser VV sowohl auf die Verbandsvertreter selbst als auch auf die Verfahrensteilnehmer:

Es ist kein Geheimnis, daß die meisten Verbandsvertreter grundsätzlich gegen Flurbereinigung eingestellt sind. Sie haben zwar vielfach erkannt, daß landespflegerische Belange im größeren Stil überhaupt nur mit Hilfe von Flurbereinigungen durchzusetzen sind, aber vielfach gilt für sie immer die Parole, die beste Flurbereinigung sei die, die nicht stattfindet. Die Einschaltung der Verbände schon mit Beginn der AVP hat dazu geführt, daß in einer Reihe von Fällen versucht wurde, gegen eine Verfahrenseinleitung zu opponieren.

Andererseits hat die besonders starke Stellung, die die Verbände durch die VV 1985 erhalten haben, dazu geführt, in vielen ihrer Vertreter das Bewußtsein einer Machtposition zu entwickeln, die es auszunutzen gilt. Dabei ist zu beobachten, daß Forderungen in landespflegerischer Hinsicht mit einer Vehemenz und einem Selbstbewußtsein - vor allem in Erörterungsterminen - vorgebracht werden, daß selbst Ansätze eines Dialogs im Keim erstickt werden. Wer einmal erlebt hat, wie Mitglieder von Teilnehmervorständen bei kritischen Einwänden gegen bestimmte Forderungen mit besserwisserischer Arroganz abgekanzelt wurden, hat hautnah die Quelle erlebt, aus der viele Bedenken aus dem Kreis der Landwirtschaft gegen die Durchführung bodenordnender Maßnahmen entspringen. Dies ist um so bedauerlicher, als andererseits deutlich im täglichen Umgang mit den Landwirten zu spüren ist, wie dort allmählich eine grundsätzliche Bereitschaft wächst, sich für Fragen des Umweltschutzes gewinnen zu lassen.

Ich komme insgesamt zu folgendem Ergebnis: Die Beteiligung der anerkannten Verbände muß wieder auf den Inhalt konzentriert werden, den der Gesetzgeber ursprünglich wollte: Er soll als Optimierungsmittel für landespflegerisch relevante Planungen die Möglichkeit ausgeschöpft werden, das bei den Verbänden vorhandene Sachwissen, insbesondere auch örtliche Detailkenntnisse, im Sinne einer bestmöglichen Aufgabenerfüllung zu nutzen. Deshalb sollen die Verbände frühzeitig unterrichtet werden. Für ihre Mitwirkung ist ihnen die Möglichkeit - aber nicht der Zwang zum Tätigwerden zu geben. Die Beteiligung der Verbände soll des weiteren dazu führen, daß eine Vertrauensbasis entsteht und die Bereitschaft zum partnerschaftlichen Verständnis. Diesem Ziel dient es nicht, sondern es schadet, wenn ein Weg eingeschlagen wird, der die Verbände zwingt, ständig Rechtspositionen behaupten zu müssen, indem man sie in einen Verfahrensautomatismus zwingt. Die Beteiligung muß immer von dem Element der Freiwilligkeit geprägt bleiben, die auch die sonstige Arbeit der Verbände prägt. Dieser Stellungnahmenautomatismus hat sich aber auch sachlich nicht bewährt: Wir erleben z.B., daß Verbandsvertreter zur Erörterung ihrer Ideen im "grünen Termin" erschienen, **ohne** zuvor schriftlich Stellung genommen zu haben. Begründung: Das Kulturamt soll sich keine Gegenargumente erarbeiten können. Zu fragen ist: Was ist erreicht, wenn d a s erreicht ist? Wir sollten nicht warten, bis ein Teilnehmervorstand mit Rechtsmitteln gegen einen Planfeststellungsbeschluß vorgeht und dessen Bestand anfecht unter Bezugnahme auf die mit dem Flurbereinigungsrecht nicht zu vereinbarende Form der Beteiligung der Verbände: Es geht letztlich gar nicht um Rechtsfragen. Es geht darum, wie das Instrument der Verbandsbeteiligung zu einer optimalen Wirkung gebracht werden kann. Dies kann es auf der Grundlage der VV 1982.

Die VV 1985 ist förmlich aufzuheben.

LEBENDVERPFLANZUNG VON GEHÖLZEN

vom Technischen Angestellten Klaus Reitz, Trier

Zunächst ist zu erklären, daß mit dem Begriff Gehölze keine Feldgehölze, Restgehölze u.ä. aus Wald hervorgegangene Relikte gemeint sind, sondern Gebüsche. Diese Gebüsche sind niedrige, vorwiegend aus Sträuchern zusammengesetzte Formationen, deren Einzelglieder die Höhe von 5 m nicht überschreiten, Bäume II. Ordnung nur sporadisch enthalten und Bäume I. Größe nicht oder nur in Ausnahmefällen vorkommen, also kurz gesagt Hecken und verbuschte Sukzessionsflächen.

Nun wird die Agrarlandschaft, in der Flurbereinigungsverfahren durchgeführt werden, nicht nur von Gebüsch, sondern auch von Einzelbäumen, Baumreihen, Streuobstbeständen und u.a. Gehölzen, geprägt.

Durch die Erfassung und Bewertung der Landschaftselemente werden alle Klein- und Kleinststrukturen, die Teil des Agrarökosystems sind, aufgenommen.

Die Flurbereinigung hat nach dem Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 16.03.1976 u.a. den Auftrag, ländlichen Grundbesitz neu zu ordnen, d.h. zu größeren Wirtschaftseinheiten zusammenzufassen. Durch dieses Zusammenfassen zersplitterten Grundbesitzes entsteht ein Konflikt mit der Berücksichtigung landeskultureller Aspekte, da die Gewannen im Zuschnitt verändert werden. Viele Landschaftselemente sind jedoch gerade wegen der kleinparzellierten Grundstücke entstanden. An den Gewannenstößen entstanden Hecken auf Böschungen oder Lesesteinriegeln. Entlang der alten Flurstücksgrenzen wurden Obstbäume gepflanzt oder Einzelbäume samt in unwirtschaftlich geformten Grundstücksteilen an.

Flächenhafte Elemente sind im Rahmen der Bodenordnung i.d.R. problemlos in die neue Konzeption einzubeziehen. Schwieriger hingegen wird es mit den linearen Elementen wie Böschung, Hohlweg und Hecke.

Wird es notwendig, die Furchenrichtung im neuen Bestand zu drehen, so liegen die linearen Elemente oft quer zu der Bewirtschaftungsrichtung. Können Sie darüberhinaus nicht in Verbindung zu neuen Wegen gebracht werden, ist eine Beseitigung oft unerlässlich.

Die Beseitigung stellt jedoch einen Eingriff gemäß § 4 LPfLG in der Fassung vom 5. Februar 1979 dar, denn sie beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des Naturhautes **und** das Landschaftsbild erheblich **und** nachhaltig.

Diese erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung bedarf eines Ausgleichs oder einer Ersatzmaßnahme, denn im Landespflegegesetz heißt es: Wer in Natur und Landschaft eingreift, hat vermeidbare Beeinträchtigungen des Naturhautes und des Landschaftsbildes zu unterlassen und unvermeidbare Beeinträchtigungen in angemessener Frist zu beseitigen oder soweit auszugleichen, wie es zur Verwirklichung der Ziele der Landespflege erforderlich ist. Ausgeglichen ist ein Eingriff,

wenn nach seiner Beendigung keine erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushalts zurückbleibt und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist.

Wie sah nun in der Vergangenheit der Ausgleich für die Beseitigung einer Hecke aus:

Es wurde ein 5 m breiter Streifen in räumlicher Zuordnung zu dem zu beseitigenden Element ausgewiesen, auf dem Bäume und Sträucher neu gepflanzt wurden. Die Anlage wurde zum Schutz der jungen Gehölze eingezäunt und in den ersten Jahren wurden die konkurrierenden Wildkräuter mit chemischen Behandlungsmitteln verdrängt.

Eine ökologische Wirksamkeit wie auch eine Bedeutung für das Landschaftsbild konnte von diesen doch recht sterilen Gehölzstreifen nicht ausgehen. Heute gehört zwar die chemische Pflege der Vergangenheit an, jedoch stellt sich immer wieder die Frage, nach wieviel Jahren eine neu geschaffene Hecke die erwartete Funktion erfüllt.

Die Flurbereinigung ist in den letzten Jahren immer stärker in den Vordergrund qualifizierter, aber auch unqualifizierter Kritik getreten, gerade im Hinblick auf Aussagen wie

- "Die Flurbereinigung bereinigt die Flur von der Natur"
- "Die Flurbereinigung erzeugt monotone Agrarsteppen" u.v.a.m.

die letztendlich unter anderem aus dem visuell wahrnehmbaren Verlust an Landschaftselementen resultiert. Durch eine Flächenbilanz in einigen Flurbereinigungsverfahren, das bekannteste wird wohl die Weinbergsflurbereinigung Guntersblum sein, soll diesen Vorwürfen entgegengetreten werden.

Eine Flächenbilanz deckt alle Aktivitäten im Rahmen einer Bodenordnung auf und es muß daher unser aller Ziel sein, die vorhandenen landschaftspflegerisch bedeutsamen Flächen zu erhalten, insbesondere wenn es sich um einen solch komplexen Biotop wie eine Hecke handelt.

Aus den v.g. Gründen ergibt sich nun zwangsläufig, daß vorhandene Landschaftselemente nicht beseitigt, sondern, und nun sind wir bei dem eigentlichen Thema, lebendverpflanzt werden.

Zu diesem Zweck hat die Firma Marx aus Konz in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Trier ein Gerät entwickelt, mit dem Lebendverpflanzung von Hecken, von Rainen und Lesesteinriegeln durchgeführt werden kann.

Das Gerät sollte folgenden Ansprüchen gerecht werden:

1. Es sollte Heckenabschnitte aufnehmen können (nicht nur Einzelpfl.).
2. Der Abschnitt sollte einen möglichst hohen Anteil des ursprünglichen Substrates enthalten, damit vorhandene Wildkräuter und deren Samen mit an den neuen Standort verbracht werden können.
3. Die Hecke soll bodengleich am neuen Standort eingesetzt werden.
4. Das Ablegen des Blockes sollte relativ ungestört erfolgen.

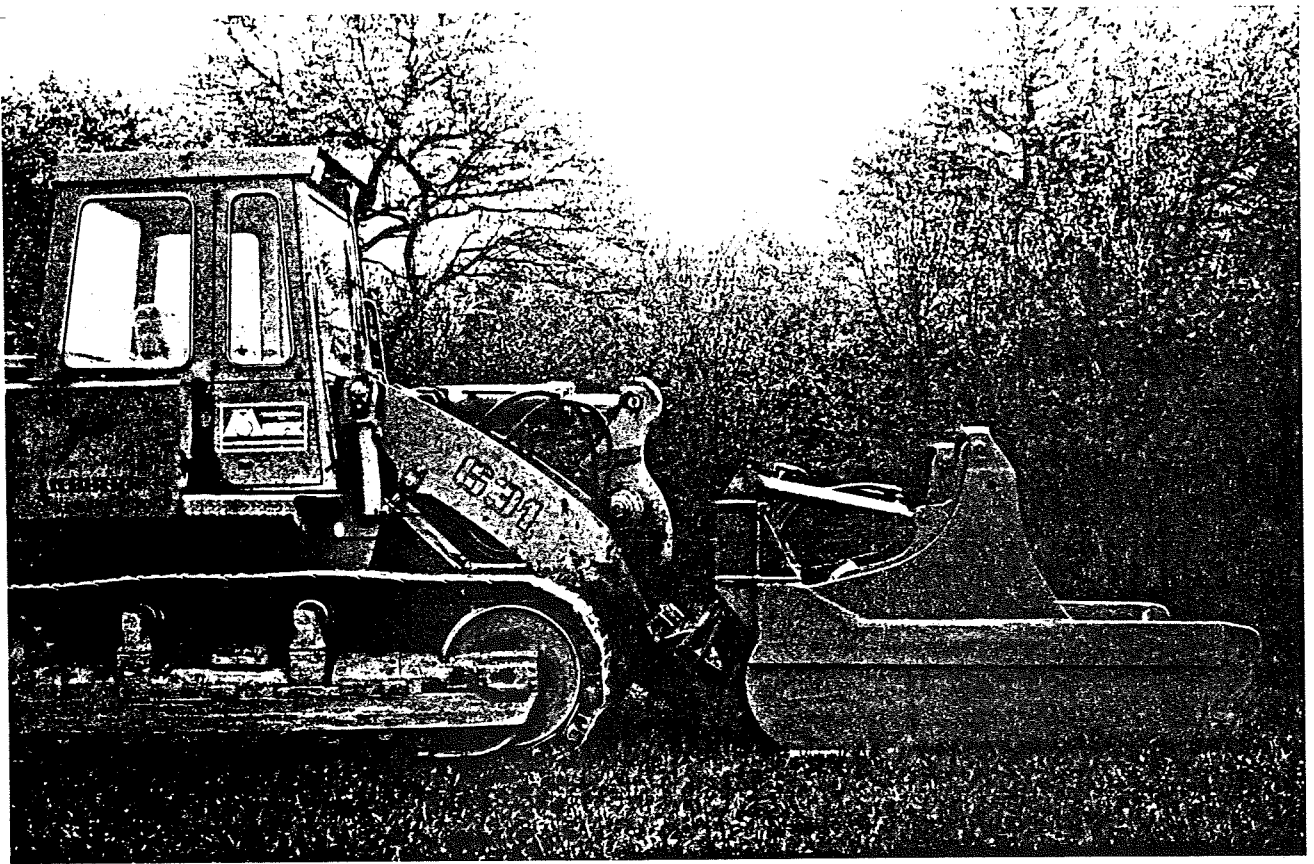


Abb. 1: Raupe mit Plattform

Man kann sich natürlich vorstellen, daß die Konstruktion eines Gerätes, oder besser gesagt, eines Gerätezubehöres sich sehr aufwendig gestaltete. Die ersten Versuche zeigten, daß zum Beispiel das Grundgerüst nicht die ausreichende Stabilität hatte, oder daß die Schwingen am Abstreifer eine nicht genügend hohe Festigkeit aufwiesen.

Nach einigen technischen Änderungen wurde dann die erste Aktion in Angriff genommen.

Zuerst möchte ich jedoch auf die Grundkonzeption eingehen.

Als Basisgerät dient eine Raupe mit 150 PS, die, und das hat sich in der Praxis gezeigt, vom Eigengewicht und der Leistungsfähigkeit ausreichend ist. An dieser Raupe ist eine Plattform von 2 m x 2 m anstelle des Planierschildes befestigt. Die seitliche Begrenzung ist 0,5 m hoch, was auch der maximalen Arbeitstiefe entspricht.

Das Gerät ist somit in der Lage, in einer Bodentiefe von 50 cm die in der Hecke vertretenen Gehölze (wie Schlehe, Weißdorn, Hartriegel, Wildrose, Holunder und andere) zu unterschneiden und einen "Block" von ca. 4 m² zu entnehmen.

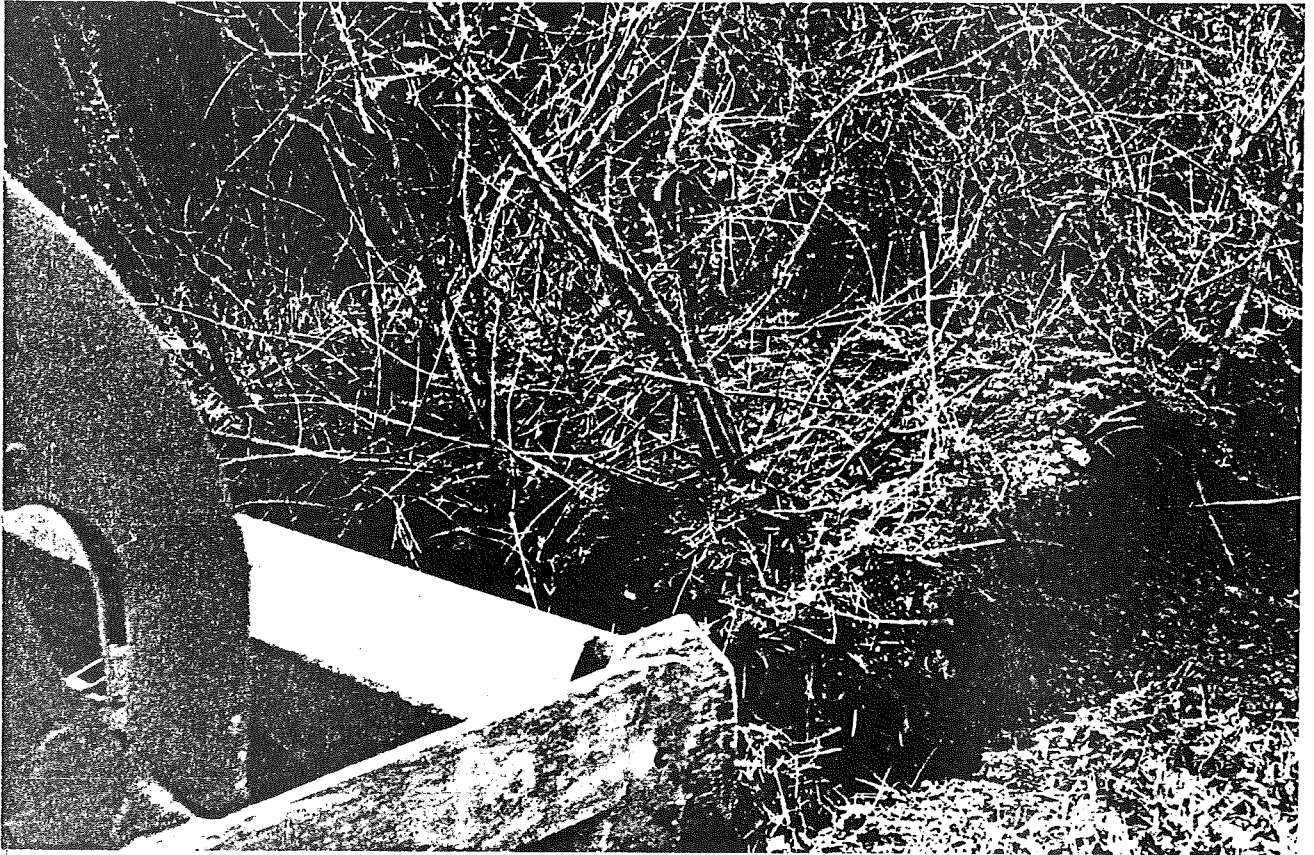


Abb. 2: Aufnehmen eines "Blockes"

Durch den am Plattformende angebrachten Abschieber können die Gehölze mit dem Boden relativ ungestört von der Plattform an dem vorher hergerichteten neuen Standort abgeladen werden.

Um einer der Grundvoraussetzung des Verpflanzens, nämlich dem bodengleichen Einbau, zu entsprechen, muß als erster Arbeitsgang der Mutterboden am neuen Standort abgetragen werden. Dies geschieht ebenfalls mit dem Gerät, wobei der anfangs entnommene Mutterboden auf einer Miete zwischengelagert wird.

Ist eine ausreichende Fläche vorbereitet, beginnt das eigentliche Verpflanzen.

Ein Block wird in der Hecke entnommen und am neuen Standort abgesetzt. Dann wird Mutterboden geladen und an dem Entnahmestandort Hecke abgelegt. Zeit- und kostenaufwendige Leerfahrten entfallen somit.

Bei den ersten Maßnahmen wurden die Hecken vor dem Verpflanzen zurückgeschnitten. Die ausführende Firma stellte dazu ein Gerät zur Verfügung, das im Normalfall zum Rückschnitt von Waldrändern und Hecken verwendet wird (nach örtlicher Besichtigung sollte man jedoch von der Inanspruchnahme dieses Gerätes für den ursprünglichen Zweck absehen). Es handelt sich dabei um einen Gräber,



Abb. 3: Aufnehmen eines "Blockes"

auf dem ein allseits schwenkbarer, 7 m langer Hydraulikarm montiert ist, an dessen Ende sich 4 Sägeblätter mit einem Durchmesser von je 80 cm befinden.

Diese Sägeblätter werden paarweise von je einem 30 PS Hydraulikmotor angetrieben. Das Gerät fährt an der Hecke entlang, schneidet die Gehölze auf die gewünschte Höhe zurück, schiebt die abgetrennten Teile vor sich her und legt sie ca. alle 6 bis 8 m durch Schwenken des Hydraulikarms neben der Hecke ab.

Mit dem Frontschild wird dann das Schnittgut zu Reisighaufen zusammengeschoben.

Wie schon erwähnt, wurde das Verpflanzen **mit** Rückschnitt nur im ersten Versuch angewandt. Der mechanisierte Rückschnitt erschien uns in der Qualität nicht als ausreichend, da wahllos, ohne Berücksichtigung des Habitus der Einzelpflanzen, des Stockausschlagvermögens und dem späteren Entwicklungsbild Pflanzen bis auf eine Höhe von 1 m gekürzt wurden.

Ein manueller Rückschnitt ist jedoch wegen der Lohnintensität nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erwägen.

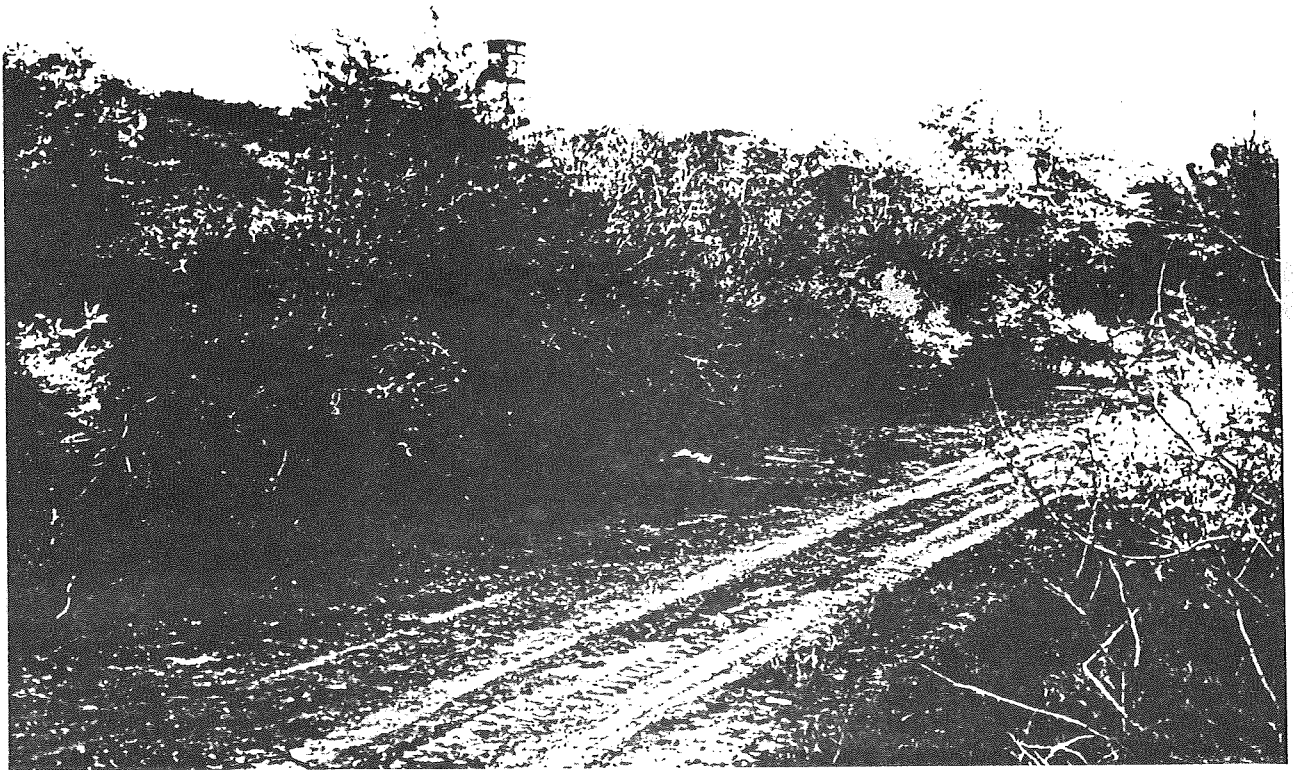


Abb. 4: Durch die Verpflanzung entstandener Weg

Aus diesen Gründen wurde also ein weiterer Versuch unternommen. Eine Hecke auf einer Böschung wurde ohne den vorher beschriebenen Rückschnitt verpflanzt. Die Hecke bestand im wesentlichen aus *Prunus spinosa*, *Cornus sanguinea* und *Corylus avelana*. Eine Wildkirsche, ca. 10-jährig, war ebenfalls enthalten.

Diese Hecke wurde in eine ca. 70 m entfernte Wiesenfläche gebracht und dort eingepflanzt. Die Wildkirsche wurde mit in einem Block entnommen und ohne zusätzliche Befestigung oder einen Rückschnitt gepflanzt.

Das Ergebnis war doch überraschend. In der anschließenden Vegetationsperiode zeigten sich bei keinem der verpflanzten Gehölze Trockenschäden, die durch den Verlust an Wurzelmasse hätten auftreten können. Selbst die Wildkirsche hat das Verpflanzen unbeschadet überstanden.

Seit dieses Ergebnis erzielt wurde, werden die zu verpflanzenden Gebüsche nicht mehr zurückgeschnitten.

Durch das Verpflanzen entstand in den Anfängen ein Flächenschwund von ca. 15%. Dieser Verlust war jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Verlust an Gehölzen. Er lag vielmehr in der fehlerhaften Bedienung des Gerätes, da die Blöcke zu stark ineinander geschoben wurden.

Die Anwuchsquote bei der 1. Maßnahme mit Rückschnitt lag für Sträucher bei über 80%. Die Bäume 1. und 2. Ordnung wurden bei der Ausfallermittlung nicht berücksichtigt.

Bei der Verpflanzung ohne Rückschnitt waren keine Ausfälle zu verzeichnen. Erklärend sei aber hierzu gesagt, daß es sich bei dem Standort der Althecke um Ackerflächen bzw. Grünlandflächen mit verhältnismäßig guten Böden handelte und das nachfolgende Frühjahr überdurchschnittliche Niederschläge brachte, so daß die bisher durchgeführten Aktionen nicht unbedingt miteinander zu vergleichen sind.

Als letzter, jedoch nicht unerheblicher Faktor, sind natürlich die Kosten einer solchen Aktion zu betrachten.

Die Vorstellungen des Kulturamtes waren dahingehend, daß die Maßnahme nicht teurer sein sollte, als eine vergleichbare Neupflanzung.

Mit dem Unternehmer wurde daher ein Preis von 5,50 DM/m² Neufläche vereinbart. Im Nachhinein mußte der Preis jedoch gegliedert werden, da die Leistung des Gerätes mit zunehmender Transportentfernung geringer wird.

So wurden für die in letzter Zeit durchgeführten Maßnahmen 5,00 DM/m² Neufläche bei einer Transportentfernung von bis zu 200 m in Rechnung gestellt. Für größere Transportentfernungen wurde ein Zuschlag von 0,50 DM/100 m vereinbart. Die Leistung des Gerätes liegt etwa bei 30 - 40 m² pro Stunde in Abhängigkeit von der Bodenbeschaffenheit und der Transportentfernung.

Zur besseren Koordinierung der Lebendverpflanzung hat sich im Kulturamt die Praxis durchgesetzt, nach Planvorlage alle Beschwerden abzuwarten. Die berechtigten Beschwerden, die das Beseitigen eines Gebüsches zur Folge haben, werden bis zum Nachtrag I gesammelt. Im Nachtrag I werden Neuflächen ausgewiesen oder Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern bezüglich des neuen Standortes festgehalten.

Darüberhinaus kann die Lebendverpflanzung dann zu einem günstigen Zeitpunkt abgewickelt werden und die Summe der Maßnahmen erhöht sich, so daß eine beschränkte Ausschreibung gerechtfertigt ist.

Dazu wird zur Lebendverpflanzung von Gebüsch folgende Leistungsbeschreibung verwandt:

- Vorhandene Gehölze (Sträucher, junge Bäume) blockweise (ca. 2 m x 2 m) mit Spezialgerät am alten Standort aufnehmen. Je nach Bodenart wird die Entnahmestelle örtlich angezeigt.
- Die neu aufgenommenen Gehölze zum neuen Standort fahren und in das vorzubereitende Pflanzbett einbauen.
- Der überschüssige Mutterboden des neuen Standortes wird zur Pflanzentnahmestelle transportiert und bodengleich eingebaut.
- Abrechnung nach Fläche des neuen Standortes
1. Transportentfernung bis 200 m

2. Transportentfernung bis 300 m
3. Transportentfernung bis 400 m
4. Transportentfernung bis 500 m
5. Transportentfernung bis 600 m

Die Ausschreibung der Maßnahmen nach dem vorgestellten Muster ist zur Zeit natürlich noch kein Wettbewerb, da bisher nur ein Bieter im Raum Trier über ein Gerät verfügt, das den Anforderungen gerecht wird.

Wir gehen jedoch davon aus, daß bei Fortdauer dieser Verfahrensweise auch andere Firmen angeregt werden, sich ähnlich auszustatten, so daß sich in einigen Jahren ein Wettbewerb entwickelt.

Abschließend möchte ich jedoch noch einmal auf den Sinn der Lebendverpflanzung eingehen.

Die Lebendverpflanzung soll helfen, das vorhandene Landschaftspotential zu erhalten und langfristig, d.h., über die Dauer eines Flurbereinigungsverfahrens hinaus, zu sichern. Sie sollte nur dort angewandt werden, wo ein Eingriff unvermeidbar oder nicht vorhersehbar ist.

SOZIOSTRUKTURELLE MASSNAHMEN DER EG *)

von Oberregierungsrat Dr. Günter Müßig, Mainz

1. Agrar- und umweltpolitische Zielvorstellungen im Wandel

- Die Überschußsituation auf den Agrarmärkten verlangt in erster Linie eine Drosselung der landwirtschaftlichen Produktion.
- Die landwirtschaftlichen Einkommen können in dieser Situation nicht mehr allein aus den Agrarpreisen gezogen werden.
- Natur- und Umweltschutz fordern größere Flächenanteile und eine andere Produktionsweise.

Diese Ziele treffen sich in den vorgesehenen soziostrukturellen Maßnahmen der EG. Die soziostrukturellen Maßnahmen sollen Nahrungsmittelüberschüsse vermeiden, die landwirtschaftlichen Einkommen verbessern, die Umwelt schonen und die Agrarstruktur verbessern.

*) auszugsweiser Inhalt eines Vortrages bei der Tagung der Kulturamtsvorsteher und leitenden technischen Beamten am 24./25.06.1987 in Mainz

2. Vorgeschlagene Maßnahmen

2.1. Vorruhestandsregelung

Zur Marktentlastung sollen durch eine Vorruhestandsregelung ganze Betriebe stillgelegt werden. Die Betriebsleiter müssen 55 Jahre und älter sein und sich verpflichten, ihre Eigentumsflächen auf mindestens 5 Jahre nicht mehr zu bewirtschaften.

Die Flächen können

- a) aufgeforstet werden,
- b) einer nicht landwirtschaftlichen Nutzung (z.B. Freizeit) zugeführt werden oder
- c) brachfallen, sind aber dann zu pflegen.

Nach einem EG-Entwurf, der aber noch nicht abschließend beraten ist, sind Stilllegungsprämien vorgesehen, die sich aus einem Sockelbetrag und einer Flächenprämie zusammensetzen, und zwar in unterschiedlicher Höhe, je nachdem, ob es sich um Haupt- oder Nebenerwerbsbetriebe handelt. Für weitere betriebliche Arbeitskräfte und bei Aufforstungen können weitere Zuschläge bezahlt werden.

Eine andere Art der Vorruhestandsregelung verfolgt das Ziel der Strukturverbesserung, d.h. die aufgegebenen Betriebsflächen werden dazu verwandt, um andere Betriebe aufzustocken oder um Junglandwirte zu fördern. Diese Maßnahme soll nach Vorschlägen der EG allerdings nicht in der BRD zum Tragen kommen.

2.2 Umstellung und Extensivierung der Produktion

Der Marktentlastung und auch dem Schutz der Umwelt soll die Umstellung und Extensivierung der Produktion dienen.

- Zum einen soll die Umstellung auf nicht überschüssige Produkte gefördert werden (Stichwort: nachwachsende Rohstoffe, z.B. Lein); hier muß erst eine Einigung auf EG-Ebene erzielt werden, d.h. eine Produktenliste muß aufgestellt werden,
- zum anderen soll eine Drosselung der Produktion angeregt werden; die Landwirte sollen sich verpflichten, 20 % weniger zu erzeugen; die Laufzeit ist ebenfalls 5 Jahre, als Produkte kommen zunächst in Betracht Getreide, Rindfleisch und Wein.

Bei Getreide sollen Teilflächen stillgelegt werden, beim Rindvieh soll die Kopfbzahl verringert werden und beim Wein soll der Flächenertrag gesenkt werden.

Bei der Getreideflächenstillegung gibt es wiederum mehrere Möglichkeiten

1. Dauerbrache
2. Rotationsbrache
3. Aufforstung
4. sonstige Nutzung.

Aufgrund der vom Agrarministerrat der EG beschlossenen Maßnahmen, die inzwischen veröffentlicht sind ¹⁾, liegt ein deutscher Entwurf für die "Grundsätze für die Förderung der Extensivierung der Getreideerzeugung" vor. Danach sollen zwischen 600,-- DM/ha und 1.200,-- DM/ha Stilllegungsprämie jährlich gezahlt werden, je nach Bodenpunkt (Acker- bzw. Grünlandzahl).

2.3 Verbesserung der Förderung in benachteiligten Gebieten (Verbesserung der Ausgleichszulage) ²⁾

Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen in den benachteiligten Gebieten sollen die Vorschriften über die Ausgleichszulage erweitert werden, d.h. sowohl die Höchstbeträge sollen heraufgesetzt werden als auch weitere Produktionszweige sollen einbezogen werden. Diese Maßnahme ist wie die "Extensivierung" (Ziff. 2.2) bereits von der EG beschlossen und noch in nationales Recht umzusetzen.

2.4 Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sowie der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes und der Landschaft

Zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung des ländlichen Raumes und der Landschaft können die EG-Staaten in bestimmten noch abzugrenzenden Gebieten mit besonderer Notwendigkeit eine Flächenprämie (wiederum für 5 Jahre) zahlen für eine Verpflichtung zu umweltfreundlicher Produktion. Diese Maßnahme fällt nicht in die Kompetenz des Bundes. Die Finanzierung müßte hier aus EG-Geldern und Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz erfolgen. Die Gebiete, die eine besondere Struktur aufweisen müssen, sind noch abzugrenzen.

3. Konsequenzen für die Landeskulturverwaltung

3.1 Einfluß auf die Einleitung von Bodenordnungsverfahren?

Es gibt soziostrukturelle Maßnahmen, die keinen Einfluß auf die Bodenordnung haben, wie z.B. der Anbau "nachwachsender Rohstoffe" oder die Verbesserung der Ausgleichszulage. Aber auch von der Rotationsbrache dürfen keine Auswirkungen auf die Bodenordnung zu erwarten sein.

¹⁾ vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:
Verordnung (EWG) Nr. 1760/87 des Rates vom 15.6.87 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 270/79, (EWG) Nr. 1360/78 und (EWG) Nr. 355/77 im Bereich der Agrarstrukturen und zur Anpassung der Landwirtschaft an die neuen Marktgegebenheiten sowie zur Erhaltung des ländlichen Raumes.

²⁾ vgl. VV vom 5.6.86 (Min.Bl. S. 397), geändert bzw. ergänzt durch VV vom 8.12.86 (Min.Bl. 18/1987)

Die anderen Förderungsmaßnahmen, sei es Extensivierung, Vorruhestandsregelung oder eine festgelegte Wirtschaftsweise sind aber an die Fläche gekoppelt und somit in der Bodenordnung zu beachten. Die daraus resultierenden Belastungen bzw. Verwendungsbeschränkungen gehören zu den betriebswirtschaftlichen Verhältnissen, die berücksichtigt werden müssen.

Darüber hinaus könnten Bodenordnungsverfahren durch soziostrukturelle Maßnahmen ausgelöst werden. Dies gilt aber nur für langfristige Umwidmungen wie z.B. bei Aufforstungen. D.h., wenn ein Aufforstungswille vorhanden ist, so wird eine Bodenordnung (mit einfachen Verfahren) erforderlich, um eine geordnete Aufforstung zu ermöglichen.

Somit kommt der 5-Jahres-Frist, die für die Förderung der soziostrukturellen Maßnahmen zugrunde gelegt wird, für die LKV eine erhebliche Bedeutung zu. Aber auch aus der Sicht der Betriebe, der Marktentlastung und des Naturschutzes bleiben viele Fragen offen, wie es nach 5 Jahren weitergeht.

Bodenordnungsverfahren werden bei einer 5-jährigen Bindung wohl kaum ausgelöst werden, es sei denn, daß man aufforstet, obwohl nur für 5 Jahre Prämien gezahlt werden. Theoretisch möglich sind auch Pachttauschverfahren, aber nach den bisherigen Erfahrungen wenig wahrscheinlich.

3.2 Einfluß auf die Durchführung laufender oder anlaufender Bodenordnungsverfahren

Zunächst müßten die Flächen, die Einschränkungen unterliegen, in der AVP erfaßt werden (z.B. Dauerbrache). Die Flächen, für die eine Bereitschaft zur endgültigen Herausnahme besteht (z.B. Aufforstung) sind zu ermitteln.

Vorschläge für das weitere Vorgehen sind zu machen; Folgerungen ergeben sich möglicherweise für die Abgrenzung des Verfahrensgebietes.

Je nach Art der Auflagen und Zustand der Flächen sind Konsequenzen bei der Wertermittlung denkbar, bei ordnungsgemäßer Pflege der Brachflächen aber nicht unbedingt notwendig.

Handelt es sich um langfristig aus der Produktion ausscheidende Flächen, wie Aufforstungs- und Sukzessionsflächen, so kann dies Auswirkungen auf die Erschließung, d.h. das Wegenetz und die Abfindungsgestaltung, haben.

Schließlich gehören die Auflagen und Rechte (d.h. Anspruch auf staatliche Zahlungen) zu den betriebswirtschaftlichen Verhältnissen, die bei einer wertgleichen Abfindung zu berücksichtigen sind und uns möglicherweise dann auch im Rechtsbehelfsverfahren beschäftigen werden.

Um die Durchführung von soziostrukturellen Maßnahmen, denen ein erhebliches politisches Gewicht beigemessen wird, nicht durch die Flurbereinigung zu erschweren, sondern sie vielmehr zu fördern, sollte überlegt werden, ob nicht bei Landverzichtserklärungen gem. § 52 FlurbG die Flächen von den Auflagen wieder befreit werden könnten, weil sonst die Aufstockungsmöglichkeiten für entwicklungsfähige landwirtschaftliche Betriebe eingeschränkt werden. Zur Förderung von

agrарstrukturellen Maßnahmen ist auch zu überlegen, ob langfristig ausscheidende Flächen nicht vom Landabzug gem. § 47 FlurbG (zumindest teilweise) und/oder von den Flurbereinigungsbeiträgen gem. §§ 19 und 20 FlurbG freigestellt werden können.

Vom BML wurde bereits vorgeschlagen, die Förderung der Verpachtung und die Übernahme der Beitragsleistungen wieder einzuführen, sowie den freiwilligen Landtausch als Pachttausch zu aktivieren. Dabei müßte die Laufzeit auf 5 Jahre herabgesetzt werden.

4. Schlußüberlegungen

Die soziostrukturellen Maßnahmen liegen erst teilweise als EWG-Verordnung vor. Sie sollen bis Frühjahr 1988 in nationales Recht umgesetzt werden. Mit Ausnahme der Umweltbeihilfen, die Sache der Bundesländer sind, wird mit einer Finanzierung der übrigen Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" gerechnet. Es bleibt dann abzuwarten, welche Akzeptanz dieses Programm bei den landwirtschaftlichen Betrieben finden wird. Die Erwartungen sollten nicht zu hoch angesetzt werden. Die soziostrukturellen Maßnahmen werden weder die Naturschützer ganz zufrieden stellen, noch die Überschüsse ganz beseitigen, noch den Landwirten ein ausreichendes Einkommen garantieren. Sie können aber als Beitrag in diese Richtung gesehen werden.

Schwierigkeiten werden in der Durchführung, auch in der Kontrolle, liegen. Es muß darauf geachtet werden, daß nicht nur Flächen in den benachteiligten Mittelgebirgslagen, sondern auch in den Gutgebieten stillgelegt werden. Denn dies wäre weder landespflegerisch-umweltpolitisch noch in bezug auf die Getreideüberschüsse, die nicht in erster Linie in den Mittelgebirgen erzeugt werden, wünschenswert.

KRISE DER LANDWIRTSCHAFT – KRISE DER FLURBEREINIGUNG?

- Erfahrungen im Vorfeld von Bodenordnungsverfahren -

von Rudolf Hauser, Kulturstadt Worms

1. Vorbemerkung

Die folgenden Gedanken sind sowohl subjektiv als auch regional geprägt: subjektiv deshalb, weil sie in erster Linie auf zahlreiche Gespräche mit Landwirten und Winzern zurückzuführen sind, die der Verfasser in den letzten Jahren vorwiegend im Zusammenhang mit der Bearbeitung agrарstruktureller Vorplanungen geführt hat; regional in dem Sinne, daß die wiedergegebenen Erfahrungen zum größten Teil in einem Gebiet gewonnen wurden, in dem die natürlichen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft als hervorragend zu bezeichnen sind, nämlich in Rheinhessen mit Hektarsätzen durchweg über 2000,-- DM. Verallgemeinerungen sind deshalb nicht zulässig.

Dennoch soll der Versuch gemacht werden, aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse Denkanstöße zu geben, die vielleicht auch in anderen Landesteilen bei agrarstrukturellen Vorplanungen und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Kulturämter verwertbar sind.

Kritik und Widersprüche sind - anders als bei der Bearbeitung von Flurbereinigungsverfahren - nicht nur zulässig, sondern erwünscht.

2. Die Ausgangssituation

Die Medien sind voll davon und in der Bevölkerung hat es sich mittlerweile herumgesprochen: die Landwirtschaft in der Bundesrepublik steckt in einer Krise.

Eine bedeutende regionale Tageszeitung veröffentlicht derzeit gar eine Artikelserie unter dem Titel "Landwirtschaft in der Krise".

Schenkt man demgegenüber einem am 28. Februar 1987 in der FAZ erschienenen Artikel Glauben, so geht es den Bauern so gut wie selten zuvor. Unter der Schlagzeile "Über den Bauern wurde ein Füllhorn ausgeschüttet" zählt der Autor mit Akribie 17 Arten direkter und indirekter Subventionen für die Landwirtschaft auf und suggeriert damit dem landwirtschaftlich unbedarften Leser, es herrsche eitel Sonnenschein in den Betrieben.

Der Wahrheit näher kommt die nüchterne Situationsbeschreibung im Geschäftsbericht 1986 der Landwirtschaftlichen Rentenbank Frankfurt/M. (S. 11): "Entgegen den Prognosen des Agrarberichtes 1986 sind die Einkommen der Landwirtschaft 1985/86 nicht wie vorhergesagt um 6 % gesunken, sondern leicht gestiegen. Je Familienarbeitskraft erwirtschafteten die Vollerwerbsbetriebe im Durchschnitt einen Gewinn in Höhe von 25.503 DM. Im Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr erzielten sie eine Gewinnsteigerung um 675 DM oder 2,7 %. Auch diese unerwartete Gewinnverbesserung reichte zum Ausgleich des Einkommenseinbruches von 1983/84 nicht aus, so daß das Ergebnis des Jahres 1985/86 immer noch um 3 % oder 779 DM unter dem 1982/83 erzielten Gewinn liegt. Im Durchschnitt der letzten Jahre sind die landwirtschaftlichen Einkommen weit hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben. Bereits 1975/76 erreichten die Gewinne in den Vollerwerbsbetrieben mit 25.263 DM beinahe das Niveau von 1985/86. Der gewerbliche Vergleichslohn ist dagegen seit Mitte der 70er Jahre um mehr als 50 % gestiegen.

Im folgenden wird darauf hingewiesen, daß der leichte Einkommensanstieg keine Trendwende markiere, sondern vielmehr auf einem deutlichen Rückgang der Energie- und Futtermittelpreise und auf Einkommenstransfer (z.B. über die Umsatzsteuer sowie durch Ausweitung der Ausgleichszulage) beruhe.

Rheinhessen als Weinbaugebiet ist jedoch nicht nur von den real sinkenden landwirtschaftlichen Einkommen, sondern zusätzlich in ganz besonderem Maße von der "Krise des Weinbaus" betroffen.

Drastische Absatzeinbußen bei Wein im Lebensmitteleinzelhandel - verursacht durch importierte und auch hausgemachte Weinskandale - führten nahezu zum Zu-

sammenbruch des Faßweinmarktes und einem Preisverfall ohnegleichen. Gerade in einem klassischen Faßweingebiet wie Rheinhessen schlägt diese Entwicklung besonders nachteilig zu Buche. Nach den Buchführungsergebnissen der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz lag der zeitraumechte Gewinn rheinhessischer Weinbaubetriebe in den Wirtschaftsjahren 1983/84 bei 4.264 DM/ha LF, 1984/85 bei 6.141 DM/ha LF und 1985/86 nur noch bei 2.426 DM/ha LF.

Die Stimmung in den Betrieben ist bei dieser Situation verständlicherweise ebenfalls auf einem Tiefpunkt angelangt, zumal eine Besserung der Lage nicht in Sicht ist.

3. Konsequenzen des Strukturwandels

Die Misere in der Landwirtschaft kann einer Behörde, deren wichtigster Ansprechpartner immer noch die Landwirte und Winzer sind, keineswegs gleichgültig sein. Sinkende Einkommen und Eigenkapitalverluste führen nämlich zu sinkender Investitionsbereitschaft; ohne entsprechende Investitionsbereitschaft aber läßt auch der Wille nach, durch Bodenordnungsmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen zu kommen.

Wenn es zusehends schwieriger wird, die Landwirtschaft vom Nutzen einer Flurbereinigung zu überzeugen, so hängt dies zwar auch mit nachlassender Investitionsneigung zusammen; wesentlichere Gründe scheinen uns jedoch in den Folgen des anhaltenden und sich in den letzten Jahren wieder beschleunigenden Wandels der Agrarstruktur zu liegen. Der Agrarbericht 1987 der Bundesregierung spricht zurückhaltend vom "agrarstrukturellen Anpassungsprozeß", während Landwirte dieselbe Tatsache unverblümt als "Bauernsterben" bezeichnen.

Im Jahre 1984 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 1,5 %, 1985 um 1,6 % und 1986 um 1,8 % verringert. Dies bedeutet in absoluten Zahlen für 1986 eine Abnahme von über 13.000 Betrieben gegenüber 1985.

3.1 Zunehmende Polarisierung

Bei Licht betrachtet stellt sich die "Krise der Landwirtschaft" als Krise der kleineren und weniger leistungsstarken Betriebe dar. Die Zahlen im Agrarbericht sprechen hier eine deutliche Sprache: Von 1985 auf 1986 nahm die Zahl der Betriebe zwischen 1 und 30 ha LF um durchschnittlich 2,4 % ab, während im gleichen Zeitraum Betriebe über 40 ha LF um 3,2 % zunahmen. Die Grenze zwischen Abstockung und Aufstockung, vor 10 Jahren noch bei 25 ha, liegt derzeit schon bei etwa 40 ha LF.

Es ist auch durchaus nicht so, daß alle landwirtschaftlichen Betriebe Ertrags- und Vermögenseinbußen hinnehmen müssen.

Hierzu stellt der Geschäftsbericht 1986 der landwirtschaftlichen Rentenbank fest (S. 18 f.): "Neben den Betrieben mit negativer Eigenkapitalveränderung gibt es zahlreiche leistungsstarke Vollerwerbsbetriebe mit positiver Ertrags- und Vermögensentwicklung. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr verzeichnete etwa ein Viertel der Betriebe (Anm. d. Verf.: Es handelt sich um Testbetriebe) eine Eigenkapitalzunahme von mehr als 600 DM je ha LF."

Immerhin hatten 56 % der Betriebe 1985/86 noch eine Zunahme des Eigenkapitals zu verzeichnen. Zwischen den "guten" und den "schlechten" Betrieben liegen Welten: 1985/86 erzielte das oberste Viertel von 33.771 Vollerwerbsbetrieben einen durchschnittlichen Unternehmensgewinn von 74.248 DM; demgegenüber mußte sich das unterste Viertel mit 2.533 DM begnügen, ein Abstand von 71.715 DM!

Es liegt auf der Hand, daß derartige Disparitäten die Solidarität unter den Landwirten nicht gerade fördern.

Wenn es nun um die Frage geht, ob in einer Gemarkung ein Bodenordnungsverfahren durchgeführt werden soll, bildet sich meist sehr schnell die Front zwischen Befürwortern und Gegnern einer solchen Zukunftsinvestition. Auslaufende Betriebe sehen keinen Sinn in der Maßnahme; stagnierende Betriebe verfolgen häufig eine "Vogel-Strauß-Politik" und meiden mangels Zukunftsperspektive jede Aktivität; die verbleibende Minderheit entwicklungsfähiger Vollerwerbsbetriebe kämpft schließlich mit dem Rücken an der Wand für eine Verbesserung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten, weil sie die Notwendigkeit erkannt haben, alle Kostensenkungspotentiale auszuschöpfen.

3.2 Die Angst des Landwirts vor dem Verpächter

Ein weiteres Problem, dem die Landeskulturbehörde in Zukunft sicher verstärkte Aufmerksamkeit widmen muß, ist der mit dem Strukturwandel ständig steigende Anteil der Pachtflächen in den Betrieben. Im Durchschnitt aller Betriebe nahm der Anteil der gepachteten Flächen von 38,9 % im Jahre 1971 auf 47,1 % im Jahre 1985 zu. Betriebe mit einer LF von 30 - 50 ha hatten 1985 bereits einen Pachtflächenanteil von 54,4 % erreicht, Betriebe mit 50 und mehr ha LF sogar 59,4 %.

Wie der Agrarbericht 1987 bemerkt, hat die landwirtschaftlich genutzte Fläche 1986 mit 0,2 % weit weniger stark abgenommen als die Zahl der Betriebe (minus 1,8 %). Die Flächen der aufgegebenen Betriebe gehen zu 90 % im Wege der Verpachtung an die verbleibenden Betriebe.

Der Not gehorchend begeben sich damit gerade die größeren Betriebe mit ihrem sehr hohen Pachtflächenanteil in eine existentielle Abhängigkeit von den Verpächtern. Naturgemäß ist den verpachtenden Eigentümern wenig daran gelegen, die Bewirtschaftungsmöglichkeit ihrer Grundstücke zu verbessern, es sei denn, anschließend ließe sich ein deutlich höherer Pachtzins erzielen.

Die Auswirkungen dieser Konstellation sind klar: Viele Landwirte wagen nicht mehr, sich offen zu einem Flurbereinigungsverfahren zu bekennen, aus Angst, es könnten ihnen Pachtflächen entzogen werden (eine Reihe von solchen Fällen ist uns tatsächlich bekannt). Dies führt mancherorts sogar so weit, daß trotz positiver Einstellung zur Flurbereinigung von Betriebsleitern Widerspruch gegen Einleitungsbeschlüsse eingelegt wird, um den Verpächtern zu demonstrieren: Seht, ich bin ja auch dagegen! Die Qualität solcher "Alibi-Widersprüche" dürfte sich allerdings einer juristischen Wertung entziehen.

Grundsätzlich bringt natürlich ein Bodenordnungsverfahren auch den Verpächtern gewisse Vorteile, wie z.B. größere, besser geformte Grundstücke und wegemäßige

Erschließung, doch sind diese eher theoretischer Natur, solange sie nicht monetär realisiert werden.

Die Bedenken vieler Bauern und Winzer, nach einer Flurbereinigung würden die Pachtpreise anziehen, sind deshalb nicht ganz unbegründet.

Wir halten es daher für dringend notwendig, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Verpächter (bei Vorliegen langfristiger Pachtverträge) von den Flurbereinigungskosten ganz oder wenigstens teilweise freigestellt werden können, um dem Kostenargument auf seiten der Nicht-Bewirtschafter die Brisanz zu nehmen.

3.3 Zunehmend schlechtere Altersstruktur

Ein weiteres Problem in der Landwirtschaft trägt mit dazu bei, daß die Neigung zu langfristigen Investitionen nachläßt, nämlich die in den letzten Jahren verschlechterte Altersstruktur. Lt. Agrarbericht waren 1985 ca. 6 % der Betriebsinhaber 65 Jahre und älter, mehr als 25 % zwischen 55 und 64 Jahre und 35 % 45 bis 54 Jahre alt.

4. Folgerungen für die Landeskulturverwaltung

Wenn diese Zustandsbeschreibung richtig ist und wenn es zutrifft, daß diese Situation wesentlich dazu beiträgt, die Einleitung von Bodenordnungsverfahren zusehends schwieriger zu machen, dann stellt sich für das Kulturred die entscheidende Frage: Was ist zu tun, um die Krise der Landwirtschaft nicht zu einer Krise der Landeskulturverwaltung werden zu lassen?

Es soll im Rahmen dieses Beitrages nicht auf die Rahmenbedingungen eingegangen werden, die die nationale und EG-weite Agrarpolitik vorgibt, obwohl diese selbstverständlich erhebliche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche "Großwetterlage" haben und eine so landwirtschaftsbezogene Verwaltung wie die unsere keineswegs unberührt lassen können.

Allein, unsere Einflußmöglichkeiten sind hier minimal, und so sollten wir uns auf Maßnahmen konzentrieren, die innerhalb des Handlungsspielraums der Landeskulturverwaltung liegen.

Ich möchte die mir wesentlich erscheinenden Punkte vorneweg zusammenfassen und mit den Stichworten "Selbstdarstellung", "Entbürokratisierung" und "Primat der Landwirtschaft" charakterisieren.

4.1 Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit

Um es vorsichtig auszudrücken: Das Image der Landeskulturbehörden in der Öffentlichkeit könnte besser sein.

Es ist hier nicht der Platz, mögliche "Sünden der Vergangenheit" aufzuzählen, die zu dem Imageverlust beigetragen haben könnten; jedenfalls steht fest, daß der Begriff "Flurbereinigung" beim Bürger, bei Umweltschützern und leider auch bei einer nicht geringen Anzahl von Landwirten negativ besetzt ist.

Selbstdarstellung fängt bereits beim Namen einer Behörde an, und hier ist festzustellen, daß die Bezeichnung "Kulturamt - Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde" nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist.

Unter "Kulturamt" stellen sich die meisten Bürger immer noch eine Behörde vor, bei der es Theaterkarten zu kaufen gibt oder sie bringen den Begriff eher mit dem Schulwesen als mit der Landwirtschaft in Verbindung; beim Lesen des Untertitels stellen sie dann fest, daß es um so "schlimme Dinge" wie die Flurbereinigung geht.

Schließlich kann sich beinahe niemand mehr - selbst viele Kulturamtsangehörige nicht - unter der Bezeichnung "Siedlungsbehörde" etwas Konkretes vorstellen. Die Aufgabe einer Behördenbezeichnung, nämlich der Öffentlichkeit einen gerafften Eindruck von der Tätigkeit dieser Behörde zu vermitteln, wird deshalb durch den jetzigen Titel verfehlt. Man sollte sich daher Gedanken machen, ob z.B. die Bezeichnung "Amt für Agrarordnung" diesen Zweck besser erfüllen könnte.

Überhaupt müßte der Begriff "Flurbereinigung" mehr und mehr durch das umfassendere Wort "Bodenordnung" ersetzt werden, das der breiten Palette bodenordnerischer Maßnahmen, die den Kulturämtern zur Verfügung steht, eher Rechnung trägt.

Als Bearbeiter agrarstruktureller Vorplanungen ist dem Verfasser auch die Bezeichnung "Agrarstrukturelle Vorplanung für Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz - AVP-Flurb" ein Dorn im Auge, und zwar aus dem Grunde, weil dieses "Etikett" den Inhalten und der Zielsetzung der AVP nicht in vollem Umfang gerecht wird. Aufgabe der AVP ist es bekanntlich auch, Möglichkeiten für andere - nicht im FlurbG aufgeführte Maßnahmen - wie z.B. Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten, einzelbetriebliche Maßnahmen oder Wirtschaftswegebau auszuloten.

Die Einschränkung auf den weithin vorurteilsbeladenen Begriff "Flurbereinigung" zu einem Zeitpunkt, in dem überhaupt noch keine Entscheidungsgrundlage für eventuelle Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG vorliegt, erschwert unnötig die Diskussion mit - nicht nur - der landwirtschaftlichen Öffentlichkeit.

Es sollte daher für die AVP eine "neutrale" Bezeichnung, wie z.B. "Vorplanung für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur", gewählt werden, abgekürzt - wie ohnehin meist in der Praxis - AVP.

Manche mögen dies nur für Kosmetik halten, die Erfahrung lehrt jedoch, daß gerade Landwirte sehr sensibel auf solche scheinbar nebensächlichen Details achten.

Insgesamt muß die Landeskulturbehörde versuchen, ihr **gesamtes** Dienstleistungsangebot, angefangen beim freiwilligen Landtausch und einzelbetrieblichen Förderungsmaßnahmen über die Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten, Wirtschaftswegebau, BZ-Verfahren bis hin zur "klassischen" Flurbereinigung, landespflegerischen Verfahren, Ortslagenbereinigung und Dorferneuerung der Landwirtschaft, den Gemeinden und der Öffentlichkeit umfassend zu präsentieren.

Die Gefahr, daß die "Flurbereinigung" alles andere überschattet, ist groß. Man erlebt immer wieder, daß nach Vorträgen bzw. Informationsgesprächen über das An-

gebot des Kulturamtes die Diskussion ausschließlich um dieses Thema kreist, obwohl vom Referenten den anderen Bereichen gleich große Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Eines steht fest: Das persönliche Gespräch mit Landwirten und Winzern ist nach wie vor die beste Methode, Vorurteile auszuräumen und Vertrauen in die Landeskulturbehörde zu wecken; es kann durch andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Artikel, Broschüren etc.) lediglich ergänzt, nicht aber ersetzt werden.

Das Kulturamt ist keine Behörde, die Kostenbescheide erläßt und sich anschließend darauf beschränken kann, den Eingang der Gelder zu überwachen, sondern ist auf eine breite Vertrauensbasis und ständigen engen Kontakt mit der landwirtschaftlichen Praxis angewiesen.

4.2 "Entbürokratisierung"

Einen entscheidenden Berührungspunkt, sozusagen die "Nahtstelle" zwischen Landwirtschaft und Landeskulturbehörde, stellt die agrarstrukturelle Vorplanung dar. Bürokratischer "Ballast" wird zwar auch im Zuge der Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren zunehmend als störend empfunden, nirgends aber ist er so hinderlich, wie gerade in der AVP, die ja nicht zuletzt die Aufgabe hat, Überzeugungsarbeit zu leisten und Vertrauen zu wecken. Nichts schreckt einen Bauern mehr ab, als das "Schreckgespenst" Bürokratie!

Es fängt schon bei der Einleitung der AVP an: ist es wirklich unabdingbar notwendig, daß diese von der oberen Flurbereinigungsbehörde in einem relativ umständlichen und zeitraubenden Verfahren angeordnet werden muß? Meines Erachtens wäre es sinnvoller, wenn das Kulturamt in eigener Zuständigkeit im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Beratungsstellen und den Landwirten Vorplanungen durchführen könnte, wobei der übliche Katalog der AVP nicht immer in vollem Umfang ausgeschöpft werden müßte.

Voraussetzung für dieses Verfahren wäre, daß die AVP tatsächlich als landwirtschaftliche Bestandsaufnahme, Dienstleistungsangebot und vertrauensbildende Maßnahme verstanden und praktiziert wird und nicht der nachträglichen Legitimation von im Grunde bereits feststehenden Bodenordnungsverfahren dient.

Es stellt sich dann weiter die Frage, ob im Rahmen einer AVP bereits die Beteiligung der anerkannten Landespflegeorganisationen erfolgen muß, wie sie nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 29. April 1985 (744-65.53/0) vorgeschrieben ist. Hier wird nach meiner Auffassung viel Zeit und Papier vergeudet zu einem Zeitpunkt, wo weder das "Ob" noch das "Wie" agrarstruktureller Maßnahmen geklärt ist. Sicher ließen sich noch mehr Beispiele für mögliche Verwaltungsvereinfachungen finden, doch lassen wir es zunächst dabei bewenden.

4.3 "Primat der Landwirtschaft"

Es ist sehr zu begrüßen, wenn im Zusammenhang mit Bodenordnungsverfahren in den letzten Jahren landespflegerische Belange verstärkt berücksichtigt wurden und jetzt sogar Flurbereinigungen ausschließlich mit Zielrichtung Landespflege bevorstehen.

Wir dürfen darüber jedoch nicht vergessen, daß agrarstrukturelle Maßnahmen in erster Linie der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft zu dienen haben, denn unsere Hauptansprechpartner auf dem Lande sind und bleiben immer noch die **Landwirte**. Wenn bei diesen das Vertrauen in Sinn und Zweck unserer Arbeit nicht mehr vorhanden ist, dann können wir, um es salopp zu formulieren, "einpacken".

Die Bauern und Winzer entwickeln - wenn auch langsam, so doch in zunehmendem Maße - Verständnis für Natur- und Umweltschutz, umweltschonendere Verfahren bei Pflanzenschutz und Düngung setzen sich mehr und mehr durch. Weitere Aufklärung auf diesem Gebiet ist nicht nur von den Kulturämtern, sondern auch von der Landwirtschaftskammer, den Bauernverbänden, der landwirtschaftlichen Beratung und nicht zuletzt von den Landespflegeorganisationen und -behörden zu leisten.

Wenn wir durch Gesprächsbereitschaft, weniger Bürokratie und Eingehen auf landwirtschaftliche Probleme erreichen können, daß Bauern und Winzern bei allen "agrarstrukturellen Nöten" spontan das Kulturamt als ideale Anlaufstelle einfällt, dann haben wir viel erreicht und können, wie ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten mit begründetem Optimismus der Zukunft der Landeskulturverwaltung entgegensehen.

LESERBRIEFE

Anmerkungen zu dem Aufsatz "Land für Dienstbarkeitswege in Bodenordnungsverfahren", abgedruckt in NLKV Heft 7 (1987), Seite 31

Bezüglich der von Poschmann behandelten Fragestellungen zu Dienstbarkeitswegen vertrete ich eine etwas andere Auffassung:

1. Ein Flächenbeitrag für Dienstbarkeitswege ist nach § 47 Abs. 1 Flurbereinigungsgesetz zulässig.

1.1 Im Regelfall sind Dienstbarkeitswege als beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde oder der Teilnehmergeinschaft auszuweisen. Dann handelt es sich um gemeinschaftliche Anlagen, für die zweifellos Flächen nach § 47 Abs. 1 Satz 1 Flurbereinigungsgesetz aufzubringen sind.

1.2 Im Ausnahmefall, wenn nur wenige Flurstücke durch eine Dienstbarkeit zu erschließen sind, kann eine Grunddienstbarkeit zugunsten dieser Grundstücke eingetragen werden. Dann ist es zweifelhaft, ob es sich um eine gemeinschaftliche Anlage handelt. Jedenfalls ist aber die Dienstbarkeit hier der Ersatz für eine gemeinschaftliche Anlage, die sonst nach § 44 Abs. 3 Satz 3 Flurbereinigungsgesetz erforderlich wäre. Deshalb kommt eine analoge Anwendung von § 47 Abs. 1 Satz 1 Flurbereinigungsgesetz in Betracht.

Rechtsgrundlage kann auch § 47 Abs. 1 Satz 2 Flurbereinigungsgesetz sein, denn der Flächenbeitrag kann für Mißformen und zum Ausgleich mäßig erhöht werden. Unter dem Begriff Ausgleich ist auch die Mehrausweisung zu subsumieren, die als Ausgleich für die Nutzungsbeschränkung infolge der Grunddienstbarkeit gewährt wird.

2. Dienstbarkeitswege verstoßen nicht gegen § 42 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz

- 2.1 Die Zuteilung von Dienstbarkeitswegen als gemeinschaftliche Anlagen an die Teilnehmergeinschaft zu Eigentum ist möglich, wenn es sich z.B. um einen befestigten Weg handelt und damit im Sinne des § 95 BGB um ein Gebäude oder anderes Werk, das in Ausübung eines Rechts an einem fremden Grundstück von dem Berechtigten mit dem Grundstück verbunden worden ist. Dann handelt es sich um einen Scheinbestandteil des Grundstückes, an dem Eigentum unabhängig vom Grundstückseigentum möglich ist.
- 2.2 Ein Dienstbarkeitsweg als gemeinschaftliche Anlage muß nicht der Teilnehmergeinschaft zu Eigentum zugewiesen werden. Der Flurbereinigungsplan kann etwas anderes bestimmen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb der Teilnehmergeinschaft oder der Gemeinde statt des Eigentums nicht die Dienstbarkeit, die einen Ausschnitt aus dem Eigentumsrecht darstellt, zugewiesen werden kann. Die nicht unbedingt wünschenswerte Zuteilung einer gemeinschaftlichen Anlage an verschiedene einzelne Teilnehmer erfolgt damit nicht. Denn durch die Dienstbarkeit wird das Recht, die Fläche als Weg zu benutzen, aus dem Eigentum der Grundstückseigentümer sozusagen herausgetrennt.
- 2.3 Bei einem Dienstbarkeitsweg, der als Grunddienstbarkeit zugunsten weniger berechtigter Grundstücke ausgewiesen wird, dürfte es sich nicht um eine gemeinschaftliche Anlage handeln, so daß § 42 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz nicht greift. Die Unterhaltung obliegt im Regelfall dem Berechtigten (§ 1020 BGB).

3. Es hängt von der tatsächlichen Nutzungsbeschränkung durch die Dienstbarkeit ab, ob die von dem Dienstbarkeitsweg in Anspruch genommene Fläche dem Eigentümer ganz oder nur teilweise ohne Anrechnung auf den Abfindungsanspruch als Mehrausweisung zuzuweisen ist.

Handelt es sich um einen Weg zur Erschließung von Ackergrundstücken, der über ein Ackergrundstück führt, ist eine unentgeltliche Mehrausweisung in vollem Umfang berechtigt, nicht jedoch, wenn es sich um ein Wegerecht zur Holzabfuhr im Winter über ein Grünlandgrundstück handelt.

In den meisten Fällen wird die Fläche des Dienstbarkeitsweges voll durch den Flächenabzug aufzubringen sein. Selbst dann sind die Grundstückseigentümer oft mit einer Dienstbarkeit nicht einverstanden, weil sie den Nachteil einer Belastung ihres Grundstückes durch die unentgeltlich erhaltene Eigentumsposition an der Wegefläche aufgrund der zweifelhaften Nutzungsmöglichkeit nicht als ausgeglichen ansehen.

Ein Geldausgleich für die Belastung mit einer Dienstbarkeit ist wegen der Verpflichtung zur Abfindung mit Land von gleichem Wert grundsätzlich nur einvernehmlich möglich.

4. Fazit

Die vorgeschlagene landeseinheitliche Regelung, wonach für die Fläche von Dienstbarkeitswegen ein Landabzug nach § 47 Abs. 1 FlurbG unterbleibt und die betreffenden Teilnehmer lediglich angemessen zu entschädigen sind, ist nicht angebracht.

Gernot Schauß

AUS DER RECHTSPRECHUNG

AUS DEN ENTSCHEIDUNGEN DES FLURBEREINIGUNGSGERICHTS KOBLENZ

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

1. Erforderliche Breite von Zufahrten zu Baugrundstücken

- Flurbereinigungsgericht Koblenz - Urteil vom 10.12.1986 - 9 C 8/86 -

Aus den Gründen:

Entgegen der Auffassung der Kläger ist die Bebaubarkeit des Abfindungsflurstückes Flur 6 Nr. 134 auch nicht dadurch in Frage gestellt, daß seine - private - Zufahrt zur Gemeindestraße "Brunnenstraße" lediglich eine Breite von 3,30 m aufweist. Über die erforderliche Breite von Zufahrten für die Erschließung von Baugrundstücken enthält die Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz ebenso wenig Vorschriften wie die Bauordnungen anderer Länder. Die Breite des "eigenen Zugangs" muß jedenfalls entsprechend der gesetzlichen Regelung des § 16 Abs. 1 Satz 1 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 27. Februar 1974 (GVBl I S. 53) in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1982 (GVBl S. 264) so beschaffen sein, daß der Einsatz von öffentlichen Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten ohne Schwierigkeiten möglich ist. Der Einsatz von solchen Geräten ist bereits dann durchführbar, wenn die Breite der Grundstückszufahrt nicht weniger als 3,25 m beträgt, sofern auf ihr kein regelmäßiger Kraftfahrzeugverkehr stattfindet (vgl. Beschluß des erkennenden Gerichts vom 29. November 1982 - 1 B 59/82 - sowie Bonin, LBauO Rh-Pf, 1981 Anm. I zu § 16). Im vorliegenden Fall besteht keine Veranlassung, höhere Anforderungen an die Breite der Grundstückszufahrt zu stellen, zumal sie insgesamt nur 9 bis 11 m lang ist und sie sich bereits nach 3 m, von der öffentlichen Gemeindestraße her gesehen, von 3,30 m auf 4 m verbreitert. Unter diesen Umständen sind daher Schwierigkeiten bei dem Einsatz von Brandbekämpfungs- und Rettungsgeräten in Notfällen nicht zu

erwarten. Eine andere Beurteilung wird sich auch nicht aus den Bestimmungen des § 6 der neuen Landesbauordnung Rheinland-Pfalz vom 28. November 1986 ergeben. Durch die neue Grundstücksgestaltung in der Flurbereinigung ist das Grundstück der Kläger daher keinesfalls in der Weise verschlechtert worden, daß es einer Bebauung nun nicht mehr zugänglich wäre.

Anmerkung:

In Flurbereinigungsverfahren müssen die Grundstücke durch Wege zugänglich gemacht werden (§ 44 Abs. 3 S. 3 FlurbG). Dazu genügt nicht, daß ein Grundstück an einen Weg angrenzt. Vielmehr muß auch die tatsächliche Zufahrt möglich sein. Im vorliegenden Fall handelt es sich nicht um die Zufahrt zu einem landwirtschaftlichen Betrieb sondern zu einer Metzgerei.

2. Grenzverlauf und Bauwich

Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 10.12.1986 - 9 C 47/85 -

Aus den Gründen:

Ebensowenig ist der Einwand des Klägers begründet, durch die neue Grenzziehung werde der gesetzlich vorgeschriebene Bauwich von 3 m nicht mehr gewahrt. Richtig ist zwar, daß nach § 17 Abs. 1 und 3 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz vom 27. Februar 1974 (GVBl. S. 53) in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1982 (GVBl. S. 264) jedes Geschoß eines oberirdischen Gebäudes einen seiner Höhenlage entsprechenden Mindestabstand von den Grundstücksgrenzen einhalten muß, der mindestens 3 m beträgt. Im vorliegenden Fall kann die Frage auf sich beruhen, ob dieser Mindestabstand in dem Zeitpunkt gewahrt war, in welchem dem Kläger die bauaufsichtliche Genehmigung für sein Wohnhaus erteilt wurde. Begründete Zweifel daran ergeben sich nämlich aus dem Umstand, daß die Grenze im nord-westlichen Bereich zum Haus kaum geändert worden ist und der derzeit feststellbare Abstand zwischen dem genannten Gebäude zur nord-westlichen Grenze hin mindestens 2,60 m beträgt. Letztlich kommt es jedoch auf die Wahrung des Bauwichts für die Frage der wertgleichen Landabfindung nicht an, da die Bestimmungen über die Einhaltung des Bauwichts in erster Linie im Interesse des jeweiligen Nachbarn erlassen worden sind. Die Beigeladene zu 2) hat aber keinen Widerspruch etwa gegen die Grenzziehung zwischen ihrem Grundstück und dem des Klägers eingelegt mit der Begründung, daß durch die Grundstücksneugestaltung den Schutzbestimmungen des Bauordnungsrechts die tatsächliche Grundlage entzogen worden sei. Steht die genannte Grundstücksgrenze für die Beigeladene zu 2) und deren Rechtsnachfolger somit unanfechtbar fest, so braucht der Kläger auch in dieser Hinsicht keine entsprechenden Einwendungen des Eigentümers des Nachbargrundstücks mehr zu gewärtigen.

Anmerkung:

Im Regelfall sollte der Bauwich bei der Abgrenzung beachtet werden. Es ist auch auf das Urteil des Flurbereinigungsgerichtes München vom 2. Juni 1981 - 13 A - 1594/79 - = RzF 45 I S. 85 = RdL 1981 S. 293 zu verweisen, wonach die vom Bauordnungsrecht vorausgesetzte Abstandsfläche der Gebäudefläche i.S. des § 45 Abs. 1 FlurbG zuzurechnen ist.

3. Festlegung der Grenze im Bereich einer Hecke bei der Neuausweisung im Flurbereinigungsplan

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 10.12.1986 - 9 C 47/85 -

Aus den Gründen:

Die Forderung des Klägers, die nordwestliche Grenze so zu verlegen, daß sie etwa in oder unmittelbar an der vorhandenen Buchenhecke verläuft, ist nicht begründet. Zunächst ist hier festzustellen, daß sich diese Buchenhecke nach der neuen Grenzziehung unzweifelhaft auf dem Grundbesitz der Beigeladenen zu 2) befindet. Weiterhin kann nach den dem Gericht vorliegenden Kartenunterlagen davon ausgegangen werden, daß die neu gezogene Grenze zwischen den Grundstücken Nrn. 155 und 157 in unmittelbarer Nähe der genannten Buchenhecke entlang verläuft. Für die Beurteilung der Frage, ob der hier streitige Grenzverlauf zweckmäßig vorgenommen worden ist oder nicht, muß berücksichtigt werden, daß es sich bei einer Hecke um einen "lebenden Zaun" handelt, der nach Wachstumsstand und jahreszeitlicher Vegetation eine gewisse Ausdehnung erfährt. Eine Grenzziehung auf der Linie der gepflanzten Stämme scheidet deshalb aus. Ebenso wenig kommt eine Grenzziehung in knapp bemessenem Abstand von den Stämmen der Buchensträucher in Betracht, da dies ein Überwachsen der Zweige auf das Nachbargrundstück zur Folge hätte, was zu nachbarrechtlichen Streitigkeiten führen könnte. Es ist deshalb nicht zu beanstanden, wenn der Beklagte den Grenzverlauf entlang der vorhandenen nachbarlichen Buchenhecke so festlegt, daß ein natürliches Wachstum dieses "lebenden Zaunes" auf dem Grundstück der Beigeladenen zu 2) stattfinden kann. Das schließt selbstverständlich die Verpflichtung der Beigeladenen zu 2) nicht aus, das Strauchwerk ordnungsgemäß zu schneiden und seinen Wuchs damit in ordnungsgemäßen Grenzen zu halten.

Anmerkung:

Der Kläger rügte einen unzweckmäßigen Grenzverlauf im Bereich einer Hecke und forderte, die neue Grenze durch die Hecke zu legen.

Wo die Grenze vor der Flurbereinigung verlief, war für die Entscheidung des Gerichts nicht maßgeblich.

4. Zur Klagebefugnis der Teilnehmergeinschaft gegen die Planfeststellung nach § 41 FlurbG

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 17.07.1987 - 9 C 1/87 -

Aus den Gründen:

Nach § 18 Abs. 1 Satz 1 FlurbG nimmt zwar die Teilnehmergeinschaft die "gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer" wahr. Mit dieser allgemeinen Aussage wird jedoch ihre Rechtsstellung im Flurbereinigungsverfahren nicht abschließend und erschöpfend umschrieben. Die Rechtsstellung der Teilnehmergeinschaft ergibt sich vielmehr, wie schon die an den Satz 1 anknüpfenden Sätze 2 und 3 im Abs. 1 des § 18 FlurbG erkennen lassen, aus den jeweils speziel-

len Bestimmungen des Flurbereinigungsgesetzes. Im übrigen steht ihr nach § 25 Abs. 2 FlurbG bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes lediglich ein Mitwirkungsrecht in Form der Anhörung zu, sofern es sich hierbei um "wichtige gemeinschaftliche Angelegenheiten" handelt. An der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes wirkt die Teilnehmergeinschaft demgegenüber in verstärkter Form insoweit mit, als nach § 41 Abs. 1 der genannte Plan im Benehmen mit ihr aufzustellen ist. Eine weitergehende Rechtsposition ist der Teilnehmergeinschaft bei der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes und des Flurbereinigungsplanes im Flurbereinigungsgesetz indessen nicht eingeräumt. Infolgedessen kann nicht davon ausgegangen werden, daß das Flurbereinigungsgesetz der Teilnehmergeinschaft allgemein eine rechtlich geschützte Position verleiht, aus der ihre Klagebefugnis zur Anfechtung des Wege- und Gewässerplanes oder des Flurbereinigungsplanes hergeleitet werden könnte. Von daher gesehen ist der Hinweis der Klägerin unbeachtlich, sie wahre die Belange der Teilnehmer insoweit, als sie sich mit der hier erhobenen Anfechtungsklage gegen einen erhöhten Landabzug wende. Denn die Frage, für welche Zwecke und in welcher Höhe ein Landabzug nach den §§ 40, 47 FlurbG vorgenommen und damit dem einzelnen Flurbereinigungsteilnehmer angelastet wird, ist Regelungsgegenstand des Flurbereinigungsplanes und kann somit von jedem einzelnen Flurbereinigungsteilnehmer einer ausreichenden Rechtskontrolle zugeführt werden.

Die Teilnehmergeinschaft ist jedoch unabhängig von ihrer allgemeinen Rechtsstellung im Flurbereinigungsverfahren immer dann klagebefugt, wenn ihr im Flurbereinigungsgesetz eine besondere Rechtsstellung zugewiesen worden ist. Dies gilt vor allem für die ihr übertragene Rechtsposition als Ausbau- und Unterhaltungsträgerin von gemeinschaftlichen Anlagen (§§ 18 Abs. 1 Satz 2, 42 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 FlurbG). Eine derartige Rechtsposition vermag die Klägerin indessen im vorliegenden Fall nicht geltend zu machen. Denn die ausgewiesenen Krautstreifen sind, wie der Vertreter des Beklagten in der mündlichen Verhandlung unwidersprochen dargelegt hat, unmittelbar in das Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz - Landesforstverwaltung - überführt worden, nicht hingegen sind sie - auch nicht etwa nur zwischenzeitlich - der Klägerin zugeteilt worden.

Damit kommt eine eventuelle Trägerschaft für die Teilnehmergeinschaft nicht in Betracht. Die auf die Forstverwaltung ausgewiesenen Krautstreifen charakterisieren sich zudem auch nicht als gemeinschaftliche Anlagen im Sinne des § 39 Abs. 1 FlurbG. Denn gemeinschaftliche Anlagen nach dieser Bestimmung kennzeichnen sich dadurch, daß sie der gemeinschaftlichen Benutzung durch die Teilnehmer oder einem gemeinschaftlichen Interesse dieses Personenkreises dienen. Das kann hier jedoch nicht angenommen werden, da die genannten Grundflächen im Interesse der Erhaltung einer seltenen Tier- und Pflanzenwelt ausgewiesen wurden und sie sich daher nicht als gemeinschaftliche, sondern als öffentliche Anlagen darstellen.

Anmerkung

Durch einen ergänzenden Planfeststellungsbeschluß wurden in einem Flurbereinigungsverfahren 4 m breite gewässerbegleitende Krautstreifen mit einer Gesamtfläche von ca. 24 Ar ausgewiesen, die dem Land Rheinland-Pfalz - Forstverwaltung - zugewiesen werden sollen.

Die Klage der Teilnehmergeinschaft, die auf Formfehler des Anhörungsverfahrens gestützt war und Abwägungsfehler rügte, wurde als unzulässig zurückgewiesen (zur Klagebefugnis der Teilnehmergeinschaft vgl. auch Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 01.04.1970 - 3 C 75/69 - = RzF 18 I S. 9, Flurbereinigungsgericht München, Urteil vom 10.05.1972 - 42 XII 71 - = RzF 18 II S. 3, Flurbereinigungsgericht Kassel, Urteil vom 30.01.1973 - III F 315/69 - = RzF 10 Nr. 1 S. 5).

5. Zur Bewertung eines Grundstücks, das seit mehr als acht Jahren nicht mehr mit Rebstöcken bepflanzt ist.

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 17. Juli 1987 - 9 C 5/86 -

Aus den Gründen:

Der Kläger hat keinen Rechtsanspruch darauf, daß ein Flächenanteil der genannten Parzellen Nr. 301/1 und 304 im Umfang von 7,07 a in die Nutzungsart Weingarten eingestuft wird. Denn er hat keine Umstände dargelegt und glaubhaft gemacht, aus denen auf sein Recht, die genannte Fläche mit Reben zu bepflanzen, geschlossen werden könnte. Im Gegenteil hat er selbst eingeräumt, daß die genannte Fläche schon vor der Flurbereinigung, die durch Beschluß vom 12. Dezember 1979 eingeleitet worden ist, nicht mehr als Rebland bewirtschaftet wurde. Nach der übereinstimmenden Darstellung der Prozeßbeteiligten besteht der - im Streit befindliche - Flächenanteil der Einlageparzellen zusammen mit den angrenzenden Grundstücken aus einem Nordhang, der seit längerer Zeit brachliegt. Auf den genannten Grundflächen hat sich infolgedessen Gestrüpp, bestehend aus Dornen, Schlehen und Birken, entwickelt, so daß dieses Gelände nicht mehr als Weinberg angesehen werden kann. Unter diesen Umständen kommt auch ein Recht des Klägers auf Wiederbepflanzung seines Grundbesitzes mit Reben offensichtlich nicht in Betracht. Nach den § 1 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet der Weinwirtschaft - Weinwirtschaftsgesetz - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 1980 (BGBl I S. 1665) - geändert durch Gesetz vom 27. August 1982 (BGBl I S. 1177) - beantwortet sich die Frage, ob ein Recht auf Wiederbepflanzung mit Reben besteht, nach den Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften. Gemäß Art. 7 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 84 vom 27. März 1987) ist die Wiederbepflanzung mit Reben nur zulässig, wenn sie den festgelegten Qualitätsvoraussetzungen entspricht und im Laufe von 8 Wirtschaftsjahren seit dem Jahr der ordnungsgemäß gemeldeten Rodung vorgenommen wird. Es braucht hier nicht näher erörtert zu werden, ob die strittigen Teilflächen der Einlageparzellen den festgesetzten Qualitätsvoraussetzungen entsprechen. Jedenfalls liegen die sonstigen Voraussetzungen dieser Bestimmung nicht vor, da auf den genannten Grundflächen seit mehr als acht Jahren kein Weinbau mehr betrieben wird.

Eine Neuanpflanzung mit Reben nach § 4 des Weinwirtschaftsgesetzes ist ebenfalls unzulässig, da eine solche Maßnahme nach Art. 6 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 bis zum 31. August 1990 untersagt wird. Die Ausnahmebestimmung für Rebenneuanpflanzungen in Flurbereinigungsverfahren nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 des Weinwirtschaftsgesetzes in Verbindung mit Art. 6 Abs. 2 der genannten EWG-Verordnung kann im vorliegenden Fall nicht herangezogen

werden, da das weinbauwürdige Gebiet im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens durch Bescheid der Bezirksregierung Koblenz vom 11. Dezember 1978 bestandskräftig so abgegrenzt worden ist, daß die Einlageparzellen des Klägers nur mit einem Anteil von 1,03 a mit der Nutzungsart Weingarten anerkannt worden sind. Aufgrund all dieser Umstände hat die Flurbereinigungsbehörde den überwiegenden Anteil der Parzellen zu Recht nicht als Weingarten, sondern als sonstige landwirtschaftliche Nutzfläche eingestuft. Gegen die Einordnung dieses Grundbesitzes in die Bonitätsklasse Hutung II bestehen auch keine Bedenken, da er, wie bereits oben dargelegt, einer Hanglage angehört und zudem seit längerer Zeit brachliegt und infolgedessen mit Gestrüpp bewachsen ist.

Anmerkung:

Die strittige Fläche von 7,07 a war früher einmal mit Reben bepflanzt und ist zu Recht in Hutungsklasse II bewertet worden, nachdem sie seit mehr als 8 Jahren brach und außerhalb des im Dezember 1978 anerkannten Weinbergsgebietes liegt. Eine Bewertung als "Weingarten" hätte nur dann erfolgen dürfen, wenn die Fläche im Zeitpunkt der Bewertung noch mit Reben bestockt gewesen wäre.

6. Zur Auslegung des Begriffs "Hofffläche" i. S. des § 45 Abs. 1 Nr. 1

- Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 17.07.1987 - 9 C 14/86 -

Aus den Gründen:

Hoffflächen sind nur solche Grundstücksteile, die in räumlichem Zusammenhang mit den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden stehen und dauernd dazu bestimmt sind, der Betriebsführung einer Hofstelle oder eines nichtlandwirtschaftlichen Anwesens zu dienen (Seehusen-Schwede-Schwantag, FlurbG, 4. Aufl., Rdziff. 8 zu § 45). Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Die von den Klägern dem Gericht überreichten Lichtbilder lassen nämlich erkennen, daß sich die zugunsten der Beigeladenen zu 1) abgetrennte Grundfläche als Gartenfläche darstellt. Sie ist mit Rasen und Ziersträuchern bewachsen und dient auch zu einem Teil, wie die Kläger angeben, den Erholungszwecken der Hausbewohner. Im übrigen wird sie zum Trocknen der Wäsche benutzt. Die auf ihr angebrachten Pfosten zum Aufspannen von Wäscheleinen geben ihr nicht den Charakter einer Hofffläche in dem oben genannten Sinne. Unter diesen Umständen kann daher auch eine Verletzung des § 45 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG nicht in Betracht kommen.

AUS DEN ENTSCHEIDUNGEN DES VERWALTUNGSGERICHTES MAINZ

von Ministerialrat Günter Emig, Mainz

Die Umwandlung von Brachland in landwirtschaftlich genutzte Fläche kann - je nach den Umständen des Einzelfalles - den Tatbestand eines Eingriffs in Natur und Landschaft erfüllen, Urteil vom 13.02.1987 - 2 K 134/86 - (nicht rechtskräftig)

Der Kläger ist Eigentümer eines 3.000 m² großen Grundstücks in der Gemarkung S., welches er im Frühjahr 1985 erworben hat. Etwa 2.250 m² sind Weinbergsgelände, die restliche Fläche ist sogenanntes Unland. Das Grundstück wird mindestens seit 1980 nicht mehr weinbaulich genutzt. Der nördliche Teil des Grundstücks in einer Tiefe von etwa 20 m war auch früher nicht mit Weinreben bepflanzt und weist derzeit Sträucherbewuchs auf. Dieser Teil entspricht in etwa dem Unlandanteil des Grundstücks. Nach Erwerb des Grundstücks begann der Kläger im Frühjahr 1985 mit Rodungsarbeiten, wobei er Busch- und Heckenbestände sowie noch vorhandene Weinstöcke entfernte.

Mit Verfügung vom 7. August 1985 wurde dem Kläger seitens des Beklagten das beabsichtigte weitere Umbrechen und die Wiederbestockung des Grundstücks mit Weinreben untersagt, weil es sich dabei um einen Eingriff in Natur und Landschaft i. S. des Landespflegegesetzes handele. Sein hiergegen eingelegter Widerspruch blieb erfolglos. Gegen den Widerspruchsbescheid erhob der Kläger beim Verwaltungsgericht Klage. Er machte geltend, die Wiederbewirtschaftung des brachliegenden Geländes sei nicht als Eingriff in Natur und Landschaft i. S. des Landespflegegesetzes anzusehen. Jedenfalls aber hielten sich die von ihm beabsichtigten Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung und könnten auch von daher nicht untersagt werden. Die landwirtschaftliche Nutzung des betreffenden Geländes sei nämlich nie aufgegeben worden, sondern während der Zeit der Nichtbewirtschaftung als ordnungsgemäße Brache fortgeführt worden. Die Klage hatte zum überwiegenden Teil Erfolg.

Aus den Gründen:

Die angefochtene landespflegerische Verfügung erweist sich als rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO), soweit ihm aufgegeben wurde, weitere Kultivierungsmaßnahmen auf dem unteren Teil seines Grundstücks - also mit Ausnahme eines Grundstücksstreifens im nördlichen Bereich in einer Tiefe von 20 m - zu unterlassen.

Nach § 4 Abs. 1 Satz 1 LPflG sind Eingriffe in Natur und Landschaft, die Veränderung der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können. Damit ist aber ausgeschlossen, daß schlechthin jede Veränderung der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen als Eingriff in diesem Sinne zu behandeln ist. Die Veränderung muß vielmehr eine erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung von Naturhaushalt oder Landschaftsbild nach sich ziehen können.

Insoweit kann zunächst keinen Zweifeln unterliegen, daß die Umwandlung von Brachland in landwirtschaftlich genutzte Fläche eine Veränderung der Gestalt und auch der Nutzung von Grundflächen darstellt. Davon, daß die Rekultivierung von Brachflächen weiterhin jedenfalls die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes beeinträchtigen kann, geht die Kammer ebenfalls aus. Mit Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes ist bei verständiger Würdigung dessen Funktionsfähigkeit gemeint. Ob diese vorliegend beeinträchtigt sein kann, läßt sich nur anhand der heute anerkannten ökologischen Bedeutung von Brachflächen beantworten. Insoweit ist angesichts der weitverbreiteten landwirtschaftlichen Nutzung im Rahmen von Monokulturen ein hoher ökologischer Wert von Brachflächen anerkannt, wobei etwa der Schutz vor Bodenerosionen und ganz besonders die Erhaltung von Lebensräumen für wildlebende Tiere und Pflanzen zu nennen ist (vgl. hierzu z.B. Emig "Ist die Umwandlung einer "verwilderten" Brachfläche in eine landwirtschaftlich oder weinbaulich genutzte Fläche ein Eingriff in Natur und Landschaft nach § 4 LPflG?" in Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung (NLKV) Heft 5 (1986) Seite 50 ff. m.w.N.). Aus dem Gesagten folgt mithin, daß jede Umwandlung von Brachland in landwirtschaftlich genutzte Fläche die günstigen Auswirkungen der Brache entfallen läßt und somit die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes beeinträchtigen kann.

Die Kammer ist indes weiter zu der Überzeugung gelangt, daß für die vorliegend zu beurteilende Rekultivierung des größten Teils des klägerischen Grundstücks die Gefahr einer **erheblichen** oder **nachhaltigen** Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts aufgrund der konkreten Umstände nicht besteht.

Zwar ist nach alldem von einer grundsätzlichen ökologischen Wichtigkeit von Brachflächen für den Naturhaushalt ganz allgemein auszugehen. Dies kann aber rechtlich nicht zu dem Ergebnis führen, jede Kultivierung von Brachflächen unabhängig von ihrer jeweiligen Beschaffenheit und Umgebung bereits als nachhaltigen Eingriff i. S. des Landespflegegesetzes anzusehen. Vielmehr bedarf die in Frage stehende Fläche einer konkreten Bewertung. Insoweit bieten sich verschiedene Gesichtspunkte an, die gegeneinander abzuwägen sind, wie etwa die Größe der Brachfläche, die Dauer der Brache, Bewuchs, Vorkommen seltener Tier- und Pflanzenarten, die Funktion der Brache als Vernetzungselement mit anderen Brachflächen sowie Nutzungsart/Intensität benachbarter Flächen.

Eine Beurteilung des klägerischen Grundstücks anhand dieser Punkte ergibt zunächst, daß ein Vorkommen besonders geschützter, seltener oder vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten nicht angenommen werden kann (wird näher ausgeführt). Auch die bisherige Dauer der Brache von etwa 5 Jahren ist nicht geeignet, eine besondere Schutzwürdigkeit zu begründen. Für die Frage, wann Brachland allein aufgrund des sich entwickelnden Bewuchses und der Ansiedlung von Tieren den Schutz als Biotop für sich beanspruchen kann, lassen sich zunächst keine allgemeingültigen zeitlichen Grenzen bilden. Die Kammer ist jedoch der Ansicht, daß ein Zeitraum von etwa 5 Jahren Weinbergbrache noch nicht als derart lang angesehen werden kann, daß der Schutz der bis dahin entstandenen Natur allein wegen des Zeitablaufs überwiegt.

Bezüglich des nördlichen Teils des Grundstücks in einer Tiefe von 20 m ist die Kammer trotz der eben dargelegten Umstände hingegen zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Rodung bzw. Wiederbestockung hier einen erheblichen und nachhaltigen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt und deshalb zu unterbleiben hat. Zwar

handelt es sich hierbei um einen verhältnismäßig kleinen Grundstücksteil. Entscheidend für die Kammer ist hier jedoch die Tatsache, daß es sich bei diesem Streifen des Grundstücks um Umland, d. h. um noch nie weinbaulich genutzten Grund und Boden handelt. Hier konnte sich die Natur schon immer unbeeinflusst entwickeln, soweit dies in nächster Nähe von intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen überhaupt möglich ist. Rodungsmaßnahmen in einer derartigen Situation aber sieht die Kammer als erheblichen und nachhaltigen Eingriff in den Naturhaushalt i. S. § 4 Abs. 1 Satz 1 LPflG an, weshalb die Klage insoweit abzuweisen war.

AUS DER PRAXIS DER SPRUCHSTELLE FÜR FLURBEREINIGUNG

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

1. Wesentliche Veränderung einer geschlossenen Waldfläche von mehr als 3 ha Größe (§ 85 Nr. 7 FlurbG)

Bei der Einbeziehung von Waldflächen in das Flurbereinigungsverfahren und der Abfindungsgestaltung im Flurbereinigungsplan werden gelegentlich die Vorschriften des § 85 FlurbG nicht ausreichend beachtet.

So wurde in einem Fall nicht erkannt, was eine wesentliche Veränderung einer geschlossenen Waldfläche von mehr als 3 ha ist. Die Flurbereinigungsbehörde war der Meinung, eine wesentliche Veränderung liege nicht vor, wenn aus einer etwa 9 ha großen Waldfläche weniger als 3 ha abgetrennt und an anderer Stelle ausgewiesen werden. Folglich hat sie zur Abtrennung einer etwa 2,6 ha großen Waldfläche aus einer wesentlich größeren geschlossenen Waldfläche weder die Zustimmung des Eigentümers noch der Forstaufsichtsbehörde eingeholt. Diese Auffassung widerspricht dem geltenden Recht. Der Gesetzgeber will in § 85 Nr. 7 FlurbG eine Waldfläche ab einer bestimmten Größe (mehr als 3 ha) besonders schützen und eine nicht unerhebliche Änderung von der Zustimmung des Eigentümers **oder** der Forstaufsichtsbehörde abhängig machen. Verweigert der Eigentümer die Zustimmung, so kann sie durch die Zustimmung der Forstaufsichtsbehörde ersetzt werden (vgl. hierzu Schwantag in Seehusen-Schwede Flurbereinigungsgesetz Kom. 4. Auflage 1985 § 85 Rd.Nr. 12, Quadflieg, Recht der Flurbereinigung § 85 FlurbG Rd.Nr. 56 ff, sowie Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 04.07.1985 - 5 C 7.82 - = RzF 65 S. 61).

2. Geldausgleiche für Leitungen?

Bei den von den Kulturämtern der Spruchstelle für Flurbereinigung vorgelegten Widersprüchen wird häufig festgestellt, daß für die Belastung der Abfindungsgrundstücke mit Leitungsrechten lediglich Geldausgleiche festgesetzt worden sind.

Die Widersprüche richten sich dann überwiegend gegen die Höhe dieser Geldausgleiche.

Hierzu ist auf folgendes hinzuweisen:

Teilweise wird ein Geldausgleich für Nachteile durch Leitungen für zulässig gehalten (vgl. Weiß, Wertermittlung von Fernleitungsdienstbarkeiten, RdL 1979 S. 143 und Steuer, Kom. zum FlurbG, 2. Aufl. 1967 § 49 Anm. 9).

Eine Rechtsgrundlage dafür ist jedoch nicht ersichtlich. Ein Geldausgleich kommt allenfalls für unvermeidbare Mehr- und Minderausweisungen in Land in Betracht (vgl. Seehusen-Schwede, FlurbG 4. Aufl. 1985 § 44 Anm. 3 und 8).

Grundsätzlich sind Nachteile der Grundstücke durch Leitungen bei der Wertermittlung zu berücksichtigen, so daß bei der Landabfindung der Ausgleich auch in Land erfolgen kann. Sind die durch Leitungen - insbesondere Strommaste - bedingten Nachteile bei der Wertermittlung nicht berücksichtigt worden, ist dem Landempfänger von Grundstücken mit derartigen Belastungen - soweit bei seinen Einlageflurstücken diese nicht bestanden - grundsätzlich ein Ausgleich in Land zu gewähren. (Vgl. auch MfLWuF, Erlaß vom 29.05.1962, Behandlung von Starkstromleitungen in der Flurbereinigung, Wertermittlung in der Flurbereinigung, Empfehlungen der ArgeFlurb 1982, Ziffer 2.623.

sowie Flurbereinigungsgericht Münster, Urteil vom 09.11.1971 - G IX 35/69 - = RzF 44 II S. 69

und BVerwG, Urteil vom 15.12.1977 - 9 C 46.76 = BVerwGE 55, 143 = RzF 44 I S. 186.1 s. a. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 03.02.1976 -X 521/73 - = RdL 1977 S. 72).

Berichtigung

In dem im Nachrichtenblatt Heft 7, Seite 82, abgedruckten Beitrag "Bewirtschaftungsschwernisse durch landespflegerische Anlagen" sind zwei Druckfehler unterlaufen (berichtigte Wortteile fett gedruckt).

Die beiden letzten Absätze lauten richtig wie folgt:

"Da es sich um einen dauernden Nachteil handelt, kommt ein Geld**ausgleich** nicht in Betracht.

Ein angemessener Land**ausgleich** für die eventuellen Bewirtschaftungsnachteile durch angrenzende Landespflegeanlagen trägt dazu bei, daß diese akzeptiert werden und bei der Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücke keinen Schaden nehmen."

Die Schriftleitung

BUCHBESPRECHUNGEN

DIE UMWELT IST UNS ANVERTRAUT

Verfasser: Professor Dr. Martin Rock, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
(Fachbereich Katholische Theologie - Sozialethik)

Vertrieb: Matthias-Grünwald Verlag, Mainz 1987, 123 Seiten, 20,-- DM

In der Reihe "Sachbücher zu Fragen des christlichen Glaubens" geht der Verfasser der Frage nach, wie das Umweltbewußtsein für die Zukunft lebendig gehalten werden kann und ob es genügt, daß wir naturwissenschaftliche Möglichkeiten und politische Einschätzungen zum Kriterium des sachgerechten Handelns machen oder ob weitere Überlegungen hinzu kommen müssen. Er bejaht dies, indem er feststellt, daß Umweltschutz beim persönlichen Verhältnis zur Natur beginnen muß. Dabei geht es - so der Verfasser - nicht um einen vordergründigen Verhaltenskodex, sondern um die Bereitschaft, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und in verantwortliches Handeln umzusetzen.

An konkreten Beispielen zeigt Martin Rock, welche Wege zu mehr Umweltbewußtsein führen können. Zunächst beleuchtet er im Kapitel "Krise der Umwelt" die tieferen Gründe für diese Krisensituation, die er als eine "Innenweltkrise" der Menschen qualifiziert, die sich vielfach als eine "ökologische Desorientierung" äußere. In drei folgenden Abschnitten "Theologie der Umwelt", "Ästhetik der Umwelt" und "Ethik der Umwelt" entwickelt Martin Rock Prinzipien eines ökologischen Ethos, welches er nach den vier Kardinaltugenden

- Klugheit,
- Gerechtigkeit,
- Tapferkeit und
- Mäßigkeit

ausrichtet.

"Klugheit" bedeutet in diesem Zusammenhang nach Rock die Einsicht, daß Umweltschutz für die Zukunft der Menschheit notwendig ist. Zur "Gerechtigkeit" gehört nach seinem Verständnis das Recht auf atembare Luft und trinkbares Wasser sowie schöne, unverletzte Landschaft. Ohne "Tapferkeit" fehlt der Mut, das ökologische Problem ernsthaft anzupacken und schließlich "Mäßigkeit" befähigt nach Rock zu einem Lebensstil, der die Natur nicht rücksichtslos "übernutzt" und ausbeutet. Zur Entlastung der Umwelt könne (und müsse) sowohl der einzelne als auch die Gemeinschaft (Familie, Wohngemeinschaft, Kirchengemeinde) einen entscheidenden Beitrag leisten.

Neben vielen Anstößen zur persönlichen Reflexion bietet das Buch Material für Schule, Bildungsarbeit und Gesprächskreise an. Vor allem will der Verfasser zwei Hauptziele erreichen:

1. den Prozeß ökologischer Bewußtseinsbildung fördern,
2. eine ethische Orientierung im Umgang mit Umwelt, Natur und Landschaft anbieten.

Das im April 1987 erschienene Buch ist wichtig für alle, die dem Problem des verantwortlichen Umgangs mit der Umwelt nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Felix Zillien

DIENTST FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Herausgeber und Vertrieb: Kulturamt Trier, Deworastr. 8, 5500 Trier. Erschienen 1987 anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Behörde. 163 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen. Unkostenbeitrag: 10,00 DM

Schon die ansprechend gestaltete äußere Umschlagseite gibt deutliche Fingerzeige auf Zweck und Inhalt des Buches; das mehr ist als eine Festschrift im üblichen Sinne. Buntfotos belegen symbolhaft die wichtigsten Arbeitsbereiche einer heutigen Unteren Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde im "Dienst für den ländlichen Raum": Weinbergsflurbereinigung, Neuordnung von Acker-, Grünland- und Waldflächen, Dorferneuerung und Denkmalpflege, Naturschutz und Landschaftspflege, einzelbetriebliche Förderung und ländliche Siedlung. Führende Repräsentanten aus Politik und Verwaltung betonen in Vorworten die Wichtigkeit dieser Aufgabenbereiche gerade für die hiesige Region mit ihren strukturellen Problemen.

In einem historischen Abriß wird die Entwicklung der Flurbereinigungsbehörde von ihren Anfängen bis heute dargestellt. Dabei wird der Wandel im Aufgabenspektrum der Behörde - wie der Landeskulturverwaltung insgesamt - während eines Jahrhunderts augenscheinlich. Dieser "Funktionswandel" kommt auch in den nachfolgenden Fachbeiträgen immer wieder zum Ausdruck. Diese befassen sich neben kritischer Rückschau auf Neuordnungsmaßnahmen in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg - wie z.B. Neusiedlungen auf Rodungsland oder erste Weinbergsflurbereinigungen - speziell mit den aktuellen Themenbereichen "Flurbereinigung und Weinbau, Ökologie, Landespflege, Straßenplanung, Dorferneuerung...".

Die Beiträge dokumentieren in eindrucksvoller Weise das frühere und heutige Wirken der Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde im Sinne praktischer Agrar- und Strukturpolitik im ländlichen Raum. Sie geben Denkanstöße und Raum zur Diskussion.

Das dem Signum und dem Geist der laufenden "Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum" unterstellte Buch ist für alle interessant, denen die ländliche Strukturverbesserung unter besonderer Berücksichtigung von Bodenordnungs- und Siedlungsmaßnahmen am Herzen liegt.

Dr. W. Schuy

LITERATURÜBERSICHT

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Haselhoff, J.: Vorläufige Besitzeinweisung in der Flurbereinigung, Heft 1, 1987, S. 1
- Zillien, F.: Steuervorteile bei Betriebsaufgabe, Heft 4, 1987, S. 89
- Zillien, F.: Weinbergaufbaugesetz des Landes Rheinland-Pfalz, Heft 5, 1987, S. 116

Agrarrecht

- Frickert: Aktuelle Probleme zum Straßenrecht im Agrarbereich, Heft 3, 1987, S. 61
- Von Glahn: Zur Verfassungsmäßigkeit der Regelung der Benutzung von Wirtschaftswegen in den nordrhein-westfälischen Flurbereinigungsplänen, Heft 6, 1987, Seite 151

Verwaltungsarchiv

- Ronellenfitsch: Zum Rechtsschutz gegen die flurbereinigungsrechtliche Planfeststellung, Heft 3, 1987, Seite 323

Deutsches Verwaltungsblatt

- Kastner: Die Wechselbeziehungen von (Fern)-Straßenrecht und Flurbereinigungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Planfeststellung, Heft 2, 1987, Seite 73
- Michler: Planfeststellung und Flurbereinigung, Umweltverträglichkeitsprüfung - Bericht über ein Forschungsseminar am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, Heft 8, 1987, Seite 410

Neue Juristische Wochenzeitschrift

- Schmidt-Assmann: Bemerkungen zum Boxberg-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, Heft 27, 1987, Seite 1587

Die öffentliche Verwaltung

- Stüer: Planfeststellung und Flurbereinigung, Umweltverträglichkeitsprüfung - Forschungsseminar des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer und des Arbeitsausschusses "Straßenrecht" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Heft 3, 1987, Seite 104

Zeitschrift für Flurbereinigung und Kulturtechnik

- Grabski, U.: Die Entwicklung der Landschaftspflege in der ländlichen Raumplanung der Bundesrepublik Deutschland, Heft 1, 1987, S. 1
- Sailer, U.: Flurbereinigung und Agrarstruktur - vergleichende Wirkungsanalysen am Beispiel des Kraichgaus, Heft 1, 1987, S. 8
- Bokermann, R.: Direktvermarktung im Planungskonzept der Dorferneuerung, Heft 1, 1987, S. 17
- Winkler, W.: Das neue Flurbereinigungsrecht in den Niederlanden, Heft 1, 1987, S. 25
- Grabski, U.: Ausstattungsräumliche Gliederung und Bewertung von Landschaftselementen in der Kulturlandschaft, Heft 2, 1987, S. 65
- Lorig, A.: Technisches Verfahren zur Plangestaltung bei der Waldflurbereinigung in Rheinland-Pfalz, Heft 2, 1987, S. 75
- Jordan, J.: Konsequenzen für die Entwicklung im ländlichen Raum, Heft 3, 1987, S. 142
- Terbrügge, F.: Landtechnische Verfahren zum Bodenschutz, Heft 3, 1987, S. 175
- Horrach, T.: Bodenbewertung für die Landwirtschaft und den Naturschutz, Heft 3, 1987, S. 184
- Schmitt, K.: Landwirtschaftlicher Böschungsbau in den Rebgebieten des Kaiserstuhls - geschichtliche Entwicklung, gegenwärtiger Erfahrungsstand, Heft 4, 1987, S. 238

- Geuenich, G.: Bodenordnerische Auswirkungen der Flurbereinigung auf Wohnungsbautätigkeit und Arbeitsmarkt, Heft 4, 1987, S. 246

Zeitschrift für Vermessungswesen

- Weiß, E.: Bodenschutz aus der Sicht der Flurbereinigung, Heft 1, 1987, S. 3

Vermessungswesen und Raumordnung

- Magel, H.: Dorferneuerung in Bayern - Aufgabe und Rolle des Geodäten, Heft 3, 1987

Allgemeine Vermessungsnachrichten

- Magel, H.: Flurbereinigung im Dienste von Mensch und Natur, Heft 1, 1987, S. 2

BDVI - FORUM

- Weiß, E.: Veränderungen der agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen für Flurbereinigungsmaßnahmen, Heft 1, 1987

Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik

- Hiestand, O.: Melioration Opfikon - Beispiel einer umfassenden Landumlegung, Heft 4, 1987

Mitteilungsblatt des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Landesverband Bayern -

- Kast, S.: Der Stellenwert der Flurbereinigung in der Entwicklungshilfe, Heft 1, 1987

- Attenberger, J.: Dorferneuerung und Aufgaben der Heimatpflege - Ziele und Möglichkeiten der Dorferneuerung, Heft 1, 1987

- Krimmer, H.: Das bayerische Dorf zwischen Gestern und Morgen, Heft 1, 1987

- Maucksch, W.: Artenschutz bei den Neuanpflanzungen der Flurbereinigung, Heft 4, 1986

Nachrichtenblatt der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz

- Bastian, K.H.: Zur Lage im Vermessungswesen - Beispiele aus der Vermessungs- und Katasterverwaltung, Heft 1, 1987

Pfälzer Bauer

- Zillien, F.: Dorferneuerung in der Flurbereinigung, Heft 17, 1987, S. 39
- Schröder, H.: Das Kulturrat Kaiserslautern stellt sich vor, Heft 17, 1987, S. 38
- Emig, G.: Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung", Heft 23, 1987, S. 24
- Spaetgens, F.-H.: Verbesserte Förderung von Bodenordnungsmaßnahmen, Heft 25, 1987, S. 20
- Zillien, F.: Wasserwirtschaft in der Flurbereinigung, Heft 25, 1987, S. 18

Der Landbote

- Zillien, F.: Zwischen Naturschutz, Landschaftspflege und wirtschaftlichen Bedürfnissen abwägen, Heft 4, 1987, S. 129
- Zillien, F.: Hat die Landwirtschaft noch Zukunft?, Heft 8, 1987, S. 283
- Zillien, F.: Förderung landwirtschaftlicher Wirtschaftswege, Heft 13, 1987, S. 512
- Zillien, F.: Umwelt und Bodenschutz bei der Bauleitplanung, Heft 17, 1987, S. 708
- Zillien, F.: Wasserwirtschaft in der Flurbereinigung, Heft 19, 1987, S. 788
- Zillien, F.: Dorferneuerung und Flurbereinigung: "Grundlagen" der landwirtschaftlichen Betriebe ändern, Heft 23, 1987, S. 923

Wasser und Boden

- Kraus, W.: Biotopvernetzung im Wasserbau, Heft 2, 1987, S. 72

EHRUNGEN

MINISTERIALRAT DR.-ING. RUDOLF KERSTING IM RUHESTAND

Vor einem großen Kreis geladener Gäste mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung wurde Ministerialrat Dr.-Ing. Rudolf Kersting in einer Feierstunde am 27.05.1987 im großen Sitzungssaal des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten durch Herrn Staatssekretär Römer aus dem Dienst der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz verabschiedet. Dr. Kersting war nahezu 32 Jahre als Leiter der Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung und gleichzeitig als Referent für Technik, Automation und Luftbildmessung im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz tätig.

In seiner Laudatio würdigte der Staatssekretär die hervorragenden Leistungen von Dr. Kersting, der 1923 in Bochum geboren, nach Schulausbildung, Kriegsdienst und längerer Kriegsgefangenschaft an der Technischen Hochschule Hannover das Studium der Geodäsie aufnahm. Nach der Diplomhauptprüfung 1952 und der großen Staatsprüfung 1955 wurde er unmittelbar in die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz übernommen, in der er von Beginn an die Luftbildstelle - später Luftbild- und Rechenstelle - in Mainz leitete. Sein besonderes Verdienst sei der Aufbau und die Entwicklung dieser zentralen Dienststelle, in der heute für die Landeskulturverwaltung alle Kartenreproduktionen, die zentrale Datenverarbeitung, alle Programmierarbeiten sowie alle Aufgaben der Luftbildmessung ausgeführt werden. Diese mit modernen Geräten ausgerüstete Dienststelle habe durch ständige, an den jeweiligen Stand der Technik angepaßte, Neu- und Weiterentwicklung von Arbeitsverfahren einen wertvollen Beitrag zum Nutzen der Allgemeinheit dadurch geleistet, daß die Verwaltungsleistung immer wirtschaftlicher und bürgerfreundlicher angeboten werden konnte. Die Luftbild- und Rechenstelle leiste in erheblichem Umfang auch Arbeiten für andere Verwaltungen, wie z.B. für die Vermessungs- und Katasterverwaltung und die Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz. Herr Dr. Kersting habe sich durch seine teilweise bahnbrechenden und richtungsweisenden Arbeiten weit über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus, auch international, einen Namen gemacht. Hierfür spreche die Berufung in viele Fachgremien. Die Entwicklungsarbeit sei noch nicht abgeschlossen. Schon heute werde bereits - noch von Dr. Kersting initiiert - an den Verfahren von morgen gearbeitet.

Der Staatssekretär wies auf die besonderen Fachkenntnisse und die wissenschaftliche Arbeitsweise von Herrn Dr. Kersting hin, die dieser in unermüdlichem Einsatz, mit seinen qualifizierten und teilweise sehr spezialisierten Mitarbeitern in einem guten Arbeitsklima zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben einsetzte. Er sprach dem scheidenden Beamten Dank und Anerkennung der Landesregierung für die geleistete Arbeit aus und verabschiedete ihn mit guten Wünschen in den Ruhestand.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dankte der Vorsitzende des Personalrates. In den Dankesworten der Gäste kamen die Verdienste von Herrn Dr. Kersting und das große Ansehen, das er sich durch seine Leistungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung auch außerhalb der Landeskulturverwaltung erworben hat, zum Ausdruck.

BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR FELIX ZILLIEN

Felix Zillien, seit 33 Jahren in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz tätig und seit 1969 Chef des Kulturamtes Worms, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Regierungspräsident Dr. Paul Schädler würdigte bei der Ordensverleihung die Verdienste von Felix Zillien im beruflichen und ehrenamtlichen Bereich. Weit über den Dienstbereich des Kulturamtes Worms habe sich der Geehrte um die rheinland-pfälzische Landeskulturverwaltung im Rahmen der Agrarstrukturverbesserung verdient gemacht. Seine zahlreichen Fachbeiträge hätten überregionale Beachtung gefunden.

Seit 1971 ist Felix Zillien Mitglied des Verwaltungsrates der Wiederaufbaukasse der rheinland-pfälzischen Weinbaugebiete, seit 1974 Mitglied des Bezirksbeirats nach dem Weinwirtschaftsgesetz für den Bereich Rheinhessen-Pfalz. In den Fachausschüssen "Weinbau und Umwelt" sowie "Personal und Finanzen" habe er sich verdient gemacht.

Auch im ehrenamtlichen Bereich hat sich Felix Zillien Verdienste erworben, so seit 1975 als Hauptschöffe beim Amtsgericht Worms und Landgericht Mainz, ferner als langjähriges Mitglied des Pfarrgemeinderates und als Vorsitzender des Verwaltungsrates der kath. Pfarrgemeinde Worms-Pfeddersheim. Das Dekanat Worms vertritt er seit 1978 im Diözesankirchensteuerrat beim Bistum Mainz. Er ist Vorstandsmitglied der kath. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Worms und der örtlich Beauftragte der Erwachsenenbildung innerhalb der Pfarrgemeinde Worms-Pfeddersheim.

Verdienste hat sich Felix Zillien nicht zuletzt seit Anfang der 70er Jahre im kommunalpolitischen Bereich erworben, insbesondere als Fraktionsvorsitzender der CDU-Ortsbeiratsfraktion in Worms-Pfeddersheim.

JOSEF BECKER ZUM GEDENKEN

Am 14.06.1987 starb nach schwerer Krankheit im Alter von 59 Jahren der langjährige Vorsitzende des Personalrates beim Kulturamt Trier, der behördlich geprüfte Vermessungstechniker Josef Becker. Der gebürtige Trierer war über 45 Jahre beim Kulturamt Trier beschäftigt, seit 1959 Mitglied des Personalrates und seit 1965 ununterbrochen dessen Vorsitzender. Mit viel Einsatz und Verantwortung erledigte er seine Arbeit als vermessungstechnischer Sachbearbeiter in Flurbereinigungsverfahren. Als Mitglied und Vorsitzender des Personalrates widmete er sich mit tiefem Ernst und ganzem Einsatz seiner Aufgabe. Er war für jeden da und hatte für alles, was einen Mitarbeiter bedrückte, Verständnis. Er konnte gespannt zuhören, unmittelbar Zuspruch geben und spontan Hilfe leisten. Mit viel Geschick aber auch mit Hartnäckigkeit verfolgte er die Interessen und Belange

aller Mitarbeiter. Er scheute es nie dort, wo etwas mit Recht für andere zu fordern war, auch unbequem zu werden. Wegen seiner unbestechlichen Sachlichkeit, seinem ausgleichenden Wesen und seiner großen Menschlichkeit war er immer ein fairer, angenehmer und hochgeschätzter Partner.

Herr Becker war auch seit 1965 der Selbstschutzleiter des ganzen Dienstgebäudes, also sowohl für Kulturamt als auch für Wasserwirtschaftsamt Trier tätig.

Darüberhinaus war der Verstorbene in seiner Heimatstadt Trier ein sowohl im Kommunal - als auch im Vereinswesen sehr engagierter Bürger. Seit 1974 gehörte er der CDU-Fraktion des Stadtrates an. Während dieser Zeit wirkte er maßgeblich an der Entwicklung der Stadt mit. Sein besonderes Engagement galt dem Feuerwehrwesen. 1942 trat er in die Freiwillige Feuerwehr Trier-Kürenz ein, seit 1965 war er Führer des Löschzuges Trier-Kürenz und seit 1963 Zugführer des 2. Brandschutzzuges im Zivildienst.

Sein großer Einsatz wurde 1975 mit der Berufung zum Stadtfeuerwehrobmann und Sprecher der freiwilligen Feuerwehren für die Stadt Trier belohnt.

Im kirchlichen Bereich war er seit vielen Jahren Mitglied des Kirchenvorstandes und Obmann des Verwaltungsrates und gehörte vielen Ortsvereinen im Stadtteil Trier-Kürenz an.

In Anerkennung der vielfältigen Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich verlieh ihm der Bundespräsident 1983 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Eine sehr große Trauergemeinde nahm Abschied von dem hochgeschätzten, sich um das Wohl der Stadt Trier im Allgemeinen und für das Wohl der Mitarbeiter des Kulturamtes Trier im besonderen verdient gemachten Herrn Becker.

Franz-Josef Frischbier

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 121 bis 124

INFORMATIONEN AUS DER LKV

DIENTST FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM – 100 JAHRE KULTURAMT TRIER –

von Kulturamtsvorsteher Franz-Josef Frischbier, Trier

Im Oktober 1987 blickt das Kulturamt Trier auf eine 100-jährige Geschichte zurück.

Da die Behörden der Landeskulturverwaltung bislang vornehmlich auf die Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Arbeiten durch gute und fruchtbare Leistung für die Bevölkerung des ländlichen Raumes bedacht und damit voll engagiert waren, wurde eine augenfällige Selbstdarstellung, gemessen an der Effektivität ihrer Tätigkeiten für das Arbeiten und Leben auf dem Lande vielfach dementsprechend nicht gepflegt.

Der 100-jährige Geburtstag soll daher eine Rückbesinnung auf erbrachte Leistungen und einen Blick in die Zukunft auf anstehende Aufgaben zum Inhalt haben.

Wer hätte am 01. Oktober 1887, als in Trier eine sogenannte Spezialkommission errichtet wurde, die von einer königlichen Generalkommission für die Rheinprovinz und Hohenzollernschen Lande ins Leben gerufen wurde, die ihrerseits selbst erst am 01. April 1886 in Düsseldorf geschaffen worden war, ahnen können, daß diese für die Zusammenlegung und Melioration von Grundstücken eingesetzte Gruppe einer Hand voll Leute sich zu einer der größten Behörden in Trier mit über 100 ständigen Bediensteten entwickeln würde.

Diese Kommission wurde zu einem Dienstleistungsbetrieb, wie man es heute sieht, der wirtschaftliche und landeskulturelle Faktoren und Verhältnisse geschaffen hat, ohne die der heutige Lebensstandard im ländlichen trierer Raum undenkbar ist.

Das Kulturamt Trier sieht es deshalb als ein berechtigtes Anliegen, durch einen Festakt, mehrere Ausstellungen und die Herausgabe einer Festschrift, welche eine Chronik und mehrere weitere Fachbeiträge enthält, die Entwicklung der Institution, ihre bisherige Leistung, ihre Aufgaben sowie deren Wandlung und Anpassung an die Erfordernisse der Zeit, darzustellen.

Es wird hier auch aufgezeigt, daß die Bemühungen um Landespflege und Dorferneuerung in dieser Behörde Tradition haben und in ihrem Wesen bereits lange Zeit tatkräftig gepflegt und gefördert wurden. Dies geschah ohne augenfällige Darstellung in der Öffentlichkeit und auch bevor die breite Öffentlichkeit für diese sicherlich notwendigen und zukunftsweisenden Aufgaben sensibilisiert war.

Da somit der Dienst im ländlichen Raum heute mehr denn je gefragt ist, wenn auch die ursprünglich klassische und erstrangige Aufgabe der Produktionsverbesserung im Sinne einer Steigerung, eine Umwandlung zur Restriktion und gleichrangigen Förderung der Ökologie erfahren hat, sieht sich das 100-jährige Kulturamt weiteren und möglicherweise wachsenden Aufgaben gegenüber.

Die Zielsetzung der Flurbereinigung wird weiter zu fassen sein, so daß sie den Aufgaben der Agrarstrukturverbesserung unter neuen Rahmenbedingungen bei Beachtung der Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landespflege und Landesplanung sowie des Umwelt- und Tierschutzes dienen kann.

BEHANDLUNG VON STREUOBSTFLÄCHEN

vom Technischen Angestellten Ulrich Schewe, Worms

Nach unterschiedlichen Auffassungen handelt es sich bei Streuobstanlagen

- um Flächen, die über die Gemarkung verstreut sind (Berichte zur Landwirtschaft und Landentwicklung, herausgegeben vom Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten 1980),

- um alle Obstbäume (einzeln, in Reihen, Gruppen oder Feldern gepflanzt), die nicht intensiv, z.B. nach Spritz-, Schnitt- und Düngeplänen bewirtschaftet werden und daher zumeist Hochstammkulturen sind (Josef Blab: Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere, 1984),
- um Anpflanzungen mit starkwüchsigen, breitkronigen Hochstamm-Obstbäumen von mindestens 1,5 m Stammhöhe, deren Unterkultur als Viehweide oder Mähwiese genutzt wird. (Informationsblatt des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit Rheinland-Pfalz zum Biotopsicherungsprogramm "Streuobstwiesen"),
- um Baumbestand aus alten Hochstammsorten auf Weiden und Wiesen im weiten Abstand verstreut gepflanzt ("Natur", Okt. 1985),
- um ältere Obstbestände oder Reste ehemaliger Obstanlagen nach dem Bewertungsrahmen für Landschaftselemente i. d. Flurbereinigung Rheinland-Pfalz.

Allen Definitionen gemeinsam ist das Vorkommen hochstämmiger Obstbaumsorten, die wesentlich die Bedeutung der Fläche bestimmen.

Gleichrangige Wertigkeit kommt der Bodendecke aus Gräsern und Kräutern zu, die durch entsprechende Bewirtschaftung zum Blühen und Aussamen gelangen. Der Zustand der Bäume als auch des Unterwuchses in Form von Wildkräutern als Basis für eine artenreiche Tierwelt hängt fast ausschließlich von der Bewirtschaftungsweise der Flächen ab.

Daraus ergibt sich:

Unbedingt zu unterlassen sind alle Arbeiten mit chemischen Mitteln (Herbizide, Insektizide auch Fungizide), da hierdurch einige Arten direkt vernichtet werden (z.B. Ohrwurm, Marienkäfer) oder anderen die Nahrungsquelle entzogen wird, was früher oder später ebenfalls zur Artenverarmung führt.

Unbedingt zu erhalten sind sogenannte Höhlenbäume für Höhlenbrüter sowie ein nach Größe der Gesamtfläche notwendiger Totholzanteil als Grundlage einer vielfältigen Tierwelt: Totholz als Quelle reichhaltigen Lebens. Für längerfristig entfallende Bäume ist frühzeitig Ersatz zu pflanzen.

Aus Biotopschutzgründen kommt **allen** Streuobstanlagen hochrangige Bedeutung zu. Aus vielerlei Gründen sind Streuobstanlagen die mit an erster Stelle zu nennenden gefährdeten Lebensräume. Hieraus ergibt sich: Bei weiter fortschreitender Entwicklung wie bisher werden die schon jetzt seltenen Arten wie Steinkauz, Würger, Wendehals (Charakterarten von Streuobstwiesen) gänzlich in Rheinland-Pfalz verschwinden.

Konsequenz:

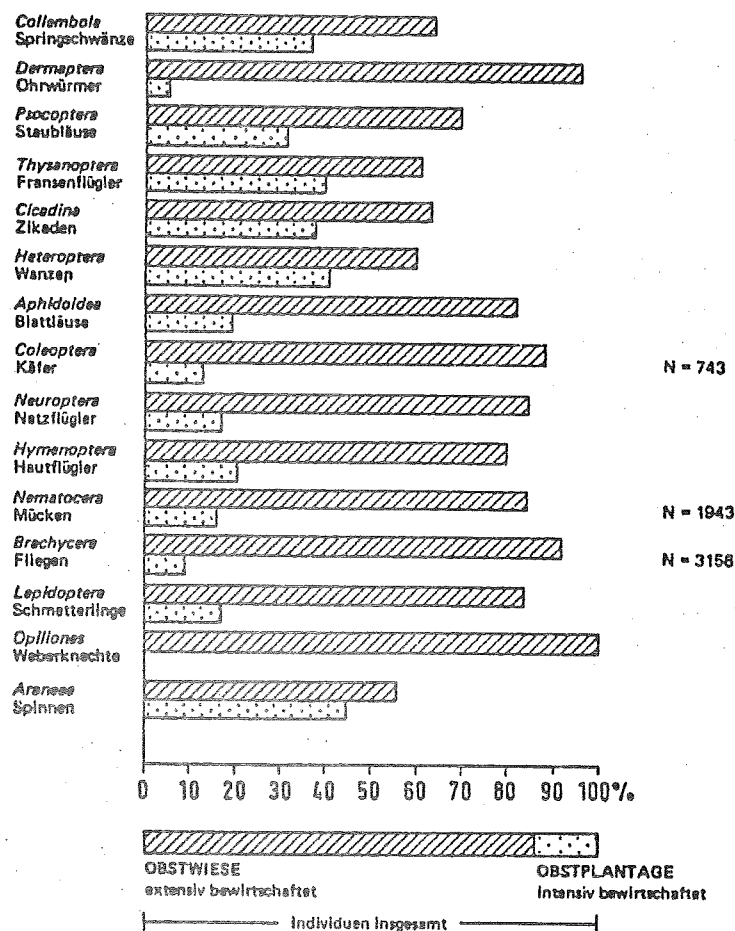
Erhaltung möglichst aller Streuobstanlagen auf der Grundlage des vorher gesagten!

Schaffung neuer Anlagen:

Hierzu ist im besonderen auf das schon erwähnte Biotopsicherungsprogramm "Streuobstwiesen" des Landes Rheinland-Pfalz hinzuweisen. Als wesentlicher Punkt

dieses Programms ist herauszustellen die Erschwerniszulage von 400,--DM/ha jährlich und eine Unkostenpauschale von 50,--DM je gepflanztem Baum. Desgleichen zur Neuanlage von Streuobstwiesen kann die Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" nach der VV 744-65.53/3 vom 20.3.1987 genutzt werden, wenngleich nach dieser Vorschrift auch andere landespflegerische Anlagen (Einzelbaumpflanzungen, Hecken) durchgeführt werden können.

Welche Bedeutung den extensiv bewirtschafteten Streuobstanlagen gegenüber intensiv genutzten Obstplantagen zukommt, geht u.a. aus abschließender Tabelle hervor. (Josef Blab: Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere).



Gegenüberstellung der Individuenprozentage ausgewählter Taxa aus Fensterfallenfängen der Obstwiese (schraffiert) und Plantage (punktiert). N = Gesamtindividuenzahlen der häufigsten Gruppen (nach MADER 1982).

Gelungenes Turnier der Kulturämter anlässlich des 100jährigen Bestehens des Kulturamtes Trier

Kürzlich fand in Trier das 10. Fußballturnier der Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz statt. Auf der Bezirkssportanlage in Trier-Heiligkreuz traten 12 Mannschaften an, um unter sich den Landesmeister zu ermitteln.

Die ersten Busse trafen dann um 9.00 Uhr auf der Anlage ein, wo bereits ein großes Frühstücksbüfett mit unter anderem 45 verschiedenen Kuchen auf sie wartete. Gegen 10.00 Uhr begrüßte der Trierer Kulturamtsvorsteher, leitender Regierungsdirektor Franz-Josef Frischbier, die zahlreich erschienenen Gäste und hieß alle Mannschaften der Kulturämter herzlich willkommen.

Ein besonderer Gruß galt dem Schirmherrn, dem Leiter der Abteilung Landeskultur im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz und ehemaligen Kulturamtsvorsteher in Trier, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt.

Der Schirmherr eröffnete das Turnier, das insgesamt 16 Spiele umfaßte, die bei zeitweise miserablen Witterungsverhältnissen ausgetragen wurden. Der glückliche Gewinner war die Mannschaft aus Simmern, die nach Verlängerung die Begegnung mit Westerbürg durch einen 1:0-Sieg für sich entscheiden konnte. Im Spiel um den dritten Platz trennten sich der Titelverteidiger

Prüm und die Mannschaft aus Mayen mit einem 2:2 unentschieden. Die fällige Elfmeterentscheidung gewannen die Männer aus Prüm.

Bei der anschließenden Siegerehrung im Festzelt wurde dem Mannschaftsführer der siegreichen Elf vom Schirmherrn des Turniers der Wanderpokal sowie der Siegerpokal überreicht. Auch die zweit- bis viertplatzierten Mannschaften erhielten Pokale beziehungsweise Plaketten, ebenfalls der Torschützenkönig sowie der jüngste (16 Jahre) und der älteste (59 Jahre) Turnierteilnehmer und die einzige Fußballerin, die Torfrau der Mannschaft aus Bad Kreuznach. Einen vom Innenminister Böckmann gestifteten Wanderpokal erhielt die Mannschaft aus Kaiserslautern.

Die Mannschaft des Veranstalters Trier hatte Startschwierigkeiten und unterlag bereits im ersten Spiel gegen Neustadt mit 1:4 Toren. Im zweiten Spiel konnte man sich etwas rehabilitieren durch ein 0:0 gegen den späteren Turniersieger Simmern.

Allen Mannschaften, die am Turnier teilgenommen hatten, wurde eine Urkunde, ein Zinnteller und ein kleines Weinpräsent zur Erinnerung an das 10. Fußballturnier in Trier überreicht.

Besonderer Dank galt den Schiedsrichtern Baltes, Hurt und Wibier für die gute Leitung der Spiele sowie dem Ehepaar Gansen vom Roten Kreuz in Zerf für die Betreuung und Versorgung der Verletzten. Für ihre Tätigkeit erhielten sie Weinpokale bzw. Weinpräsente.

Nach der Siegerehrung spielte die Band »Fly away« im gut besetzten Festzelt zum Tanz auf. Mit ihrer hervorragenden Musik sorgten sie für prächtige Stimmung. Der jederzeit volle Tanzboden zeigte, daß man mit der Verpflichtung dieser Band einen guten Griff gemacht hatte. Es fiel den Besuchern daher auch sichtlich schwer, Abschied zu nehmen und die Heimreise anzutreten.

Viele Bedienstete der Landeskulturverwaltung freuen sich bereits jetzt schon auf das 11. Fußballturnier, das im Juli 1988 in Neustadt stattfinden wird.



Unser Foto zeigt den Kulturamtsvorsteher, leitender Regierungsdirektor Frischbier (links) und den Schirmherrn Ministerialdirigent Dr. Jestaedt bei der Eröffnungsansprache.

Im Archiv geblättert

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

Aus Anlaß der Verabschiedung von Herrn Ministerialrat Dr. Rudolf Kersting wurden einige alte Akten durchgesehen. Dabei fanden sich interessante Pressenotizen aus den letzten 30 Jahren.

Kamera hilft vermessen

Die Vorarbeiten zur Flurbereinigung

QZ 19/6

Na. Mainz, 18. Juni. (Eigener Bericht.) Wie umfangreich die technischen und zeichnerischen Vorarbeiten für die Umlegung von bäuerlichen Grundstücken, ganz abgesehen von den mühsamen Verhandlungen mit den Besitzern und den örtlichen Verwaltungen sind, zeigte das Landeskulturamt des Landwirtschaftsministeriums der Presse.

Da die Grundlage für die Umlegung bis in alle Einzelheiten genaue Karten sind, kommt es zunächst darauf an, für die gesamte Gemarkung des betreffenden Ortes ein solches genaues Kartenbild zu erhalten. Bei den Katasterämtern liegen jedoch lediglich solche für die einzelnen Fluren, die dazu auch noch für Ackerland, die Ortslage und das Waldgebiet andere Maßstäbe haben.

Früher mußte man diese verschiedenen Karten mit der Hand auf einen gemeinsamen Maßstab umzeichnen. Heute besorgen dies Fotografien und ähnliche Apparate, darunter eine Kamera, deren „Kassette“ etwa ein Meter im Quadrat ist. Auf diese Karten werden zunächst aus den Meßtischblättern die Höhenlinien in die fertigen Gemarkungskarten hineinprojiziert, so daß man jetzt in den Büros ein den wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechendes Wegenetz einzeichnen kann.

Damit ist jedoch eine vernunftgemäße Verteilung des Grundbesitzes unter die Bauern noch immer nicht möglich, da man erst im Gelände selbst die ganz genaue Lage ausmessen und kartieren muß.

Die Apparatur, die in den Baracken des Landeskulturamtes an der Wallstraße in Mainz aufgebaut ist, stellt einen Wert von etwa 120 000 Mark dar. Die Anschaffung war nur möglich mit Europa-Hilfe-Mitteln.

Natürlich versucht man auch die neuesten technischen Mittel für diese Spezialaufgabe heranzuziehen. Man hat Versuche mit der Luftbildmessung gemacht. Diese Methode dient zweifellos einer Beschleunigung der Arbeiten und schaltet das mühsame Kartenzeichnen im Gelände aus. Aber es gibt im Bundesgebiet zur Zeit ja weder eine deutsche Luftfahrt noch deutsche Flugzeuge. Infolgedessen mußte das Landeskulturamt bei seinen Versuchen ausländische, englische, Flugzeuge chartern, was bisher dreimal geschehen ist. Es bedurfte zudem der Genehmigung der Militärbehörde. Die genehmigten Aufnahmen durften auch nicht von den deutschen Behörden selbst entwickelt werden, sondern die Kassette mit den Filmen mußten plombiert nach Baden-Baden zur Entwicklung geschickt werden.

Flugzeuge halfen in der Flurbereinigung

Arbeitserleichterung durch Luftbildmessung

Zur Beschleunigung des Verfahrens hat, das darf nicht unerwähnt bleiben, die Luftbildmessung beigetragen: Die Karten mit den neuen Wegen und Gewässern sind nach Luftbildern entstanden, die nach der Vermessung des Wegenetzes aus einem Flugzeug aufgenommen worden waren.

Rhein-Zeitung
12.5.87

263

„Elektronenhirn“ für Flurbereinigung

Flächenberechnungen auf elektronischem Weg

Drahtbericht unserer Mainzer Redaktion

RM. MAINZ, 11. Mai. Die großen Fortschritte, die auf allen Wirtschaftsgebieten mit dem Einsatz von Elektronenhirnen erzielt wurden, sollen jetzt auch der Landwirtschaft auf dem so wichtigen Gebiet der Flurbereinigung zugute kommen.

In Rheinland-Pfalz werden erstmals in diesem Jahr die umfangreichen, zeitraubenden Rechenoperationen für die Feldumlegung auf elektronischem Wege vorgenommen. Dies ist möglich in Verbindung mit der Luftbildmessung, die ebenfalls ständig ausgebaut wird. Heute werden in Rheinland-Pfalz bereits 80 v.H. der Flurbereinigungsflächen durch Luftbild vermessen. Für die Auswertung der Luftbilder, die in den Flurbereinigungsgebieten durch besondere Befliegung aufgenommen werden, hat das Land jetzt noch einen dritten „Stereoplanographen“ erhalten, der weitere Steigerungen in der Arbeitsleistung gewährleistet. In diesem Jahr sind bereits rund 50 000 ha „beflogen“ worden, davon 19 000 ha zum zweitenmal für die Herstellung der Flurkarten. In Zusammenarbeit mit der Bau- und Bodenbank, die über eine große elektronische Rechenanlage verfügt, werden die notwendigen Daten für die Durchführung der Flurbereinigung aus diesem Ermessungsmaterial errechnet. Erste Flächenberechnungen sollen nach der notwendigen „Aufbereitung“ im Sommer ausgeführt werden, und man hofft, im Herbst die Ergebnisse den Ämtern im Land mitteilen zu können. Aus der Neuerung wird

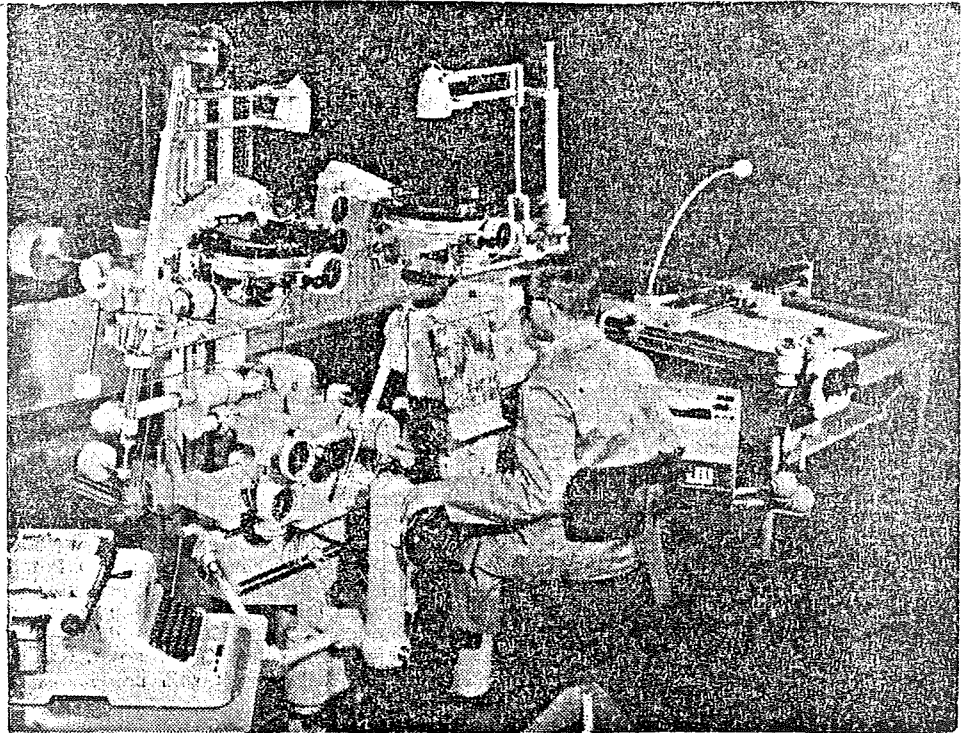
eine erhebliche Arbeits- und Zeitersparnis und gleichzeitig eine höhere Leistung erwartet.

Das Programm für die Flurbereinigung sieht in diesem Jahr eine Steigerung der Arbeitsleistung auf schätzungsweise 36 000 ha Flurbereinigungsfläche vor. Die Flurbereinigungskosten schätzt man auf 25 Millionen, das sind fast 3 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Der größte Teil der Flurbereinigungsflächen wird wiederum im klassischen Verfahren bearbeitet.

Ein „Wunderhirn“ hilft bei der Flurbereinigung

...Die Lochstreifen mit den Ergebnissen werden dann von sämtlichen Kulturämtern an das Landwirtschaftsministerium geschickt, das für die weitere Auswertung eine elektronische Universalmaschine besitzt, die alles übrige erledigt. Auch diese Maschine besteht aus mehreren Teilen. Sie vollbringt das Wunder, die Lochstreifen so auszuwerten, daß die Ergebnisse fix und fertig in fein säuberlich ausgefüllten Formularen aus den Maschinen herauskommen....

Rheinpfalz
23.6.63



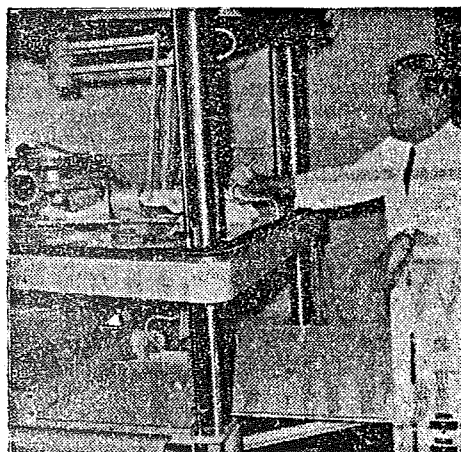
Präzisionsmaschine zeichnet Landkarten

Landkarten wurden früher in jahrlanger mühevoller Arbeit von Landmessern, Zeichnern und Kupferstecher geschaffen. Dann kam das Luftbild hinzu und heute gibt es schon Präzisionsmaschinen, die Luftaufnahmen nach drei Dimensionen ausmessen und zugleich auf ein Kartenblatt zeichnen. „Stereoplanigraph“ nennt sich dieses Zeiss-Gerät. (wf)

Elektronengerät zeichnet Fotokarten

Bei der Luftbild- und Rechenstelle von Rheinland-Pfalz in Mainz

Von unserer Mainzer Redaktion Rh. Zf. 2.6.67



ko. Mainz. Als erstes Bundesland stellte gestern in Mainz die Luftbild- und Rechenstelle von Rheinland-Pfalz ein neuartiges

Elektronengerät zur Herstellung maßstabsgetreuer Fotokarten aus Luftbildern in Dienst (unser Foto). Dieser Orthoprojektor, wie dieses moderne Gerät in der Fachsprache heißt, übernimmt bei der Übertragung in Karten alle im Luftbild enthaltenen Details und zeichnet zusätzlich die Höhenschichtlinien auf.

Die Anschaffungskosten in Höhe von 250 000 Mark übernahm das Bundesernährungsministerium. Für die künftigen Maßnahmen des Landes auf dem Gebiet der Flurbereinigung verspricht dieses Gerät eine wesentliche Beschleunigung. Der Bund bestimmte Rheinland-Pfalz als ersten Empfänger dieses Elektronengeräts, da dieses Bundesland über die größten Erfahrungen in der Luftfotogrammetrie verfügt. Mit den bisherigen Geräten konnten nur relativ geringere Ergebnisse erzielt werden. Das durch die Aufstellung dieses neuen Geräts frei werdende Personal soll für andere Aufgaben innerhalb der Landeskulturverwaltung eingesetzt werden.

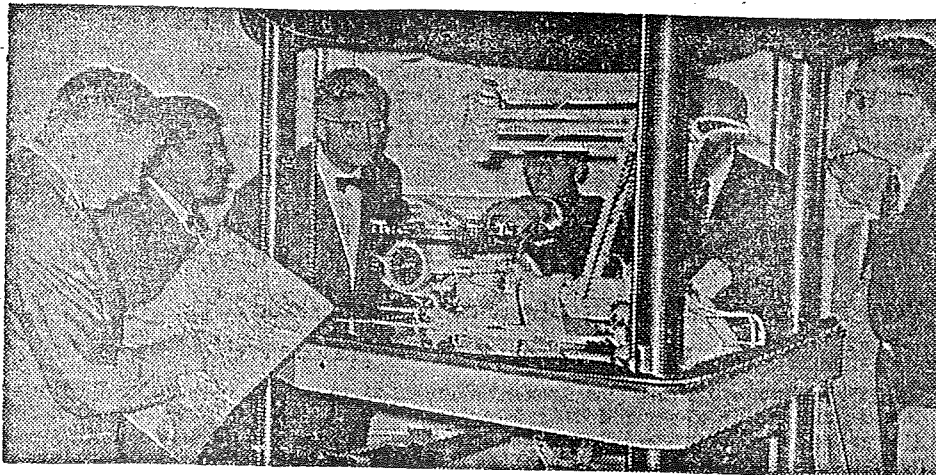
Ein Geometer für eine Viertelmillion

A.Z. 2.6.67

Den Versuch, das Verfahren der Flurbereinigung zu beschleunigen, hat das Land Rheinland-Pfalz unternommen. Dem Bauern werden in Zukunft in kurzer Zeit Karten vorgelegt werden, auf denen er jeden seiner Äcker und Wiesen, ja, jeder Baum deutlich erkennen kann. Die Möglichkeiten dazu bietet ein elektronisches Gerät, das fotografische Luftaufnahmen entzerrt und mit Höhenlinien versieht. Die entstandenen Bilder haben dann alle Qualitäten einer genauen Karte in kleinstem Maßstab.

Pfalz gilt als Test. Sollte dadurch die Arbeit wesentlich erleichtert werden, werden andere Länder folgen. Doch die automatische Landkartenmaschine, so könnte man den Orthoprojektor nennen, ist teuer. Sie kostet eine runde Viertelmillion.

Angeschafft hat sie der Bund. Die Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz ist die Versuchsstation, bei der Erfahrungen gesammelt werden sollen. Ministerialrat Mayer und Obervermessungsrat Kersting legten bei der Vorstellung des Gerätes Wert auf die Feststellung, daß man über seine Zweckmäßigkeit noch kein Urteil abgeben könne.



Das neue Elektronengerät liefert maßstabsgerechte Luftbilder.

Foto: Klos

Durch das neue Gerät, Orthoprojektor genannt, werden zeitraubende Vermessungsarbeiten im Gelände überflüssig. Die Luftbilder, die die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz in regelmäßigen Abständen herstellen läßt, bilden das Rohmaterial für den Projektions-Computer. Nun braucht er nur noch mit einigen Entfernungsangaben gefüttert zu werden.

Ein Elektronenauge tastet das Foto ab, das weitere besorgt die Elektronik, die nun, nachdem sie eine Entfernungsangabe als Maßstab erhalten hat, das Foto umsetzt in ein maßstabgerechtes Bild. Darüber hinaus versieht sie es mit Höhenlinien. So entsteht ein kartenähnliches Gebilde im Maßstab von 1:1000 bis 1:3000.

Das Gerät ist das erste seiner Art in der Bundesrepublik. Ob es sich bewährt, ob es die Flurbereinigung beschleunigt, kann noch nicht festgestellt werden. Der Einsatz des Computers in Rheinland-

Indes: die Aussichten, die sich beim Blick auf die Arbeit der Luftbildverwertungsmaschine eröffnen, scheinen vielversprechend. Die Männer, die mit Vermessungsstäben das Land „durchmessen“, werden rar. Das Land wird aus der Luft fotografiert; alles weitere besorgt ein Büro mit einigen Fachleuten und einer Maschine. Die mit der Flurbereinigung betrauten Beamten sowie die betroffenen Landwirte haben ein Anschauungsmaterial, wie man es sich besser kaum vorstellen kann.

-ter

HEIMISCHE LAUBBÄUME UND STRÄUCHER PFLANZEN

von Ministerialrat Günter Emig, Mainz

Die Technisierung der Landwirtschaft und der hierdurch bedingte Zwang zu größeren Wirtschaftsflächen haben dazu geführt, daß immer mehr Bäume, Hecken, Feldgehölze und Streuobstbestände aus dem Bild unserer Kulturlandschaft verschwunden sind. Inzwischen hat man aber den hohen ökologischen Wert dieser Landschaftselemente "neu" entdeckt und es gibt vielfältige Bestrebungen, wieder mehr Grün in die Landschaft zu bringen. Hierbei kann auch die Flurbereinigung gute Dienste leisten. Das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten hat deshalb durch Verwaltungsvorschrift geregelt, daß in jedem Flurbereinigungsverfahren eine Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" durchzuführen ist. Sie zielt darauf ab, durch Pflanzung heimischer Laubbäume und Sträucher zur Verbesserung des Naturhaushaltes und zur Bereicherung des Landschaftsbildes beizutragen. Bei der Durchführung der Aktion wird auf die Eigeninitiative und das Engagement der Flurbereinigungsteilnehmer gesetzt. Anreiz hierfür ist, daß ihnen auf Antrag Bäume (auch Obstbäume), Baumpfähle und Schutzvorrichtungen gegen Wildverbiß von der Teilnehmergemeinschaft kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das Kulturamt hat die Flurbereinigungsteilnehmer über Auswahl der Pflanzen, den geeigneten Standort sowie die Pflanz- und Pflegearbeiten zu beraten. Die Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" ist mit der Gemeinde und der unteren Landespflegebehörde abzustimmen.

EXKURSIONEN DER LANDESPFLEGERISCHEN SACHBEARBEITER

von Bauoberinspektor Hartmut Mierenfeld, Mainz

Die landespflegerischen Sachbearbeiter der Kulturämter trafen sich am 25. und 26. Mai 1987 zu einer Exkursion mit pflanzensoziologischem Schwerpunkt. Für diese Fortbildungsveranstaltung konnte Frau Ulrike Bernhard, Diplom-Biologin am Botanischen Institut der Uni Mainz gewonnen werden. Die fachlich sowie didaktisch sehr gut vorbereitete und geleitete Exkursion führte zu verschiedenen Grünlandstandorten und an kleinere Fließgewässer des nördlichen Soonwald-Vorlandes im Raum Simmern. Neben der Erläuterung standortökologischer Grundlagen standen praktische Übungen zur Ermittlung von Pflanzengesellschaften im Vordergrund.

Mit dieser Veranstaltung wurde die Reihe der jährlich stattfindenden Exkursionen fortgesetzt, um die botanischen und zoologischen Kenntnisse der landespflegerischen Sachbearbeiter der Kulturämter weiter zu vertiefen.

KURZINFORMATIONEN

- Nr. 132: Umweltschutz-Kritik an Flurbereinigungsverfahren berechtigt?** Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Detlef Bojak, hält die Kritik der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz e.V. an laufenden Flurbereinigungsverfahren für berechtigt, in der der Landesregierung vorgeworfen wird, lediglich "Landschaftskosmetik" zu betreiben. Bojak ist dem Hinweis der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie, in Rheinland-Pfalz würden im Rahmen von Flurbereinigungsmaßnahmen immer noch Flächen entwässert, Hohlwege zugeschoben und Trockenmauern beseitigt, nachgegangen und behauptet, das ihm von dem Verband überlassene Material habe die Vorwürfe erhärtet, sogar bei sogenannten Modellflurbereinigungsverfahren, die insbesondere ökologische Belange beachten sollen. Obwohl der Landtag in einem gemeinsam verabschiedeten Beschluß die Regierung dazu aufgefordert hätte, Belange des Naturschutzes und der Landespflege bei solchen Verfahren zu beachten, sei dies "offensichtlich noch nicht bis zu den Flurbereinigungsbehörden durchgedrungen". Die SPD-Landtagsfraktion werde deshalb zu Beginn der neuen Legislaturperiode den Vorwürfen der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie nachgehen.
- Nr. 133: In Lonsheim informierte sich Staatsminister D. Ziegler** über den Stand der Flurbereinigung. Ziegler stellte heraus, das Land werde auch weiterhin an der Flurbereinigung festhalten, wenn auch das Wort heute mit "negativem Klang" genannt werde. Eine Flurbereinigung lasse sich erst dann bewerten, wenn sie rundrum fertiggestellt ist. Das zeigte das Beispiel Lonsheim, wo man mit dem Resultat der Maßnahmen voll zufrieden sei, nachdem man die Vorteile und Möglichkeiten einer Flurbereinigung erkannt habe und auch voll nütze. Dies bestätigte auch der Vorsitzende der Teilnehmergemeinschaft Reinhold Köhm, der ebenfalls die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Kulturamt, Ministerium und Gemeinde besonders hervorhob.
- Nr. 134: Wenige Tage nach der Eröffnung** der "Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum" in Lissabon (Portugal) hat die Landeskulturverwaltung ihr regionales Programm mit einer Ausstellung in Bonn "Beiträge zur Entwicklung des ländlichen Raumes" eröffnet. 33 Veranstaltungen der Kulturämter folgen dieser Auftaktveranstaltung (vgl. auch Vortrag Prof. Dr. Borchard, in diesem Heft abgedruckt).
- Nr. 135: Der Begriff "Saurer Regen"** ("acid rain") wurde bereits im Jahre 1872 verwandt. Die wichtigsten naturwissenschaftlichen Fakten über die "Schädlichkeit der Rauchgase für die Vegetation und prinzipielle Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung" waren bereits im vorigen Jahrhundert bekannt, gerieten aber, wie viele frühere Kenntnisse und Fertigkeiten, schlichtweg in Vergessenheit.

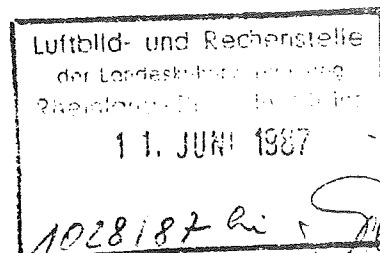
Nr. 136: Die Ausstellung "ortsgerechter Straßenbau" der Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz betont den Begriff "ortsgerecht" im Gegensatz zum früheren "verkehrsgerecht". Themen der Ausstellung sind unter anderem: Das Dorf in der Landschaft - kulturelles Erbe? - Was will die Dorferneuerung? Ortsübliche Details, der Dorfplatz, das Leben im Ortskern und das Leben vor der Tür - Rückkehr der Gassen und Höfe.

Nr. 137: Stiftung "Europäisches Naturwerk" gegründet. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine "Stiftung Europäisches Naturerbe" gegründet. Naturgüter seien ebenso wie die Kultur ein gemeinsames europäisches Erbe, sagten der stellvertretende BUND-Vorsitzende Thielcke und der Präsident der Stiftung Hutter. Die Stiftung will Vorhaben fördern, die dem Schutz, der Erhaltung oder der Wiederansiedlung der freilebenden Tier- und Pflanzenwelt dienen. Eine Chance für einen europaweiten Umweltschutz seien Partnerschaften zwischen deutschen und ausländischen Gemeinden.

Nr. 138: Luftbild- und Rechenstelle - alte Adresse, neue Perspektiven?

LUFTBILD UND REDEKONTROLLE
Herrn Cumbach
Bahnhofstraße 4

6500 Mainz



RECHNUNG NR. 87287

Nr. 139: Eine der ungewöhnlichsten Ehrungen wurde Herrn Oberregierungsrat Niehuis im Februar 1964 zuteil: er erhielt den Ehrenbürgerbrief der Winzergemeinde Manubach für die Verdienste um die Flurbereinigung Manubach. In dem Zusammenhang der Ehrungszeremonie und der Presseberichte vom 5. Februar 1964 nannte man die Flurbereinigung Manubach "ein großes Werk" einen "gefundenen Schatz" ja sogar "Zauberei". Offensichtlich stand die gesamte Ortsgemeinde hinter der Ehrung, und zwar einerseits wegen der hervorragenden technischen Verdienste, andererseits aber, "weil es eine außerordentliche Leistung sei, mit einer so einschneidenden Maßnahme wie der Flurbereinigung wirklich alle Beteiligten zufriedenzustellen".

Nr. 140: Brief eines amerikanischen Farmers an das Landwirtschaftsministerium:

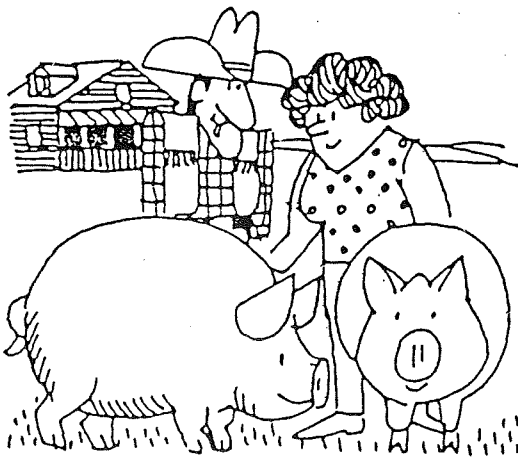
"Sehr geehrte Herren!

Mein Freund erhielt von Ihnen einen Scheck in Höhe von Dollar 1000 dafür, daß er keine Schweine aufgezogen hat.

Daraufhin habe ich beschlossen, ebenfalls das Geschäft des Keine-Schweine-Aufziehens zu betreiben. Können Sie mir bitte mitteilen, welche Schweinesorte man am besten nicht aufzieht?



Ich würde am liebsten keine Hausschweine aufziehen, bin aber bereit, dasselbe mit Berkshires oder polnischen Schweinen zu machen. Wieviel kann ich erwarten, wenn ich zunächst einmal 100 Schweine nicht aufziehe? Und: Bleibt der Grundbetrag der gleiche, wenn ich meine Kapazität auf 1000 Schweine erhöhe? Kann ich mit einer zusätzlichen Überweisung von Ihnen dafür rechnen, daß ich den Mais und die Gerste, die ich für die Schweine ja nicht brauche, auch nicht anbaue?



Bitte antworten Sie bald, da heuer ein gutes Jahr für das Nichtaufziehen von Schweinen zu sein scheint.

PS: Bestehen irgendwelche Bedenken, wenn ich neben der Nicht-Schweine-Zucht mir etwa zwei Schweine halte, damit wir im Herbst und Winter etwas Schinken und Speck haben?"